



WERK *und* WIR

GESCHÄFTS- UND SOZIALBERICHT ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

4/5
1955



Zur Hauptversammlung am 21. Juni 1955 zieht Hoesch Bilanz: Bilanz über die ersten drei Geschäftsjahre, die seit der Neugründung der Hoesch Werke Aktiengesellschaft am 25. Juli 1952 abgeschlossen sind; Bilanz aber auch über zehn Jahre Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945, dessen Auswirkungen – wie schon der Krieg selbst – Hoesch aufs schwerste trafen. Jeder Überblick über die ersten drei Geschäftsjahre wäre unvollständig und lückenhaft, wenn er nicht mit einem Bericht über die Nachkriegsjahre verbunden wäre, weil ohne eine klare Vorstellung der Entwicklung unseres Unternehmens in den Jahren unmittelbar nach dem Kriegsende auch das Werden und Wirken der Hoesch Werke in den letzten drei Jahren – und vor allem der Erfolg dieser drei Jahre – nicht zu verstehen wäre.

Wir überreichen diese Sonderausgabe von „Werk und wir“ zunächst einmal denen, die bisher schon monatlich unsere Werkzeitschrift – nunmehr im dritten Jahrgang – erhalten: also unseren Belegschaften und Pensionären, sowie den Freunden unseres Hauses. Weil aber die erste Hauptversammlung, zu der dieses Heft erscheint, in erster Linie eine Angelegenheit unserer Aktionäre ist, überreichen wir dieses Heft auch allen unseren Aktionären – und es sind mehr als 20000 – als eine, wie wir hoffen, anschauliche Ergänzung des Geschäftsberichts. Wir freuen uns, daß wir durch dieses Heft alle Partner unseres geschäftlichen Tuns – Kapitalgeber wie Arbeitnehmer, Kunden wie Lieferanten und all jene, die über diesen Kreis hinaus unserem Unternehmen freundliches Interesse entgegenbringen – über das Geschehen bei Hoesch im letzten Jahrzehnt unterrichten können.

Mancher Leser unserer Werkzeitschrift wird Bekanntes wiederfinden; bei dem großen Empfängerkreis dieses Hefes mußte jedoch manches gesagt werden, was ihm bekannt vorkommen mag. Versuchen wir, den Inhalt dieses Hefes zusammenzufassen, so dürfen wir sagen: Im vergangenen Jahrzehnt, der Zeit schwerster Not, entfaltete Hoesch – und dazu waren die Grundlagen in seiner fast 90jährigen Geschichte gelegt – auch die Kraft, diese Not zu überwinden. So verbinden wir mit gutem Grunde das Geschehen unserer Tage mit dem Rückblick auf dieses Jahrzehnt und, noch weiter ausgreifend, mit dem Rückblick auf das Wachsen und Werden von Hoesch.

*Liegt dir Gestern klar und offen,
Wirkst du Heute kräftig frei —,
Kannst auch auf ein Morgen hoffen,
Das nicht minder glücklich sei.*



HOESCH BERGWERKS-AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund



WESTFALENHÜTTE AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund



HOHENLIMBURGER WALZWERKE AG
Hohenlimburg



ZWEIGNIEDERLASSUNG WERK FEDERSTAHL
Kassel



DÖRKEN AKTIENGESELLSCHAFT
Gevelsberg



DORTMUNDER DRAHTSEILWERKE GMBH
Dortmund



SCHMIEDAG AKTIENGESELLSCHAFT
Hagen in Westfalen



ZWEIGNIEDERLASSUNG WERK RUEGENBERG
Olpe in Westfalen



TRIERER WALZWERK AKTIENGESELLSCHAFT
Wuppertal-Langerfeld und Trier



MASCHINENFABRIK DEUTSCHLAND AG
Dortmund



HILTRUPER RÖHRENWERK GMBH
Hiltrup in Westfalen



BECKE-PRINZ GMBH
Dortmund und Hemer



HOESCH EISENHANDEL MBH
Dortmund



HOESCH KOHLENHANDEL GMBH
Dortmund



HOESCH EXPORT GMBH
Dortmund

UNSEREN TOTEN

Wir gedenken in aufrichtiger und ehrfürchtiger Trauer

der Belegschaftsmitglieder der Hoesch Werke

und ihrer Tochtergesellschaften, die im Kriege an

der Front oder in der Heimat fielen,

und der Belegschaftsmitglieder, die seit 1945 starben

oder an ihrem Arbeitsplatz tödlich verunglückten.

Ihr Andenken werden wir in dankbarer

Erinnerung stets in Ehren halten.



Grußwort des Aufsichtsrates

Die letzte Hauptversammlung der Hoesch Aktiengesellschaft in Liquidation ist nicht so sehr das Ende einer alten Gesellschaft, als vielmehr der nunmehr ungehemmte Wiederbeginn produktiver Arbeit in ihren Nachfolgesellschaften.“

So durfte ich zuversichtlich auf der letzten Hauptversammlung der Hoesch A. G. i. L. als Vorsitzender des Aufsichtsrates sprechen; das vorliegende Sonderheft der uns inzwischen liebgewordenen Werkzeitschrift ist ein schöner Beweis für die Richtigkeit meiner Worte. Es läßt uns noch einmal zurückblicken auf die Entwicklung der Hoesch Werke in den verflossenen zehn Jahren. Die wirtschaftliche, die technische und die soziale Entwicklung der Hoesch Werke Aktiengesellschaft, die am 25. Juli 1952 als größte Nachfolgesellschaft der ehemaligen Hoesch Aktiengesellschaft gegründet wurde, erstet eindringlich vor unseren Augen.

Wenn ich unserem Sonderheft ein Wort des Grußes voranstelle, so möchte ich allen Arbeitern und Angestellten, den Vorständen, Geschäftsführungen und Betriebsräten für ihre Leistungen in diesem

aufgabenreichen Jahrzehnt danken. Ich spreche den Dank um so lieber und um so überzeugter aus, weil ich sicher bin, daß jeder Anteilseigner bei einer Rückschau auf den beispielhaften Wiederaufbau gleiche Gefühle des Dankes für die Leistungen im Hoesch-Bereich während der vergangenen Jahre empfinden wird.

Wir können mit Genugtuung auf das blicken, was in gemeinsamer Arbeit geschaffen wurde. Die Ergebnisse des Wiederaufbaus sollen aber auch unsere Erkenntnis stärken, daß Aufgaben, wie sie nach dem Zusammenbruch sich ergaben und wie sie auch die Zukunft stellen wird, nur in einem ehrlichen „Miteinander“ gelöst werden können. Mit Freude darf ich feststellen, daß in diesem Jahrzehnt die Zusammenarbeit zwischen allen Parteien fair, aufgeschlossen, verständnisvoll und darum fruchtbar war. Aufrichtig wünsche ich um unserer gemeinsamen Aufgabe willen, daß es auch in Zukunft so bleibe.

Hopp



Grußwort des Vorstandes

Seit zwei Jahren berichtet diese Werkzeitschrift allen unseren Mitarbeitern und den Freunden unseres Hauses über die Entwicklung unserer Werke im technischen, im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich. Sie hilft das Band enger knüpfen zwischen Geschäftsführungen, Belegschaften und deren Vertrauensleuten, aber auch zwischen denen, die unter dem Hoesch-Zeichen arbeiten, und denen, die sich außerhalb unseres Hauses mit uns verbunden fühlen. Aus zahlreichen Äußerungen wissen wir das.

Mit dieser Sonderausgabe nun erweitern wir den Kreis derer, die wir ansprechen wollen. Unsere Hauptversammlung steht vor der Tür. Sie ist doppelt gewichtig: einmal ist sie die erste Hauptversammlung der Hoesch Werke AG seit der Gründung in der Neuordnung (25. Juli 1952); sodann wird sie zukunftsentscheidende Beschlüsse zu fassen haben.

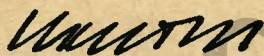
Was läge da näher, als daß wir allen unseren Kapitalgebern, unseren Anteilseignern – neben den ihrer Natur nach nüchternen Geschäftsberichten über die drei abgeschlossenen Geschäftsjahre – einen Überblick geben über das Jahrzehnt, das mit manchen bitteren, oft schweren, aber auch immer wieder hoffnungsfroh stimmenden und manchmal sogar erhebenden Taten und Ereignissen nunmehr abgeschlossen hinter uns liegt. Unseren Aktionären fühlen wir uns zu diesem Bericht verpflichtet, weil wir in diesen Jahren ihr Kapital verwalteten; unseren Belegschaftsmitgliedern fühlen wir uns zu diesem Bericht verpflichtet, weil ihre Arbeit und ihr Einsatz erst diesen Rechenschaftsbericht ermöglichten. Ein jeder prüfe gewissenhaft, ob er mit ihm zufrieden sein kann.

Allen danken wir, die diesem Werk gedient haben.

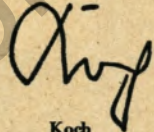
Aller gedenken wir, die uns in diesen Jahren für immer verlassen haben.

Allen gilt unser Gruß, die noch nicht zu uns zurückkehren konnten.

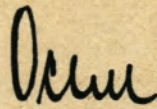
Allen, die am Werke bleiben, wünschen wir, daß unsere Arbeit in einer Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit weiterhin gesegnet sei: um unseres Werkes und seiner Menschen, um unseres Volkes und seiner Wohlfahrt willen.



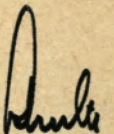
Hansen



Koch



Ochel



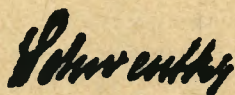
Schulte

Grußwort des Gemeinschaftsausschusses der Betriebsräte

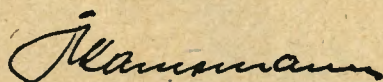
Wir begrüßen diese Sonderausgabe unserer Werkzeitschrift „Werk und wir“. Sie soll anläßlich der ersten Hauptversammlung seit Kriegsende, seit Zerstörung und Demontage, seit Entflechtung und Neuordnung den Belegschaftsmitgliedern in allen Werken unseres Hoesch-Kreises, aber auch den Anteilseignern der Hoesch Werke in gleicher Weise berichten über zehn Jahre Wiederaufbau, der einem Neuaufbau gleichkommt. In diesen zehn Jahren seit dem totalen Zusammenbruch haben – davon legen die wiederaufgebauten Betriebe Zeugnis ab – alle Arbeiter und Angestellten trotz aller oft schier unüberwindlichen Schwierigkeiten einen ungebrochenen Arbeitswillen und eine beispielhafte Schaffensfreude bewiesen.

Wenn diese Sonderausgabe einen umfassenden Überblick geben soll, dann darf sie nicht vergessen, davon zu berichten, daß dieser Aufbauwille, der in den ersten Jahren nach 1945 nur in harter Not und unter schweren persönlichen Opfern und Entbehrungen wirken konnte, nicht etwa nur materielle Grundlagen und Ziele kannte. Wir alle bauten unsere Betriebe wieder neu auf, weil wir in ihnen „unsere“ Betriebe sehen, in denen wir arbeitend einen wesentlichen Teil unseres Lebens verbringen. Daraus folgt der Anspruch auf Mitbestimmung, weil wir den echten Willen zu voller Mitverantwortung bewiesen haben. Neuaufbau im technischen und im wirtschaftlichen Bereich muß sich verbinden mit Neuordnung auch im sozialen Bereich.

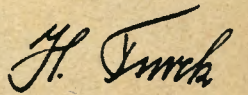
Wir erkennen an, daß in den vergangenen Jahren die Unternehmen des Hoesch-Bereiches die Mitbestimmung für jeden von uns zum Nutzen des gesamten Unternehmens erfolgreich praktizierten. Wir hoffen, daß diese Zusammenarbeit in Zukunft weiter vertieft wird. Niemand wird dabei Schaden leiden. Das ist die Lehre dieses Jahrzehntes.



Schwentke



Kampmann



Turck

DES WERKES SCHWERSTE STUNDE

Die erste Hauptversammlung der Hoesch Werke AG nach der Neuordnung ist ein besonderes Ereignis. Sie wird deutlich machen, daß sich in den zurückliegenden zehn Jahren, in dieser Zeit zwischen dem schrecklichen Ende des Krieges und dem Heute, eine neue eindrucksvolle Leistung an den Namen Hoesch geknüpft hat. Ja, man wird sagen müssen, daß in diesen zehn Jahren das Werk in seiner größten Krise zugleich auch die mächtigste Kraft entwickelte, die es je besessen. Es war am Tage der bedingungslosen Kapitulation von allen seinen materiellen Voraussetzungen entblößt, und sein Todesurteil war gesprochen. Nach den Absichten der Sieger sollte der Pflug in Ackerland zurückverwandeln, was 75 Jahre lang unser Werk mit seinen weiten Hallen und Betriebsanlagen getragen hatte. Die Absicht schien schon zum großen Teil verwirklicht. Von Bomben zertrümmert lag das Werk am Boden. Niemand konnte glauben, und niemand wagte zu hoffen, daß es je wieder erstehen könnte. Und doch erhob sich dies Unternehmen aus seiner Vernichtung, weil in ihm ganz neue Kräfte lebendig waren, ein ganz neuer Wille, das Werk zu retten: der entschlossene Wille der Leitung und der nicht weniger entschlossene Wille der Arbeiter und der Angestellten; beides zusammen war eine wirkende Macht. Diese erste Hauptversammlung an der Wende des Jahrzehntes nach dem bitteren Kriegsende darf nicht vorübergehen, ohne daß wir alle uns erinnern, was in jenem schlimmen Abschnitt unserer Geschichte und seitdem geschah.

Als am 8. Mai 1945 der Waffenlärm verstummte, umgab uns die Stille des Todes. Als wir nach dem ersten Schock Umschau hielten, sahen wir, daß unsere Welt über alle Vorstellungen hinweg ein unüberschaubares Trümmerfeld war. Es genügen wenige Tatsachen, um uns an diese Zeit zu erinnern:

1945

Ein Blick in die Drahtverfeinerung . . .



1955

... zehn Jahre später herrscht hier wieder Ordnung



Deutschland von fremden Truppen besetzt und in vier von einander abgeschlossene Zonen zerstückelt, der Staat und seine Organisation zerstört, ein Land ohne feste Grenzen und ohne eine Regierung.

Das Verkehrswesen und damit der Güterverkehr erst völlig lahmgelegt, dann wegen schwerster Zerstörungen behindert. 4700 Brücken gesprengt, 4300 Kilometer Eisenbahngleise unbenutzbar, Lokomotiven und Wagenmaterial verbrannt, beschädigt, requiriert. Nahezu die gesamte Handelsschiffahrt vernichtet.

Die Arbeitsstätten in den Industriegebieten von Bomben zu Schutt und Asche zermahlen. 2,25 Millionen Wohnungen, also jede fünfte Wohnung wenigstens, vollkommen zerstört, weitere Millionen von Wohnungen und Häusern beschädigt und fast unbewohnbar.

Hunger vergrößerte das Elend

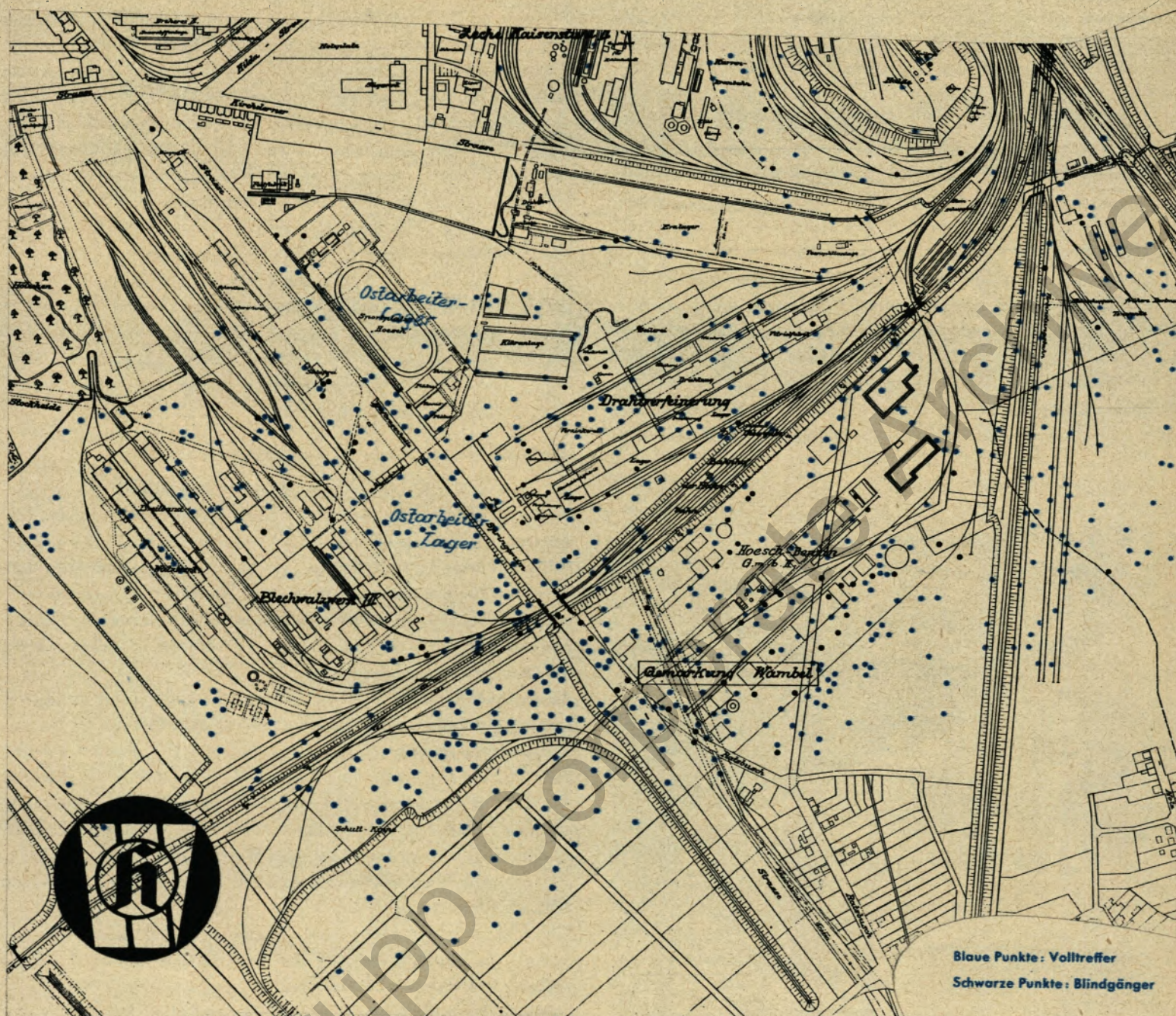
der Obdachlosen, die in Ruinen, Kellern, Bunkern, Baracken und anderen Notunterkünften hausten. Ihre Wochenration an Lebensmitteln reichte nicht aus, sie lebens- und arbeitsfähig zu halten: je Woche zwei Pfund Brot, 125 Gramm Fett, 100 Gramm Fleisch, 150 Gramm Nahrungsmittel, 31 Gramm Zucker und 2500 Gramm Kartoffeln, das war, was man die „Zuteilung“ nannte. Die Ware selber mußte mühselig in langer Schlange „erstanden“ werden. Der Hunger in den Großstädten zwang zu abenteuerlichen Hamsterfahrten aufs flache Land. Das Leben war auf die primitivste Stufe zurückgeschraubt: es war Nahrungssuche und Tauschwirtschaft.

Und jedermann suchte nach Angehörigen, die er lebend hoffte: den Mann, die Frau, die Kinder, Väter und Mütter. Aber mehr als 5 Millionen Menschen, Soldaten und Zivilisten unterschiedslos, hatte der Krieg dahingerafft. Unser Unternehmen, also nur dieses eine Unternehmen, beklagte an Gefallenen und Vermißten 3000 Opfer des Weltbrandes an der Front und in der Heimat.

Dortmund zu 63 Prozent zerstört

Dortmund, der Standort unserer Gesellschaft, war eine derjenigen deutschen Städte, die am härtesten getroffen worden war. Zwei Drittel seiner bebauten Fläche (63 Prozent) waren zerstört. Auch in den anderen Städten, in denen sich Werke unserer Gesellschaft befinden, waren die Schäden beträchtlich. Hagen war zu 40 Prozent, Kassel sogar zu 68 Prozent, Wuppertal-Langerfeld zu 40 Prozent, Trier zu 41 Prozent, und sogar Hiltrup wegen seiner Nachbarschaft zu dem verwüsteten Münster noch zu 10 Prozent zerstört. In allen diesen

Lageplan (Ausschnitt) der Westfalenhütte Aktiengesellschaft mit den Bombentreffern in den Kriegsjahren 1939-1945



Städten lagen Werke unserer Gesellschaft, und alle wurden sie in Mitleidenschaft gezogen.

Man ist heute leicht geneigt, über solche Zahlen schnell hinwegzulesen. Man wünscht diese schlimme Vergangenheit zu vergessen. Und doch ist die Erinnerung nötig, um das Ungewöhnliche zu erklären, vor dem wir heute, nach zehn Jahren stehen. Dieses Ungewöhnliche nämlich ist in einem nicht weniger ungewöhnlichen Maße die Leistung von vielen Zehntausenden unbekannter Arbeiter und Angestellter, die sich unter der Leitung ihrer Werke und Unternehmen zu einer Solidarität und Partnerschaft zusammenfanden, die Herr über alle Schwierigkeiten wurden. Das waren nicht Schwierigkeiten irgendwelcher Art; nein, sie forderten den Einsatz der ganzen Person, oft genug den Einsatz des Lebens.

22 schwere Bombenangriffe auf das Dortmunder Hüttenwerk

Die Kernbetriebe des Eisen- und Stahlwerks Hoesch in Dortmund hatten in besonderer Weise unter dem Luftkrieg zu leiden. 22 schwere

Bombenangriffe richteten sich gegen das Hüttenwerk und die Zechen Kaiserstuhl. Bereits im Jahre 1943 entstanden erste größere Schäden. In der Nacht vom 4. auf den 5. Mai trafen Brand- und Explosionsbomben das Elektrostahlwerk, die Kaliberwalzwerke, das Blechwalzwerk I und II und das Kaltpreßwerk. Bei den Hochofenbetrieben war äußerlich wenig zu bemerken, aber ein Volltreffer in die Gaszentrale ließ die gesamte Stromversorgung der Hochofenanlagen ausfallen. Die Zufuhr von Frischwasser stockte. Es verbrannten Blasformen und Kühlringe. In den Kaltwindleitungen trat Knallgas auf und explodierte. Aber schon am 8. Mai konnten drei Öfen wieder angeblasen werden. Die anderen wurden am 10. und 15. Mai wieder in Gang gesetzt.

Ein Luftangriff auf die Möhnetalsperre in der Nacht zum 17. Mai unterband die lebenswichtige Wasserzufuhr für das Hüttenwerk für längere Zeit vollkommen. Ein neuerlicher Angriff auf Dortmund in der Nacht zum 23. Mai des nächsten Jahres beschädigte das Breitbandwalzwerk schwer. Am 12. September 1944 galt ein Angriff dem

Hoesch Benzinwerk, das in der Nähe des Hüttenwerkes lag. Das Benzinwerk wurde zum großen Teil zerstört, die umliegenden Betriebe stark in Mitleidenschaft gezogen, darunter vor allem die Drahtverfeinerung, das Kaltwalzwerk, das Breitbandwalzwerk, die Fabrik für feuerfeste Steine und die Zementfabrik. Außerdem wurden schwere Rohrleitungsschäden verursacht.

1181 Sprengbomben und 30000 Brandbomben trafen die Hütte

Am 29. November 1944 richtete sich ein Hauptangriff gegen das Hüttenwerk. Hochofenanlagen, Stahlwerke, die Zechen Kaiserstuhl I und II, die Maschinenfabrik Deutschland und eine Reihe von Nebenbetrieben wurden schwer getroffen. Bei neuen Luftangriffen wurde am 16. Februar 1945 vor allem die Kokerei der Zeche Kaiserstuhl II, zehn Tage später fast alle Betriebe des Hüttenwerkes ungewöhnlich schwer mitgenommen. Die Phosphatfabrik wurde dabei zerstört. Weitere sechs Angriffe vollendeten das Vernichtungswerk im Bereich der Hütte. Insgesamt trafen 18 Minen, 1181 Sprengbomben und 30000 Brandbomben das Dortmunder Gelände der Hütte und des Bergbaus. Kampfhandlungen in den letzten Kriegswochen vernichteten schließlich die restlichen Hauptkabel und Wasserzuleitungen.



So sah die Drahtverfeinerung 1945 aus

Hilflos mußte man dem Ausbrennen der Hochöfen zusehen, in denen die Beschickung bis zu einer Höhe von 10 Metern zusammensinterte. Die Belegschaft, die unter immer härteren und lebensgefährlicheren Bedingungen arbeitete, mußte sich schließlich unter Lebensgefahr darauf beschränken, die ärgsten Bombenschäden an den lebenswichtigen Betriebseinrichtungen auszubessern.

Für 204 000 000 Mark Kriegsschäden bei Hoesch

Bei Einstellung der Feindseligkeiten bot die Hütte ein Bild einzigartiger Verwüstung. Selbst die Erzbunker waren völlig zertrümmert, die Winderhitzer und Windenhäuser zerstört, das Kanal-, Kabel- und Gleisnetz an unzähligen Stellen unterbrochen.

Die Kriegsschäden der Hoesch Werke wurden auf rund 204 Millionen

RM berechnet. Damit war die Gesellschaft eines der Montanunternehmen des Ruhrgebietes, das am schwersten getroffen war.

Schon bald nach Beendigung der Kampfhandlungen gingen Betriebsleitungen und Belegschaften daran, die größten Schäden zu beseitigen und das Werk wieder in Gang zu bringen. Unter den obwaltenden Umständen war es ein außergewöhnlich schwieriger Anfang, ein Anfang vom Nullpunkt her. Das wichtigste dabei war die Arbeitskraft der Belegschaft, die sich sehr harten Prüfungen ausgesetzt sah. Die Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft lag im Dunkeln; die Löhne waren fast wertlos, weil für noch so viel Geld Lebensmittel kaum zu beschaffen waren. Die Wohnungsnot verschlimmerte die allgemeine Lage. Von den 8836 Werkswohnungen waren 2433 oder fast ein Drittel vollständig zerstört. Noch mehr Wohnungen waren stark beschädigt. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ging man zunächst daran, die zerstörten Wohnungen wieder aufzubauen.

Um so unbeugsamer war der Wille der Belegschaft, Werk und Arbeitsplätze als die Grundlage ihres Lebens zu erhalten. Ohne Zwang und mit einer unerschrockenen Energie ging sie daran, im Trümmerfeld Ordnung zu schaffen.

Auch alle übrigen Werke erlitten schwere Schäden

Neben den Kernbetrieben von Hoesch erlitten auch die übrigen Werke innerhalb und außerhalb Dortmunds erhebliche Verluste. Die Anlagen der *Maschinenfabrik Deutschland* waren bei Ende des Krieges nahezu vollständig unbrauchbar geworden. 78 Sprengbomben und mehr als 1200 Brandbomben hatten fast die Hälfte der Gebäude zerstört und den Rest so schwer mitgenommen, daß ohne einen völligen Neuaufbau nicht daran zu denken war, die frühere Produktionskraft wieder zu erreichen.

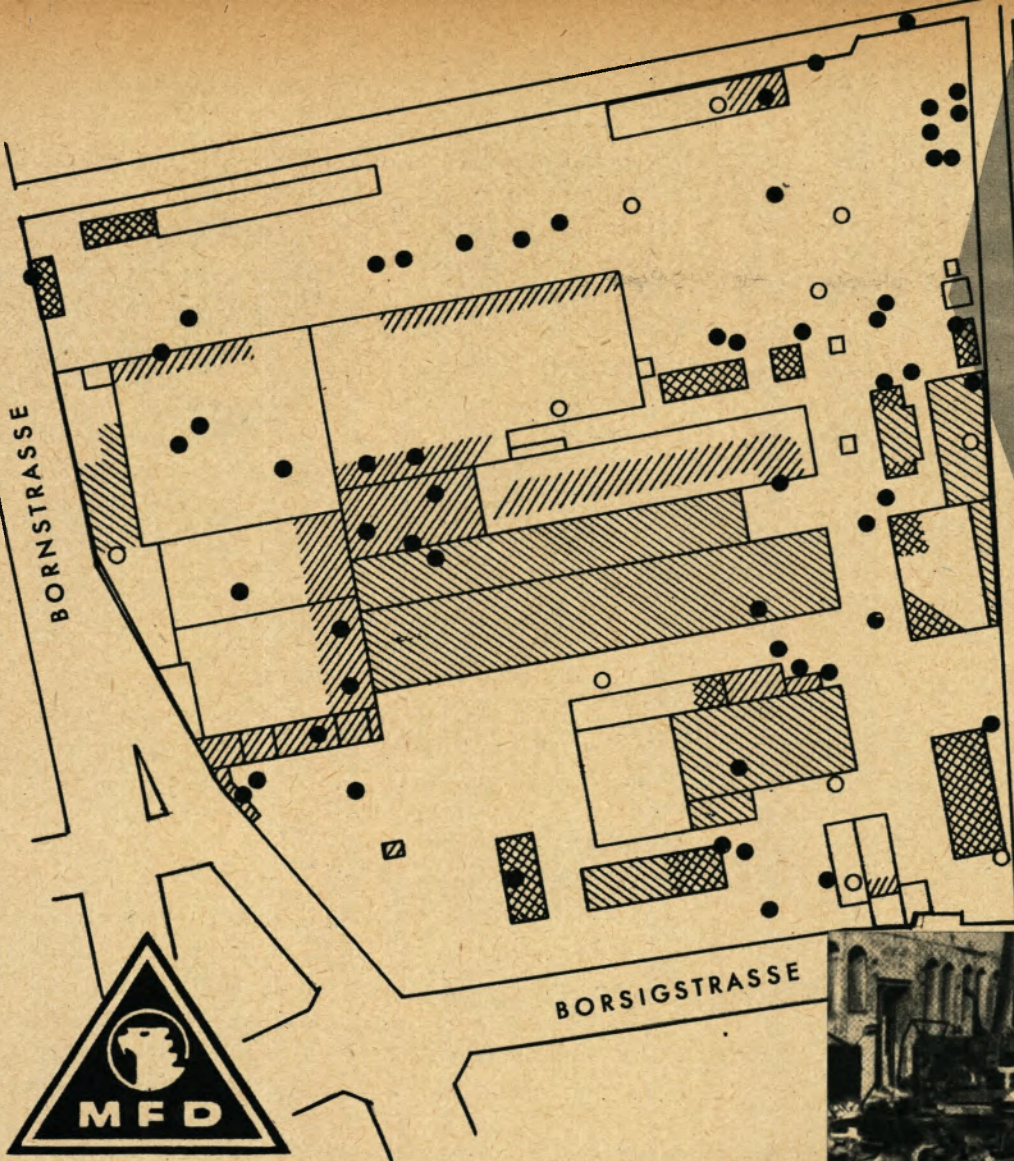
Ebenso hart in ihrem Kern wurde die *Becke-Prinz GmbH* durch den Luftkrieg getroffen. Schon im Mai 1943 war die Fabrik an der Oestermarschstraße in Dortmund durch Bomben völlig zerstört worden. Die Gebäude der Verwaltung und des Betriebsbüros fielen weiteren Angriffen in den Jahren 1944 und 1945 zum Opfer. Die Werkhalle auf dem Gelände an der Schlängelstraße wurde im November 1944 erheblich beschädigt. Das abgelegene Werk Hemer erhielt schließlich in den letzten Tagen des Krieges Artillerietreffer, die einen Teil seiner Anlagen vernichteten.

Besonders schwer wurden auch die *Dortmunder Drahtseilwerke* betroffen. Im Mai 1943 brannte das Bürogebäude infolge der Einwirkung von Brand- und Phosphorbomben bis auf die 2. Etage aus. Fabrikdächer und Fenster wurden stark beschädigt. Bei einem Luftangriff am 16. Februar 1945 fielen 22 Sprengbomben auf das Werksgelände. Die Anlagen wurden zu 80 Prozent zerstört, der Maschinenpark erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Heute arbeiten hier wieder modernste Maschinen



Lageplan der
Maschinenfabrik Deutschland AG
mit den Bombentreffern
in den Kriegsjahren 1939-1945



- Sprengbomben
- Blindgänger
- ▦ Zerstörung durch Brand- und Sprengbomben
- ▨ Durch Brand zerstört
- ▧ Zerstört durch Sprengbomben

1945



So fotografierte ein englischer Reporter 1945 die Halle des allgemeinen Maschinenbaus der Maschinenfabrik Deutschland . . .

. . . und so sieht sie heute wieder aus.

1955



Auch die *Hohenlimburger Walzwerke* ließ der Krieg nicht verschont. Luftangriffe zerstörten den Veredlungsbetrieb Borlinghaus fast völlig und beschädigten das Kaltwalzwerk Nahmer schwer. Tieffliegerangriffe in den letzten Tagen des Krieges verursachten erhebliche Schäden im Warmwalzwerk. Wertvolle Einrichtungsgegenstände und Betriebsanlagen schafften plündernde Fremdarbeiter weg oder machten sie unbrauchbar.

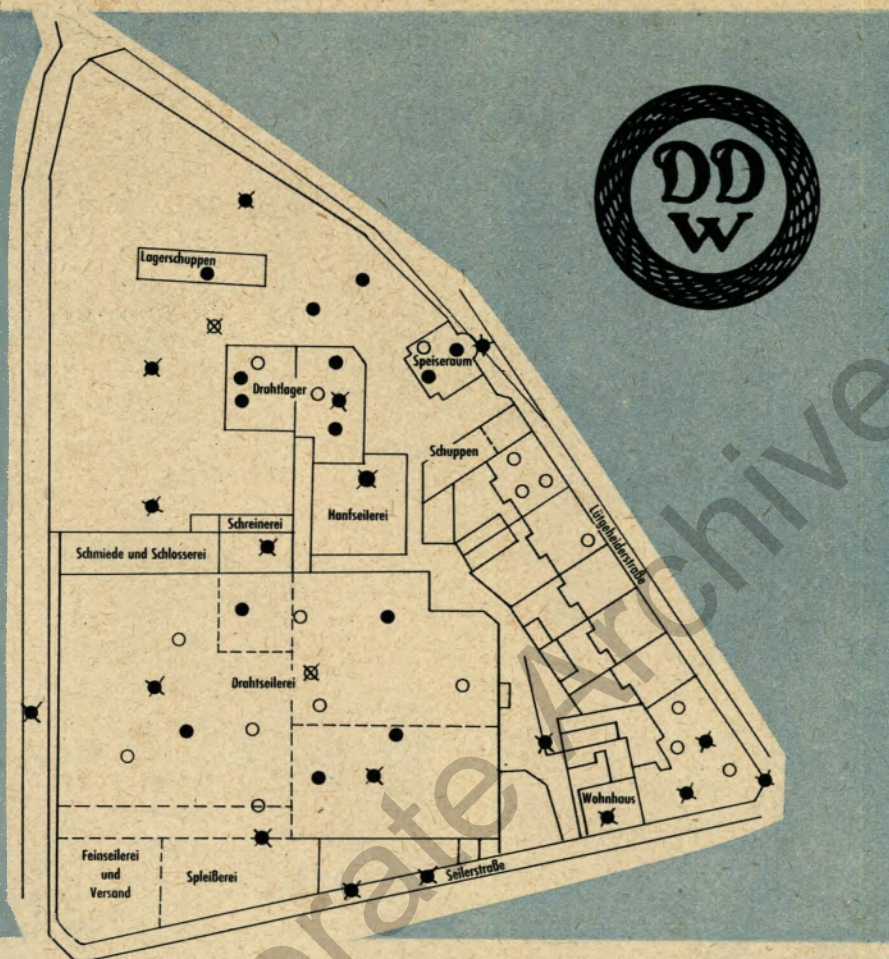
Das Werk *Federstahl* in Kassel erlitt Schäden, die auf 4,5 Millionen RM geschätzt wurden. Bei einem Luftangriff im Oktober 1943 brannte das alte Fabrikgebäude an der Sickinger Straße mit dem angrenzenden Nebenflügel vollständig nieder. Die nach Gensungen verlagerte Lehrenbauabteilung wurde noch am 31. März 1945 das Opfer schweren Artilleriebeschusses. Hochmoderne Werkzeugmaschinen mit wertvollen optischen Meß- und Prüfeinrichtungen wurden zerstört.

Die *Schmiedag* in Hagen hatte ihren dunkelsten Tag am 28. Februar 1945. Bei einem Tagesangriff auf das Hauptwerk in Grüntal sanken die meisten Werksanlagen in Schutt und Asche. Vorher hatten bereits das Werk Beyerseman und das Werk Lange in Hagen sehr ernste Beschädigungen erlitten. Nach Kriegsende wurde das Werk völlig stillgelegt und geplündert.

Das *Trierer Walzwerk* erlitt sowohl in Trier selbst als auch in Langerfeld durch Bombenangriffe und Artillerietreffer sehr schwere Schäden. Beim *Hiltruper Röhrenwerk* führten Tiefangriffe kurz vor Ende der Kampfhandlungen zu einer fast völligen Zerstörung der Gebäude. Schutt und Trümmer bedeckten die Maschinen. Glücklicherweise waren die Zentralen der Energieversorgung unberührt geblieben. Betriebsleitung und Belegschaft gingen sofort daran, die Trümmer wegzuräumen, Reparaturen vorzunehmen und den Betrieb wieder in Gang zu bringen, soweit die obwaltenden Umstände es zuließen.

**Lageplan der
Dortmunder Drahtseilwerke GmbH
mit den Bombentreffern
in den Kriegsjahren 1939-1945**

- Brandbomben 4./5. Mai 1943
- Brandbomben 22./23. Mai 1944
- ⊗ Sprengbomben 1. Januar 1945
- ✱ Sprengbomben 16. Februar 1945



Und neues Leben blüht aus den Ruinen . . .

Von diesem Ausgang her wurde der Aufbau der Hoesch Werke unter allerschwersten Bedingungen unternommen. Auch dem Fernstehen- den wird dabei klar, daß ungeheure Energien, überwältigender Mut und eine feste innere Solidarität der Betriebsgemeinschaften am Werke gewesen sein mußten, um das wüste Trümmerfeld mit neuem Leben zu füllen. Hier zeigte sich wieder einmal auf überzeugende Weise, daß das wichtigste Kapital der Menschen in ihrem Willen und in ihrer Arbeit liegt. Ohne diese beiden hätte es nicht die geringste Aussicht gegeben, dieser Lage Herr zu werden, von der insbesondere die Sieger meinten, sie würde für das deutsche Volk tödlich sein. Es ist verständlich, daß sie wenige Jahre später anfangen, von einem

Wunder zu sprechen. Wir wissen, daß es kein Wunder war, wir wissen, daß es das Werk aufopfernder Arbeit aller war, die an diesem Aufbau an ihrer Stelle gewirkt haben. Eine neue Tatsache allerdings ließ sich als Einsicht und Erfahrung gewinnen: daß die moderne Unterneh- mung mehr ist als nur eine noch so großartige Produktionsapparatur. Leben, Kraft und Macht geben ihr erst die Menschen, die in ihr arbeiten, die in ihr einen wichtigen Teil ihres Lebens verbringen; es waren diese Menschen, und es war ihr Wille, der Wille von Direkto- ren, Ingenieuren, Meistern, Arbeitern und Angestellten, denen wir zu danken haben, daß sie das Werk nicht im Stich ließen. Es waren übrigens nicht nur die Trümmer, mit denen man es beim Wiederaufbau zu tun hatte. Es kamen die politischen Absichten der

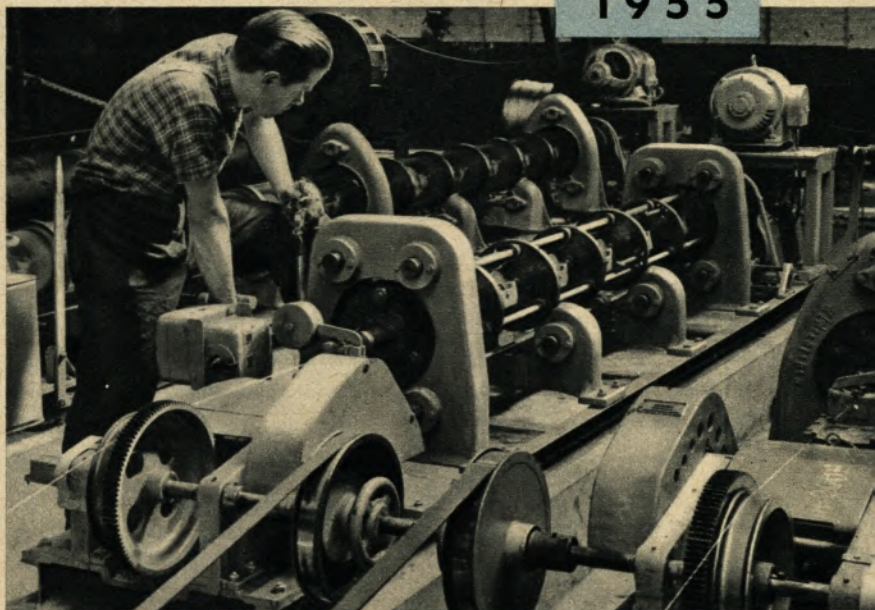
1945

Zertrümmert war die Drahtseilerei von DDW . . .



. . . und moderner wiederaufgebaut im Jahre

1955



Besatzungsmächte hinzu, das Trümmerfeld zu erhalten und gewachsene Einheiten zu zerschlagen. Das war die andere Seite des Kampfes, den die Leute zu bestehen hatten.

Zuerst begannen die Zechen wieder

Nach der Besetzung Deutschlands wurden zunächst die Zechen wieder in Betrieb genommen. Man brauchte Kohle nicht nur in Deutschland, man brauchte sie vor allem in Europa. So wurden zunächst die Schächte der Kaiserstuhl-Zechen wieder in Gang gebracht. Schon die Anlagen über Tage hatten schwer gelitten. Schlimmer aber sah es unter Tage aus. Die Unterbrechung der Kraftversorgung hatte die Wasserhaltung zum Stillstand gebracht. Die unteren Sohlen waren daher versoffen und mußten neu aufgewältigt werden. Doch gingen auch hier Belegschaften und Betriebsleitungen an die Arbeit.

Am 31. Dezember 1945: Hochöfen wieder angeblasen

Anders stand es mit den Arbeiten zur Wiederherstellung des Hüttenwerkes. Als man daran ging, diese Schäden auszubessern, lähmte im Spätsommer 1945 ein Reparaturverbot der Militärregierung den Fortgang der Bemühungen. Erst nach langen schwierigen Verhandlungen gelang es, die Erlaubnis zu erwirken, eine Koksofenbatterie der Zeche Kaiserstuhl in Betrieb zu nehmen, um die Hochöfen mit Energie zu versorgen. In den letzten Tagen des Jahres 1945 begannen sie zu arbeiten. In den Nachmittagsstunden des 31. Dezember 1945 wurden die Hochöfen I und II wieder angeblasen. Am 2. Januar 1946 wurde bei beiden Öfen das erste Eisen nach Kriegsende abgestochen.

Auch dieser hoffnungsvolle Anfang wurde sogleich wieder einer harten Prüfung unterzogen. Das Werk der Zerstörung war noch nicht zu Ende. Die Alliierten waren entschlossen, wahr zu machen, was sie in Potsdam verabredet hatten. Die Kapazität der deutschen Schwerindustrie sollte auf ein Minimum reduziert werden. Anlagen, die aus diesem Grunde „überflüssig“ waren, wurden als Reparationsleistungen für solche Länder vorgesehen, die durch den Krieg besonders schwer gelitten hatten. Auch Hoesch wurde von dieser Maßnahme hart getroffen.

3. Oktober 1946: Reparaturverbot.

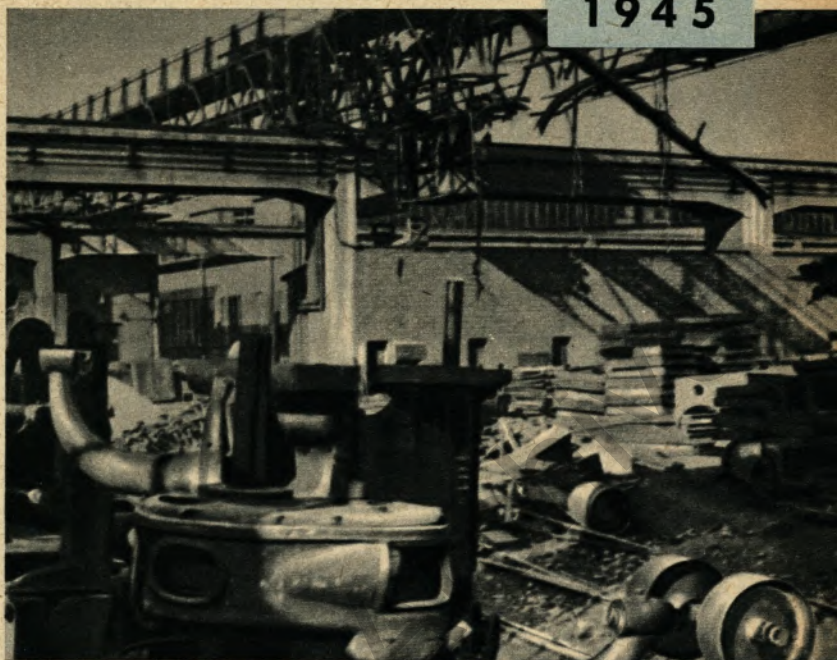
Zunächst schien es, als sei für das Hüttenwerk überhaupt das Ende gekommen. Man hörte, es stünde auf der Liste derjenigen Unternehmungen, die vollständig zu demontieren seien. Am 3. Oktober verbot ein Befehl der Militärregierung jegliche Instandsetzungsarbeiten in den Anlagen des Hüttenwerkes.

Zwar kam es nicht zur vollständigen Demontage, wenn der Demontage auch wertvolle Teile des Betriebes zum Opfer fielen. Die Hoesch Benzin GmbH, die synthetischen Treibstoff herstellte, wurde, soweit die Anlagen nicht schon ein Opfer des Krieges geworden waren, abgebaut. Dem Hüttenwerk wurden die Elektroöfen, der modernste Teil seiner Anlage, genommen. Die wertvollen Maschinen und Einrichtungen des Preß- und Hammerwerkes wurden vollständig demontiert. Beim Abbau wurden die schweren Hämmer zerstört und in wertlosen Schrott verwandelt. In der Drahtverfeinerung entfernte man die gesamte Drahtseilerei, die Drahtflechtere mit allen Maschinen und die für die Stacheldraht- und Drahtstiftherstellung benötigten Anlagen.

Oberster Grundsatz: Zusammenstehen!

Gerade in diesen Monaten der Demontagegefahr bewährte sich die Solidarität aller im Werke Arbeitenden; über jeden Zweifel erhaben war der Wille auch des letzten Mitarbeiters, dem gemeinsamen Werk zu retten, was noch gerettet werden konnte. Ungemein schwieriger Verhandlungen und harter Auseinandersetzungen, die sich bis in das Jahr 1947 hinzogen, bedurfte es, um die größte Demontagegefahr abzuwenden. Dabei halfen Bundesregierung und Landesregierung,

Trümmer über Trümmer
bedecken 1945 den Lagerplatz der Schmiedag



Zehn Jahre später:
Geordnet liegt das Material zur weiteren Bearbeitung bereit



die Stadt Dortmund und nicht zuletzt die Gewerkschaften, bis die Militärregierung davon überzeugt werden konnte, was es für die Wirtschaft, für die Bevölkerung, für die Angehörigen der Werke bedeuten würde, wenn man durch weitere Zerstörungen der Produktionsmöglichkeiten die Existenzgrundlagen vernichtete und die gewachsene Sozialstruktur in einem dicht besiedelten Industrieviertel auflöste.

Troxelberg von Russen demontiert

Wie die Kernanlage des Eisen- und Hüttenwerkes Hoesch in Dortmund wurden auch die anderen Werkgruppen von der Demontage betroffen. Die Hohenlimburger Walzwerke wurden 1949/50 einer vollkommen neu eingerichteten Blankstahlzieherei beraubt. Die Schmiedag in Hagen verlor große Teile ihrer Werkseinrichtungen, das Trierer Walzwerk das Werk Troxelberg, das in der sowjetischen Zone liegt, und von den Russen vollständig demontiert wurde.

Das war, alles in allem, die Lage, von der aus der neue Anfang vor einem Hintergrund begonnen werden mußte, der düster, grau und verhangen keinerlei Hoffnungen für die Zukunft ließ.



Hinter Ruinen erhebt sich der Neubau des Dortmunder Stadthauses.

„Der Charakter der Deutschen ließ sich in keinem Augenblick ihrer Geschichte besser studieren als in den ersten Monaten nach ihrem völligen Zusammenbruch. Sie schöpften nicht einmal Atem, ehe sie begannen, ihr Chaos zu ordnen. Ohne irgendeine hoffnungsvolle Aussicht, ohne alle nötigen Hilfsmittel, den Hunger und die blanke Not vor Augen, begannen sie, jeder für sich und an seinem Platz das Nächstliegende zu tun“, schrieb ein französischer Reporter, der „das deutsche Wunder“ seinen Landsleuten darzustellen versuchte.

Zunächst wurde mit Hilfe der Bewirtschaftung der Versuch unternommen, den allerdingendsten Bedarf zu decken und zu ordnen. Die Zwangswirtschaft mit ihren Marken und Kontingenten, die die Nationalsozialisten als einen besonders üblen Teil ihrer Erbschaft hinterlassen hatten, konnte nicht auf einen Schlag abgebaut werden; dann wären Millionen verhungert oder elend zugrunde gegangen. Auch mußte erst anständiges Geld die wertlose Reichsmark ablösen. So wickelte sich ohne straffe staatliche Organisation, bei gestoppten Preisen und bei einer Überfülle fast wertlosen Geldes das wirtschaftliche Handeln zunächst vor allem in Kompensationsgeschäften ab; in primitivster Form wurde Ware gegen Ware getauscht. Auf dem schwarzen und dem grauen Markt suchte die Bevölkerung zusätzliche Nahrungsmittel und die Wirtschaft Rohstoffe und Produktionsmittel, um leben und erzeugen zu können.

Vom Chaos zur geordneten Wirtschaft

In diesem fast tödlichen Kreislauf kamen zu Geldentwertung und fast vernichteter Produktionskraft die mangelhaften Verkehrsverbindungen, die Teilung in Zonen, der Verlust unserer im Osten gelegenen Ernährungsbasis und der Strom von mehr als 12 Millionen Flüchtlingen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Die Aussichten, mit so vielen und so ernsten Schwierigkeiten fertig zu werden, waren äußerst gering. Ganz allgemein richtete man sich darauf ein, daß man für die nächsten zwanzig Jahre weit unter dem altgewohnten Standard würde zu leben haben.

Aber nicht genug damit: Verfügungen des Alliierten Kontrollrates behinderten die deutsche Wirtschaft in allen Zonen. Seine Grundsätze über die künftige wirtschaftliche Behandlung Deutschlands sahen vor, nicht nur das deutsche Kriegspotential zu zerstören, sondern auch wesentliche Teile des industriellen Produktionsapparates

zu demontieren und sie solchen Ländern zur Verfügung zu stellen, die durch Deutschland geschädigt worden waren. Von der Demontage wurde besonders die Eisen schaffende und verarbeitende Industrie getroffen. Außerdem aber wurde die Erzeugung beschränkt.

Ein Diktat der Alliierten

Höchstherzeugung 5,8 Millionen Tonnen Stahl jährlich, was 39 Prozent der Produktion des Jahres 1936 entsprach;
die Hälfte der Vorkriegserzeugung an Kupfer, Zink und Blei;
Verbot der Erzeugung von synthetischem Benzin, Öl, Buna, Ammoniak sowie von Aluminium und Magnesium;
Verbot der Erzeugung von Kugel- und Rollenlagern und von schweren Werkzeugmaschinen;
Beschränkung in der Herstellung von Maschinen;
Begrenzung des Schiffbaus auf Schiffe mit höchstens 200 Bruttoregistertonnen.

Im Gegensatz zu diesen Verboten und Beschränkungen wurde der Bergbau aus dem einfachen Grund gefördert, weil die an der Ruhr geförderte Kohle wesentlich für den Wiederaufbau des außerdeutschen Europas beizutragen hatte. Hohe Auflagen für den Kohleexport hemmten die Versorgung der deutschen Verbraucher und erschwerten die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kapazität selbst in den erlaubten Grenzen.

Zonentrennung zerreißt Wirtschaftsräume

Zu allem Unglück noch wurden die Zonen zunächst nach den voneinander abweichenden Absichten und Grundsätzen der vier Besatzungsmächte verschieden verwaltet; und der Warenaustausch wurde behindert. Der zusammenhängende Wirtschaftsraum mit seinen geschichtlich entwickelten Verbindungen und Arbeitsteilungen war zerstört. Zwar wurden Ende 1946 die englische und amerikanische Zone zur Bizone vereinigt, zwar kam es im Herbst 1948 sogar zu einer Vereinigung von Bizone und französischer Zone, aber zu „Gesamtdeutschland“ kam es trotz vieler und langer Verhandlungen der Alliierten untereinander nicht. Die Verbindung zwischen Mitteldeutschland mit seinen Industriezonen und mit seiner landwirtschaftlichen Kapazität und Westdeutschland wurde zerrissen.

Unter so ernsten Bedingungen vermochte sich das wirtschaftliche Leben nur sehr langsam wieder zu entwickeln. Die industrielle Erzeugung erreichte 1946 gerade 40 Prozent der Erzeugung von 1936 und stieg dann 1947 auf 50 Prozent. Dabei war die Bevölkerung durch den Flüchtlingsstrom um nahezu 20 Prozent gewachsen.

Der Export, der mühselig in Gang kam, veränderte sein Gesicht vollständig. Hatte Deutschland früher im wesentlichen Fertigerzeugnisse ausgeführt, so waren es in diesem ersten Jahre des Wiederaufbaus vor allem Rohstoffe wie Holz, Kohle und Schrott, die uns das Ausland abnahm und in erster Linie gegen Nahrungsmittel tauschte. Da der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr bei weitem nicht erreichte, kamen die Alliierten mit Lieferungen zu Hilfe, um in Deutschland nicht ein gefährliches politisches Chaos zu schaffen.

Hoffnungsschimmer: Währungsreform und Marshallplan

Indes veränderte die große Weltpolitik den Grundcharakter der alliierten Absichten Deutschland gegenüber vollkommen. Je deutlicher es wurde, daß das west-östliche Bündnis nur ein Kriegsbündnis war und alsbald der Spannung zwischen bolschewistischer Ideologie und westlicher Freiheit weichen würde, in eben dem Maße wurden die beiden Teile Deutschlands je in ihrem Lager immer weniger „besetztes Gebiet“ und immer mehr politischer Partner.

Die Währungsreform und der Marshall-Plan, die Wiederherstellung der Kaufkraft also und die von den Vereinigten Staaten von Nordamerika gebotene Hilfe für die europäische Wirtschaft waren Anfangszündungen, welche alle ökonomischen Kräfte in schnellere Bewegung setzten. Die industrielle Produktion insbesondere in Deutschland nahm einen solchen Aufschwung, daß der außenstehende Beobachter tatsächlich glauben konnte, es handle sich um so etwas wie ein „Wunder“. Nimmt man das Jahr 1936 zum Maß der industriellen Produktion (=100), so stand sie 1948 bei 63,1, im Jahre 1954 aber bei 176,5. In den einzelnen Wirtschaftszweigen allerdings war die Entwicklung unterschiedlich. Bei der Eisen- und Stahlerzeugung errechnete sich die Indexziffer für 1948 auf 37,6; 1954 stand sie schon auf 114,5. Beim Bergbau wurde sie für 1948 auf 81,2 errechnet und stieg bis zum Jahre 1954 auf 135,5.

Mit Unterschieden also, aber überall mit ungewöhnlicher Energie begann unsere Wirtschaft sich vom Kriege zu erholen. Es ging dabei nicht ohne Reibungen und ohne Schwierigkeiten. Absatzkrisen, einmal bei der Grundstoffindustrie, ein andermal bei der Investitionsgüterindustrie, wieder ein andermal bei den Verbrauchsgütern, führten jeweils zu Rückschlägen. Hemmungen in der Kreditversorgung führten 1949 in zahlreichen Wirtschaftszweigen, unter anderem auch in der Eisen- und Stahlindustrie zu Produktionseinschränkungen. Die Koreakrise des Sommers 1950 belebte dann wieder die allgemeine Wirtschaftstätigkeit in ganz ungewöhnlicher Stärke.

Eisen- und Stahlindustrie durch Festpreise gehemmt

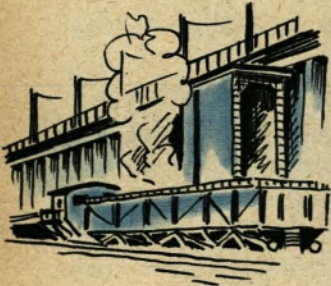
Während dieser Periode war die Eisen- und Stahlindustrie stark benachteiligt. Während alle anderen Wirtschaftszweige längst die Vorteile der Entwicklung nach der Währungsreform genießen konnten und die Marktlage immer wieder durch Aufbesserung ihrer Preise ausnutzten, waren Eisen und Kohle noch bis zum Jahre 1952 an Festpreise gebunden. Die dringend notwendigen Investitionen konnten aus diesen Gründen in entscheidenden Jahren, in denen unter

Deutschland 1945:

Durch Zonengrenzen zerrissen und getrennt

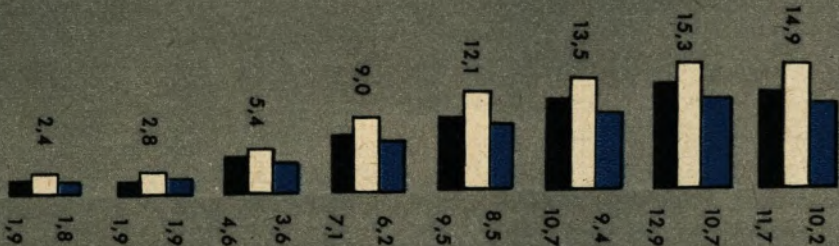


IN DER BUNDESREPUBLIK
WURDEN ERZEUGT
IN MILLIONEN TONNEN

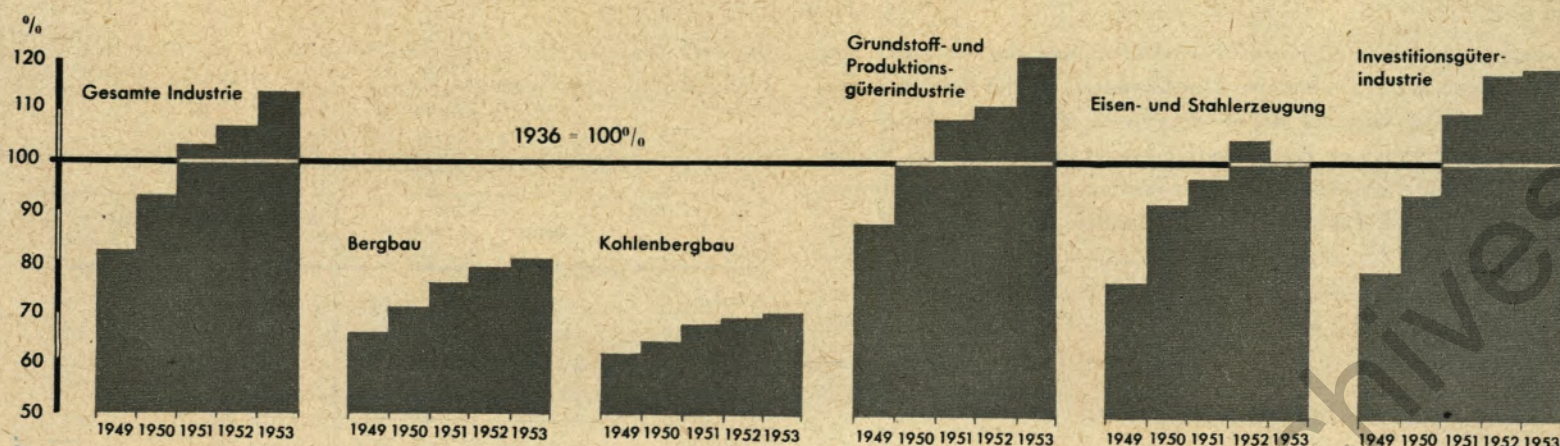


■ STEINKOHLN
□ KOKS

■ ROHEISEN
□ ROHSTAHL
■ WALZSTAHL



Produktionsergebnis je Arbeitsstunde



anderem Frankreich seine Eisen- und Stahlwirtschaft wesentlich ausbaute, nicht durchgeführt werden.

Dieser Zustand änderte sich zwar mit Aufhebung der Festpreise für Eisen und Stahl im Herbst 1952, aber die Marktlage erlaubte kaum noch irgendwelche Vorteile, die den Nachteil der zurückliegenden Jahre auch nur in beschränkten Grenzen aufgewogen hätten. Um so mehr ist zu bewundern, was die Eisen- und Stahlindustrie im Ganzen geleistet hat. Die folgenden Zahlen lassen es erkennen:

IN DER BUNDESREPUBLIK WURDEN ERZEUGT (IN MILLIONEN TONNEN)

	Steinkohlen	Roheisen	Rohstahl	Walzstahl
1946	53,9	1,87	2,37	1,81
1947	71,1	1,94	2,79	1,92
1948	87,1	4,61	5,37	3,62
1949	103,1	7,10	9,03	6,23
1950	110,7	9,47	12,12	8,45
1951	118,9	10,70	13,50	9,35
1952	123,3	12,90	15,30	10,70
1953	124,5	11,70	14,90	10,20

Mit der Entwicklung der Erzeugung erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in allen Bereichen unserer Wirtschaft ganz beträchtlich. In den vier Jahren zwischen 1950 und 1953 nahm die Zahl der Beschäftigten um fast 1,8 Millionen Arbeiter und Angestellte von 13,9 auf 15,7 Millionen Beschäftigte zu. Zugleich aber stiegen Jahr für Jahr die Leistungen, wie die nachstehende Zusammenstellung (siehe rechts oben) anschaulich zeigt.

Produktivität der Montanindustrie nimmt nur langsam zu

Die Übersicht verbirgt übrigens nicht, daß die Produktivität im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie wesentlich weniger zugenommen hat als die anderer Wirtschaftszweige. Auch das ist unseres Erachtens darauf zurückzuführen, daß im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie erst verhältnismäßig spät Investitionen zur Rationalisierung und Modernisierung möglich waren.

PRODUKTIONSERGEBNIS JE ARBEITERSTUNDE 1936=100

	Gesamte Industrie	Bergbau	Kohlenbergbau	Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	Eisen- u. Stahlherzeugung	Investitionsgüterindustrie
1949	82,3	66,1	61,9	87,5	75,8	79,3
1950	92,8	70,8	64,5	100,2	91,9	94,3
1951	102,6	75,8	68,0	108,5	96,6	110,2
1952	107,5	78,7	69,5	110,9	105,0	118,4
1953	113,5	80,7	69,7	120,7	100,1	118,9

Der allgemeinen Entwicklung der deutschen Wirtschaft folgte der Außenhandel. Die Zwangsausfuhren hörten auf; die alliierten Hilfslieferungen, die in der westdeutschen Handelsbilanz bis zum Jahre 1951 eine außergewöhnliche Rolle spielten, konnten eingestellt werden. Vom Jahre 1952 ab führten wir wieder mehr aus als ein, und von Jahr zu Jahr wuchsen die Überschüsse unseres Handels mit aller Welt. Mit der Zunahme des Wertes der Ausfuhr änderte sich auch ihre Zusammensetzung. Nicht mehr Rohstoffe führten wir aus, sondern hochwertige Fertigfabrikate aller Art. Zwei Zahlen genügen, um deutlich zu machen, wie sehr sich die Außenhandelsbilanz zu unseren Gunsten veränderte: im Jahre 1949 noch wurden für 1114 Millionen Dollar mehr Waren eingeführt als ausgeführt; im Jahre 1953 führten wir für 608 Millionen Dollar mehr aus als ein.

Außenhandel zeigt Erfolg der letzten zehn Jahre

Vielleicht macht diese Wandlung unseres Außenhandels besonders deutlich, wie groß und wie erfolgreich die Anstrengungen dieser zehn Jahre waren. Vieles hat dazu beigetragen, und nicht alles kommt ausschließlich auf das Konto unserer Arbeitskraft und unseres Willens, mit dem Kriege und seinen Folgen fertig zu werden. Die Weltpolitik konnten wir nicht beeinflussen, aber sie kam uns nicht nur wirtschaftlich zu Hilfe. Sie hat eine Reihe von Problemen für uns gelöst. Die Hilfe insbesondere der USA hat uns einen Start ermöglicht, der uns aus eigener Kraft nicht so schnell gelungen wäre. Das alles aber verkleinert die Leistung nicht, die in diesem Westdeutschland alle Deutschen gemeinsam vollbrachten.

VOM TOTEN ZUM LEBENDIGEN WERK

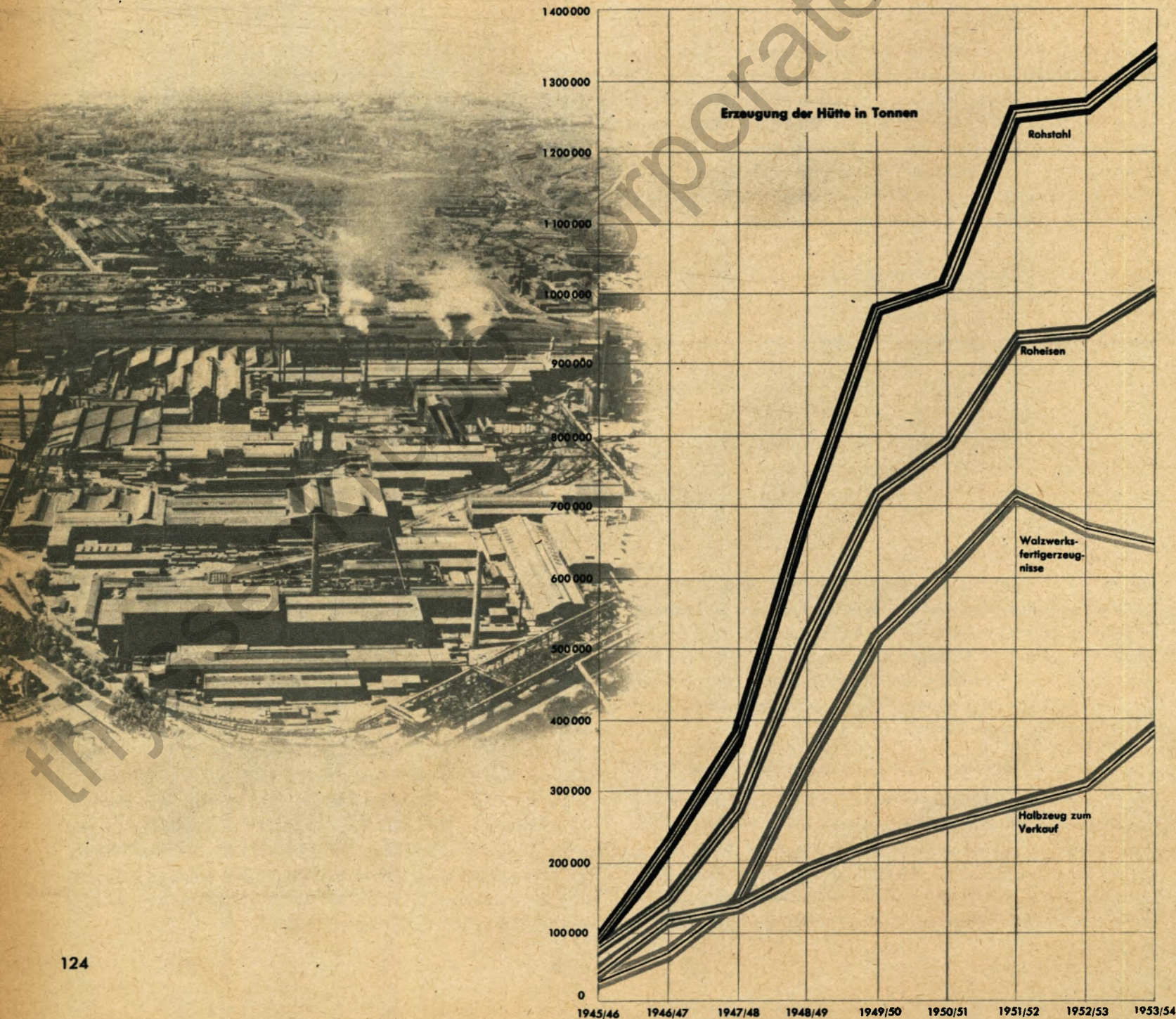
Eingebettet in diese allgemeine Entwicklung liegt die Geschichte der zum Hoesch-Kreis gehörenden Gesellschaften in der Zeit zwischen 1945 und 1955. Vierzehn Monate dauerte es, ehe wir die allerschwersten Kriegsschäden im Hüttenwerk beseitigt hatten. Erst im Januar 1946 konnten wir wieder mit einer geordneten Erzeugung beginnen. Und gerade 3680 Tonnen Rohstahl schafften wir in diesem Monat. Angesichts der Zerstörung, die uns damals umgab, und angesichts der Lebensbedingungen, unter denen die Belegschaft zu leiden hatte, war dies dennoch eine einzigartige Leistung. Im Juni desselben Jahres schafften wir schon 20 000 Tonnen Rohstahl.

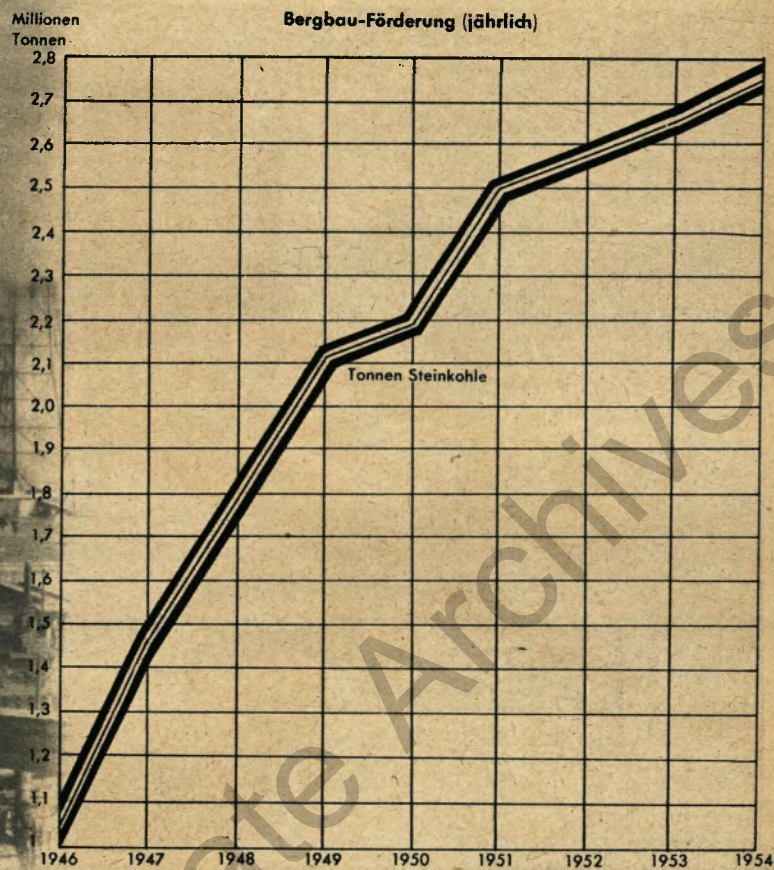
1945/46 gleiche Rohstahlerzeugung wie 1885

Im Geschäftsjahr 1945/46 wurden insgesamt 78 000 Tonnen Rohstahl erzeugt; unter den damaligen Umständen war das eine beachtliche Leistung, aber Hoesch hatte sie schon im Jahre 1885 erreicht. Im Jahr darauf kamen wir auf etwas mehr als 152 000 Tonnen. Nachdem schließlich die Gefahr der Demontage, die so lange Monate das Schicksal der Hütte bedrohte, beseitigt war, verlief der Wiederauf-

bau, der zu einem sehr großen Teil Neuaufbau war, planmäßig. Das ergibt sich aus den folgenden Zahlen:

ERZEUGUNG DER WESTFALENHÜTTE (IN TONNEN)				
	Roh Eisen	Rohstahl	Walzwerksfertig- erzeugnisse	Halbzeug zum Verkauf
1945/46	77 797	79 247	32 280	43 783
1946/47	152 110	225 150	72 090	117 476
1947/48	275 024	380 728	148 496	139 874
1948/49	520 330	697 313	339 410	193 739
1949/50	717 270	982 008	516 502	225 067
1950/51	789 476	1 095 310	614 398	254 132
1951/52	937 200	1 254 263	716 282	282 371
1952/53	944 131	1 262 050	670 004	305 706
1953/54	1 000 319	1 332 775	651 531	385 681





In dieser Entwicklung kam uns zu Hilfe, daß die Besatzungsmächte auf die strenge Innehaltung der Produktionsbeschränkungen verzichteten oder aber die Produktionsbegrenzung jeweils so rechtzeitig heraufsetzten, daß die Erzeugung unserer Hütte aus diesem Grunde niemals gedrosselt zu werden brauchte.

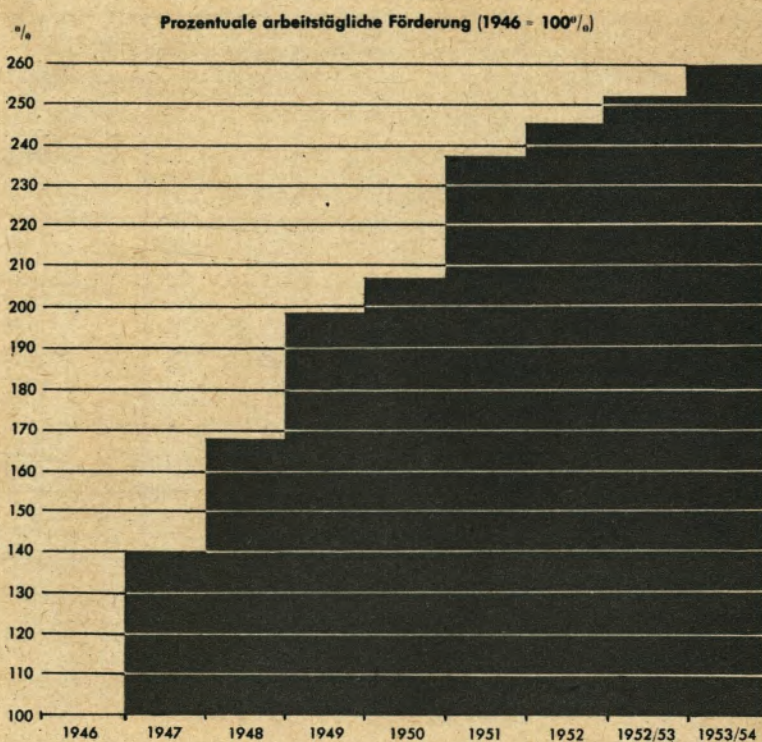
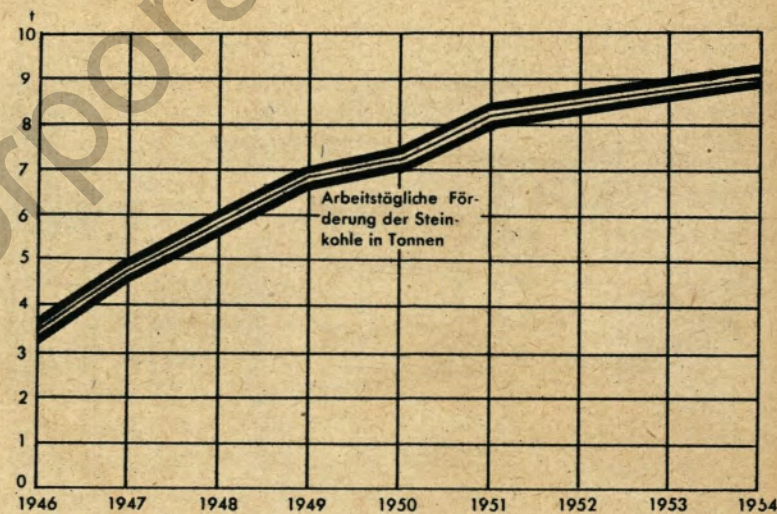
Bergbau-Leistung stieg rasch

Schneller noch kam der Kohlenbergbau voran. Ihm legten die alliierten Bestimmungen wie gesagt von vornherein keine Schwierigkeiten in den Weg, ja im Gegenteil, er wurde wegen des dringenden europäischen Bedarfs stark begünstigt. Die Schächte der heutigen Hoesch Bergwerks-AG konnten trotz erheblicher Schäden bereits im Jahre 1946 wieder mehr als eine Million Tonnen Steinkohlen fördern. Diese Leistung forderte von de:

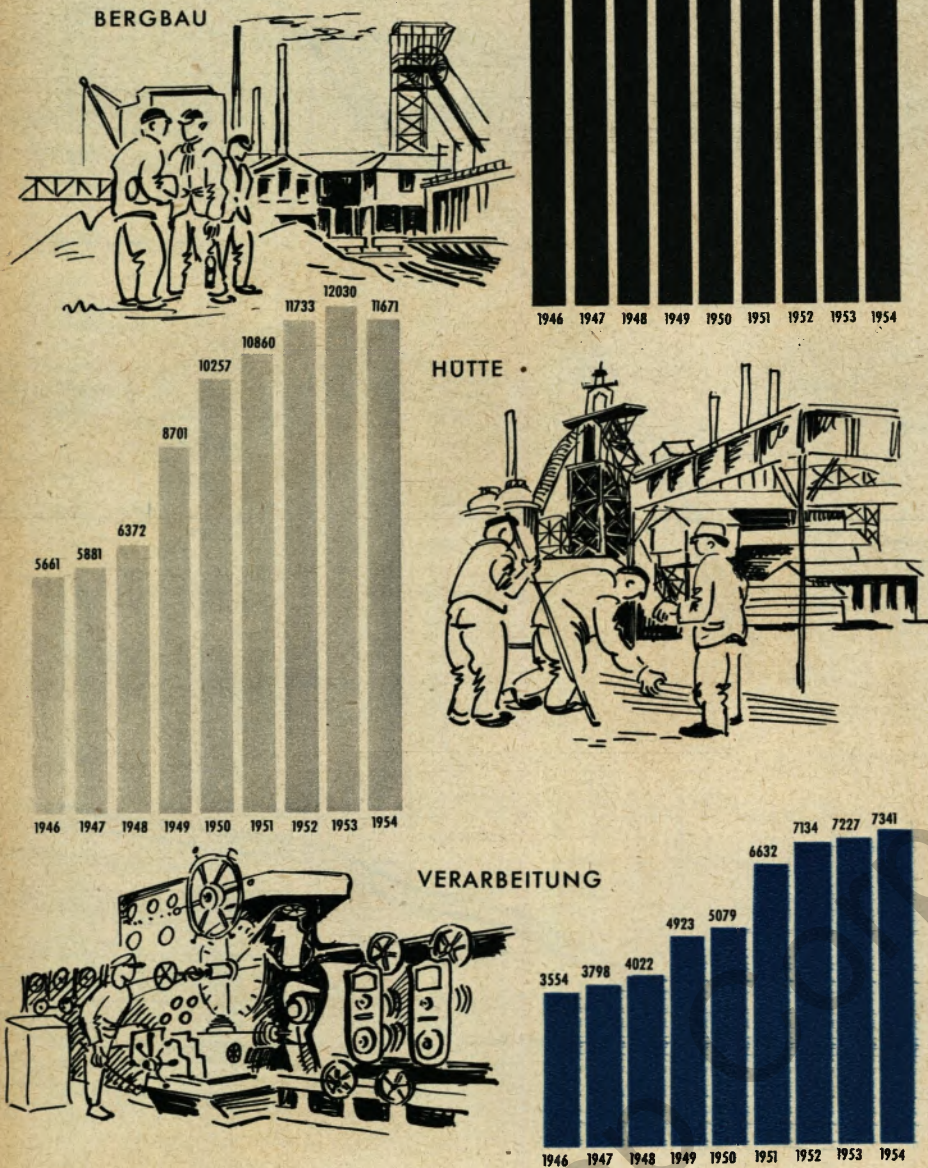
Jahr	in 1000 to	arbeitstgl.	arbeitstgl. 1946=100
1946	1 055 910	3 491	100
1947	1 472 599	4 865	140
1948	1 790 452	5 880	168
1949	2 103 728	6 897	198
1950	2 188 275	7 218	207
1951	2 505 352	8 267	237
1952 (9 Mon.)	1 949 319	8 550	245
1952/53	2 649 872	8 774	252
1953/54	2 744 549	9 088	260

Bergleuten unter den schwierigen Umständen eine hohe Einsatzbereitschaft, durch die auch in den folgenden Jahren die Förderung stetig weiter anstieg.

Kaum geringere Schwierigkeiten als die Hütte, hatten die Betriebe der Weiterverarbeitung zu überwinden.



Zahl der Mitglieder der Belegschaft
der Hoesch Werke (Stand jeweils am 30. Juni)



Kriegszerstörungen und Demontagen, Kohle- und Energiemangel und die ungenügende Versorgung mit Halbzeug und Rohstoffen hemmten die Erzeugung. Selbst als die Bewirtschaftung aufgehoben war, reichte die zunächst so geringe Erzeugung der Hütte nicht aus, um die Verarbeitungsbetriebe hinreichend mit Material zu versorgen. Dennoch ließ sich auch hier trotz der ungemein widrigen Umstände der Wille der Unternehmensleitungen und der Belegschaften nicht berechnen: sie bauten wieder auf und brachten unter mühseligen Anstrengungen die Erzeugung in Gang und schließlich auch zur alten Blüte.

Immer mehr Mitarbeiter

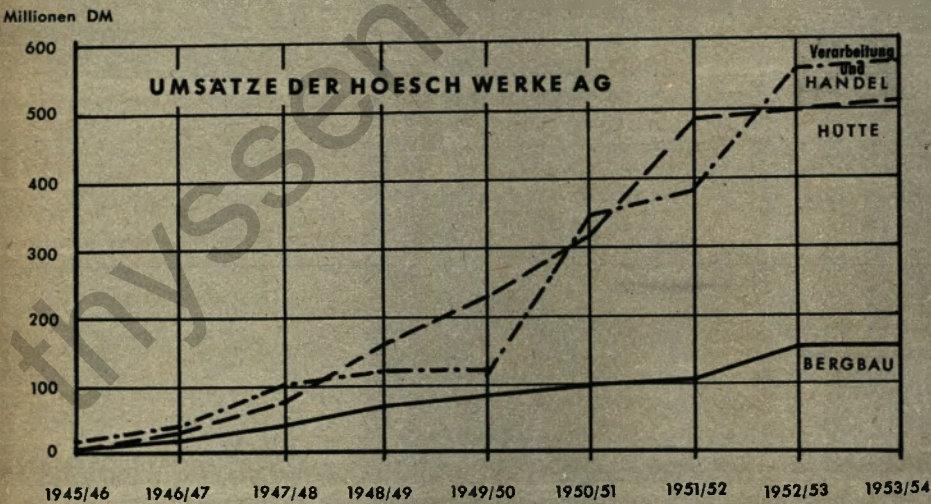
Bald konnte sogar die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt werden; neben die früheren Mitglieder unserer Belegschaft traten immer mehr neue Mitarbeiter, vor allem auch Flüchtlinge. Allerdings war ein großer Teil der Belegschaft noch lange ausschließlich mit der Beseitigung der Schäden des Krieges beschäftigt.

ZAHL DER MITGLIEDER DER BELEGSCHAFT DER HOESCH WERKE (STAND JEWEILS AM 30. JUNI)			
Jahr	Bergbau	Hütte	Verarbeitung
1946	7 770	5 661	3 554
1947	9 103	5 881	3 798
1948	8 977	6 372	4 022
1949	9 284	8 701	4 923
1950	9 286	10 257	5 079
1951	9 893	10 860	6 632
1952	10 496	11 733	7 134
1953	10 821	12 030	7 227
1954	10 543	11 671	7 341

Auch die Entwicklung des Umsatzes unserer Gesellschaft spiegelt die Geschichte dieser zehn Jahre wider:

UMSÄTZE DER HOESCH WERKE AG (IN MILLIONEN DM)			
Geschäftsjahr	Bergbau	Hütte	Verarbeitung und Handel
1945/46	8,7	10,9	22,8
1946/47	22,2	26,5	35,0
1947/48	38,2	71,3	46,4
1948/49	67,4	159,2	123,0
1949/50	77,2	227,0	117,4
1950/51	94,7	318,4	353,0
1951/52	102,2	486,4	376,2
1952/53	154,8	503,6	562,9
1953/54	154,8	506,3	567,4

Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen die Leistungen unserer Arbeiter und Angestellten ebenso sehr wie die Leistungen der Unternehmensleitungen. Die zehn Jahre waren eine harte Probe. Sie ist bestanden worden. In diesen zehn Jahren hat das Werk sich selbst bestätigt. Stärker als aller Wille und alle Macht, es zu zerstören, waren die Kräfte, die es aus seinen Trümmern haben neu erstehen lassen.



_____, den _____

Ich (Wir) bitte(n) um Zusendung von _____ Stück der Jahreseinbanddecke 1955 der Werkzeitschrift „WERK UND WIR“ an die nachstehende Anschrift

Name bzw. Firma _____

Ort _____

Straße _____

Bei Belegschaftsangehörigen bitte Betrieb angeben, in dem der Besteller beschäftigt ist _____

Wenn Sie es wünschen...

senden wir Ihnen gern monatlich unsere Werkzeitschrift „Werk und wir“, die wir für die Mitarbeiter und die Freunde unserer Gesellschaft herausgeben. Unsere Werkzeitschrift unterrichtet Sie laufend über die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Ereignisse im Hoesch-Bereich. Die vorliegende Sonderausgabe gibt Ihnen einen Eindruck von der Art, wie unsere Werkzeitschrift gestaltet ist. Weitere Einzelheiten über unsere Werkzeitschrift finden Sie auf Seite 196. Bitte, bedienen Sie sich der oben eingedruckten Bestellkarte. Wir werden dann dafür sorgen, daß Ihnen ab Heft 7/1955 unsere Werkzeitschrift regelmäßig zugestellt wird. Wir würden uns freuen, wenn besonders unsere Aktionäre von unserem Angebot regen Gebrauch machten.

Ich (Wir) bitte(n) (als Aktionär - Geschäftsfreund) um laufende Zusendung Ihrer Werkzeitschrift „WERK UND WIR“ an die nachstehende Anschrift

Name bzw. Firma _____

Ort _____

Straße _____

Im offenen
Briefumschlag
als Drucksache
einsenden

DRUCKSACHE

An die

Hoesch Werke Aktiengesellschaft
Werkzeitschrift „WERK UND WIR“

DORTMUND

Eberhardstraße 12

JAHRESEINBANDDECKE 1955

Die wichtigsten Ereignisse...

im Hoesch-Bereich schildert Monat für Monat unsere Werkzeitschrift „Werk und wir“. Text und Bilder, davon immer viele Bilder vierfarbig, vermitteln einen Eindruck von der Arbeit bei Hoesch. Im vergangenen Jahr haben wir für den Jahrgang 1953/54 eine Jahreseinbanddecke herstellen lassen, um unseren Mitarbeitern und den Freunden unseres Hauses Gelegenheit zu geben, die Hefte unserer Werkzeitschrift zu sammeln. Mehrere tausend Einbanddecken haben wir damals versandt. Für den laufenden Jahrgang 1955 wollen wir wieder eine Sammelmappe herstellen lassen, die ähnlich gestaltet ist wie die Mappe des vergangenen Jahres. Bitte, senden Sie uns die unten eingedruckte Bestellkarte; Sie erhalten dann von uns die Einbanddecke 1955 zugestellt.

Im offenen
Briefumschlag
als Drucksache
einsenden

DRUCKSACHE

An die

Hoesch Werke Aktiengesellschaft
Werkzeitschrift „WERK UND WIR“

DORTMUND

Eberhardstraße 12





HOESCH WERKE AG

Dortmund
Belegschaft: 30 830
Aktienkapital: 270 Millionen DM

WEITERVERARBEITUNG

STAHLERZEUGUNG

KOHLE

Westfalenhütte AG

Dortmund
Belegschaft: 12 079
Aktienkapital: 225 Millionen DM

Hoesch Bergwerks AG

Dortmund
Belegschaft: 10 522
Aktienkapital: 65 Millionen DM

HANDEL

Hohenlimburger Walzwerke AG

Hohenlimburg
Belegschaft: 2 904
Aktienkapital: 40 Millionen DM

Werk Federstahl

Kassel
Belegschaft: 111

Dörken AG

Gevelsberg
Belegschaft: 183
Aktienkapital: 3 Millionen DM

Dortmunder Drahtseilwerke GmbH

Dortmund
Belegschaft: 150
Stammkapital: 1,4 Millionen DM

Schmiedag AG

Hagen
Belegschaft: 1 581
Aktienkapital: 20 Millionen DM

Werk Ruesenberg

Olpe
Belegschaft: 196

Trierer Walzwerk AG

Trier und Wuppertal-Langerfeld
Belegschaft: 674
Aktienkapital: 4,5 Millionen DM

Maschinenfabrik Deutschland AG

Dortmund
Belegschaft: 1 106
Aktienkapital: 6 Millionen DM

Hiltruper Röhrenwerk GmbH

Hiltrup
Belegschaft: 330
Stammkapital: 2,5 Millionen DM

Becke-Prinz GmbH

Dortmund und Hemer
Belegschaft: 310
Stammkapital: 4 Millionen DM

Hoesch Eisenhandel mbH

Dortmund
Belegschaft: 357
Stammkapital: 3 Millionen DM

Hoesch Kohlenhandel GmbH

Dortmund
Belegschaft: 16

Hoesch Export GmbH

Dortmund
Belegschaft: 88
Stammkapital: 0,25 Millionen DM

Carl Flügge GmbH

Hamburg

Die Neuordnung

Vorgeschichte: »Entflechtung«

Zu den schweren Zerstörungen der Hoesch Werke, die das Unternehmen schon Monate vor dem Ende der Kampfhandlungen stilllegten, kam die Absicht der Alliierten, die deutsche Wirtschaft möglichst für alle Zeit durch Verbote und Gebote zu verstümmeln und zu beschränken; diese Absicht richtete sich in erster Linie natürlich gegen die Wirtschaftskraft des Ruhrgebietes und da wieder der eisen-schaffenden Schwerindustrie. Reparaturverbote, umfangreiche Produktionsbeschränkungen und Demontagen sollten diese vor allem in Potsdam erklärte Politik verwirklichen. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt sollte nach dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 die deutsche Wirtschaft dezentralisiert oder entflochten werden, damit so für die Zukunft jede übermäßige Ballung von Wirtschaftsmacht verhindert würde. Das war der Sinn der Dekartellisierung und der Entflechtung. Ob dabei allgemeinpolitische Gründe oder vielleicht

„Dieses Unternehmen war getragen von einer in verpflichtender Tradition großgewordenen Leitung und von einer Stammsbelegschaft qualifizierter Facharbeiter, die vielfach schon in zweiter und dritter Generation dem Werk angehören; Hoesch stellt also eine Gemeinschaft dar, die sowohl zum Besten der Deutschen Wirtschaft als auch zum Besten der in ihr arbeitenden Menschen eine Einheit bildete und als Einheit hätte zusammenbleiben sollen“ (Aufsichtsratsvorsitzer Willy Hopp vor der Hauptversammlung der Hoesch AG i. L. am 29. April 1954)

mehr noch wirtschaftspolitisch-wettbewerbsmäßige Gründe im Vordergrund standen, soll dahingestellt bleiben.

Im Ruhrgebiet richteten sich diese Absichten gegen den organisch gewachsenen Verbund zwischen Kohlenbergbau und Eisen- und Stahlindustrie, wie er für dieses Gebiet charakteristisch geworden war.

Schon am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die englische Militärregierung die westdeutschen Kohlenzechen und unterstellte sie der Verwaltung der North German Coal Control. Diese Maßnahme traf auch die Hoesch-Zechen. Sie wurden aus der Verwaltung der Hoesch AG herausgelöst.

Eigentümer ohne Einfluß

Am 20. August 1946 beschlagnahmte die britische Militärregierung auch die Unternehmen der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und unterstellte sie treuhänderisch der North German Iron and Steel

Control. Damit war den Eigentümern jeder Einfluß genommen; sie blieben zunächst von der Mitwirkung an der organisatorischen Umgestaltung ihrer Unternehmungen ausgeschlossen. Um den künftigen Aufbau für die Eisen- und Stahlindustrie der britischen Zone vorzubereiten, übertrug die britische Militärregierung im Oktober 1946 diese Aufgabe einer von ihr zu diesem Zweck geschaffenen Treuhandverwaltung, die der North German Iron and Steel Control unterstellt war. Diese Anordnung löste den alten gewachsenen Verbund von Kohle und Stahl.

Aufteilung in „Einheitsgesellschaften“

Die Treuhandverwaltung, gebunden an Weisungen und Vorstellungen der Alliierten, sah vor, die Eisen- und Stahlindustrie in 24 selbstständige Gesellschaften mit einem Aktienkapital von je 100 000 RM neu zu ordnen. Zu den ersten Gesellschaften, die auf Grund dieses Planes gegründet wurden, gehörten die Stahlwerke Hagen AG, die das Werk Hagen der Harkort Eicken Edelstahlwerke G.m.b.H. aus dem Eigentum der Hoesch AG übernahm, und die „Hüttenwerk Dortmund AG“ – die spätere Westfalenhütte –; ihr wurde die Verwaltung unseres Hüttenwerkes übertragen.

Vorstand und Aufsichtsrat lehnen Mitwirkung ab

Da nach Ansicht des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Hoesch AG diese Maßnahmen der Entflechtung und Neugründung den Grundsätzen des deutschen Rechts widersprachen, lehnten Aufsichtsrat und Vorstand ab, bei der Gründung der neuen Gesellschaften und bei den Verträgen über die Betriebsbenutzung mitzuwirken. Sie wollten ihre Pflichten gegenüber Aktionären und Gläubigern nicht verletzen. Die Militärregierung befahl und ersetzte die Zustimmung der zuständigen Organe durch die Unterschrift des Leiters der Treuhandverwaltung, der den Vertrag sowohl im Namen der neugegründeten wie auch der alten Gesellschaft unterzeichnete.

Auch Kohle unter Kontrolle

Zur Verwaltung der beschlagnahmten Kohlenzechen setzten die britische und amerikanische Militärregierung, deren Besatzungsbereiche inzwischen vereinigt worden waren, am 19. November 1947 die „Deutsche Kohlenbergbauleitung“ in Essen ein. Auch sie wurde einer alliierten Dienststelle, nämlich der britisch-amerikanischen Coal Control Group, unterstellt, die inzwischen die Nachfolge der

Zum letzten Mal übten in einer Hauptversammlung am 23. September 1953 die Stahltreuhänder die Rechte der Aktionäre von Hoesch aus. Bei dieser Hauptversammlung wurde das Grundkapital der Nachfolgegesellschaften der Hoesch AG i.L. festgesetzt. Von links nach rechts: Stahltreuhänder Dr. Deist, Rechtsanwalt Hennig, Fabrikant Willi Hopp (Vorsitzer des Aufsichtsrats), Stahltreuhänder von Falkenhausen; dahinter Stahltreuhänder Dinkelbach.



North German Coal Control angetreten hatte. In gleicher Weise und aus den gleichen Gründen wurde auch die englische Kontrollbehörde für die Stahlindustrie in die UK/US-Steel Control Group umgewandelt.

Gesetz Nr. 75: Keine Machtkonzentration

Die Entflechtung der westdeutschen Montankonzerne erhielt durch das Gesetz Nr. 75 ein neues Gesicht. Dieses Gesetz war wie auch das Gesetz Nr. 27 ein Gesetz der Alliierten Hohen Kommission.

Das Gesetz Nr. 75 stellte in seiner Präambel fest: Die Neuordnung der Kohle- und Stahlindustrie solle die Dezentralisation der deutschen Wirtschaft herbeiführen, damit für alle Zeit übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht beseitigt und die Wiederherstellung eines deutschen Kriegspotentials verhindert werde. Die Präambel legte ferner fest, daß die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse Sache der deutschen Regierung bleibe, und daß diese Frage nicht durch die Neuordnung zu regeln sei. Dabei wurde allerdings der Vorbehalt gemacht, daß die Wiederherstellung früherer Eigentumsverhältnisse unzulässig sei, wenn sie „übermäßige Konzentration wirtschaftlicher oder politischer Macht“ darstellen würden.

Der Irrtum der „marktherrschenden Stellung“

Nach dem Anhang zum Gesetz Nr. 75 gehörte auch die Hoesch AG zu den Unternehmen, die eine übermäßige Konzentration von Wirtschaftsmacht verkörpert hatten. Diese Feststellung muß jedem, der die Verhältnisse kannte und kennt, als sachlich nicht gerechtfertigt erscheinen. Das Aktienkapital der Hoesch AG war seit langem weit gestreut, und es gab längst keine Großaktionäre oder Aktionärsgruppen mehr, die ein Machtfaktor im Sinne einer „Machtkonzentration“ gewesen wären. Außerdem konnte die Hoesch AG zu keiner Zeit ein marktherrschendes Monopol ausüben. Ihr Anteil an der deutschen Rohstahlerzeugung zum Beispiel betrug zuletzt etwa 9 Prozent und ihr Anteil an der deutschen Steinkohlenförderung nur etwa 4 bis 5 Prozent. Daß Hoesch sich zu einem Verbundunternehmen entwickelt hatte, hatte sicherlich keine politischen Hintergründe, sondern lag in der allgemeinen unaufhaltsam technischen Entwicklung, die den Verbund geradezu forderte.

Namensaktien sollen Kontrolle der Besitzverhältnisse ermöglichen

Im September 1949 wurde der Combined Steel Group die Stahltreuhänderverwaltung zur Seite gestellt. Die Stahltreuhänder wurden auf deutschen Vorschlag von den Militärregierungen ernannt; ihnen stellte die Militärregierung die Aufgabe, einen Plan zur Neuordnung der Stahlindustrie vorzulegen. Darüber hinaus schufen sie im Rahmen ihres Auftrages Mustersatzungen für die Nachfolgegesellschaften; auch diese Satzungen wurden in entscheidenden Punkten von den Besatzungsmächten beeinflußt. Diese Mustersatzungen für die 24 selbstständigen Gesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie sollten – möglichst für alle Zeit – verhindern, daß durch wechselseitige Besetzung der Aufsichtsräte oder Vorstände zwischen den entflochtenen Werken neue Verbindungen hergestellt wurden. Außerdem sahen sie vor, daß die bisher in der Ruhrindustrie üblichen Inhaberaktien durch Namensaktien ersetzt wurden, damit so eine genauere Kontrolle der Aktienbewegungen möglich wäre.

Nach Gründung der Bundesrepublik ersetzten die Militärregierungen das Gesetz Nr. 75 durch das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission, das die alten, harten Entflechtungspläne erstmals auflockerte. In Verhandlungen zwischen der Regierung und der Alliierten Hohen Kommission gelang es dann allmählich, die Neuordnung unter gesünderen wirtschaftlichen Bedingungen durchzuführen. Hier ergaben sich wichtige Ansatzpunkte, von denen her es möglich wurde, wenigstens den Kern der früheren Hoesch AG vor der Zertrümmerung zu bewahren. Nicht verhindert werden konnte allerdings, daß aus der Zeche Radbod und den Altenessener Zechen eine eigene Bergbau-



Die letzte Hauptversammlung der Hoesch AG i.L. am 29. April 1954.

Oben: Ein Blick in den Goldsaal der Westfalenhalle während der Hauptversammlung.

Links: Aufsichtsratsvorsitzer Fabrikant Willy Hopp bei seiner Ansprache, rechts von ihm: Friedrich Wilhelm Engel

gesellschaft – die Altenessener Bergwerks-Aktiengesellschaft – geschaffen und daß das Werk Hagen der Harkort Eicken Edelstahlwerke und einer Reihe sonstiger Beteiligungen ausgegliedert wurden. Am 1. Oktober 1950 trat die Hoesch AG in Liquidation. An ihre Stelle traten drei Nachfolgegesellschaften:

die Hoesch AG, Dortmund,
die Altenessener Bergwerks AG, Essen,
die Industrierwerte AG, Dortmund.

Neugründung der Hoesch Werke

Am 25. Juli 1952 wurde sozusagen unter der Patenschaft der Stahl-treuhänder die Hoesch Werke AG neu gegründet und, nachdem dieser Akt am 22. August 1952 in das Handelsregister beim Amtsgericht in Dortmund eingetragen worden war, wurde diese neue Gesellschaft am 21. Juni 1954 aus der Kontrolle nach dem Gesetz Nr. 27 entlassen. Die Hoesch Werke AG, die den traditionsreichen Namen der früheren Hoesch AG in die Zukunft trägt, faßt als Obergesellschaft, als Holding-Gesellschaft, die auf der nächsten Seite aufgeführten und in der Entflechtung und Neuordnung zum Teil neugegründeten Tochtergesellschaften zusammen. Diese Tochtergesellschaften sind durch Organverträge mit der Hoesch Werke AG verbunden. Die „Altenessener Bergwerks AG“, die zweite Nachfolgegesellschaft der früheren Hoesch AG, umfaßt die Altenessener Zechen, die im Jahre 1930 durch Fusion mit dem „Köln-Neuessener Bergwerksverein“ der Hoesch AG angegliedert wurden, sowie die schon erwähnte Zeche Radbod. Damit wurde wieder getrennt, was aus sinnvollen wirtschaftlichen Überlegungen etwa zwanzig Jahre früher

zusammengefügt worden war. Die Auflösung dieses Verbundes war für die neue Gesellschaft deswegen besonders schmerzlich, weil die Zechen der Altenessener Bergwerks AG hervorragend ausgebaute Gruben sind.

In der dritten Nachfolgegesellschaft, der „Industrierwerte AG“, wurden unter anderem die früheren Beteiligungen der Hoesch AG an der Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG, der Schwinn AG, der Eisen und Metall AG, der Küppersbusch und Söhne AG und einiger Fabriken feuerfester Steine zusammengefaßt.

Die Erzbergbau-Gesellschaft „Eisenzecher Zug“, die früher ebenfalls zu hundert Prozent im Besitze der Hoesch AG war, wurde in die Erzbergbau-Gesellschaft Siegerland eingebracht, die mit dem Sitz in Betzdorf gegründet wurde. Als Ausgleich für die Einbringung wurde eine Beteiligung gewährt, die jetzt im Besitz der „Westfalenhütte AG“ ist.

Die Neufestsetzung der Grundkapitalien

Besondere Überlegungen galten der Festsetzung der Grundkapitalien: Bei Kriegsende betrug das Grundkapital der Hoesch AG 135 Millionen RM. Die Bilanz der AG enthielt damals erhebliche offene und stille Reserven. Außerdem waren seit Kriegsende durch den Wiederaufbau erhebliche Werte hinzugeschaffen worden. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen und nach den Bewertungsmöglichkeiten, die das DM-Eröffnungsbilanzgesetz und die Neuordnungsbestimmungen boten, wurden die Anlagen neu bewertet und das Grundkapital der drei Nachfolgegesellschaften in folgender Höhe festgesetzt:

Hoesch Werke AG		270 Millionen DM
Altenessener Bergwerks AG		90 Millionen DM
Industrierwerte AG		27 Millionen DM

Aus dieser Kapitalfestsetzung für die drei Nachfolgegesellschaften ergab sich das Umtauschverhältnis von 1 : 2,86 für die Aktien der alten Hoesch AG gegen solche der drei neuen Gesellschaften.

Vorweg war bereits das Grundkapital für diejenigen Tochtergesellschaften neu festgesetzt worden, die bei der Hoesch Werke AG verblieben. Die Grundkapitalien – bei den Tochtergesellschaften in der Rechtsform der G.m.b.H. die Stammkapitalien – betragen:



Hoesch Bergwerks AG	65 000 000,- DM
Westfalenhütte AG	225 000 000,- DM
Hohenlimburger Walzwerke AG ..	40 000 000,- DM
Dörken AG	3 000 000,- DM
Dortmunder Drahtseilwerke G.m.b.H.	1 400 000,- DM
Schmiedag AG	20 000 000,- DM
Trierer Walzwerke AG	4 500 000,- DM
Maschinenfabrik Deutschland AG..	6 000 000,- DM
Becke-Prinz G.m.b.H.	4 000 000,- DM
Hiltruper Röhrenwerk G.m.b.H. ...	2 500 000,- DM
Hoesch Eisenhandel m.b.H.	3 000 000,- DM
Hoesch Export G.m.b.H.	250 000,- DM

Trotz der Verluste, welche die Hoesch AG bei der Neuordnung hinnehmen mußte, haben die Worte volle Berechtigung, die anlässlich der Beurkundung des Gründungsaktes gesprochen wurden:

„An die Gründung der einen oder anderen Gesellschaft sind wir nur mit einer gewissen Sorge herangegangen. Die Gründungen sind durchgeführt und mußten durchgeführt werden, weil aus dem Übereinkommen zwischen der Bundesregierung und den Hohen Kommissaren politische Folgerungen gezogen werden mußten. Die Gründung der einen oder anderen Gesellschaft ist deshalb zu verantworten, weil sie aus dem Gesichtspunkt der Rationalisierung begrüßt werden konnte.“

Drei gute Seiten: Kohle, Stahl, Verarbeitung

Die Gründung der Hoesch Werke AG ist durchaus und freudig zu begrüßen. Sie hat als Holding drei gute Seiten:

- Die umfangreiche Grundlage im Bergbau und in der Koksversorgung der Hütte;
- die umfangreiche Grundlage in der Eisenerzeugung;
- die gute Grundlage der Weiterverarbeitung.

Man kann sagen, daß die Hoesch Werke AG auf dem Gebiet der Flachprodukte führend ist. Die Produkte umfassen Breitband, Bleche und Bandeisen. Sie hat eine breite Erzeugung von Kaltwalzwerkprodukten, die eine sehr intensive Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie ermöglichen. Ich verweise hier auf die „Röhrenwerke Hiltrup“, die mit ihren geschweißten Röhren immer größere Bedeutung erhalten. Umfangreich ist auch die Herstellung von Profil-, Form- und Stabeisen sowie von Gesenkschmiedestücken. Die „Schmiedag AG“ ist die größte Gesenkschmiede der Bundesrepublik. Wichtig in der Weiterverarbeitung sind die „Maschinenfabrik Deutschland“ und die „Dortmunder Drahtseilwerke“. Außerdem sind hervorzuheben die „Hoesch Eisenhandel m.b.H.“ und die „Hoesch Export G.m.b.H.“. Das neue Unternehmen ist mithin in sich ausgewogen und hat eine breite Grundlage, so daß es sich jeder konjunkturellen Entwicklung anzupassen vermag. Man darf feststellen, daß mit der Hoesch Werke AG im Rahmen des Möglichen ein gesundes und krisenfestes Werk aufgebaut worden ist.“

Die letzte Hauptversammlung der Hoesch AG in Liquidation

Nachdem alle rechtlichen Erfordernisse erfüllt worden waren, die mit der Neuordnung der Hoesch AG in Zusammenhang standen, hielt die Altgesellschaft am 29. April 1954 ihre letzte Hauptversammlung ab. Mit guten Gründen konnte damals der Vorsitz des Aufsichtsrates der alten Gesellschaft, Willy Hopp, der den Vorsitz im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft übernommen hatte, erklären, daß die letzte Hauptversammlung der Hoesch AG nicht so sehr das Ende einer alten Gesellschaft, sondern der Wiederbeginn ungehinderter Arbeit in den Nachfolgesellschaften bedeute. In seinem Bericht machte er zwei wichtige Feststellungen, die wert sind, festgehalten

zu werden: Noch einmal betonte er, wie bedauerlich es sei, daß es angesichts der alliierten Anordnungen nicht gelungen wäre, das organisch gewachsene Unternehmen, das keineswegs eine marktbeherrschende Stellung innegehabt hätte, als ein Ganzes zu erhalten. Und schließlich sagte er: „Ich möchte es nicht unterlassen, zu betonen, daß wir in vielen Fragen der Neuordnung auch die Vertreter der Gewerkschaften an unserer Seite sahen, was ja bei dem gemeinsamen Ziel eigentlich selbstverständlich ist.“

382 Millionen für Investitionen von 1948 bis 1953

Von besonderer Bedeutung war aber auch das, was anlässlich dieser letzten Hauptversammlung der Altgesellschaft der vor wenigen Wochen verstorbene Direktor Friedrich Wilhelm Engel sagte. Er berichtete, daß der Anlagezugang der drei Nachfolgesellschaften von 1948 bis 1953 insgesamt 382 Millionen DM betrug, die sich mit 284 000 000,- DM auf die Hoesch Werke AG, mit 91 000 000,- DM auf die Altenessener Bergwerks AG und mit 7 000 000,- DM auf die Industrierwerte AG verteilten.

Er bezifferte die in der nächsten Zeit notwendigen Investitionen auf rund 227 Millionen DM, wovon rund 197 Millionen DM auf die Hoesch Werke AG mit ihren Tochtergesellschaften und rund 30 Millionen DM auf die Altenessener Bergwerks AG entfielen.

Friedrich Wilhelm Engel: Getrenntes zusammenführen

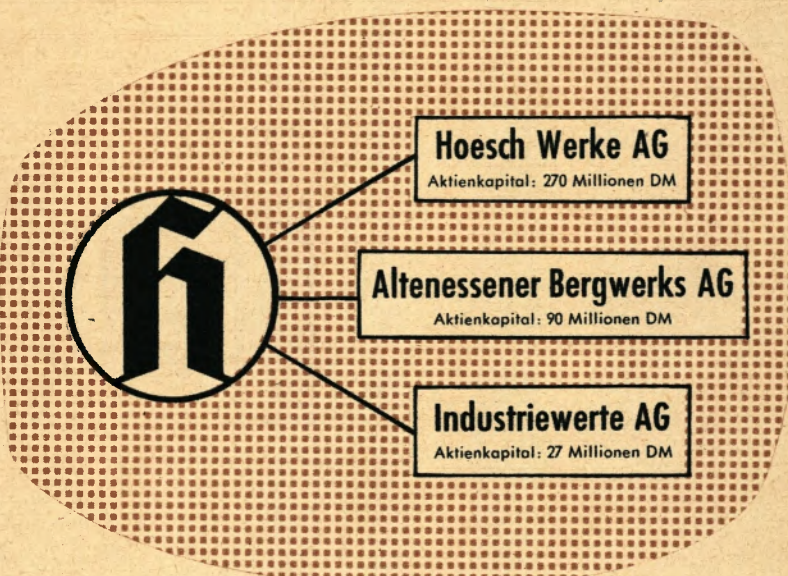
Zugleich brachte Direktor Engel zum Ausdruck, daß der dringende Wunsch und das Bedürfnis bestünden, die zurzeit getrennten Gesellschaften wieder zusammenzuführen. Er drückte damit aus, was die Meinung aller Sachverständigen ist, daß die Leistungsfähigkeit der Montanindustrie wesentlich davon abhängt, daß sie sich nach dem Prinzip des Verbundes von Kohle und Stahl organisiert.

An dieser Hauptversammlung nahmen 296 Aktionäre teil, die ein Aktienkapital in Höhe von 94 113 600,- RM vertraten.

Der Anfang einer neuen Epoche der Firmengeschichte

Der Hauptgeschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz“, Rüger, brachte zum Ausdruck, was diese Hauptversammlung deutlich machte: wie eng das Vertrauensverhältnis der vielen kleineren und mittleren Aktionäre zu Hoesch ist.

Mit den Beschlüssen dieser Hauptversammlung war die Liquidation der Hoesch AG abgeschlossen. Die Gesellschaft wurde am 24. Mai 1954 im Handelsregister gelöscht. Formal war es ihr Ende, tatsächlich aber war es nach Überzeugung aller, der Aktionäre, der Aufsichtsräte, der Vorstände und der Belegschaften ein Wiederbeginn, der Anfang einer neuen Epoche der Geschichte von Hoesch.



Die Verfassung der Hoesch Werke AG

Nicht nur der Staat, auch wirtschaftliche Gebilde wie die Hoesch

Werke AG brauchen eine Verfassung; denn viele Tausende von Menschen stehen zu einem modernen Industrieunternehmen in Beziehung. Mag es sich dabei um Aktionäre oder um Betriebsangehörige handeln: sie alle haben Rechte und Pflichten gegenüber dem Unternehmen, von denen sie wissen wollen, worin sie bestehen und wie sie geltend gemacht werden können. Außerdem aber muß die Verfassung festlegen, von wem und in welcher Weise das Unternehmen geleitet wird und von wem und in welcher Weise diese Unternehmensleitung kontrolliert wird. Man kann hier durchaus von einer Parallele zur Politik sprechen, bei welcher die Verfassung ja gleichfalls zu einem bedeutenden Teil darin besteht, zu regeln, von wem und in welcher Weise die Regierung und das Parlament gewählt werden, in welcher Weise die Regierung handelt und auf welche Weise sie dabei von der Öffentlichkeit und in ihrem Namen durch das Parlament kontrolliert wird. Diese Verfassungsbestimmungen für die Aktiengesellschaften finden wir im Aktiengesetz, das neben einer Anzahl zwingender Vorschriften auch solche Vorschriften für die Aktiengesellschaften enthält, die die Gesellschaft in ihrer Satzungsgegebenenfalls abweichend regeln kann. Die Satzung ist also eine Ergänzung des Gesetzes.

Neben das Aktiengesetz tritt bei den Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der eisenschaffenden Industrie das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Gesellschaften.

Die Aktionäre

Aufbau, Führung und Entwicklung moderner Unternehmungen der Industrie fordern heute ein so ungewöhnlich großes Kapital – es handelt sich bei unserem Unternehmen, wie vorher gesagt, um 270 Millionen DM –, daß es in aller Regel nicht von einem einzelnen, nicht von wenigen, sondern nur von einer großen Vielzahl von Geldgebern aufgebracht werden kann.

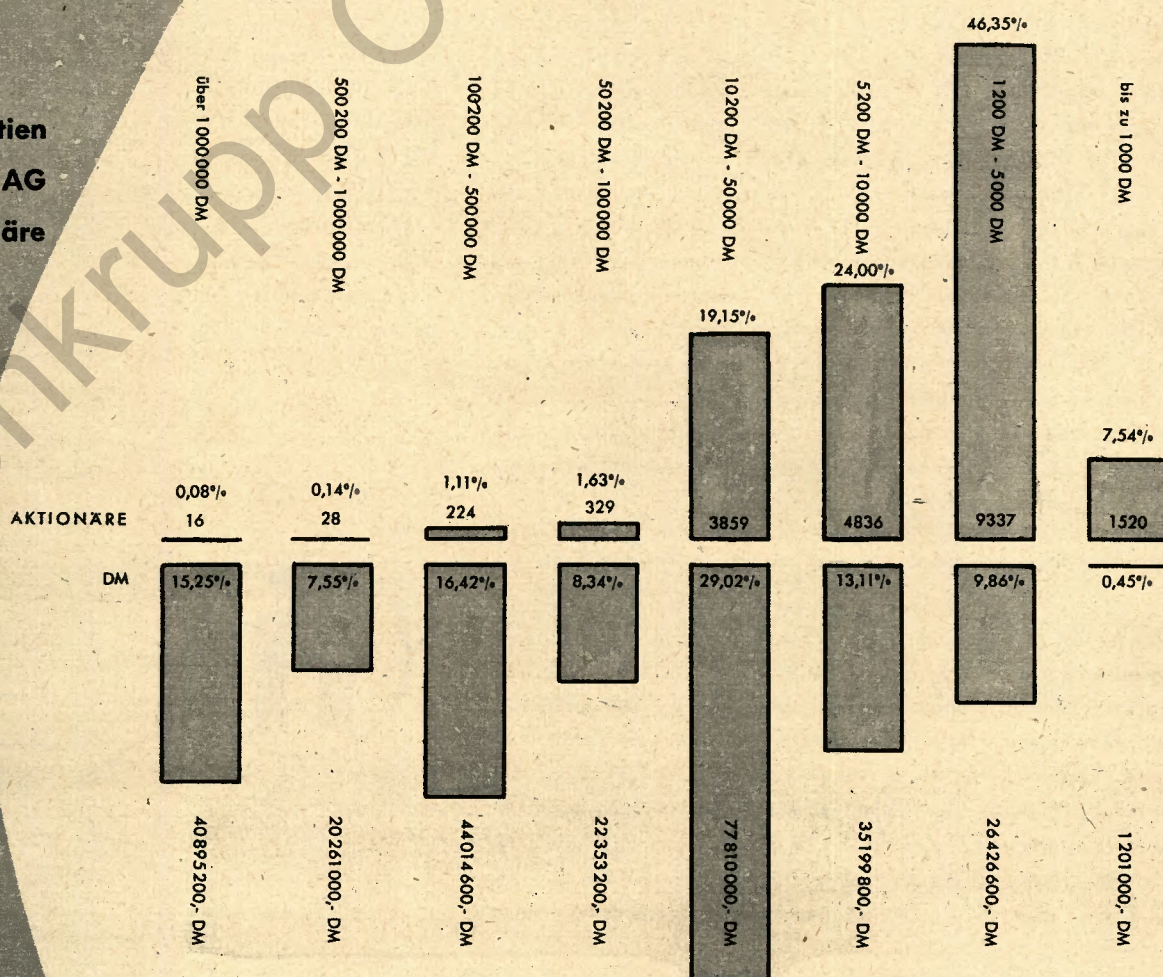
Hat eine Unternehmung die Rechtsform der Aktiengesellschaft, wie die Hoesch Werke, so nennt man ihre Geldgeber Aktionäre; sie sind Anteilseigner, die Eigentümer des in Anteile zerlegten Aktienkapitals. Der Aktionär wird nach Höhe des Kapitalanteils, den er der Gesellschaft zur Verfügung stellt, Miteigentümer des Unternehmens. Diese Rechte werden ihm mit einem Wertpapier, der Aktie, verbrieft.

Die Aktie verbrieft einen Anteil am Grundkapital. Dieser Anteil wird in einem Geldbetrag, dem Nennbetrag, angegeben. Während nach dem früheren Aktiengesetz der Mindestnennbetrag einer Aktie 1000 RM betrug und nur in Ausnahmefällen auf 100 RM festgesetzt werden konnte, ist er nach der Währungsreform mit 100 DM bestimmt worden. Höhere Nennbeträge sind zulässig, sie sollen aber immer auf volle 100 DM lauten. In anderen Ländern, besonders in Amerika, sind Kleinaktien mit wesentlich niedrigeren Nennbeträgen (5 oder 10 Dollar) nicht selten.

Das Aktienkapital unserer Gesellschaft beträgt 270 Millionen DM. Davon sind 260 Millionen DM in 260 000 Globalaktien über je 1000 DM aufgeteilt. Eine Globalaktie faßt mehrere Einzelaktien – in unserem Falle je 10 Einzelaktien zu je 100 DM – in einer Urkunde, eben der Globalaktie, zusammen. Die restlichen 10 Millionen DM unseres Aktienkapitals sind in 100 000 Aktien zu je 100 DM aufgeteilt.

Aktien können auf den Namen eines bestimmten Anteilseigners lauten und werden dann bei jedem Eigentumsübergang umgeschrieben – Namensaktien –, oder sie lauten nur auf den Inhaber, so daß jeder, der die Aktie vorweist, als der Aktionär gilt – Inhaberaktien –. Die Aktien der Hoesch Werke AG sind Namensaktien; sie werden auch, wenn die Hauptversammlung, also die Versammlung der Aktionäre, so entscheidet, Namensaktien bleiben. Die Verwaltung hofft, daß die Namensaktie ein engeres Verhältnis des Aktionärs zu seiner Aktie und zum Unternehmen herstellt, als es bei der Inhaberaktie in der Regel der Fall ist.

Verteilung der Aktien der Hoesch Werke AG auf 20149 Aktionäre





Die Namensaktien werden im Aktienbuch, das bei der Gesellschaft geführt wird und die Eigentumsübergänge enthält, erfaßt. Es versteht sich, daß das Aktienbuch einen höchst interessanten Aufschluß über die Verteilung unseres Aktienkapitals geben kann.

Anlässlich der Aufforderung, die alten Hoesch-Aktien gegen die neuen Aktien der Hoesch Werke AG und der anderen Nachfolgesellschaften zu tauschen, meldeten sich 20235 Aktionäre, die ein Aktienkapital von 269 702 200 DM besitzen. Das sind 99,89 Prozent des vorhandenen Grundkapitals.

Die Übersicht auf Seite 134 läßt erkennen, daß mehr als die Hälfte unserer Aktionäre mit einem Anteil am Aktienkapital unserer Gesellschaft beteiligt ist, der unter 5000 DM liegt, während nur sehr wenige Aktionäre als wirkliche Großaktionäre angesprochen werden können. Auf 16 dieser Aktionäre entfallen nur etwa 40 Millionen DM unseres Aktienkapitals. Kein Aktionär besitzt mehr als 3,5% unseres Aktienkapitals.

Seine Rechte vertritt der Aktionär in der Hauptversammlung, der Versammlung der Aktionäre. Jede Aktie von 100 DM gewährt ihm eine Stimme; ein Aktionär mit hohem Anteil am Aktienkapital kann also viele Stimmen auf sich vereinigen. Jedenfalls können, wenn in unserer Hauptversammlung das gesamte Grundkapital vertreten ist, 2,7 Millionen Stimmen abgegeben werden.

Der Aktionär, der der Gesellschaft sein Geld zur Verfügung gestellt hat, erwartet nicht nur eine angemessene Verzinsung seines Anteils, sondern, weil er ja auch ein Risiko trägt, eine Prämie für dieses Risiko. Sein Geld arbeitet im Betrieb und für den Betrieb; dafür erhält er einen Anteil am Reingewinn, die Dividende, deren Höhe die Hauptversammlung festsetzt. Sie ist dabei allerdings an den Reingewinn gebunden, den Aufsichtsrat und Vorstand – also die beiden Verwaltungsorgane der Gesellschaft – in der Jahresbilanz ausweisen; mehr als der Reingewinn kann nicht als Dividende verteilt werden.

Nach der Neuordnung wird unsere Gesellschaft im Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1953/54 wieder einen Gewinn ausweisen, der für die Ausschüttung einer Dividende zur Verfügung steht. Die Entscheidung über die Verteilung dieses Gewinnes fällt die Hauptversammlung. Für die Geschäftsjahre 1951/52 und 1952/53 haben Aufsichtsrat und Vorstand vorgeschlagen, keine Dividenden auszuschütten; die umfangreichen Investitionen, die in der Zeit des Wiederaufbaues unserer Werke und der Modernisierung der Anlagen unter allen Umständen notwendig waren, und die Notwendigkeit, befristete steuerliche Erleichterungen zu beanspruchen, ließen es im Interesse aller – der Gesellschaft, der Beschäftigten, der Aktionäre – dringend geraten erscheinen, in diesen Jahren keinen Reingewinn auszuweisen.

TAGESORDNUNG

für die

ordentliche Hauptversammlung

am Dienstag, dem 21. Juni 1955, vormittags 10 Uhr,
im Goldsaal der Westfalenhalle, Dortmund, Rheinlanddamm 200

1. Vorlage der Jahresabschlüsse für das Rumpfgeschäftsjahr 1952 (vom 25. Juli 1952 bis 30. September 1952) und für die Geschäftsjahre 1952/53 und 1953/54 sowie der Geschäftsberichte des Vorstandes und der Berichte des Aufsichtsrates über diese drei Geschäftsjahre.
2. Genehmigung der Bestellung des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1953/54.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns des Rumpfgeschäftsjahres 1952 und des Geschäftsjahres 1952/53.
4. Beschlußfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1953/54 sowie über die Verwendung des Reingewinns dieses Geschäftsjahres.
5. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats für das Rumpfgeschäftsjahr 1952 und für die Geschäftsjahre 1952/53 und 1953/54.
6. Beschlußfassung über die Vergütung des Aufsichtsrats für das Rumpfgeschäftsjahr 1952 und für die Geschäftsjahre 1952/53 und 1953/54.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1954/55.
8. Beschlußfassung über die Neufassung der Satzung.
9. Beschlußfassung über
 - a) Ermächtigung des Vorstandes, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien bis zum Nennbetrage von 105 Millionen DM gemäß § 169ff. AktG. auf 375 Millionen DM zu erhöhen,
 - b) Ermächtigung des Aufsichtsrats, § 5 der Satzung zu ändern, nachdem die genehmigte Kapitalerhöhung durchgeführt ist.
10. Neuwahl des Aufsichtsrats.

Neben der ordentlichen Hauptversammlung ist für den selben Tag, den 21. Juni 1955, mittags 12 Uhr, eine außerordentliche Hauptversammlung vorgesehen. Der einzige Tagesordnungspunkt für diese außerordentliche Hauptversammlung ist die Beschlußfassung über Satzungsänderungen. Mit der Neufassung der Satzung gehen wir den gleichen Weg, den viele andere Gesellschaften des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie bereits gegangen sind. Die Satzungsänderungen betreffen im wesentlichen Bestimmungen, die dem deutschen Aktienrecht fremd waren und die nur ein Niederschlag der Politik sind, die die Entflechtung und Neuordnung der Alliierten bestimmte.

Die außerordentliche Hauptversammlung müssen wir vorsehen, weil unsere Satzung in ihrer bisherigen Fassung nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln des vorhandenen Grundkapitals geändert werden kann. Sollte diese qualifizierte Mehrheit in der ordentlichen Hauptversammlung wider Erwarten nicht erreicht werden, genügte in einer zweiten Hauptversammlung für satzungsändernde Beschlüsse eine Mehrheit von 75 Prozent des vertretenen Grundkapitals. Die außerordentliche Hauptversammlung, die wir vorsehen, braucht also nur stattzufinden, wenn sich in der ordentlichen Hauptversammlung eine Zweidrittelmehrheit für die Neufassung der Satzung nicht findet.

In der neuen Satzung wird auch die Bestimmung über den Gegenstand des Unternehmens (bisher § 2, jetzt § 4) neu gefaßt. Entsprechend dem besonderen Gewicht, das im Bereich unseres Unternehmens die Erzeugung, Verarbeitung und Weiterverarbeitung von Stahl und Eisen hat, ist diese Gruppe unseres Erzeugungsprogramms an erster Stelle genannt. Der § 4 hat danach folgenden Inhalt:

§ 4

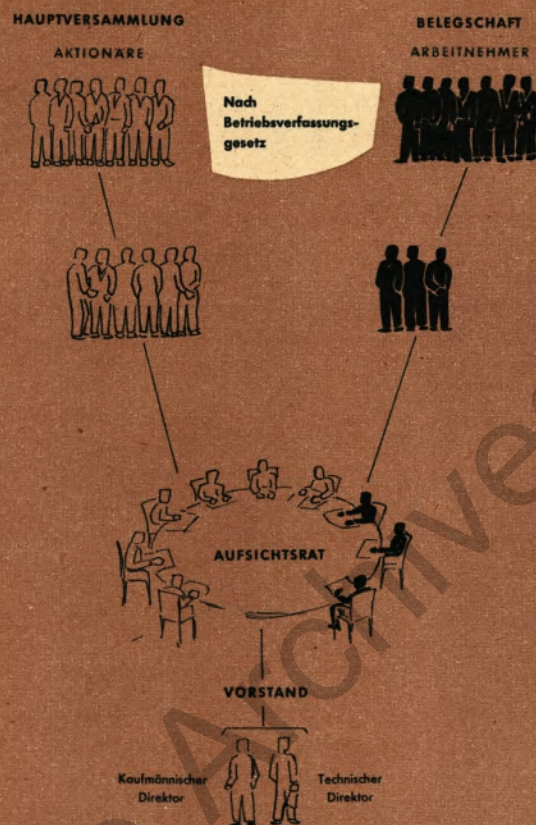
Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist
 - a) die Erzeugung, Verarbeitung und Weiterverarbeitung von Eisen und Stahl sowie von Nebenerzeugnissen;
 - b) der Kohlenbergbau, die Verarbeitung und Weiterverarbeitung einschließlich der Veredelung und Umwandlung der Kohle sowie der Kohlenstoffe und aller Kunststoffe einschließlich der Gewinnung;
 - c) der Erzbergbau sowie der Bergbau auf andere Mineralien, deren Verarbeitung und Weiterverarbeitung;
 - d) die Vornahme einschlägiger Handelsgeschäfte;
 - e) jede Betätigung, die der Gesellschaft zu dienen bestimmt ist, insbesondere auch der Abschluß von Interessengemeinschaftsverträgen, Organschaftsverträgen und ähnlichen Verträgen mit anderen Unternehmungen.
- (2) Der Gesellschaftszweck kann auch durch Beteiligung an anderen Gesellschaften verfolgt werden.
- (3) Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Vertretungen im In- und Ausland errichten.

Nach dem Aktiengesetz bestimmen drei Organe das Leben der Aktiengesellschaft; diese drei Organe sind gesetzlich zwingend vorgeschrieben:

die Hauptversammlung der Aufsichtsrat und der Vorstand.

In knapper Form lassen sich ihre Aufgaben so umreißen: Die Hauptversammlung bestellt den Aufsichtsrat und entscheidet über den rechtlichen und wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht und kontrolliert dessen Geschäftsführung. Der Vorstand leitet die Gesellschaft und ist für deren Geschäftsführung verantwortlich.



DIE HAUPTVERSAMMLUNG

Die Hauptversammlung – unsere wird am 21. Juni 1955 zum ersten Male nach der Neuordnung zusammentreten – ist das oberste Organ und der oberste Willensträger der Aktiengesellschaft. In der Hauptversammlung üben die Aktionäre ihre Rechte aus. Sie bestimmen, weil sie der Gesellschaft die Satzung und in dieser Satzung Firmennamen, Zweck und Ziele und sonstige Bestimmungen geben, an die Vorstand und Aufsichtsrat gebunden sind, in erster Linie den rechtlichen und wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft; nur die Hauptversammlung kann die Satzungen ändern, also etwa über Änderung des Gesellschaftszweckes, über Kapitalerhöhungen, über die Auflösung der Gesellschaft beschließen.

Zu den Aufgaben der Hauptversammlung zählen insbesondere:

Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder; Gewinnverteilung nach dem Jahresabschluß, den der Vorstand aufgestellt und der Aufsichtsrat gebilligt hat, wobei sich die Dividende, deren Höhe die Hauptversammlung festsetzt, im Rahmen des verteilungsfähigen Gewinns halten muß, den der Jahresabschluß ausweist;

Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates;

Wahl des Abschlußprüfers, der in jedem Fall ein öffentlich bestellter Wirtschaftsprüfer sein muß.

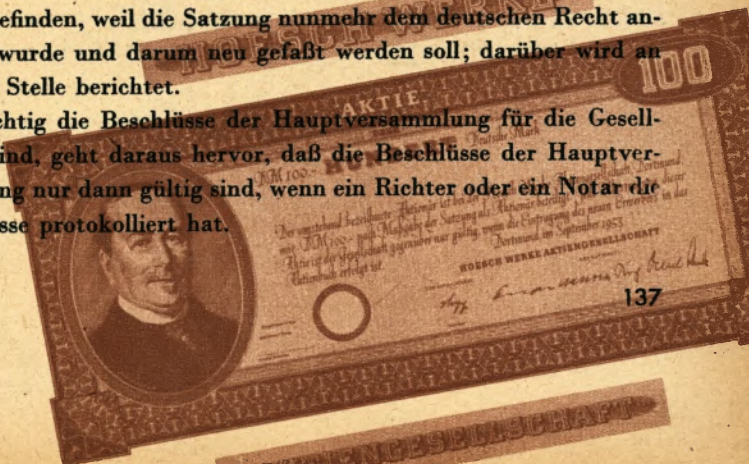
In der Regel soll die Hauptversammlung am Sitz der Gesellschaft, in unserem Falle also in Dortmund, stattfinden. Die Satzung der Hoesch Werke AG sieht aber ausdrücklich vor, daß die Hauptversammlung auch in Berlin oder in einer anderen Stadt des Bundesgebietes, deren Einwohnerzahl 100 000 übersteigt, abgehalten werden kann.

Die Hauptversammlung lädt nach den gesetzlichen Bestimmungen der Vorstand ein und zwar mindestens zwei Wochen vor dem in Aussicht genommenen Termin. Die Einladung muß in den Gesellschaftsblättern veröffentlicht werden, zu denen in jedem Fall der „Bundesanzeiger“ gehört. Da die Aktien der Hoesch Werke AG an den

Börsen in Düsseldorf, Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg und München zugelassen sind, sind auch in einem Pflichtblatt dieser Börsen die Einladungen zu veröffentlichen. Für die Rechtsgültigkeit der Einladung zur Hauptversammlung genügt aber die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Hauptversammlung faßt ihre Beschlüsse durch Abstimmung. Zur Beschlußfassung genügt in der Regel die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei gewissen lebenswichtigen Fragen allerdings verlangen Gesetz und Satzung eine qualifizierte Mehrheit, zum Beispiel Dreiviertel des vertretenen oder Zweidrittel des vorhandenen Grundkapitals. Die Satzung unserer Gesellschaft – bei der Neuordnung (25. Juli 1952) war sie entsprechend den Weisungen der Alliierten Hohen Kommission zu gestalten – bestimmt zum Beispiel, daß ihre Bestimmungen für die Dauer von fünf Jahren nach ihrem Inkrafttreten nur mit einer Zweidrittelmehrheit des vorhandenen (also nicht des in der Hauptversammlung vertretenen) Grundkapitals geändert werden dürfen. Sollten allerdings in einer Hauptversammlung, der solche Beschlüsse vorgelegt werden, Zweidrittel des vorhandenen Grundkapitals nicht vertreten sein, so kann in einer zweiten Hauptversammlung ein entsprechender Beschluß auch mit einer Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals – diese Mehrheit ist leichter zu erreichen – gefaßt werden. In dieser Lage wird sich in der vor uns liegenden Hauptversammlung unsere Gesellschaft befinden, weil die Satzung nunmehr dem deutschen Recht angepaßt wurde und darum neu gefaßt werden soll; darüber wird an anderer Stelle berichtet.

Wie wichtig die Beschlüsse der Hauptversammlung für die Gesellschaft sind, geht daraus hervor, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung nur dann gültig sind, wenn ein Richter oder ein Notar die Beschlüsse protokolliert hat.



DER AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat – und sein Name nennt uns seine wichtigste Aufgabe – bestellt den Vorstand und überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes. Aufsichtsrat und Vorstand arbeiten eng zusammen. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat das Recht, jederzeit über jede Angelegenheit der Gesellschaft Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat zu verlangen. In vierteljährlich stattfindenden Sitzungen unterrichtet der Vorstand den Aufsichtsrat über die Lage der Gesellschaft, über den Gang der Geschäfte, über die Beschäftigungslage, über die Sozialfragen. Viele Geschäfte – den Kreis bestimmt die Satzung – bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat ist das Bindeglied zwischen den Aktionären und dem Vorstand. Ihm legt der Vorstand den Geschäftsbericht und den Jahresabschluß vor, der mit der Billigung des Aufsichtsrates festgestellt ist, es sei denn, daß der Aufsichtsrat im Einvernehmen mit dem Vorstand diese Feststellung der Hauptversammlung überläßt (wie es in unserer letzten Aufsichtsratssitzung hinsichtlich des Jahresabschlusses zum 30. September 1954 geschehen ist, über den also die Hauptversammlung am 21. Juni 1955 beschließen wird).

Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder gelten sinngemäß die Bestimmungen, die die Verantwortlichkeit des Vorstandes festlegen. Eine Verletzung der Aufsichtspflicht kann also sehr wohl eine Schadenersatzpflicht herbeiführen.

Die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates bestimmt die Satzung nach den Vorschriften des Aktiengesetzes. Bei den Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der eisenschaffenden Industrie ist aber wegen der Zusammensetzung des Aufsichtsrates das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu beachten; es sieht vor, daß der Aufsichtsrat der Gesellschaften des Bergbaues und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie aus mindestens elf Mitgliedern, je nach Größe des Unternehmens aber auch aus fünfzehn oder einundzwanzig Mitgliedern besteht. Nach unserer Satzung hat unser Aufsichtsrat fünfzehn Mitglieder. Während nach dem Betriebsverfassungsgesetz nur ein Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrates als Vertreter der Arbeitnehmer zu wählen sind, wird bei den Gesellschaften, für die das Mitbestimmungsrecht gilt, der Aufsichtsrat paritätisch, also zu gleichen Teilen aus Vertretern der Aktionäre und aus Ver-

tretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Er besteht in diesem Fall bei einem fünfzehnköpfigen Aufsichtsrat aus sieben Vertretern der Anteilseigner und aus sieben Vertretern der Arbeitnehmer. Hinzu tritt eine neutrale Persönlichkeit, der sogenannte „elfte Mann“, also bei unserer Gesellschaft das fünfzehnte Mitglied des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat wurde am Tage der Neuordnung – am 25. Juli 1952 – gebildet; mit dem Ende der vor uns liegenden Hauptversammlung, also am 21. Juni 1955, läuft seine Amtszeit ab. Die Hauptversammlung wählt dann den neuen Aufsichtsrat, wobei Wiederwahl selbstverständlich möglich ist.

Die Hauptversammlung wählt die Mitglieder des Aufsichtsrates. Die Vertreter der Aktionäre werden während der Hauptversammlung aus der Hauptversammlung vorgeschlagen; dagegen werden die Vertreter der Arbeitnehmer von den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften nach Beratung mit den Betriebsräten und von den Betriebsräten des Unternehmens in Übereinstimmung mit den in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften vorgeschlagen. Den „elften Mann“, das ist für unseren Aufsichtsrat der „fünfzehnte Mann“, wählt die Hauptversammlung auf Vorschlag der vierzehn Aufsichtsratsmitglieder. Der Vorschlag bedarf dabei der Mehrheit jeder der beiden Gruppen, sowohl der Vertreter der Aktionäre als auch der der Arbeitnehmer. Durch diese Wahlbestimmung soll erreicht werden, daß eine wirklich neutrale Persönlichkeit, die das Vertrauen beider Seiten genießt, als „elfter Mann“ gewählt wird; er soll die Arbeitsfähigkeit des Aufsichtsrates vor allem dann gewährleisten, wenn die Vertreter der Aktionäre und der Arbeitnehmer sich in einer Frage nicht einigen können.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter. Vorsitzender des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft ist Fabrikant Willy Hopp, Düren, seine Stellvertreter sind Oberstadtdirektor a. D. Wilhelm Hansmann, Dortmund, und Dr. Bernhard Salzmann, Münster, welcher zugleich der „elfte Mann“ unserer Gesellschaft ist.

Den Aufsichtsrat wählt die Hauptversammlung für höchstens vier Jahre. Seine Mitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine in der Satzung festgelegte Vergütung, die sogenannte Tantieme.

DER AUFSICHTSRAT UNSERER GESELLSCHAFT

Vertreter der Aktionäre:

1. Willy Hopp, Vorsitzender,
2. Erich Bechtolf,
3. Alfred Brüninghaus,

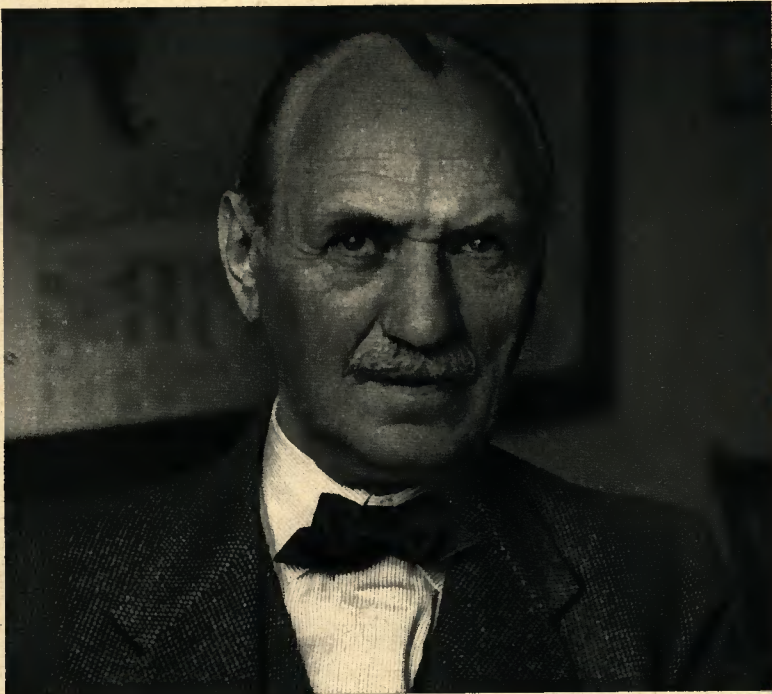
4. Dr. Richard Foller,

5. Hermann Hock,
6. Walter Springorum,
7. Wilhelm Werhahn;

Vertreter der Arbeitnehmer:

11. Paul Hoffmann,
8. W. Hansmann, stellv. Vors.,
9. Wilhelm Bergmann,
10. Ernst Herdickerhoff,
12. August Monin,
13. Heinrich Steinfeldt,
14. Otto Volkmann;

„Elfter Mann“: 15. Dr. Bernhard Salzmann, stellvertretender Vorsitzender.



WILHELM HANSMANN

Als Sohn einer kinderreichen Bergmannsfamilie wurde Wilhelm Hansmann 1886 in Dortmund-Eichlinghofen geboren. Nachdem er die Volks- und Mittelschule besucht hatte, machte er die Gärtnerlehre durch und besuchte anschließend das Johanneum in Hamburg und die Freie Hochschule in Berlin. Später arbeitete er einige Zeit als Bergmann vor Ort. Am ersten Weltkrieg nahm Wilhelm Hansmann von 1914 bis 1918 teil. Nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er im Oktober 1919 mit 33 Jahren zum Landrat des Landkreises Hörde gewählt. Nach der Eingemeindung Hördes nach Dortmund übernahm er als Landrat den Ennepe-Ruhr-Kreis. Seiner politischen Gesinnung wegen mußte Wilhelm Hansmann 1933 Deutschland verlassen und kehrte erst im Oktober 1945 wieder in seine Vaterstadt Dortmund zurück. Im Februar 1946 wurde Wilhelm Hansmann Oberbürgermeister und zwei Monate später zum Oberstadtdirektor gewählt. Der Wiederaufbau der Stadt Dortmund ist zum großen Teil seiner tatkräftigen Initiative zu verdanken. Es spricht für ihn als Kommunalpolitiker, daß der Rat der Stadt Dortmund seine Amtszeit dreimal einstimmig verlängerte. Da eine nochmalige Verlängerung nach dem Gesetz nicht zulässig war, schied Wilhelm Hansmann am 31. Dezember 1954 aus seinem Amt aus. Wilhelm Hansmann ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hoesch Werke AG, der Hoesch Bergwerks AG und Mitglied des Aufsichtsrates der Westfalehütte AG.

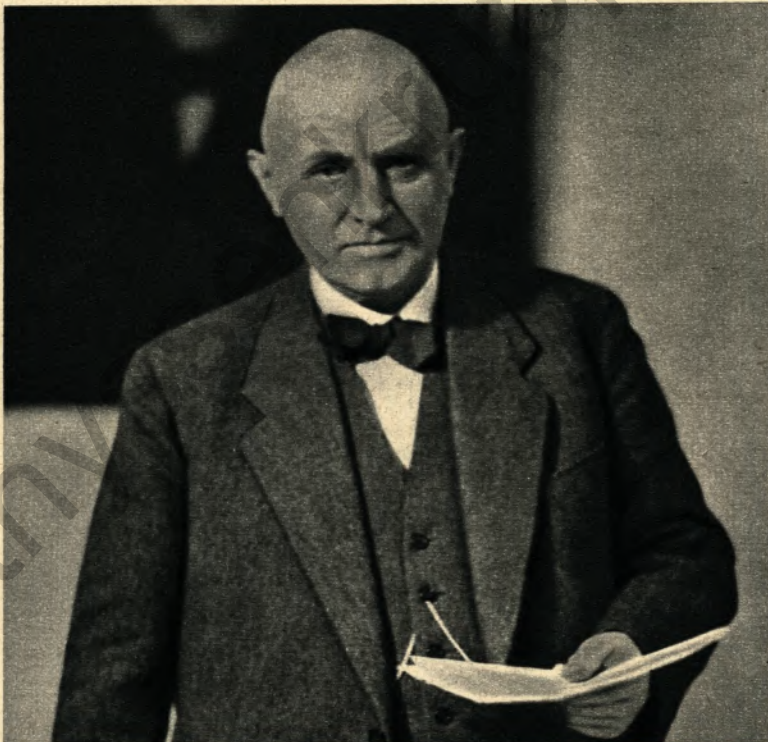
WILLY HOPP

Willy Hopp wurde am 21. Juni 1878 in Dortmund geboren. Nach dem Besuch des Realgymnasiums widmete er sich technischen und volkswirtschaftlichen Studien an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg und an der Universität Berlin. Durch kaufmännische Tätigkeit im In- und Ausland vervollständigte er seine Ausbildung. Im Jahre 1909 übernahm Willy Hopp die Metalltuchfabrik Kufferath & Co. in Düren und später die ebenfalls in Düren gelegene Eisengießerei und Maschinenfabrik Eberhard Hoesch & Söhne. Von 1914 bis 1918 nahm er als Offizier am ersten Weltkrieg teil. Nach dem Kriege war Willy Hopp in zahlreichen Industrie- und Arbeitgebervereinigungen, in Wassergenossenschaften und bei der Industrie- und Handelskammer tätig. Er gehört den Aufsichtsräten verschiedener Montanunternehmen, Zellstoffwerke, Papierfabriken und Banken an. Im Jahre 1924 wurde Willy Hopp in den Aufsichtsrat der „Eisen- und Stahlwerk Hoesch Aktiengesellschaft“ gewählt, dessen Vorsitz er von 1934 bis 1937 und seit 1945 innehatte. Nach Liquidation der Hoesch AG und Gründung der Hoesch Werke AG wurde Willy Hopp am 25. Juli 1952 Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser neugegründeten Gesellschaft.



Dr. h.c. BERNHARD SALZMANN

Dr. Bernhard Salzmann wurde am 14. März 1886 in Siegen geboren. Nach dem Abitur studierte er an den Universitäten in Freiburg, Kiel und Münster Rechtswissenschaften und trat 1920 als Assessor in den Dienst der Landesversicherungsanstalt Westfalen. Im Jahre 1921 wählte ihn der Provinziallandtag auf zwölf Jahre erstmalig zum Landesrat. Weil er in dieser Stellung und als Stellvertreter des Landeshauptmannes so erfolgreich tätig war, wurde er 1932 auf weitere zwölf Jahre wiedergewählt. Bei Beginn des Krieges 1939 übernahm er auch die Leitung des Finanzdezernates der Provinzialverwaltung Westfalen. Nach dem Zusammenbruch 1945 berief ihn das Vertrauen seiner westfälischen Heimat am 2. Juni 1945 zum Landeshauptmann von Westfalen. In dieser Stellung hat sich Dr. Salzmann vor allem um die Erhaltung der westfälischen Selbstverwaltung und um den Wiederaufbau der Landesversicherungsanstalt Westfalen ganz besondere Verdienste erworben. Als äußere Anerkennung verlieh ihm der Bundespräsident am 31. März 1954 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Einen Tag später schied Dr. Salzmann aus seinem Amt aus. Durch keine Rücksichten als Beamter mehr gehemmt, hat er seit dieser Zeit seine Bemühungen um die Belange Westfalens mit unermüdlicher Schaffenskraft fortgesetzt. Der Hoesch Werke AG, der Hoesch Bergwerks AG und der Westfalehütte AG, die ihn seit ihrer Gründung als „15.“ bzw. „11.“ Mann in ihre Aufsichtsräte beriefen, steht Dr. Salzmann mit seiner großen Erfahrung als Verwaltungs- und Sozialpraktiker zur Seite.





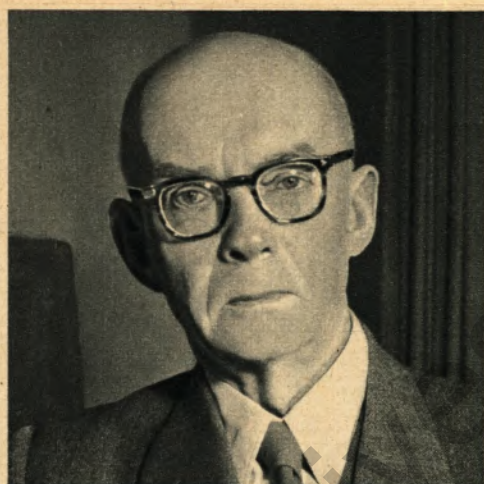
ERICH BECHTOLF

Erich Bechtolf wurde am 8. April 1891 in Elberfeld geboren. Er studierte Rechtswissenschaft. Erich Bechtolf nahm vom Mobilmachungstag ab am ersten Weltkrieg teil. Im Jahre 1920 legte er sein Assessorexamen ab. Vorübergehend war er als Richter am Landgericht in Elberfeld und als Syndikus eines Arbeitgeberverbandes tätig. Im Jahre 1922 trat Erich Bechtolf bei der Deutschen Bank ein. Nachdem er mehrere Jahre im Dienst der Deutschen Bank in Elberfeld, in Hamm und in der Hauptverwaltung in Berlin tätig gewesen war, übernahm er 1932 als Direktor die Hamburger Niederlassung. 1942 wurde Erich Bechtolf in den Vorstand der Deutschen Bank gewählt. Bei Kriegsende, als die Entflechtung der Großbanken durchgeführt wurde, wurde Erich Bechtolf Mitglied des Vorstands der Norddeutschen Bank AG. Dem Aufsichtsrat der Hoesch AG gehörte Erich Bechtolf seit 1942, der Hoesch Werke AG seit 1952 an.



WILHELM BERGMANN

Wilhelm Bergmann wurde am 16. August 1896 in Dortmund geboren. Er besuchte die Volksschule in Dortmund und Bochum. 1910 trat er als Lehrling in die Kommunalverwaltung ein. Diese Ausbildung wurde unterbrochen, als Wilhelm Bergmann 1913 zum Heeresdienst einrücken mußte. Erst 1919 kehrte er aus dem Krieg zurück. Seine weitere Ausbildung erhielt Wilhelm Bergmann in den folgenden Jahren auf der Verwaltungsschule in Dortmund und auf der Verwaltungsakademie in Düsseldorf. 1936 schied er aus der Kommunalverwaltung aus und trat als kaufmännischer Angestellter bei der Schmiedag Aktiengesellschaft in Hagen ein. Dort wählte ihn die Belegschaft nach dem Kriege in den Betriebsrat, dessen zweiter Vorsitzender er wurde. Bei der Gründung der Hoesch Werke AG im Jahre 1952 kam Wilhelm Bergmann auch in den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft, dem er seither ununterbrochen angehört.



ALFRED BRÜNNINGHAUS

Alfred Brünninghaus wurde am 5. September 1881 in Werdohl geboren. Nach dem Besuch des Realgymnasiums in Iserlohn studierte er an der Technischen Hochschule in Berlin und ging anschließend als Betriebsassistent zur Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Dillinger. 1911 wurde er Betriebschef bei den Rheinischen Stahlwerken. 1917 trat er als Betriebsdirektor bei der Eisen- und Stahlwerk Hoesch Aktiengesellschaft ein. Im Jahre 1920 wurde Alfred Brünninghaus Hüttendirektor und 1925 stellvertretendes Vorstandsmitglied. Als ordentliches Vorstandsmitglied wurde er 1927 mit der Führung der Eisenwerke des Gesamtkonzerns betraut. Am 16. Januar 1944 trat Alfred Brünninghaus in den Ruhestand. Am 11. Juli 1950 wurde er in den Aufsichtsrat der Hoesch AG berufen. Seit 1952 ist er Aufsichtsratsmitglied der Hoesch Werke AG, der Westfalenhütte AG und der Maschinenfabrik Deutschland AG.



PAUL HOFFMANN

Paul Hoffmann wurde am 7. Juli 1901 in Waldenburg (Niederschlesien) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule wurde er Bergmann. 1923/24 besuchte er die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und war anschließend als Gewerkschaftssekretär in Bochum, in der Niederlausitz und im Saargebiet tätig. Um seiner politischen Gesinnung willen mußte Paul Hoffmann 1935 auswandern; er kehrte erst 1945 zurück. Hier wurde er im August 1945 Geschäftsstellenleiter der Industriegewerkschaft Bergbau in Dortmund. Später wurde er dort zum zweiten Vorsitzenden des DGB-Ortsausschusses gewählt. Paul Hoffmann ist heute neben seiner Tätigkeit in der Gewerkschaft Landesarbeitsrichter und Vorsitzender des Verwaltungsausschusses beim Arbeitsamt Dortmund. Paul Hoffmann gehört seit 1952 dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG und dem Aufsichtsrat der Hoesch Bergwerks AG an.



AUGUST MONIN

August Monin wurde am 7. August 1884 in Schönfließ in Ostpreußen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Schreinerhandwerk und wanderte als Handwerksgehilfe durch Deutschland. Im Jahre 1913 kam August Monin nach Dortmund. Im ersten Weltkrieg geriet er in englische Kriegsgefangenschaft. 1919 fing er als Schmelzer im Martinwerk der Dortmunder Union an. Hier wurde er zum ersten Mal in den Betriebsrat gewählt. Als er dann 1928 zu Hoesch kam, berief ihn auch hier das Vertrauen der Belegschaft in die Betriebsvertretung, und seit dieser Zeit ist August Monin ununterbrochen in der betriebsrätlichen Arbeit tätig. Durch einen Betriebsunfall am Martinofen verlor er 1939 sein linkes Bein. Nach der „Machtübernahme“ aus dem Betriebsrat ausgeschlossen, wurde er 1945 wieder in den neuen Betriebsrat gewählt. August Monin ist seit 1952 Mitglied des Aufsichtsrates der Hoesch Werke AG.



WALTER SPRINGORUM

Walter Springorum wurde am 17. Oktober 1892 in Dortmund geboren und begann nach dem Besuch der Volks- und Höheren Schule im Jahre 1911 das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Er nahm von 1914 bis 1918 am ersten Weltkrieg teil. 1921 legte er sein Staatsexamen ab und wurde Assessor beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. 1925 wurde Walter Springorum Regierungsrat in Köslin (Pommern) und 1931 Landrat in Bütow (Pommern). Von 1936 ab war er im Reichsministerium des Innern zunächst als Ministerialrat, dann als Ministerialdirigent tätig. Er wurde 1939 zum Regierungspräsidenten in Kattowitz (Oberschlesien) ernannt und war zu Anfang und zu Ende des letzten Krieges einberufen. Er geriet in tschechoslowakische Gefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde. Walter Springorum war seit 1938 Mitglied des Aufsichtsrats der Hoesch AG und gehört seit 1952 dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG an.



Dr. jur. RICHARD FOLLER

Dr. jur. Richard Foller wurde am 23. Februar 1878 in Soest in Westfalen geboren. Er besuchte das Gymnasium in Münster und studierte anschließend Rechts- und Staatswissenschaften. Im Jahre 1899 bestand er die erste, 1903 die große juristische Staatsprüfung. Da Dr. Follers Interesse dem Anwaltsberuf geglitten hatte, wurde er am 15. Januar 1904 Rechtsanwalt in Dortmund. Im Oktober 1919 wurde er zum Notar ernannt. Als er am 15. Januar 1954 sein goldenes Anwaltsjubiläum feierte, zeichnete ihn der Bundespräsident mit dem Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik aus. Dr. Foller ist Vorsitzender des Anwalts- und Notarvereins Dortmund, Vorstandsmitglied der Rechtsanwaltskammer für den Bezirk des OLG Hamm, des Deutschen Anwaltsvereins und Vizepräsident der Deutschen Rechtsanwaltskammer. 1950 wurde Dr. Foller in den Aufsichtsrat der Hoesch AG und 1952 der Hoesch Werke AG berufen.



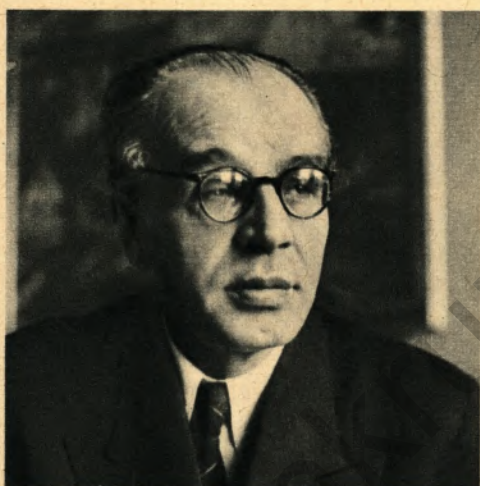
ERNST HERDICKERHOFF

Ernst Herdickerhoff wurde am 28. Mai 1902 in Dortmund-Aplerbeck geboren. Nach seiner Schulentlassung im Jahre 1916 kam er zur Ausbildung auf die Zeche Schleswig der Hörder Kohlenbergwerke. Bis 1925, als diese Schachtanlage stillgelegt wurde, war er auf dieser Zeche, dann auf verschiedenen Schachtanlagen und von 1928 bis 1930 erstmals auf Kaiserstuhl I als Hauer tätig. Wegen Betriebseinschränkungen auf Kaiserstuhl arbeitete er bis 1938 auf verschiedenen anderen Zechen des Dortmunder Raumes und kehrte 1938 nach Kaiserstuhl zurück. Hier wurde Ernst Herdickerhoff 1946 Mitglied des Betriebsrats, dessen Vorsitz er 1954 übernahm. Gleichzeitig ist er stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Hoesch Bergwerks AG. 1952 wurde Ernst Herdickerhoff in den Aufsichtsrat der Hoesch Bergwerks AG und in den Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG gewählt.



HERMANN HOCK

Hermann Hock wurde am 4. März 1893 in Vormwald im Siegerland geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Höheren Schule wurde er Soldat und nahm am ersten Weltkrieg teil. 1915 geriet er in russische Gefangenschaft. 1922 legte er an der Bergakademie zu Clausthal die Prüfung als Dipl.-Berg.-Ing. ab. Nachdem er von 1922 bis 1925 auf der Schachtanlage Matthias Stinnes I/II tätig gewesen war, kam er im Jahre 1925 zu Hoesch, wurde Abteilungssteiger auf Kaiserstuhl I, bald darauf Maschinensteiger, Fahrsteiger, Obersteiger und Betriebsführer und leitete ab 1935 als Betriebsdirektor die Schachtanlage Radbod. Am 1. Januar 1945 wurde ihm die Leitung der Altenessener Schachtanlage Emil Emscher und Fritz Heinrich übertragen und übernahm später auf Wunsch der North German Coal Control für kurze Zeit die Leitung des Hoesch Bergbaus. Dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG gehört Hermann Hock seit 1952 an.



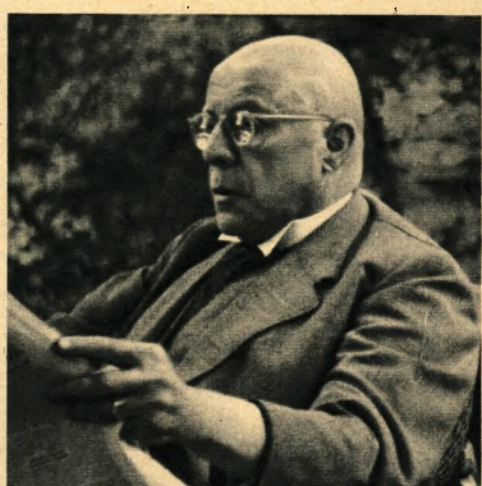
HEINRICH STEINFELDT

Heinrich Steinfeldt wurde am 31. Oktober 1892 in Hamburg-Wilhelmsburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er den Beruf des Zimmerers. Von 1920 bis 1933 war Heinrich Steinfeldt Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Im Jahre 1933 wurde er Mitglied des Deutschen Reichstages. Nach der „Machtübernahme“ verhaftet und 1½ Jahre lang unter Polizeiaufsicht gestellt, war er in den folgenden Jahren bis zum Krieg in seinem Beruf als Zimmerer und Bauführer tätig. Nach 1946 wurde Heinrich Steinfeldt Sekretär des Bezirks Nordmark des DGB und am 13. Oktober 1946 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Seit November 1950 ist er Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion und seit Mai 1952 Vorstandsmitglied der Gemeinnützigen Versicherungsgesellschaft „Alte Volksfürsorge“. Heinrich Steinfeldt gehört seit 1954 dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG an.



OTTO VOLKMANN

Otto Volkmann wurde am 4. Oktober 1883 in Angerburg (Ostpreußen) geboren. Er erlernte das Schlosserhandwerk und kam als wandernder Handwerksbursche weit herum. Er wurde 1914 eingezogen. Im Jahre 1916 wurde er als Facharbeiter reklamiert. Im Dezember 1918 wurde er Sekretär beim Deutschen Metallarbeiterverband. In den folgenden Jahren bildete er sich auf der Schule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg und auf dem Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster weiter aus. Nach der „Machtübernahme“ eröffnete er ein Lebensmittelgeschäft in Dortmund. Wegen seiner politischen Gesinnung wurde er 1935 verhaftet und unter der Anklage des versuchten Hochverrats für 14 Monate eingekerkert. Nach 1945 wurde er Bezirkssekretär des DGB in Hagen und 1948 Bezirksleiter der IG Metall in Essen. Er wurde Mitglied des Aufsichtsrats der Westfalenhütte und 1952 auch des Aufsichtsrats der Hoesch Werke AG.



PETER WILHELM WERHAHN

Peter Wilhelm Werhahn wurde am 1. Februar 1880 geboren. In der dritten Generation übernahm er die Leitung der von seinem Großvater gegründeten offenen Handelsgesellschaft „Wilh. Werhahn“ in Neuß und weitete den Bereich seiner geschäftlichen Tätigkeit: War ursprünglich der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten der Zweck der Firma „Wilh. Werhahn“, so gibt es für Peter Wilhelm Werhahn, kaum noch einen Wirtschaftszweig, der ihm fremd ist. Seine geschäftliche Tätigkeit gilt heute ebenso der Eisen- und Stahlwirtschaft wie dem Steinkohlenbergbau und der Braunkohlenwirtschaft, dem Maschinenbau ebenso wie dem Straßenbau, dem Kalibergbau oder der Energiewirtschaft. Peter Wilhelm Werhahn gehörte bereits dem Aufsichtsrat der Hoesch AG (1940) an und dem Aufsichtsrat der Westfalenhütte Aktiengesellschaft (1947), bis er 1952 Mitglied des Aufsichtsrates der Hoesch Werke Aktiengesellschaft wurde.

DER VORSTAND



Friedrich Wilhelm Engels

Geboren 25. Juli 1903 · Gestorben 11. März 1955

Der Vorstand einer Aktiengesellschaft hat die Geschäfte des Unternehmens wie es im Aktiengesetz heißt „unter eigener Verantwortung“ zum Wohle des Betriebes, seiner Belegschaft und der Allgemeinheit zu führen. Jedes Vorstandsmitglied also hat bei jeder seiner Entscheidungen daran zu denken, daß er seine Entscheidung jedem Aktionär, jedem Belegschaftsmitglied und schließlich auch der Öffentlichkeit gegenüber verantworten kann und muß.

Bei seiner Geschäftsführung hat der Vorstand, wie es im Gesetz heißt, „die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters“ anzuwenden. Verletzt er seine Obliegenheiten, so ist er gegebenenfalls verpflichtet, den von ihm verursachten oder zu vertretenden Schaden zu ersetzen.

Außer der laufenden Führung der Geschäfte obliegt es dem Vorstand, den Jahresabschluß sowie einen Geschäftsbericht aufzustellen und dem Aufsichtsrat zur Prüfung und Billigung vorzulegen. Nach dem Aktiengesetz ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von fünf Monaten nach Abschluß eines jeden Geschäftsjahres, das bei Hoesch vom 1. Oktober bis zum 30. September läuft, eine Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung dem Aufsichtsrat vorzulegen. Der Jahresabschluß ist nach den eingehenden gesetzlichen Vorschriften über die Rechnungslegung aufzustellen und soll einen sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewähren. Im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß hat der Vorstand einen Geschäftsbericht zu erstatten, in dem er den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft darlegt und den Jahresabschluß erläutert. Mit der Vorlage des Jahresabschlusses unterbreitet der Vorstand erst dem Aufsichtsrat, sodann der Hauptversammlung einen Vorschlag über die Verteilung des Reingewinnes.

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand. Weil das Gesetz langfristige Anstellungsverträge (wohl gar auf Lebenszeit) verhindern will, weil sie die Gesellschaft zu schwer binden und belasten können, verbietet es eine Bestellung und Anstellung des Vorstandsmitgliedes für eine längere Zeit als fünf Jahre. Diese Vorschrift ist zwingenden Rechts. Wenn auch dem Aufsichtsrat Maßnahmen der Geschäftsführung niemals übertragen werden können, weil die vom Gesetz gegebenen Zuständigkeiten unverrückbar sind, so können doch Satzung und Aufsichtsrat bestimmen, daß bestimmte Arten von Geschäften nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates vorgenommen werden können. Das ist in aller Regel der Fall. Zu den Geschäften, für die nach der Hoesch-Satzung der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf, gehören unter anderem:

- Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken;
- Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnliche Verpflichtungen;

- Erteilung von Generalvollmachten und Prokuren.

Nach der Geschäftsordnung, die der Aufsichtsrat der Hoesch Werke dem Vorstand gab, tragen die Mitglieder des Vorstandes für die gesamte Geschäftsführung gemeinschaftlich die Verantwortung. Wegen dieser Gesamtverantwortung soll der Vorstand auch, wie die Satzung sagt, „seine Beschlüsse möglichst einstimmig fassen“.

Der Vorstand der Hoesch Werke AG bestand bis zum Tode Friedrich Wilhelm Engels aus fünf, nunmehr noch aus vier Mitgliedern:

- Bergassessor a.D. Hellmut Hansen,
- Rechtsanwalt Dr. jur. Harald Koch,
- Dipl.-Ing. Willy Ochel und
- Dr. rer. pol. Erich Wilhelm Schulte.



Hellmuth Hansen

HELLMUTH HANSEN · Geboren am 23. 2. 1896 in Eisenach (Thüringen) · Teilnahme am ersten Weltkrieg · Bergmännisches Studium · 1921 Bergreferendar · 1923 Bergassessor · 1925 Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich AG Lintfort · 1935 Leitung des Steinkohlenbergwerks Heinitz/Saar · 1946 bis 1952 technischer Leiter der Hoesch Bergbauverwaltung · 25. 7. 1952 Vorstand Hoesch Werke · 1953 Bundesarbeitsrichter



Harald Koch

HARALD KOCH · Geboren 4. 3. 1907 in Wilhelmshaven · Juristisches Studium · 1929 Referendar · 1932 Dr. jur. · 1934 Assessor · 1936 Dipl. Steuersachverständiger · Tätig in Wirtschaftsprüfungsgesellschaften · 1940-45 Prokurist Maximilianshütte Sulzbach-Rosenberg · 1945 Finanzminister in Oldenburg · Niedersächs. Landtag · 1947 hess. Minister für Wirtschaft und Verkehr · 1949-53 MdB · Rechtsanwalt · 25. 7. 1952 Vorstand Hoesch Werke



Willy Ochel

WILLY OCHEL · Geboren 27. 1. 1903 in Wiedenest (Kr. Gummersbach) · Maschinenbaustudium · 1927 Dipl.-Ingenieur · Versuchsingenieur der Flottmann-Werke in Herne · 1929 bis 1936 Oberingenieur Borsig AG, Berlin · 1936 Vorstand Maschinenfabrik Erhardt & Sehmer in Saarbrücken · 1941 Vorstand Orenstein & Koppel, Berlin · 25. 7. 1952 Vorstand Hoesch Werke · Mai 1955 Präsident der Industrie- und Handelskammer Dortmund



Erich W. Schulte

ERICH WILHELM SCHULTE · Geboren 31. 5. 1900 in Dortmund · Studium der Staatswissenschaften · 1922 Dr. rer. pol. · Studium der Rechtswissenschaften · 1923 Referendarexamen · 1924 bei Treuhandgesellschaft · 1925-32 AG Charlottenhütte Niederschelden (Bevollmächtigter), dann Berlin (Prokurist) · 1932 Prokurist und Direktor Hoesch AG · 1952/53 Vorstand Westfalenhütte · 3. 6. 1953 Vorstand Hoesch Werke



Schwentke

Betriebsratsvorsitzender der Westfalenhütte AG

Der Gemeinschaftsausschuß der Betriebsräte

Wiederholt ist in diesem Bericht davon die Rede, wie die Aufbauarbeit in diesen zehn Jahren nur in enger Zusammenarbeit zwischen Werksleitung und Belegschaft möglich war. In gemeinsamen Anstrengungen hat man die Werke aus den Trümmern heraus wieder aufgebaut, in gemeinsamen Anstrengungen verhinderte man die Demontage und in gemeinsamer Verantwortung bekannte man sich zu der Notwendigkeit, im Zuge der Neuordnung die Hoesch Werke wieder als Verbundunternehmen erstehen zu lassen. So muß und wird es auch das Bestreben sein, alle in der Zukunft auftretenden Schwierigkeiten gemeinsam zu tragen und zu überwinden.

Soweit es sich um Fragen betrieblicher Art handelt, ist die Zusammenarbeit durch die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes geregelt. Darüber hinaus aber gibt es Fragen, die unser Unternehmen in seiner Gesamtheit und mit Auswirkungen für jeden einzelnen Betrieb und für jede einzelne Gesellschaft angehen. Um auch hier zu einer Zusammenarbeit zu kommen, besteht ein Gemeinschaftsausschuß der Betriebsräte, dem je drei Vertreter des Bergbaus, der Hütte und der Verarbeitungsgesellschaften angehören:

für den Bergbau Freiwald, Kampmann, Orzelski;
für die Westfalenhütte Hutfilker, Pfeiffer, Schwentke;
für die Verarbeitung Huf (Hohenlimburger Walzwerke),
Jäger (Maschinenfabrik Deutschland), Turk (Schmiedag).

Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses ist der Betriebsratsvorsitzende der Westfalenhütte AG., Gustav Schwentke. Er bildet zugleich zusammen mit Helmut Turk und Wilhelm Kampmann den geschäftsführenden Ausschuß des Gemeinschaftsausschusses.

In regelmäßigen Zeitabständen, in aller Regel monatlich, tritt der Gemeinschaftsausschuß zusammen, um je nach Art der anstehenden Fragen für sich oder gemeinsam mit dem Vorstand der Hoesch Werke AG. die für das Gesamtunternehmen anstehenden Fragen zu behandeln.



Kampmann

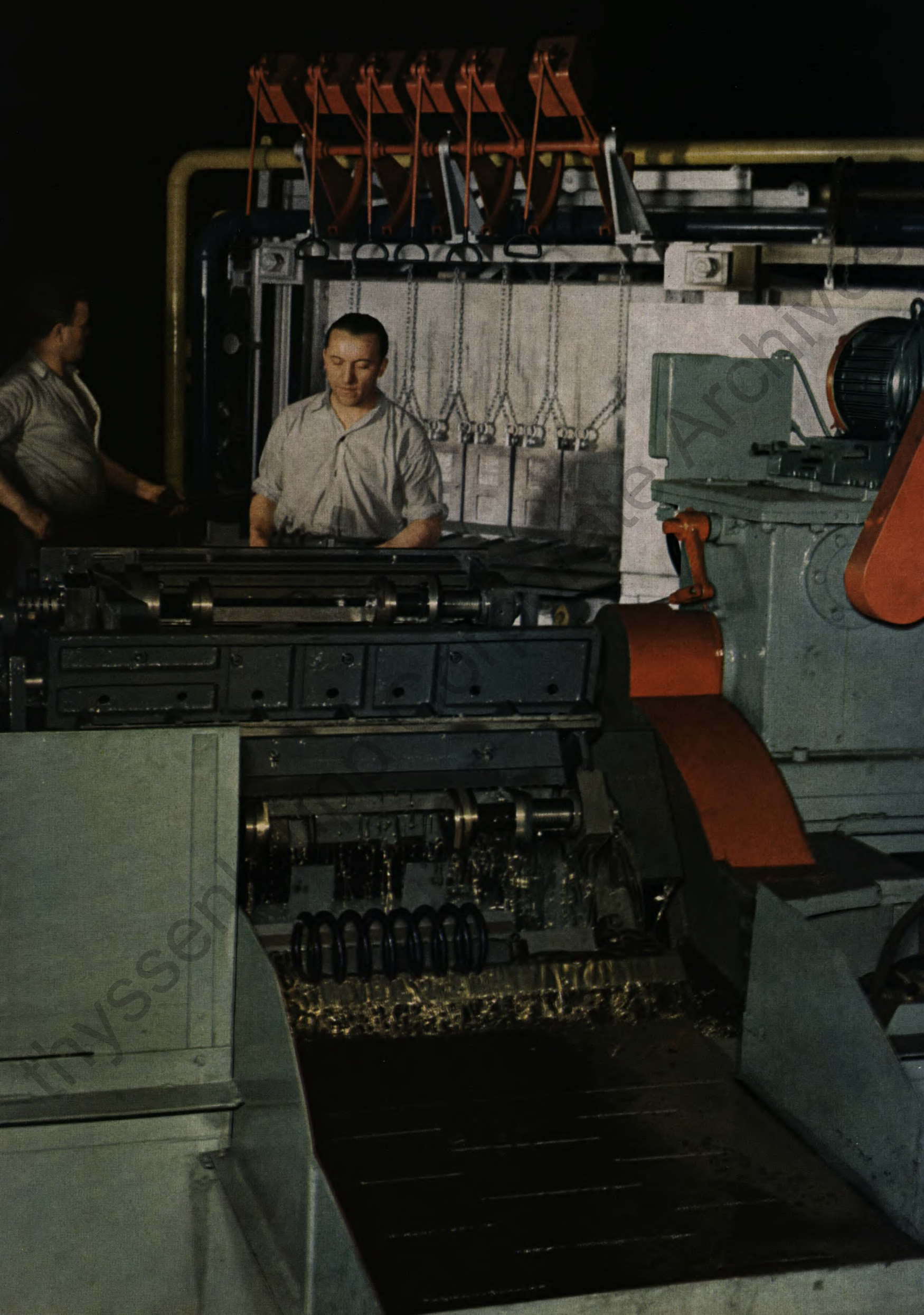
Betriebsratsmitglied der Hoesch Bergwerks AG



H. Turk

Betriebsratsvorsitzender der Schmiedag AG





DER GESCHÄFTSBERICHT UND DER JAHRESABSCHLUSS

Die Aufgabe jedes wirtschaftlichen Unternehmens ist es, Güter zu erzeugen und zu verkaufen. Anlagen und Maschinen, Rohstoffe und Hilfsstoffe, Kohle und Energie, vor allem aber auch die menschliche Arbeitskraft müssen eingesetzt werden, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ein Betrieb kann nur bestehen, wenn er wirtschaftlich arbeitet und angemessene Erträge erzielt. Um dies zu überwachen, müssen alle betrieblichen Vorgänge – z. B. die Abnutzung der Maschinen und der Anlagen, der Einsatz von Rohstoffen und Hilfsstoffen, die Aufwendungen für Löhne und Gehälter – nach ihren Werten erfaßt und kontrolliert werden. Das ist die Aufgabe der Buchhaltung oder des Rechnungswesens im weitesten Sinne des Begriffes.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres zieht der Kaufmann den Strich unter seine Rechnung; er „macht Bilanz“ und stellt Gewinn und Verlust einander gegenüber. Beides zusammen, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, nennt man den Jahresabschluß.

Das Ergebnis des Jahresabschlusses ist nicht nur für den Kaufmann oder in unserem Fall die Unternehmensleitung aufschlußreich und wichtig. Auch der Aktionär, der sein Geld dem Unternehmen zur Verfügung gestellt hat, will wissen, mit welchem Erfolg die Gesellschaft gearbeitet hat. Die Belegschaft kann dem Jahresabschluß entnehmen, wie sich ihre Mitarbeit ausgewirkt hat. Und nicht zuletzt erfährt der Staat aus dem Jahresabschluß, wieviel Steuern er von dem Unternehmen beanspruchen kann.

Je größer ein Betrieb ist, um so stärkeren Anteil nimmt die Öffentlichkeit an seinem Jahresabschluß. Ob er „gut“ oder „schlecht“ ausfällt, hat weitreichende Wirkungen, weil große industrielle Unternehmungen wirtschaftlich und sozial in vielfältiger Weise mit der Allgemeinheit verknüpft sind. Erinnern wir uns nur daran, daß mehr als 20 000 Menschen in Dortmund „bei Hoesch“ beschäftigt sind; mit ihren Familien sind es fast 100 000 Menschen ($\frac{1}{6}$ der Bevölkerung Dortmunds), die von Hoesch leben. Das Ergebnis des Jahresabschlusses ist daher für diese Menschen und für diese Stadt ganz unmittelbar bedeutungsvoll. Darüber hinaus zeigen die Jahresabschlüsse aller Gesellschaften, ob die Wirtschaft eines Landes „gesund“ oder „krank“ ist. Sie geben also Hinweise auf zukünftige volkswirtschaftliche Entwicklungen und beeinflussen wirtschaftspolitische Maßnahmen. Das erklärt auch, warum es notwendig ist, durch genaue gesetzliche Vorschriften zu bestimmen, wie der Jahresabschluß aufzustellen ist und was er enthalten muß.

Wie der Jahresabschluß aufzustellen ist, schreibt das Handelsgesetz-

buch vor; bei Aktiengesellschaften gelten für den Jahresabschluß noch zusätzliche Vorschriften des Aktiengesetzes. Dabei muß erwähnt werden, daß es heute auch bei Einzelkaufleuten und Unternehmen mit anderer Rechtsform (zum Beispiel der „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“) üblich geworden ist, viele Bestimmungen des Aktiengesetzes bei der Aufstellung des Jahresabschlusses anzuwenden. Bei einer Aktiengesellschaft hat der Vorstand nicht nur den Jahresabschluß, also die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen, er muß vielmehr auch einen Geschäftsbericht vorlegen, in dem er den Verlauf des Geschäftsjahres schildert, die Lage der Gesellschaft darstellt und den Jahresabschluß erläutert. Dabei müssen Kalenderjahr und Geschäftsjahr zeitlich nicht übereinstimmen. Nur muß das Geschäftsjahr aus zwölf Monaten bestehen. In Ausnahmefällen kann ein kürzerer Zeitraum gewählt werden. Bei der Hoesch Werke AG läuft das Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres.

Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft, die am 21. Juni 1955 stattfindet, ist die erste nach der Neuordnung. Auf ihr werden gleichzeitig drei Jahresabschlüsse vorgelegt werden und zwar für die Geschäftsjahre 1951/52, 1952/53 und 1953/54. Dabei muß man wissen, daß die Hoesch Aktiengesellschaft zwar erst am 25. Juli 1952 neugegründet wurde, daß aber das volle Geschäftsjahr der meisten Tochtergesellschaften vom 1. Oktober 1951 bis 30. September 1952 bereits auf ihre Rechnung läuft. Diese drei Geschäftsjahre sind der Berichtszeitraum, mit dem wir uns hier beschäftigen.

Wir werden nachstehend den Geschäftsverlauf in den zurückliegenden drei Jahren schildern, ohne dabei alle drei Jahresabschlüsse einzeln zu behandeln. Nur den letzten Jahresabschluß vom 30. September 1954 werden wir ausführlich wiedergeben und erläutern. Soweit nötig, werden wir einzelne Zahlen des Jahresabschlusses 1953/54 mit den Bilanzzahlen der Vorjahre vergleichen. Außerdem werden wir nicht von der Bilanz der Hoesch Aktiengesellschaft, sondern von der sogenannten „konsolidierten Bilanz“ ausgehen, in der die einzelnen Bilanzen aller Tochtergesellschaften „vereinigt“ (konsolidiert) sind. Nur diese konsolidierte Bilanz gibt Aufschluß über das insgesamt in allen Hoesch-Werken arbeitende Kapital, über seine Anlage in Grundstücken, Maschinen, maschinellen Anlagen, Fertigerzeugnissen und sonstigen Vorräten; und nur diese konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung läßt die Gesamthöhe aller Aufwendungen und Erträge erkennen.

Lage und Geschäftsverlauf

der Hoesch Werke

vom 1. Oktober 1951 bis 30. September 1954



Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in den Jahren 1951 bis 1954 bestimmte auch die wirtschaftliche Entwicklung der Werke des Hoesch-Kreises.

Nach der starken wirtschaftlichen Belebung im Jahre 1950, veranlaßt durch den Ausbruch des Koreakonfliktes, kam es 1953 zu einem Rückschlag, der gerade die eisenschaffende Industrie besonders hart traf. Aus Sorge vor einer ernsten Mangellage hatten der Handel und die eisenverarbeitende Industrie ungewöhnlich große Lagerbestände angelegt. Diese Bestände wurden 1953 nach Abklingen der Korea-krise kurzfristig zu einem Zeitpunkt abgebaut, in dem die europäische und außereuropäische Stahlindustrie neu errichtete Erzeugungsanlagen in Betrieb nahm. Diese Neuanlagen waren nicht zuletzt wegen der stärkeren Nachfrage gebaut worden, die der Korea-krieg ausgelöst hatte. Aus dieser vom Krieg in Korea bedingten Marktlage konnte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie keinen besonderen Nutzen ziehen, weil zu spät erst, am 1. August 1952, die Höchstpreisanordnung für Eisen und Stahl aufgehoben wurde; im selben Zeitpunkt fielen allerdings auch die Eisenzölle weg. Als nun 1953 die Verkäufermärkte sich in Käufermärkte verwandelten, auf denen sich die Verkäufer in scharfem Wettbewerb um den Käufer bemühen mußten, der Handel und die Eisen- und Stahlverarbeiter mit der Errichtung der Montanunion außerdem noch Preisnachlässe erwarteten und aus diesem Grunde um die Jahreswende 1952/53 die Walzstahlbestellungen stark zurückgingen, kam es zu ernsthaften Schwierigkeiten.

Die zweite Hälfte des Geschäftsjahres 1952/53 stand daher für die Eisen- und Stahlindustrie im Zeichen einer bedrohlichen Entwicklung, die zwangsläufig auch den Kohlenbergbau in Mitleidenschaft zog. Seit dem Herbst 1953 konnte der Kohlenbergbau die laufende Förderung nicht mehr absetzen. Die Haldenbestände an Koks und Kohle stiegen im April 1954 allein bei den Ruhrzechen auf über 5 Millionen Tonnen an, was fast der Förderung eines halben Monats entspricht.

In diesem Zeitpunkt zeichnet sich jedoch bereits ein Umschwung ab. Im April 1954 wurde eine immer stärkere Nachfrage nach Eisen- und Stahlerzeugnissen spürbar, die einen solchen Umfang annimmt, daß im Jahr 1955 für die Hüttenwerke wieder Kokskohle aus USA eingeführt werden muß. Der Ruhrbergbau kann die Anforderungen der Hüttenwerke nicht mehr voll erfüllen, weil die Zechen im wesentlichen Umfang noch den Bedarf der Montanunionländer decken müssen.

Wurde die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1953 durch eine starke Belebung der Verbrauchsgüterindustrie bestimmt, die sich aus dem ansteigenden Verbrauchseinkommen ergab, so belebte das Jahr 1954 die Investitionsgüterindustrie sehr stark.

Der Außenhandel, der einen außergewöhnlichen Aufschwung nahm, trieb die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich voran.

Die Ausfuhr stieg von 8,4 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 22 Milliarden DM im Jahre 1954

In unwahrscheinlich kurzer Zeit ist es damit der Bundesrepublik gelungen, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, alte Absatzmärkte zu gewinnen und neue zu erschließen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Hoesch-Gesellschaften spiegelt die vorstehend geschilderte allgemeine Wirtschaftsentwicklung ge-

treulich wider. Das Unternehmen als Ganzes hat sich jedoch auch in den Monaten fallender Konjunktur gut gehalten und seinen Marktanteil zumindest behauptet.

Der Vorstand der neugegründeten Hoesch Werke AG sah sich, nachdem er seine Arbeit aufgenommen hatte, der geschilderten rückläufigen Entwicklung gegenüber. Das war um so bedauerlicher, als erst mit der Neuordnung der Augenblick gekommen war, Aufbau und Ausbau aller Tochtergesellschaften nach einheitlich aufeinander abgestimmten Plänen vorzunehmen. Trotz aller Schwierigkeiten wurde ein Neubauprogramm für alle Gesellschaften aufgestellt und aufeinander abgestimmt.

Ein Verbundunternehmen wie die Hoesch Werke arbeitet auf dem Fundament der Grundstoffe Kohle und Stahl. Diese Tatsache hat die wirtschaftlichen Entscheidungen und technischen Planungen bestimmt. Vor allem galt es daher, die Schachtanlagen und das Hüttenwerk technisch auf einen Leistungsstand zu bringen, der uns auch in schwersten Krisen wettbewerbsfähig hält. In dem Zeitraum, über den wir hier berichten, lag daher das Schwergewicht der Investitionen bei der Hoesch Bergwerks-AG und bei der Westfalenhütte AG. Im Bereich der Weiterverarbeitung wurde vor allem bei jenen Gesellschaften umfangreicher investiert, die das Material der Westfalenhütte verarbeiten und an deren Erzeugungsprogramm anschließen; das gilt zum Beispiel für die Hohenlimburger Walzwerke, die etwa ein Drittel des Halbzeugs der Westfalenhütte verarbeiten, oder es gilt für das Hiltruper Röhrenwerk, dessen Programmerweiterung auf Rohre bis zu 200 Millimeter Durchmesser die Planung und den Umbau des Steckelwalzwerkes in eine halbkontinuierliche Breitbandstraße mittragen soll.

Der Gesamtumsatz unseres Unternehmens betrug

im Geschäftsjahr 1951/52	969 452 000,- DM
im Geschäftsjahr 1952/53	1 221 419 000,- DM
im Geschäftsjahr 1953/54	1 228 612 000,- DM

Die, wenn auch nur geringe, Steigerung des Umsatzes im Geschäftsjahr 1953/54 ist um so bemerkenswerter, als der Umsatz im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres stark zurückging.

Der Anteil der Handelsgesellschaften am Gesamtumsatz lag

für das Geschäftsjahr 1951/52 bei	57 293 000,- DM
für das Geschäftsjahr 1952/53 bei	223 042 000,- DM
für das Geschäftsjahr 1953/54 bei	229 767 500,- DM

Der Anteil des Exportes am Fremdsatz betrug

13 Prozent für das Geschäftsjahr 1951/52,
10 Prozent für das Geschäftsjahr 1952/53 und
11 Prozent für das Geschäftsjahr 1953/54.

Wenden wir uns jetzt dem Jahresabschluß selbst zu.

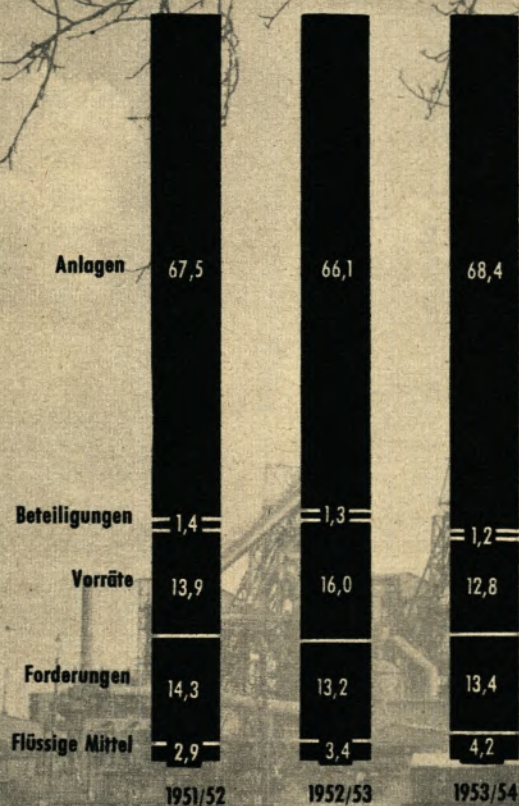
Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 1951/52 und 1952/53 sind vom Aufsichtsrat bereits festgestellt. Dem Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1953/54 hat der Aufsichtsrat zugestimmt. Seine Feststellung soll jedoch im Einvernehmen mit dem Vorstand der Hauptversammlung selbst überlassen bleiben. Damit hat die Hauptversammlung Gelegenheit, diesen Jahresabschluß, der die Grundlage aller folgenden Bilanzen sein wird, in allen seinen Wertansätzen und Positionen zu billigen.

HOESCH WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

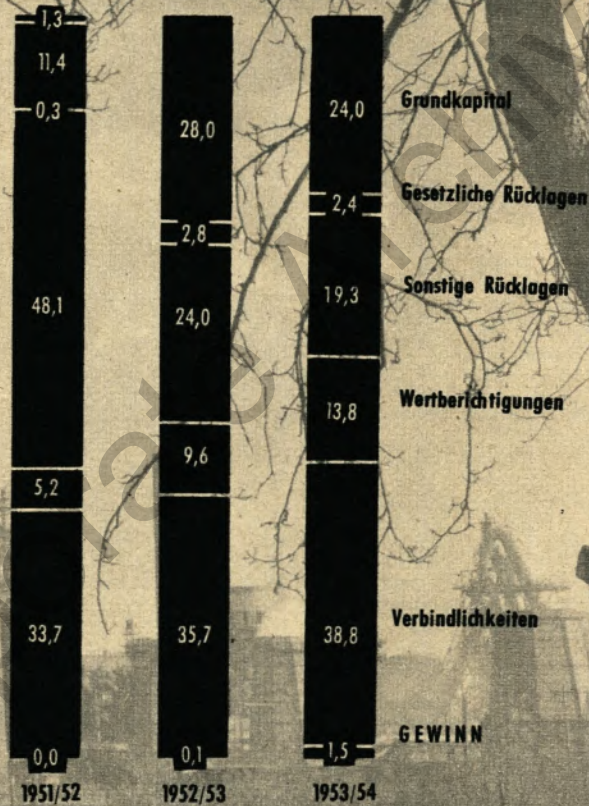
BILANZEN FÜR DIE GESCHÄFTSJAHRE 1951/52, 1952/53 u. 1953/54

(BILANZSUMME = 100%)

AKTIVA



PASSIVA



1951/52: 0,3% = sonstige Rücklage
48,1% = Neuordnungskonto

Die konsolidierte Bilanz zum 30. September 1954

Die Bilanz hat, wie wir bereits erläuterten, die Aufgabe, an einem bestimmten Tag (Stichtag) alle in der Unternehmung und damit in allen Betrieben tatsächlich vorhandenen Vermögensteile, die in DM nach bestimmten gesetzlichen Vorschriften und nach kaufmännischen Gesichtspunkten bewertet werden, zu erfassen und den Kapitalquellen gegenüberzustellen. Diese Kapitalquellen bestehen im Eigenkapital der Unternehmung (Grundkapital bei Aktiengesellschaften, Stammkapital bei Gesellschaften in Rechtsform der GmbH). Sie werden ergänzt durch Fremdkapital, wie z. B. Kredite von Banken und Lieferanten oder durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt. Durch diese Gegenüberstellung aller Vermögensteile und aller Kapitalquellen wird die Bilanz zum Spiegel aller Werte, die in den Unternehmungen investiert sind. Sie bringt zum Ausdruck, in welchem Verhältnis sich Eigen- und Fremdkapital zusammensetzen, das sich als Betriebsvermögen niederschlägt. Dementsprechend hat die Bilanz auch rein äußerlich zwei Seiten: die Aktiva, die das Vermögen, und die

Passiva, welche die Zusammensetzung des Gesamtkapitals ausweisen. Und nun zur zweiten Frage. Der Jahresabschluß enthält auch die Gewinn- und Verlustrechnung. Welche Aufgabe hat sie zu erfüllen? Wir sagten schon, die vordringliche Aufgabe aller Betriebe ist es, Güter herzustellen und zu verkaufen. Für jede Tonne Stahl, die hergestellt wird, für jede Schraube oder Maschine sind Aufwendungen notwendig, etwa für Löhne, Rohstoffe, elektrische Energie, Maschinenreparaturen, Transporte, Prämien für Versicherungen und anderes mehr. Der Verbrauch an allen diesen Gütern und Leistungen, in ihrem jeweiligen Geldwert ausgedrückt, wird als *Aufwendung* bezeichnet. Werden nun die geförderte Kohle, der erzeugte Stahl oder die fertige Werkzeugmaschine verkauft, dann bringen sie, in Geldwert ausgedrückt, *Ertrag*. Die Gewinn- und Verlustrechnung faßt alle Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres zusammen; in ihr werden in einer vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Gliederung die Aufwendungen und Erträge festgehalten und gegenübergestellt.

KONSOLIDIERTE BILANZ

Aktiva

	Stand am 1. Oktober 1953 DM	Zugang DM	Abgang DM	Abschreibungen DM	Stand am 30. September 1954 DM
I. Anlagevermögen					
1. Grubenfelder	10 132 400,—	—	—	51 200,—	10 081 200,—
2. Bebaute Grundstücke mit:					
a) Geschäfts- oder Wohngebäuden	53 980 295,09	2 546 947,44	1 144 767,44	1 770 975,09	53 611 500,—
b) Betriebsgebäuden	142 410 550,—	17 480 680,76	1 601 404,30	5 153 036,46	153 136 790,—
3. Unbebaute Grundstücke	13 596 164,—	341 610,28	589 781,80	292,48	13 347 700,—
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	309 856 501,—	68 479 630,44	3 247 680,21	44 758 885,23	330 329 566,—
5. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	52 503 377,—	3 976 811,25	248 222,36	3 554 531,89	52 677 434,—
6. Konzessionen, Patente, Lizenzen	13,—	—	—	—	13,—
	582 479 300,09	92 825 680,17	6 831 856,11	55 288 921,15	613 184 203,—
7. Beteiligungen	12 466 266,—	1 250 033,38	60 000,—	7 308,64	13 648 990,74
8. Unfertige Neuanlagen					31 098 276,47
9. Vorauszahlungen auf Neuanlagen					90 855 319,33
10. Bereitgestellte Baugelder					27 258 854,17
II. Umlaufvermögen					
1. Vorräte					142 923 933,11
2. Wertpapiere				34 166,91	
3. Hypothekenforderungen				14 003 736,07	
4. Vorauszahlungen				3 093 510,93	
5. Warenforderungen				111 706 422,95	
6. Forderungen gem. § 80 AktG.				427 916,56	
7. Sonstige Forderungen				20 280 697,27	149 546 450,69
8. Scheckbestand				1 064 295,73	
9. Wechselbestand				28 361 370,73	
10. Kassenbestand einschl. Landeszentralbank- und Postscheckguthaben				1 466 557,23	
11. Bankguthaben				15 776 576,14	46 668 799,83
III. Rechnungsabgrenzungsposten					3 851 288,13
IV. Treuhandforderungen an Industriewerte AG					263 294,87
					1 119 299 410,34

	DM	DM
I. Grundkapital		270 000 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		27 000 000,—
III. Sonstige Rücklage		209 331 873,64
IV. Andere Rücklagen		
1. Albert und Wilhelm Hoesch-Unterstützungsbestand	2 400 000,—	
2. Friedrich Springorum-Unterstützungsbestand	1 000 000,—	3 400 000,—
V. Konsolidierungsrücklage		1 392 163,96
VI. Anrechte Mitbeteiligter		1 816 544,59
VII. Wertberichtigungen		
1. zum Anlagevermögen gemäß § 36 IHG	129 548 239,13	
2. zu Forderungen gemäß § 7c und 7d EStG	20 204 446,36	
3. zum Umlaufvermögen	4 886 715,68	154 639 401,17
VIII. Rückstellungen		
1. langfristige		
für Ruhebezüge	134 179 914,64	
für Bergschäden	18 030 805,05	
für sonstiges	8 718 984,02	
	160 929 703,71	
2. kurzfristige	46 906 643,72	207 836 347,43
IX. Verbindlichkeiten		
1. Anleihe	30 000 000,—	
2. Hypothekenschulden	2 542 281,77	
3. Darlehusschulden	33 575 000,—	
4. Langfristige Kredite	49 211 738,91	
5. Mittelfristige Kredite	35 840 000,—	151 169 020,68
6. Anzahlungen	3 386 784,05	
7. Warenschulden	39 014 032,76	
8. Bankschulden	3 980 900,21	
9. Sonstige Schulden	28 577 313,91	74 959 030,93
X. Rechnungsabgrenzungsposten		459 878,22
XI. Gewinn		
Gewinnvortrag am 1. Oktober 1953	1 052 790,64	
Gewinn 1953/54	16 242 359,08	17 295 149,72
		1 119 299 410,34

Bürgschaften	1 712 108,80 DM
Vorläufige Vermögensabgabe	
Gegenwartswert	106 726 763,21 DM
Vierteljahresbetrag	1 779 901,19 DM

KONSOLIDIERTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Aufwendungen

	DM	DM
1. Löhne und Gehälter		170 342 109,96
2. Gesetzliche soziale Abgaben		25 962 908,35
3. Ruhebezüge und Unterstützungen		20 541 249,59
4. Freiwillige soziale Aufwendungen		12 467 608,28
5. Wertberichtigungen gemäß § 7c und 7d EStG		8 226 846,57
6. Zinsaufwendungen		6 369 553,86
7. Steuern		
a) ausweispflichtige Steuern	16 249 407,46	
b) sonstige Steuern	34 165 853,42	
c) Vermögensabgabe	7 119 604,76	57 534 865,64
8. Beiträge an Berufsvertretungen		1 024 933,25
9. Abschreibungen auf Anlagen		55 288 921,15
10. Sonstige Abschreibungen		7 308,64
11. Wertberichtigungen gemäß § 36 IHG		53 057 188,13
12. Außerordentliche Aufwendungen		4 321 945,01
13. Zuführung zur Konsolidierungsrücklage und zu Anrechten Mitbeteiligter		467 992,57
14. Gewinn		
Gewinnvortrag am 1. Oktober 1953	1 052 790,64	
Gewinn 1953/54	16 242 359,08	17 295 149,72
		432 908 580,72

Bei der Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen kann sich folgendes ergeben:

1. Der Ertrag etwa aus einer verkauften Werkzeugmaschine ist größer als die Summe der hierfür notwendigen Aufwendungen; dann ist ein Gewinn erzielt.
2. Der Ertrag ist kleiner als die Summe aller Aufwendungen für die Herstellung der Maschine; dann ergibt sich ein Verlust.
3. Der Ertrag deckt gerade den Aufwand, ergibt sich weder Gewinn noch Verlust.

Diese vereinfachte Darstellung darf nun nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die Ermittlung des „Erfolges“ (sei es Gewinn oder Verlust) eines Unternehmens die *gesamten* Aufwendungen und *gesamten* Erträge maßgebend sind. Selbst wenn also die einzelnen am Markt abgesetzten Erzeugnisse einen Gewinn bringen, können die

gesamten Aufwendungen höher sein, weil – als Beispiel – durch den Konkurs eines Kunden, durch technische Störungen an Anlagen Verluste entstehen, die nicht als Kosten im Preis verrechnet wurden und daher den beim Verkauf der Erzeugnisse erzielten Gewinn kürzen oder sogar einen Verlust entstehen lassen. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt daher den *Unternehmungserfolg* als Ganzes im jeweiligen Geschäftsjahr; sie ist notwendige Ergänzung der Bilanz. Jede Bilanz muß bestimmte Positionen enthalten, in denen die Vermögenswerte und Verpflichtungen einer Gesellschaft erfaßt werden. Betrachtet man die Aktiv-Seite der Bilanz, so wird deutlich, daß hier für die Gliederung die jeweilige Dauer der Gebundenheit der Vermögensteile an den Betrieb entscheidend ist. Für die Gliederung der Positionen auf der Passiv-Seite ist die Fälligkeit des Kapitals bestimmend. Das Aktiengesetz nennt aber außerdem noch die Auf-

VOM 1. OKTOBER 1953 BIS 30. SEPTEMBER 1954

Erträge	
	DM
1. Gewinnvortrag am 1. Oktober 1953	1 052 790,64
2. Rohertrag	406 834 889,34
3. Erträge aus Beteiligungen	166 528,61
4. Sonstige Erträge	376 652,17
5. Außerordentliche Erträge	7 029 056,58
6. Auflösung der Rücklage gemäß § 47 DMBG	113 078,12
7. Teilauflösung der sonstigen Rücklage	17 335 585,26
	432 908 580,72

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung ist der satzungsgemäß zur Ergänzung des Geschäftsberichtes der Hoesch Werke AG. aufgestellte konsolidierte Jahresabschluß zum 30. September 1954 aus den zu diesem Stichtag ordnungsgemäß aufgestellten Einzelabschlüssen der in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen nach Maßgabe der im Geschäftsbericht dargelegten Grundsätze entwickelt worden. Die Einzelabschlüsse sind von Wirtschaftsprüfern geprüft worden.

Düsseldorf, im März 1955

Deutsche Treuhand-Gesellschaft

Herlan ppa. Dr. Steinhoff
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

wendungen und Erträge, die die Gewinn- und Verlustrechnung im einzelnen aufzuführen muß.

Die Bewertung des Vermögens muß jedes Unternehmen mit größter Vorsicht vornehmen. Werden nämlich Vermögenswerte zu hoch angesetzt, so ergibt sich leicht ein Gewinn, der in Wirklichkeit der Ertragslage des Unternehmens nicht entspricht. Damit ergäbe sich eine falsche Vorstellung über das Unternehmen. Beim Vermögen in Form von technischen Produktionsanlagen, dem sogenannten *Anlagevermögen*, das bis zu einer notwendigen Erneuerung dem Unternehmen jeweils sehr lange zur Verfügung steht, ist vom Anschaffungswert jährlich ein Betrag für die Abnutzung abzusetzen. Er wird als „*Abschreibung*“ bezeichnet. Diese Abschreibung findet sich als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung wieder und zwar deswegen, weil alle Anlagen während der

Dauer eines jeden Geschäftsjahres abgenutzt werden und am Anfang des Geschäftsjahres leistungsfähiger sind als an dessen Ende. Dabei kann es geschehen, daß beim Anlagevermögen Sonderabschreibungen für eingetretene Wertverluste notwendig werden. Das ergibt sich etwa in Fällen, in denen eine bestimmte Betriebsausstattung plötzlich infolge wesentlicher technischer Veränderungen praktisch unbrauchbar wird.

Die konsolidierte Bilanz der Hoesch Werke AG zum 30. September 1954 hat auf der Aktiv- und Passiv-Seite eine Summe von

1 119 229 410,34 DM

Das bedeutet, im Durchschnitt aller Gesellschaften kommen auf einen Arbeitsplatz Kapitalinvestitionen in Höhe von

36 303,26 DM

Das Anlagevermögen

AKTIVA

Zum *Anlagevermögen* rechnen alle Vermögenswerte eines Unternehmens, die dazu bestimmt sind, dauernd im Betrieb zu verbleiben und die ihm bis zu dem Tage dienen, an welchem sie unbrauchbar werden. Das sind also die bebauten und unbebauten Grundstücke, die Geschäfts- und Wohngebäude, alle Maschinen und Maschinenanlagen, alle Werkzeuge und Betriebsausstattungen, Konzessionen, Patente und Lizenzen.

In unserer Bilanz zum 30. September 1954 hat sich das Anlagevermögen gegenüber dem Stand am 1. Oktober 1951 um 87 Millionen DM auf jetzt insgesamt 613 Millionen DM erhöht. Der Zugang an Neubauten, Maschinen und Maschinenanlagen ist aber tatsächlich sehr viel größer, weil im gleichen Zeitraum die vorhandenen Anlagen um 156 Millionen DM abgeschrieben wurden, und weil Teile des Anlagevermögens in Höhe von 12 Millionen DM veräußert oder verschrottet worden sind.

Der Anlagezugang beträgt also insgesamt

87 Millionen DM
+ 156 Millionen DM
+ 12 Millionen DM
255 Millionen DM

Er verteilt sich auf die Geschäftsjahre wie folgt:

1951/52	rund	62 Millionen DM
1952/53	rund	101 Millionen DM
1953/54	rund	92 Millionen DM

Aber damit ist noch nicht vollständig wiedergegeben, was bis zum 30. September 1954 an Neubauten begonnen, geplant oder bereits bestellt worden ist. In der Bilanz zum 30. September 1954 werden nämlich noch aufgeführt:

unfertige Neuanlagen im Werte von rund	31 Millionen DM
Vorauszahlungen auf Neuanlagen	rund 91 Millionen DM
bereitgestellte Baugelder	rund 27 Millionen DM
	149 Millionen DM

Um diese Beträge (insgesamt 149 Millionen DM) wird sich also im Geschäftsjahr 1954/55 durch den Bau und den Kauf weiterer Gebäude, Anlagen und Maschinen das Anlagevermögen erhöhen, abgesehen von den Beträgen, die im neuen Geschäftsjahr selbst noch bereitgestellt werden. Die Zugänge beim Anlagevermögen betrafen in erster Linie Betriebsgebäude mit 40,5 Millionen DM. Wir nennen als Beispiel: die Halle für den allgemeinen Werkzeugmaschinenbau bei Maschinenfabrik Deutschland, die Werkshalle der Dortmunder Drahtseilwerke, in der Hanfseilerei und Belegschaftsräume untergebracht sind, die Lehrwerkstatt der Westfalenhütte, das Gesundheitshaus und das Grubenrettungshaus der Hoesch Bergwerks-AG.

An Maschinen und maschinellen Anlagen sind rund 189,5 Millionen DM hinzugekommen, darunter im Geschäftsjahr 1952/53 der Hochofen VI und der Konverter IV. Weiter die neuen Koksbatterien der Hoesch Bergwerks-AG oder die zahlreichen Maschinenbeschaffungen bei den anderen Tochtergesellschaften von Hoesch, von denen wir noch in den Berichten über diese Gesellschaften sprechen werden.

Der Zugang an Geschäfts- und Wohngebäuden hat in den drei Jahren des Berichtszeitraumes 10 Millionen DM betragen.

Zum Anlagevermögen gehören schließlich noch die Beteiligungen. Sie haben sich im Laufe der drei Geschäftsjahre auf 13 648 990,74 DM erhöht. Der Zugang betrifft unter anderem die Beteiligungen, welche die Hoesch Bergwerks-AG an Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus oder die Westfalenhütte an Kalkwerken und Handelsorganisationen aus der Neuordnung übernommen und erworben hat. In einzelnen Fällen wurden auch bereits vorhandene Beteiligungen erhöht.

Das Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen rechnen in erster Linie die Gegenstände, die im Betrieb verbraucht, verarbeitet oder veräußert werden sollen. Dann zählen zum Umlaufvermögen auch die Forderungen, die wir an unsere Abnehmer haben. In dem Umlaufvermögen spiegelt sich also in gewisser Weise der tägliche Geschäftsablauf wider. Die Rohstoffe werden zu Fertigfabrikaten verarbeitet. Die Fertigfabrikate werden an unsere Kunden verkauft, und diese Kunden werden, wenn sie nicht sofort bezahlen, Debitoren oder Schuldner. Bezahlen sie die gelieferte Ware, so ergibt sich durch Überweisung des Rechnungsbetrages eine Erhöhung unseres Guthabens bei der Landeszentralbank oder auf dem Postscheckkonto. Das Umlaufvermögen befindet sich also in einer ständigen Umwandlung, und die am Stichtag in der Bilanz ausgewiesenen Werte des Umlaufvermögens sind sozusagen eine Momentaufnahme.

Zum Umlaufvermögen zählen in erster Linie die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, an halbfertigen Erzeugnissen, an Fertigerzeugnissen und sonstige Vorräte. Insgesamt haben sich diese Vorräte von rund 122 Millionen DM am 30. September 1952 auf 143 Millionen DM zum 30. September 1954 erhöht. Die Erhöhung der Vorräte entspricht dem angestiegenen Geschäftsumfang, der eine größere Vorratshaltung an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und meist auch einen höheren Bestand halbfertiger Erzeugnisse notwendig macht.

Die konsolidierte Bilanz zum 30. September 1954 weist dann einen geringen Bestand an Wertpapieren in Höhe von rund 34 000,- DM auf. Bei den hier erfaßten Wertpapieren handelt es sich nicht um Beteiligungen, sondern nur um eine vorübergehende Anlage flüssiger Mittel.

Die Hypothekenforderungen sind von 5,5 Millionen DM am 30. September 1952 auf 8,8 Millionen DM zum 30. September 1953 und auf rund 14 Millionen DM am 30. September 1954 angestiegen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Aufwendungen für den Wohnungsbau und um Hergabe von Baudarlehen an Belegschaftsmitglieder, soweit sie hypothekarisch gesichert sind.

Von den übrigen Positionen des Umlaufvermögens seien noch die Warenforderungen erwähnt. Sie betrugen am 30. September 1954 rund 111 Millionen DM gegenüber rund 110 Millionen DM am 30. September 1952.

Die sonstigen Forderungen in Höhe von 20,3 Millionen DM enthalten etwa Darlehen an Belegschaftsmitglieder und Wohnungsbaudarlehen, soweit sie nicht hypothekarisch gesichert sind, vor allem auch Darlehen an Institutionen und Verbände.

Schließlich sind unter dem Umlaufvermögen die am Bilanzstichtag vorhandenen flüssigen Mittel erfaßt, nämlich Kassenbestand, Bank- und Postscheckguthaben, Scheckbestände und Wechselbestände. Sie betrugen am 30. September 1954 rund 46,7 Millionen DM. Das Umlaufvermögen insgesamt hatte am gleichen Stichtag eine Höhe von rund 339 Millionen DM. Demgegenüber betrugen die lang-, mittel- und kurzfristigen Verbindlichkeiten nur 226 Millionen DM, so daß hier von einer guten Liquidität (Flüssigkeit der verfügbaren Finanzmittel) gesprochen werden kann.

Ein Wort der Erklärung bedarf noch der mit 3 851 288,13 DM ausgewiesene Rechnungsabgrenzungsposten. Der Sinn dieser Position besteht darin, die einzelnen Geschäftsjahre in ihrem Aufwand und Ertrag und damit hinsichtlich des Erfolges richtig voneinander abzugrenzen. An zwei Beispielen soll das verdeutlicht werden:

Eine Unternehmung zahlt am 31. August 1954 für drei Monate Prämien für die Feuerversicherung. Da der Bilanzstichtag der 30. September 1954 ist und hier das Geschäftsjahr endet, hat das „alte Jahr“ nur ein Drittel des Aufwandes zu tragen, die restlichen zwei Drittel sind dem neuen Geschäftsjahr 1954/55 als Aufwand anzulasten. Würde

man nicht so verfahren, so stellte sich der Aufwand 1953/54 zu hoch, für 1954/55 zu niedrig. Wir sprechen hier von „aktiven Posten der Rechnungsabgrenzung“.

Das zweite Beispiel möge das Wesen der Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite (Position VIII) verdeutlichen:

Die Mieter von Wohngebäuden, die zum Betriebsvermögen der Unternehmungen gehören, zahlten bereits am 30. September 1954 die Miete für Oktober 1954. Am 1. Oktober 1954 begann aber das neue Geschäftsjahr. Obwohl die Mietzahlungen noch im alten Geschäftsjahr verbucht und in der Kasse als Bestand vereinnahmt wurden, gehört der Betrag ganz eindeutig in das Geschäftsjahr 1954/55.

I. Das Grundkapital

PASSIVA

Auf der Passivseite der Bilanz werden die eigenen und die fremden Kapitalmittel aufgeführt, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen. An erster Stelle steht das *Grundkapital*. Es beträgt, wie wir schon an anderer Stelle sagten, zurzeit 270 Millionen DM. Der Hauptversammlung liegt ein Antrag auf Satzungsänderung vor, mit der eine Erhöhung des Aktienkapitals bis zu 105 Millionen DM beschlossen werden soll; wird dieser Antrag angenommen, wird das Grundkapital der Hoesch Werke AG 375 Millionen DM betragen.

II. Gesetzliche Rücklage

Das Aktiengesetz schreibt vor, daß jede Aktiengesellschaft eine Rücklage zu bilden hat; sie wird in der Bilanz als „gesetzliche Rücklage“ aufgeführt und beträgt 10 Prozent des Grundkapitals; die Satzung kann die Rücklage auch höher – niemals niedriger – festsetzen. In der Bilanz zum 30. September 1954 werden 27 Millionen DM als gesetzliche Rücklage ausgewiesen. Mit der Erhöhung des Grundkapitals müßte auch die gesetzliche Rücklage um mindestens 10,5 Millionen DM erhöht werden.

Allgemeine Rücklagen sind ihrem Wesen nach Eigenkapital, das zur Deckung von Verlusten oder für andere Zwecke verwendet werden kann. Die „gesetzliche Rücklage“ dagegen ist zweckgebunden; sie darf nur dazu verwendet werden, Verluste zu decken.

III. Sonstige Rücklage

Der nach der Fesetsetzung des endgültigen Grundkapitals und der gesetzlichen Rücklage verbleibende Betrag wurde nach einer Anordnung der Combined Steel Group einer „sonstigen Rücklage“ zugeführt und in der Bilanz zum 30. September 1953 mit 226 588 386,72 DM ausgewiesen. Diese Rücklage dient der Sicherung und Stärkung des Kapitals; aus ihr werden aber auch die nicht abzugsfähigen Beträge für den Lastenausgleich entnommen. Die „sonstige Rücklage“ steht in der Bilanz zum 30. September 1954 mit 209 331 873,64 DM. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere deswegen vermindert, weil aus ihr die Mittel für Investitionen entnommen wurden, die nach dem Paragraphen 36 des Investitionshilfegesetzes (IHG) als „erhöhte Sonderabschreibungen“ von der Steuer abgesetzt werden konnten. (Vergleiche hierzu die Bemerkungen zu VII.)

IV. Andere Rücklagen

Die Position „andere Rücklagen“ enthält den von der Hoesch AG i. L. übernommenen „Albert und Wilhelm Hoesch-Unterstützungsbestand“ mit 2,4 Millionen DM und den „Friedrich Springorum-Unterstützungsbestand“ mit einer Million DM. Die Erträge aus diesen Unterstützungsfonds stehen für die Nachwuchsförderung sowie für Unterstützungen in Krankheits- und Notfällen bereit.

V. und VI. Konsolidierungsrücklage und Anrechte Mitbeteiligter

Die Bilanz weist sodann eine *Konsolidierungsrücklage* aus, die von rund 998 000,- DM am 30. September 1952 auf 1 392 000,- DM zum 30. September 1954 angestiegen ist. Diese Erhöhung, wie auch die Erhöhung der Rückstellung für „Anrechte Mitbeteiligter“, die damit in Zusammenhang steht, entspricht der Zunahme des Vermögens der Beteiligungsgesellschaften, die in unsere konsolidierte Bilanz einbezogen worden sind.

VII. Wertberichtigungen

Wertberichtigungen sind Korrekturen zu den Vermögenswerten auf der Aktivseite. Ihr Zweck und ihre Wirkung ist die gleiche wie die der direkten Abschreibung. In der konsolidierten Bilanz zum 30. September 1954 stehen Wertberichtigungen in einer Gesamthöhe von rund 155 Millionen DM. Sie betragen am 30. September 1952 34 605 152,- DM und am 30. September 1953 76 491 051,- DM. Der weitaus größte Posten hiervon entfällt auf Wertberichtigungen zum Anlagevermögen nach § 36 des Investitionshilfegesetzes (IHG) in Höhe von rund 130 Millionen DM. Das Investitionshilfegesetz gibt unter anderen den Unternehmen des Bergbaues und der eisenschaffenden Industrie befristet die Möglichkeit, neben steuerlich zulässigen Normalabschreibungen noch Sonderabschreibungen vorzunehmen, die bei unbeweglichen Gegenständen des Anlagevermögens (Werks hallen, Betriebsgebäude) bis zu 30 Prozent und bei beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens (Maschinen und maschinelle Anlagen) bis zu 50 Prozent des Anschaffungs- oder Herstellungswertes betragen dürfen. Es handelt sich hierbei nur um eine Vorwegnahme von Abschreibungen, die im Augenblick die Liquidität der Gesellschaft erhöht und die Steuerlast verringert. Diese Vorwegnahme führt aber in späteren Jahren zu höheren steuerpflichtigen Erträgen, weil dann die Abschreibungsmöglichkeiten entsprechend fehlen.

Eine beträchtliche Höhe haben auch die Wertberichtigungen nach Paragraph 7c und 7d des Einkommensteuergesetzes. Sie betragen insgesamt rund 20 000 000,- DM und sind für den Wohnungsbau (7c) und für den Schiffsbau (7d) bestimmt. Sie erhöhten sich im Geschäftsjahre 1952/53 um rund 5 300 000,- DM und im Geschäftsjahre 1953/54 um weitere rund 7 600 000,- DM. Der Gesamtbetrag entfällt bis auf ein ganz geringes Darlehen auf Wertberichtigungen nach Paragraph 7c, ist also dem sozialen Wohnungsbau zugute gekommen.

Als weiterer Posten sind dann die Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen aufgeführt. Sie zeigen mit rund 4,8 Millionen DM am 30. September 1954 nur gringe Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Mit dieser Wertberichtigung wird das Wagnis abgedeckt, das gegebenenfalls darin liegen kann, daß Forderungen aus Warenlieferungen nicht erfüllt oder uns in Zahlung gegebene Wechsel nicht eingelöst werden.

VIII. Rückstellungen

Die Bilanz zum 30. September 1954 weist insgesamt Rückstellungen in der beachtenswerten Höhe von 208 Millionen DM aus. Sie sind seit dem 30. September 1952 um rund 37 Millionen DM gestiegen. Von diesen Rückstellungen sind rund 161 Millionen DM langfristige, während Rückstellungen in Höhe von 47 Millionen DM kurzfristige sind. Die langfristigen Rückstellungen sind in Höhe von rund 18 Millionen DM für zu erwartende Bergschäden und mit rund 8,7 Millionen DM für „Sonstiges“ (dabei handelt es sich zum Beispiel um Rückstellungen für Ausfuhrlieferungen und für Garantieleistungen) gebildet worden. Der weitaus größte Posten mit rund 134 Millionen DM entfällt auf die Rückstellung für Ruhe-

bezüge. Diese Rückstellung ist nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen errechnet; ab 1953 wurde bei der Berechnung die am 1. Juli in Kraft getretene Pensionsordnung zugrunde gelegt. Die kurzfristigen Rückstellungen in Höhe von 47 Millionen DM betreffen betriebliche Aufwendungen, die noch das Geschäftsjahr 1953/54 betreffen (zum Beispiel noch nicht veranlagte Steuern) und bis zum Bilanzstichtag nicht abgerechnet und bezahlt werden konnten.

IX. Verbindlichkeiten

Die lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten, die Schulden unseres Unternehmens also, haben sich beträchtlich erhöht. Sie betrugen am

30. September 1952	44 870 000,- DM
30. September 1953	86 929 000,- DM
30. September 1954	151 169 000,- DM

Unter den lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten werden erfasst: Anleihe-schulden, Hypothekenschulden, Darlehns-schulden sowie lang- und mittelfristige Kredite. Dabei rechnen zu den langfristigen Krediten solche, die eine Laufzeit von mehr als 5 Jahren haben, während Kredite mit einer Laufzeit von 3 bis 5 Jahren den mittelfristigen Krediten zugerechnet werden. Bei der Anleihe in Höhe von 30 000 000,- DM, die in der Bilanz zum 30. September 1954 ausgewiesen

ist, handelt es sich um die von der Westfalenhütte im März 1954 mit einer Verzinsung von $7\frac{1}{2}$ Prozent herausgegebene hypothekarisch gesicherte Anleihe mit einer Laufzeit von 15 Jahren; sie diente der Ablösung von Investitionshilfskrediten. Von den Darlehns-schulden sowie von den lang- und mittelfristigen Krediten ist ein Teil auch dem sozialen Wohnungsbau zugeflossen. Das gleiche gilt von den Hypothekenschulden, die sich vom 30. September 1952 bis 30. September 1954 um rund 1,1 Millionen DM erhöht haben.

Die Aufnahme dieser fremden Mittel war erforderlich, um zusammen mit den eigenen Mitteln das umfangreiche Investitionsprogramm der Jahre zwischen 1951 und 1954 durchzuführen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen am 30. September 1954 rund 75 Millionen DM. Einer Erläuterung bedarf dabei wohl nur die Position „sonstige Schulden“, die mit rund 28,5 Millionen DM ausgewiesen werden. In diesem Betrag sind Löhne, Gehälter und Sozialbeiträge, die noch das Geschäftsjahr 1953/54 betreffen, sowie Steuern enthalten. Der Überschuss der Aktiven über die Passiven stellt den Gewinn dar. Die Bilanz zum 30. September 1954 zeigt einen Gewinn in Höhe von 17 295 149,- DM. Dieser Gewinn kann als Dividende ausgeschüttet werden, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss zum 30. September 1954 in der vorgelegten Form billigt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss schließt die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Über die Aufstellung und Bedeutung der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir auf Seite 152 bereits ausführlich berichtet.

AUFWENDUNGEN

1. Löhne und Gehälter

Den größten Posten unter den Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung nehmen die Löhne und Gehälter ein. Sie betragen

für das Geschäftsjahr 1951/52	135 087 666,01 DM
für das Geschäftsjahr 1952/53	165 288 212,34 DM
für das Geschäftsjahr 1953/54	170 342 109,96 DM

Die Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme seit 1952 ist vor allem durch verschiedene seither eingetretene Tarifierhöhungen sowohl im Bergbau wie auch in der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie zu erklären. Dazu machte im Geschäftsjahr 1952/53, wie auch im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 1953/54 zeitweise die Beschäftigungslage und der Auftragsbestand eine große Zahl von Überstunden sowie Sonn- und Feiertagsschichten notwendig; damit erhöhte sich auch die Lohnsumme.

2. Gesetzliche soziale Abgaben

In entsprechendem Verhältnis wie die Löhne und Gehälter haben sich die gesetzlichen sozialen Abgaben verändert. Sie betragen

für das Geschäftsjahr 1951/52	18 412 841,17 DM
für das Geschäftsjahr 1952/53	24 677 727,32 DM
für das Geschäftsjahr 1953/54	25 962 908,35 DM

Ihr prozentualer Anteil an den Aufwendungen für Löhne und Gehälter gemessen, ist im wesentlichen unverändert geblieben. Er errechnet sich für das Geschäftsjahr 1953/54 auf 13,2 Prozent. Dabei

ist jedoch zu beachten, daß der Anteil der gesetzlichen sozialen Abgaben im Bergbau wesentlich höher liegt, und zwar bei etwa 25 Prozent des Lohn- und Gehaltsaufwandes.

3. Ruhebezüge und Unterstützungen

Für Ruhebezüge und Unterstützungen wurden folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

im Geschäftsjahr 1951/52	rund 13,3 Millionen DM
im Geschäftsjahr 1952/53	rund 20,5 Millionen DM
im Geschäftsjahr 1953/54	rund 20,6 Millionen DM

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich nicht um die tatsächlich geleisteten Ruhegeldzahlungen, sondern um Rückstellungen für Ruhebezüge, wie sie nach den versicherungs-mathematischen Berechnungen notwendig sind. Die tatsächlichen Ruhegeldzahlungen liegen niedriger; sie werden sich aber, weil das Durchschnittsalter unserer Belegschaft sehr hoch ist, in den folgenden Jahren erhöhen. Auch dann aber werden die in den Geschäftsjahren 1951/52 bis 1953/54 geleisteten Rückstellungen voll ausreichen.

4. Freiwillige soziale Aufwendungen

Die freiwilligen sozialen Aufwendungen verteilen sich auf eine Vielzahl betrieblicher Sozialmaßnahmen, die wir eingehend im Arbeits- und Sozialbericht dieses Heftes darstellen. Wie dort zu lesen ist, sind in dieser Position auch Aufwendungen erfasst, die überwiegend betriebsbedingten Charakter haben und solche, deren vorwiegender Nutzen für den Betrieb oder für das einzelne Belegschaftsmitglied nicht klar abzugrenzen ist. Die sozialen Aufwendungen in diesem erweiterten Sinne betrugen im Geschäftsjahr

1951/52	7 296 000,- DM	= 5,2% des Lohn- und Gehaltsaufwandes
1952/53	10 518 000,- DM	= 6,3% des Lohn- und Gehaltsaufwandes
1953/54	12 467 000,- DM	= 6,8% des Lohn- und Gehaltsaufwandes

Von den übrigen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen wollen wir nur noch diejenigen behandeln, die wir nicht schon bei Besprechung der Bilanzpositionen erläutert haben und die nicht allein schon aus ihrer Bezeichnung verständlich sind.

5. Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen sind gegenüber dem Geschäftsjahr 1951/52 mit 373 000,- DM ganz bedeutend, nämlich auf 6,3 Millionen DM für das Geschäftsjahr 1953/54, angestiegen. Diese Erhöhung erklärt sich aus der Aufnahme von Bankkrediten, Anleihen, Darlehen und Hypotheken, die zur Durchführung des Neubauprogramms aufgenommen werden mußten. Wir sprachen von ihnen, als wir die Bilanzpositionen erklärten.

6. Steuern

Die Aufwendungen für Steuern einschließlich der Vermögensabgabe betragen für das Geschäftsjahr

1951/52	72 061 000,- DM
1952/53	56 699 000,- DM
1953/54	57 534 000,- DM

Der Rückgang im Steueraufwand ist nicht durch geringere erwirtschaftete Erträge bedingt, sondern erklärt sich daraus, daß in den Geschäftsjahren 1952/53 und 1953/54 in erhöhtem Maße von den steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht worden ist.

8. Abschreibungen

Über die Abschreibungen ist ausführlich beim Anlagevermögen und bei dem Bilanzposten „Wertberichtigungen“ gesprochen worden.

9. Außerordentliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 1953/54 entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von rund 4 322 000,- DM. Dabei handelt es sich zum Beispiel um die Kosten für die Ausgabe der Anleihe der Westfalenhütte oder um Verluste aus der Wohnungswirtschaft (wo die Ausgaben für Reparaturen usw. höher lagen als die Mieteinnahmen).

10. Gewinn

Entsprechend dem in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn steht auf der Aufwandseite der Gewinn- und Verlustrechnung ein Gewinn von 17 295 149,72 DM, der sich zusammensetzt aus einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 1 052 790,64 DM und dem Überschuß der Erträge über die Aufwendungen im Geschäftsjahr 1953/54 in Höhe von 16 242 359,08 DM. Dabei erinnern wir uns, daß unter den Erträgen ein Posten von 17 335 585,26 als Teilauflösung aus der sonstigen Rücklage enthalten ist.

ERTRÄGE

1. Rohertrag

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 30. September 1954 zeigt einen Rohertrag von 406 834 889,34 DM. Der Rohertrag ist ein Überschußbetrag, der sich ergibt, wenn man den gesamten Umsatz eines Unternehmens um den Aufwand kürzt, der nach den Bestimmungen des Aktienrechts nicht unter den Aufwendungen der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert aufgeführt werden muß. Dazu rechnen Aufwendungen für bezogene Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Betriebskosten (Gas, Wasser, Strom, Reparaturen, Verwaltungskosten Miete, Heizung, Beleuchtung, Postgebühren, Reisekosten usw.) sowie sonstige Aufwendungen.

2. Erträge aus Beteiligungen

Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1953 bis 30. September 1954 weist Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 166 528,61 DM aus. Dabei handelt es sich um die Dividenden und Gewinnanteile aus Beteiligungen von uns und unseren Tochtergesellschaften.

3. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge von rund 376 000,- DM bestehen zum weitaus größten Teil aus Pacht- und Mieteinnahmen.

4. Außerordentliche Erträge

Außerordentliche Erträge enthalten Verkaufsgewinne aus dem Verkauf von Anlagegegenständen und Erträge, die das vorangegangene Geschäftsjahr betreffen.

Die hier besprochene konsolidierte Bilanz und die konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung sind vom Wirtschaftsprüfer geprüft. Darin bestätigt die von der Hauptversammlung als Wirtschaftsprüfer bestellte Treuhandgesellschaft, daß der konsolidierte Jahresabschluß vom 30. September 1954 aus Einzelabschlüssen sachgemäß entwickelt worden ist, die nach aktienrechtlichen Grundsätzen zum gleichen Stichtag aufgestellt und von Wirtschaftsprüfern bestätigt wurden. Dieser Bestätigungsvermerk ist gleichermaßen für Aktionäre wie für die Öffentlichkeit wichtig, weil damit die Sicherheit gegeben ist, daß das Rechnungswesen der Gesellschaft, die Wertansätze in der Bilanz, die Aufwendungen und Erträge in Ordnung befunden sind.

Für den Aufsichtsrat fertigt der Wirtschaftsprüfer einen besonderen Prüfungsbericht an, in dem er seine Feststellungen über den geprüften Jahresabschluß ausführlich niederlegt.

Der Bericht des Aufsichtsrats

Durch eigene laufende Überwachung der Geschäftsführung und eigene Prüfung der Bilanz an Hand des Prüfungsberichts der Wirtschaftsprüfer und des erteilten Bestätigungsvermerks hat dann auch der Aufsichtsrat seinen Bericht über den Jahresabschluß 1953/54 vorgelegt, der folgenden Wortlaut hat:

Die Geschäftsführung des Vorstandes haben wir während des Geschäftsjahres laufend geprüft. Der Vorstand hat die erforderlichen Berichte erstattet. Die Prüfung der für das Geschäftsjahr 1953/54 aufgestellten Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung hat deren Richtigkeit ergeben. Dem Jahresabschluß haben wir zugestimmt, überlassen jedoch seine Feststellung im Einvernehmen mit dem Vorstand der Gesellschaft der Hauptversammlung. Den Antrag des Vorstandes über die Verwendung des Reingewinns machen wir zu dem unseren.

Die gesetzlich vorgeschriebene Abschlußprüfung hat die Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Düsseldorf, ausgeführt. Die Prüfung hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Zu dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft haben wir nichts zu bemerken.

Gemäß § 87 Absatz 3 Aktiengesetz endet das Amt des gesamten Aufsichtsrats mit Ablauf der diesjährigen Hauptversammlung, so daß dessen Neuwahl erforderlich ist.

DER AUFSICHTSRAT

H o p p

Vorsitzer

Dortmund, im März 1955

Lage und Entwicklung unserer Gesellschaften



HOESCH BERGWERKS-AG

10522 Arbeiter und Angestellte waren am 30. September 1954 auf den Anlagen der Gesellschaft beschäftigt. Das sind 408 Mitarbeiter weniger als am 30. September 1953. Die Bewegung durch Abgänge und Zugänge ist wie im gesamten Kohlenbergbau auch bei der Hoesch Bergwerks-AG noch immer groß. Die Stammbesellschaft zu stärken und den Nachwuchs zu fördern und auszubilden bleibt daher eine vordringliche Aufgabe.

Der erste der drei von der Gesellschaft vorgelegten Jahresabschlüsse umfaßt nur neun Monate, nämlich die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1952, ein sogenanntes „Rumpfgeschäftsjahr“. Das erklärt sich daraus, daß bis zur Neuordnung das Geschäftsjahr der Gesellschaft mit dem Kalenderjahr übereinstimmt. Soweit es möglich ist, haben wir, um des Vergleiches willen, die Zahlen um das vierte Quartal des Kalenderjahres 1951 ergänzt.

Die Förderung betrug

- im Geschäftsjahr 1951/52 (9 Monate) 1,95 Millionen Tonnen =
2,29% der Förderung des Ruhrbergbaus,
- im Geschäftsjahr 1952/53 2,65 Millionen Tonnen =
2,29% der Förderung des Ruhrbergbaus,
- im Geschäftsjahr 1953/54 2,74 Millionen Tonnen =
2,33% der Förderung des Ruhrbergbaus.

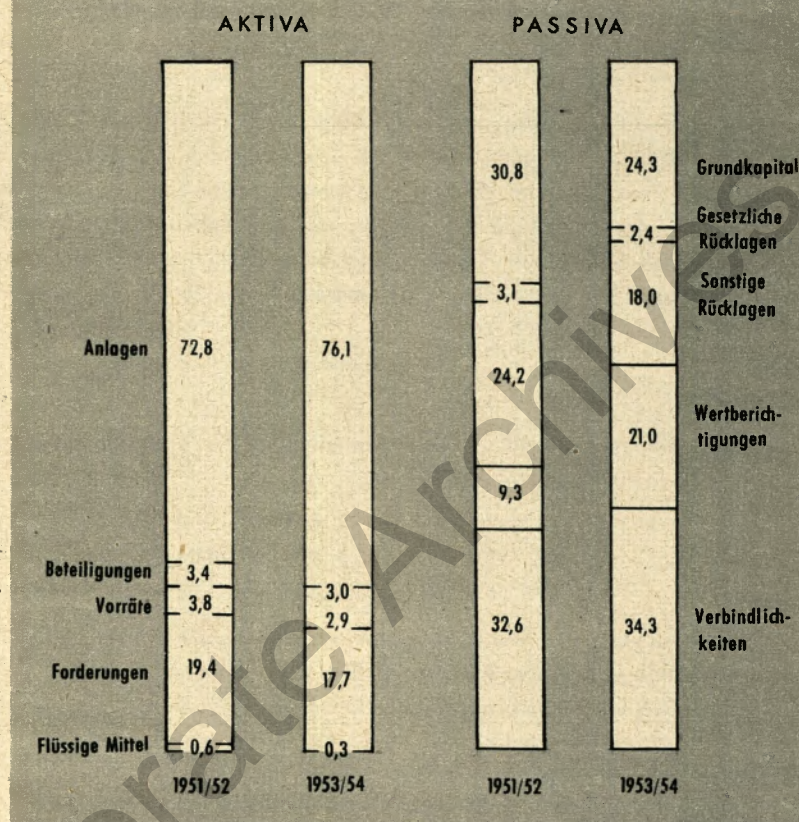
Verglichen mit dem Jahre 1938 erreichte die Förderung im Geschäftsjahr 1953/54 107,6 Prozent. Die Ruhrzechen insgesamt haben erst wieder 92,4 Prozent der Förderung des Jahres 1938 erreicht.

Die Kokserzeugung, die 1952/53 rund 1 Million Tonnen betragen hatte, lag im Geschäftsjahr 1953/54 als Folge des Erzeugungsrückgangs in der eisenschaffenden Industrie bei 0,87 Millionen Tonnen.

Die 1953 beginnenden Absatzschwierigkeiten führten auch bei uns zu erheblichen *Haldenbeständen*; sie betrugen am 30. September 1954 37024 Tonnen Kohle (davon 15122 Tonnen gewaschene und ungewaschene Feinkohle) und 48535 Tonnen Koks. Ende 1954 aber waren die Kohlenbestände restlos verkauft. Der Bestand an Siebkoks III verminderte sich bis zu diesem Zeitpunkt um fast 7000 Tonnen. Trotz dieser unterschiedlichen Markt- und Absatzverhältnisse ging der *Ausbau der Betriebsanlagen*, ihre Modernisierung und Rationalisierung stetig voran. Vordringlich war der Ausbau der Zeche Fürst Leopold-Baldur. Die Kaiserstuhl-Anlagen, durch den Krieg am stärksten beschädigt und in der ersten Nachkriegszeit durch alliierte Eingriffe zum Teil sehr stark gehemmt, brauchten die längste Zeit zur Wiederherstellung ihrer Anlagen.

Als erstes ist dann auf Kaiserstuhl II die Kokerei in wesentlichen Teilen erneuert worden, so daß heute zwei Drittel der Produktion in modernen Batterien und Nebenanlagen erzeugt wird. Im weiteren Verlauf sind die beiden Schachtanlagen I und II unterirdisch miteinander verbunden worden, um die Förderung beider Gruben auf einer Anlage, nämlich auf Kaiserstuhl II, zu Tage zu heben und sie dort in einer neuerstellten Zentralförderung aufzuarbeiten. Sichtbare Zeichen dieser Zusammenfassung sind der 52 Meter hohe Turm auf

HOESCH BERGWERKS-AG
Bilanzen für die Geschäftsjahre 1951/52 und 1953/54
(Bilanzsumme 100%)



Kaiserstuhl II, der die neue Gefäßförderung trägt, sowie der daneben liegende mächtige Wäschebau. Endlich wurde die Energieerzeugung, die auch für die Westfalenhütte arbeitet, erweitert.

Auf der Zeche Fürst Leopold-Baldur wurden entsprechend der steigenden Förderung – sie ist gegenüber 1938 um 47 Prozent gewachsen – die Kapazität der Schächte, des Wagenumschlags über Tage und der Aufbereitung vergrößert. Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit aber bildet der Neubau eines Kraftwerkes. Dieses Werk soll nicht nur den Bergbau mit billigem Strom versorgen, sondern dient zugleich der Westfalenhütte als wichtigste Energiequelle. Die Durchleitung des elektrischen Stroms von Dorsten nach Dortmund erfolgt über das Hochspannungsnetz der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG, wofür eine gewisse Durchleitungsgebühr zu entrichten ist. Durch diese Lösung wurde der Bau eines Kraftwerkes auf der Westfalenhütte überflüssig, für das von fremden Zechen Kohle hätte herbeitransportiert werden müssen; außerdem wird durch die Verstromung der Leopold-Kohle der Absatz dieser gasreichen Kohle wesentlich erleichtert. Dem gleichen Ziele, Leopold-Kohle absatzfähiger zu machen, dient das auf dem Gelände der Schachtanlage Fürst Leopold errichtete Gaserzeugungswerk der Steinkohlengas AG, die ein Tochterunternehmen der Ruhrgas AG ist: Leopold-Kohle wird mit Hilfe von aus Leopold-Kohle erzeugtem Strom und Dampf in Ferngas überführt, eine Energieform, für die ein weitgehend gesicherter Markt besteht.

Die zur Hoesch-Gruppe zählenden Zechen, die mit Ausnahme der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur ausgesprochene Fettkohlenzechen sind, gewährleisten für die Stahlseite eine volle Deckung des Bedarfs an Koks und Kohle. Dazu tritt demnächst als Stromversorgungsquelle des Hüttenwerkes die Zeche Fürst Leopold mit ihrem neuen Kraftwerk.

Die Investitionen der Hoesch-Zechen haben einen erheblichen Umfang erreicht. Sie dienen der Hebung der Wirtschaftlichkeit und damit der Sicherung der Arbeitsplätze.



Achtung!
Rangierbetrieb
Durchgang verboten

Die Bilanzsumme der Hoesch Bergwerks-AG betrug

- am 30. September 1952 rund 212 535 000,- DM
- am 30. September 1953 rund 229 319 000,- DM
- am 30. September 1954 rund 269 504 000,- DM.

Um 57 Millionen DM ist die Bilanzsumme gestiegen. Von dieser Erhöhung entfallen allein auf das *Anlagevermögen* – unfertige Bauten und Vorauszahlungen auf Neuanlagen eingerechnet – rund 51 Millionen DM. Die tatsächlichen Zugänge zum Anlagevermögen liegen höher. Sie betragen rund 71,8 Millionen DM, weil sich im gleichen Zeitraum der Wert der vorhandenen Anlagen um die Abschreibungen vermindert hat.

Welche Objekte waren es, die in diesen Jahren fertig wurden? Im Rumpfgeschäftsjahr 1952, und zwar am 1. August 1952, wurden auf Kaiserstuhl zwei neue Koksofenbatterien mit 80 Öfen in Betrieb genommen. Damit war die Voraussetzung gegeben, den Koksbedarf der Westfalenhütte zu zwei Drittel und ihren Gasbedarf voll decken zu können. Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit wurde bereits 1952 die Planung und der Bau einer Verbindungsstrecke zwischen den beiden Kaiserstuhl-Anlagen in Angriff genommen.

Im Jahre 1953/54 wurde das Füllort für die geplante Gefäßförderung fertiggestellt und die Erweiterung der Sieberei und Wäsche auf Kaiserstuhl Ostfeld in Angriff genommen. Der Bau des Förderturms wurde nahezu fertiggestellt, die Gefäßförderung konnte dann Anfang 1955 in Betrieb genommen werden.

Im Jahre 1953/54 wurde auf Kaiserstuhl eine weitere Koksofenbatterie fertiggestellt. Die Erneuerung an den Kohlenwertstoffgewinnungsanlagen wurde fortgesetzt und zur Verwertung eines Gasüberschusses mit dem Bau einer Anschlußleitung an das Ruhrgasnetz begonnen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete die Gesellschaft dem *Wohnungsbau*, weil nur durch Bereitstellung von Wohnungen dem starken Wechsel der Arbeitskräfte begegnet werden kann. Allein in den beiden Geschäftsjahren 1952/53 und 1953/54 wurden insgesamt 1970 Wohnungen gebaut oder ihr Bau durch Werksmittel gefördert. 12,5 Millionen DM wurden im Berichtszeitraum von der Gesellschaft hierfür zur Verfügung gestellt.

Auf der *Passivseite* erscheint das *Grundkapital* mit 65 Millionen DM und die gesetzliche Rücklage mit 6,5 Millionen DM. Die *Sonder-*

abschreibungen zum Anlagevermögen gemäß Paragraph 36 Investitionshilfegesetz beliefen sich zum 30. September 1952 auf 17,3 Millionen DM, zum 30. September 1953 auf 26,2 Millionen DM und zum 30. September 1954 auf 46,5 Millionen DM. Bei den *Rückstellungen* sind insbesondere diejenigen für Ruhebezüge und für Bergschäden zu nennen, sie erreichten am

	<i>Ruhebezüge</i>	<i>Bergschäden</i>
30. September 1952	9,8 Millionen DM	16,4 Millionen DM
30. September 1953	10,5 Millionen DM	16,7 Millionen DM
30. September 1954	12,4 Millionen DM	18,0 Millionen DM

Da die großen Neubauvorhaben erhebliche Investitionsmittel beanspruchen, erhöhten sich die *lang- und mittelfristigen Kredite* von 8,3 Millionen DM am 30. September 1952 über 29,7 Millionen DM am 30. September 1953 auf 40,7 Millionen DM am 30. September 1954. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betrugen am 30. September 1952 28,4 Millionen DM, am 30. September 1953 10,5 Millionen DM und am 30. September 1954 8,9 Millionen DM.

Die Gewinn- und Verlustrechnung nennt die Aufwendungen für *Löhne und Gehälter* mit

- 37,4 Millionen DM im Rumpfgeschäftsjahr 1952,
- 54,5 Millionen DM im Geschäftsjahr 1952/53,
- 55,5 Millionen DM im Geschäftsjahr 1953/54.

Die gesetzlichen sozialen Aufwendungen des Bergbaus sind bekanntlich im Vergleich zu unseren anderen Gesellschaften verhältnismäßig hoch; sie betrugen im Rumpfgeschäftsjahr 1952 mit 9,0 Millionen DM 24,1 Prozent, im Geschäftsjahr 1952/53 mit 13,4 Millionen DM 24,6 Prozent und im Geschäftsjahr 1953/54 mit 14,5 Millionen DM 26,2 Prozent der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme. Die Zuführung zur Rückstellung für Ruhebezüge sowie die übrigen Ausgaben für soziale Aufwendungen betrugen:

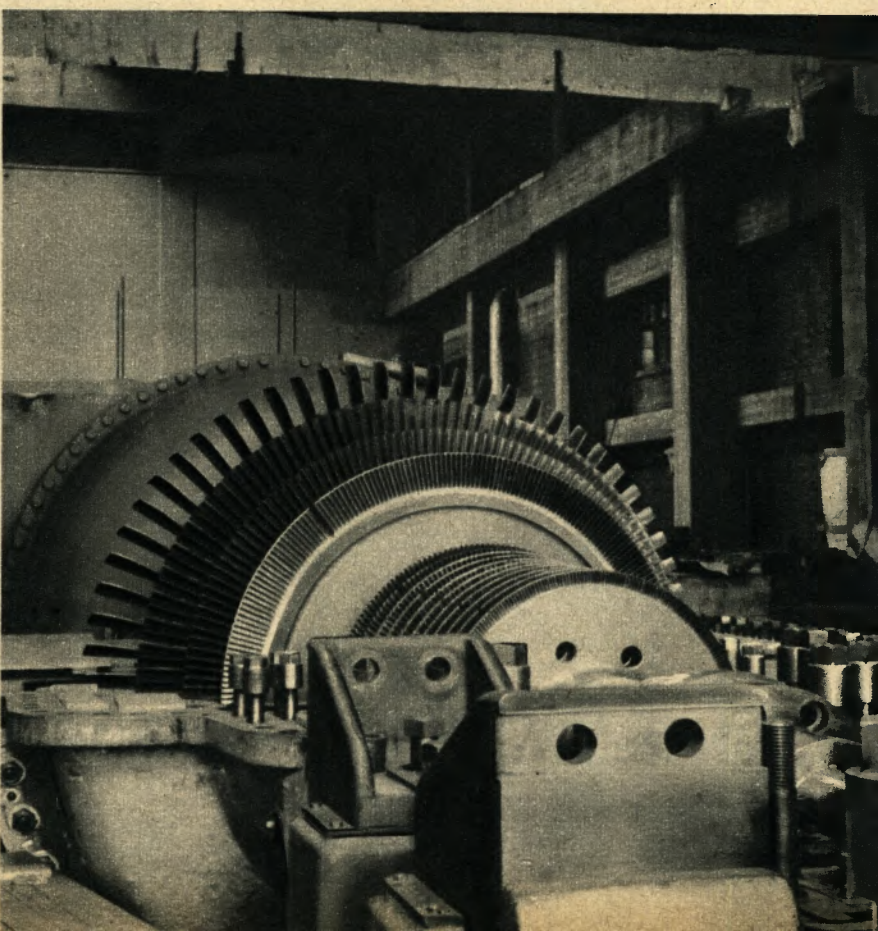
- 3,33 Millionen DM im Rumpfgeschäftsjahr 1952,
- 5,14 Millionen DM im Geschäftsjahr 1952/53,
- 7,84 Millionen DM im Geschäftsjahr 1953/54.

Der Erfolg aller Maßnahmen in diesen drei Geschäftsjahren ist unverkennbar und zeigt sich in den jetzt vorgelegten Jahresabschlüssen und in den Gewinn- und Verlustrechnungen.

Blick vom neuen Förderturm auf Kaiserstuhl auf die Kokerei und einen Teil der Westfalenhütte



Die 50 MW-Maschine des Kraftwerks auf Fürst-Leopold im Bau. Unser Bild zeigt die Montage der Turbine.





WESTFALENHÜTTE AG

Im Geschäftsjahr 1951/52 und im ersten Halbjahr 1952/53 waren *Absatz und Beschäftigung* der Westfalenhütte außerordentlich gut. Im Geschäftsjahr 1951/52 überschritt der Bruttoumsatz den des Vorjahres um nicht weniger als 52 Prozent. Seit Anfang des Jahres 1953 überstieg dann das Angebot von Eisen- und Stahlerzeugnissen die Nachfrage in zunehmendem Maße. Die Auftragsbestände gingen stark zurück, nur die Grob-, Mittel- und Feinblechstraßen blieben neben der Zement- und Phosphatfabrik voll beschäftigt. Unter den verschärften Wettbewerbsverhältnissen auf dem Inlandsmarkt gingen die Preise erheblich zurück. Erst ab März 1954 besserte sich die Absatzlage. Die Auftragseingänge nahmen mehr und mehr zu, bis sie schließlich die Liefermöglichkeiten überschritten.

Im Berichtszeitraum hat die *Erzeugung* von Roheisen und Rohstahl von Jahr zu Jahr zugenommen.

	Roheisen t/Monat	Rohstahl t/Monat	davon	
			Thomas-Stahl t/Monat	SM-Stahl t/Monat
1951/52	80 700	104 800	58 700	46 100
1952/53	82 500	105 373	58 536	46 837
1953/54	85 670	111 321	62 249	49 072

Der Umsatz der Gesellschaft betrug

1951/52 rund 486 Millionen DM,

1952/53 rund 504 Millionen DM,

1953/54 rund 506 Millionen DM.

Diese Umsatzentwicklung entspricht infolge der erwähnten Preisrückgänge nicht der mengenmäßigen Produktionssteigerung. Der Exportanteil bewegte sich in den Berichtsjahren zwischen 8 und 10 Prozent. Auch in den Monaten des Auftragsrückgangs und der gedrosselten Erzeugung konnten größere Entlassungen vermieden werden.

Die Westfalenhütte beschäftigte am 30. September 1954:

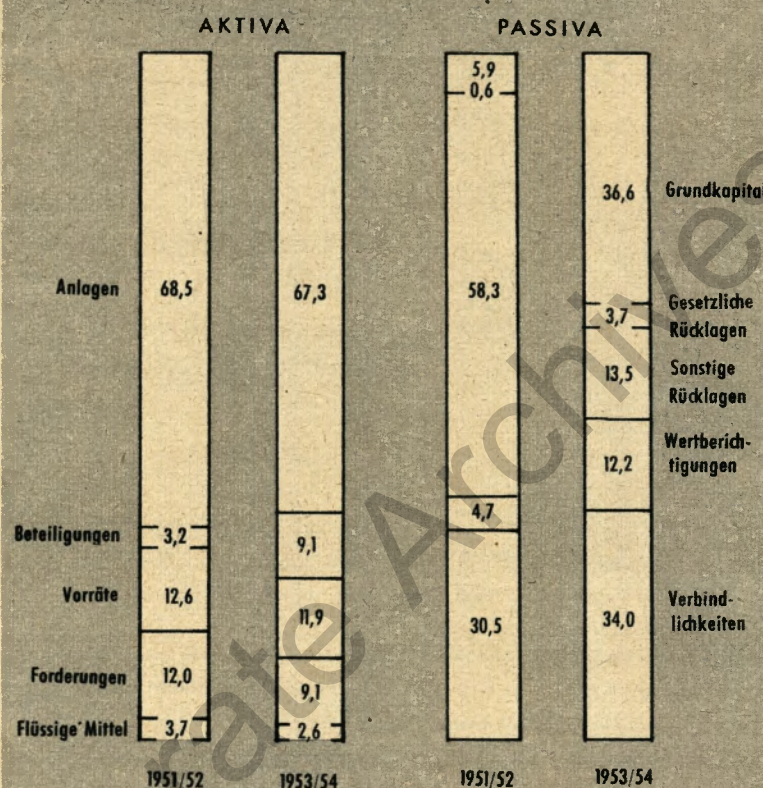
10736 Arbeiter und 1343 Angestellte

Neben der ständigen Erneuerung und Verbesserung der Werksanlagen wurden im Laufe des Berichtszeitraumes eine beachtliche Reihe größerer Investitionsvorhaben fertiggestellt oder begonnen. Das neue Kaltwalzwerk, das im Geschäftsjahr 1952/53 in Betrieb genommen wurde, erhielt 1953/54 eine elektrolytische Bandreinigungsanlage und eine neue Verzinnungsanlage. Im Hochofenwerk kam der Ofen III nach beendeter Neuzustellung im Mai 1952 in Betrieb, ferner wurde eine neue elektrische Gasreinigung fertiggestellt. In den Walzwerken und im Hammerwerk wurden die Anlagen durch neue Maschinen und Einrichtungen verbessert. In der Zementfabrik wurde eine neue Rohmehlmahlanlage in Betrieb genommen. Der Hochofen VI wurde nach einjähriger Bauzeit Anfang 1954 fertiggestellt, und am 2. März 1954 konnte in dem neuen Thomas-Konverter IV die erste Charge erblasen werden. Im Martinwerk II war die vorgesehene Erneuerung der Öfen mit dem Neubau des Ofens I im August 1953 abgeschlossen.

Zur Versorgung der Ofenanlage des Warmbandwalzwerkes mit Gichtgas wurde das Gasversorgungsnetz um eine Gichtgasleitung von 2,5 Meter Durchmesser erweitert. Das Warmbreitbandwalzwerk wurde erneuert und weiter ausgebaut, unter anderem wurde eine

WESTFALENHÜTTE AG

Bilanzen für die Geschäftsjahre 1951/52 und 1953/54
(Bilanzsumme = 100%)



Bandbesäuml- und Zerteilanlage aufgestellt. Der Wiederaufbau der Drahtverfeinerung wurde fortgesetzt. Die Erzbunker- und -verladeeinrichtungen wurden wiederhergestellt, der Fremdstromanschluß errichtet. Nach nur einjähriger Bauzeit konnte dann am 31. März 1955 die kontinuierliche Halbzeugstraße in Betrieb genommen werden.

Am 30. September 1954 betrugen die *Aktiven* und *Passiven* je 614 Millionen DM und waren gegenüber dem Stand vom 30. September 1952 um rund 162,9 Millionen DM gestiegen. Von diesem Betrag entfällt wiederum der weitaus größte Teil auf das *Anlagevermögen*, das in den drei Berichtsjahren um rund 144,6 Millionen DM zugenommen hat. Diesen Zugängen stehen Abgänge in Höhe von rund 4,5 Millionen DM und Abschreibungen mit 94,1 Millionen DM gegenüber. Entsprechend den umfangreichen Neubauplanungen und im Bau befindlichen Anlagen haben sich in der Bilanz zum 30. September 1954 auch die *Vorauszahlungen auf Neuanlagen* erhöht, und zwar auf rund 34,4 Millionen DM gegenüber 26,9 Millionen DM am 30. September 1952; außerdem ist eine neue Position „bereitgestellte Baugelder“ mit rund 27,7 Millionen DM hinzugekommen. Im Geschäftsjahr 1952/53 haben sich die *Beteiligungen* von rund 14,5 Millionen DM auf rund 55,6 Millionen DM erhöht. Dieser Zugang erklärt sich aus der endgültigen Kapitalfestsetzung im Zuge der Neuordnung für die Tochtergesellschaften der Westfalenhütte, nämlich die Hohenlimburger Walzwerke AG, die Dörken AG und die Dortmunder Drahtseilwerke GmbH.

Auch das Umlaufvermögen zeigt Veränderungen. So haben sich insbesondere die Vorräte von rund 57 Millionen DM auf 72,9 Millionen DM, also fast um 16 Millionen DM, erhöht. In der Bilanz zum 30. September 1953 zeigt auf der *Passivseite* das Grundkapital eine Erhöhung um 198 Millionen DM auf 225 Millionen DM und die gesetzliche Rücklage eine entsprechende Zunahme um 19,8 Millionen DM auf 22,5 Millionen DM. Diese Änderung des Grundkapitals erklärt sich aus der endgültigen Kapitalfestsetzung im Rahmen der Neuordnung.



Die neue Halbzeugstraße der Westfalenhütte, die am 31. März 1955 in Betrieb genommen wurde

Ein sehr bemerkenswerter Posten auf der Passivseite sind die *Wertberichtigungen*, die in der Bilanz zum 30. September 1954 mit insgesamt rund 75,5 Millionen DM ausgewiesen werden. Davon entfallen allein 66,7 Millionen DM auf Wertberichtigungen nach Paragraph 36 IHG und weitere 6,6 Millionen DM nach Paragraph 7c Einkommensteuergesetz, die dem Wohnungsbau zugute gekommen sind.

Bemerkenswert sind schließlich noch die *langfristigen Rückstellungen* mit insgesamt rund 77 Millionen DM, von denen allein rund 73 Millionen DM für Ruhebezüge gebildet worden sind. Die Rückstellung für Ruhebezüge hat sich gegenüber dem Stand vom 30. September 1952 um rund 16 Millionen DM erhöht.

Für die Neubauten mußten zu einem Teil *Fremdmittel* in Anspruch genommen werden. So haben die langfristigen Verbindlichkeiten, in der Bilanz zum 30. September 1954 gegenüber der zum 30. September 1952 um rund 50 Millionen DM zugenommen.

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung betrugen die Ausgaben für Löhne und Gehälter und soziale Aufwendungen:

	Löhne und Gehälter Millionen DM	Freiw. soziale Aufwendungen und Zuführungen zu den Rückstellungen für Ruhebezüge Millionen DM
1951/52	62,61	9,26
1952/53	68,65	15,23
1953/54	70,08	16,32

Im Berichtszeitraum wurden für die Belegschaft 948 werkseigene und werksgeförderte Wohnungen bereitgestellt. An Mitteln hierfür wurden 8,73 Millionen DM verausgabt.

Im laufenden Geschäftsjahr werden zwei neue große Projekte in Angriff genommen: der Bau eines neuen Siemens-Martin-Werks in der Stockheide und der Bau eines Breitbandwalzwerks unter Heranziehung der Anlagen des Steckelwalzwerks.

Die Bilanzen der Weiterverarbeitung

Die Schaubilder, die die Bilanz der Hoesch Werke AG wie auch die des Bergbaues und der Westfalenhütte darstellen, machen die bemerkenswerten Veränderungen beim Anlagevermögen besonders deutlich. Für die weiterverarbeitenden Gesellschaften sagt eine solche Darstellung weniger aus, weil sich bei ihnen die Investitionen im Rahmen der Abschreibungen gehalten haben.

Um jedem Belegschaftsmitglied eine Vorstellung von dem Kapital zu geben, das in seinem Werk arbeitet, zeigen wir in vereinfachter Form und Zusammenfassung ein Bilanzbild, das nach Anlage- und Umlaufvermögen, nach Eigenkapital und Fremdkapital gegliedert ist. Diese Zahlen sollen zeigen, welcher Kapitaleinsatz notwendig ist, um allen im Betrieb Beschäftigten ihren Arbeitsplatz zu geben. Ebenso soll die Darstellung über die Neubauten und Zugänge an Maschinen und Anlagen deutlich machen, welcher Kapitalaufwand erforderlich ist, um jedes einzelne Werk auf seine jetzige Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu bringen.

Die Umsätze der weiterverarbeitenden Gesellschaften und des Handels insgesamt betrugen:

		davon Handelsgesellschaften
Geschäftsjahr 1951/52	376832 Millionen DM	57686 Millionen DM
Geschäftsjahr 1952/53	564511 Millionen DM	225529 Millionen DM
Geschäftsjahr 1953/54	570508 Millionen DM	233229 Millionen DM

Es waren in der Weiterverarbeitung und im Handel beschäftigt am:

	Arbeiter	Angestellte
30. September 1952	6474	1250
30. September 1953	6192	1357
30. September 1954	6584	1439







HOHENLIMBURGER WALZWERKE AG

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

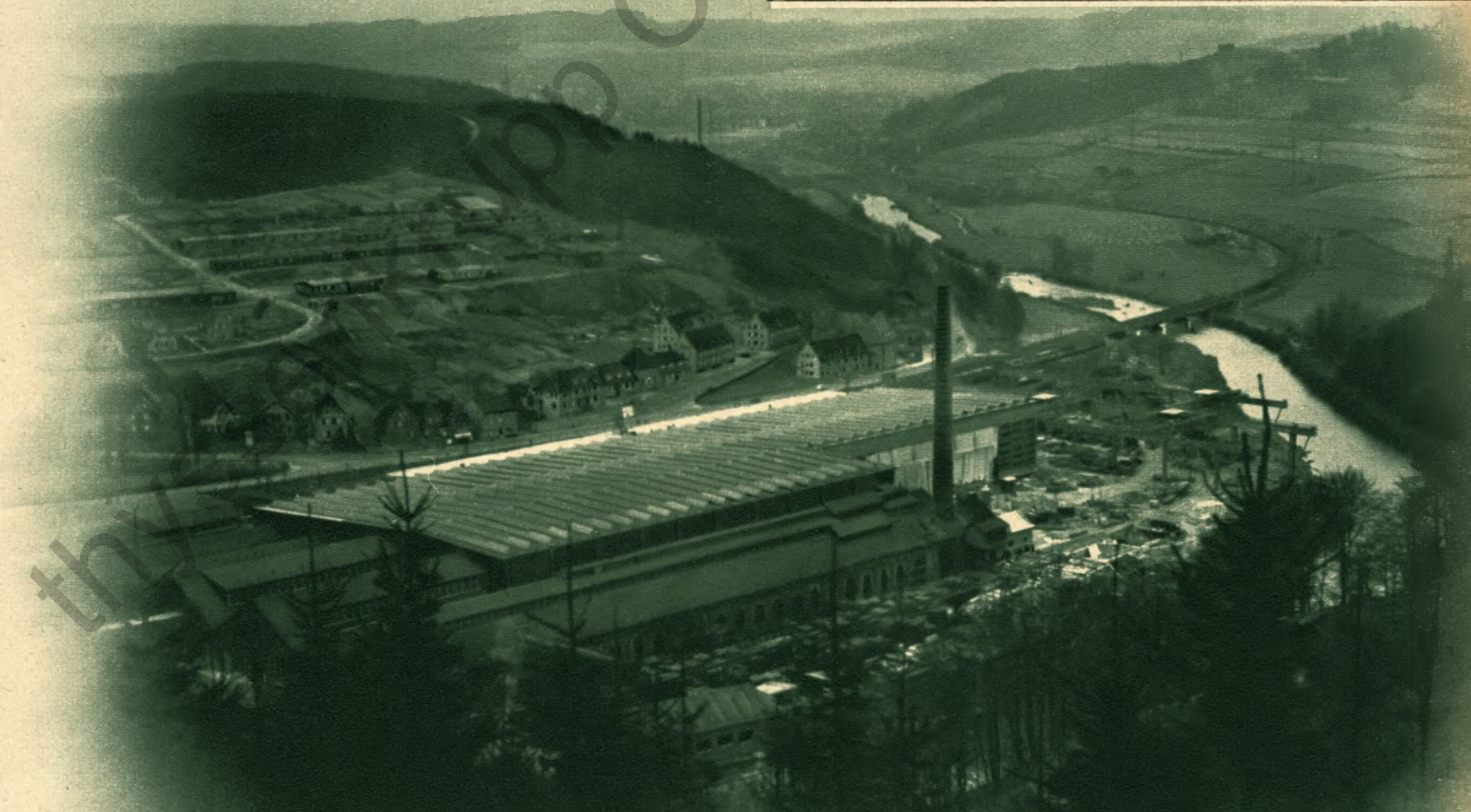
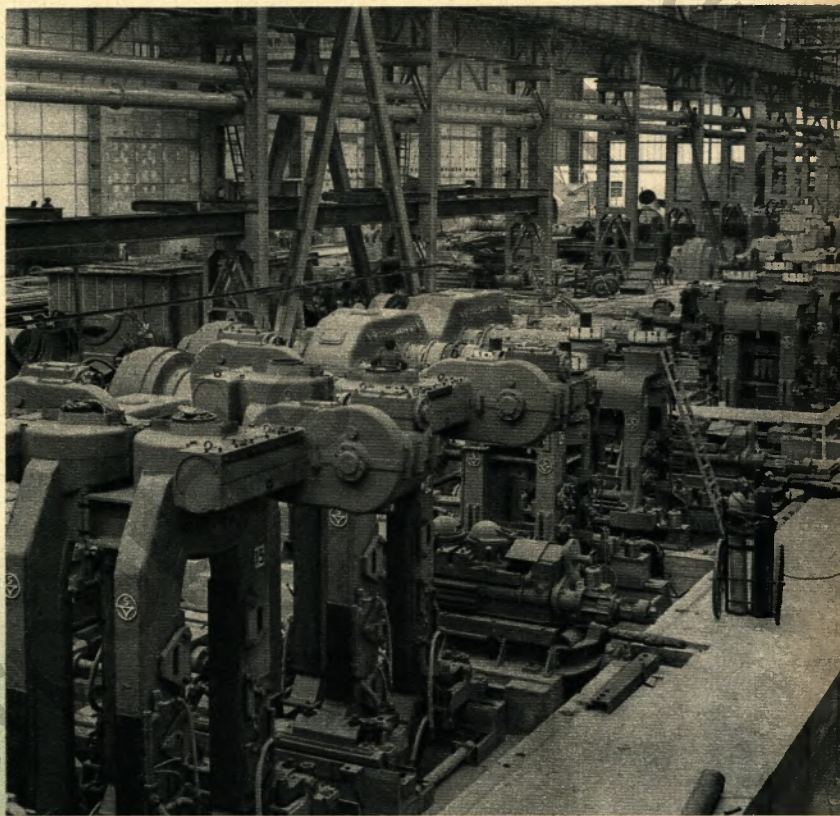
	DM
Anlagevermögen . . .	76 666 638,-
Umlaufvermögen . . .	48 760 691,-
	125 427 329,-

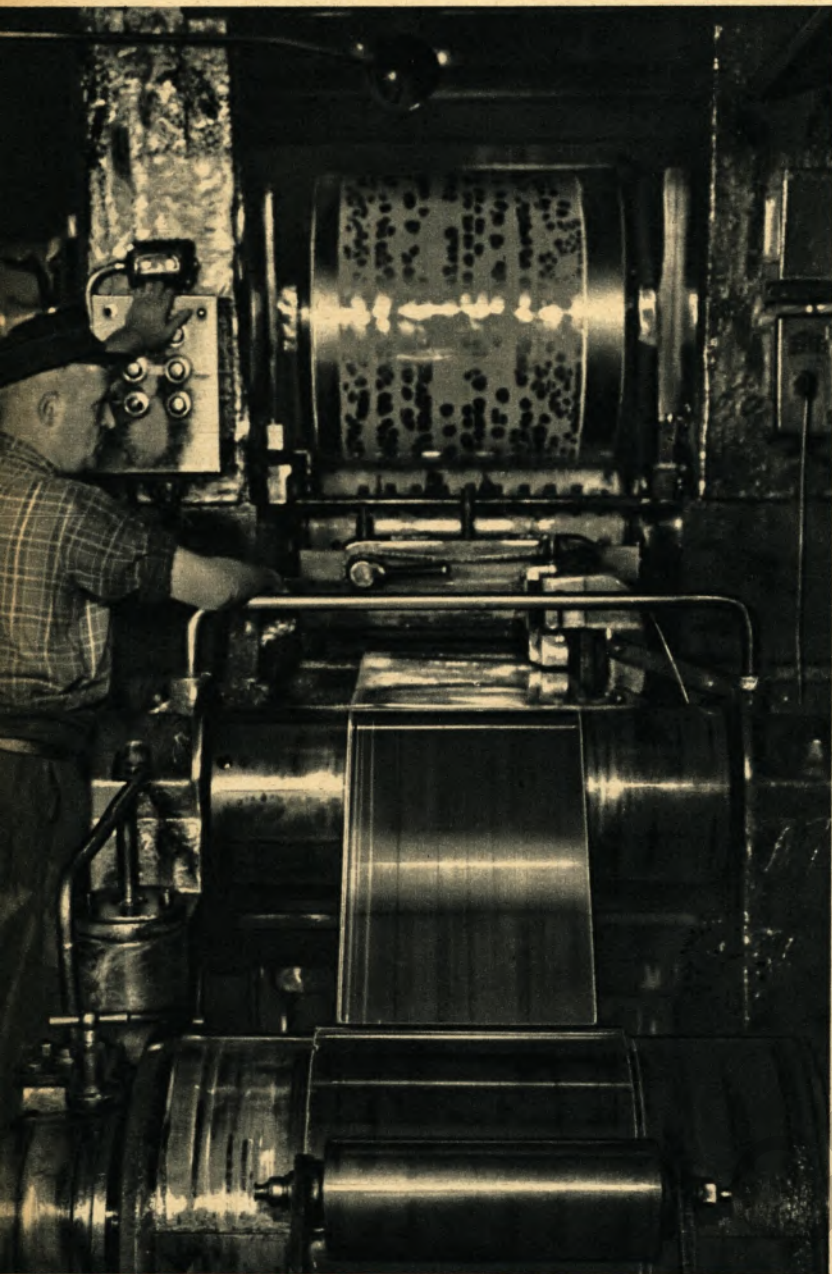
	DM
Kapital u. Rücklagen	55 458 323,-
Wertberichtigungen	17 103 820,-
Fremdkapital	52 865 186,-
	125 427 329,-

Die starken Schwankungen der Marktlage werden von den Zahlen der Jahresabschlüsse nur sehr ungenügend wiedergegeben, weil die Absatzflaute überschneidend zwei Geschäftsjahre berührt. Die Mengenumsätze, die alle Erzeugnisse Hohenlimburgs enthalten, sanken von 315 000 Tonnen im Geschäftsjahr 1951/52 auf 310 000 Tonnen im Geschäftsjahr 1952/53 und stiegen 1953/54 auf 349 000 Tonnen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine Leistung, die in ihrem vollen Umfange nur richtig zu werten ist, wenn man die ungünstige Geschäftslage im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 1953/54 in Betracht zieht. Die Warmbänderzeugung in Hohenlimburg litt in Zeiten starker Nachfrage unter einem empfindlichen Halbzeugmangel.

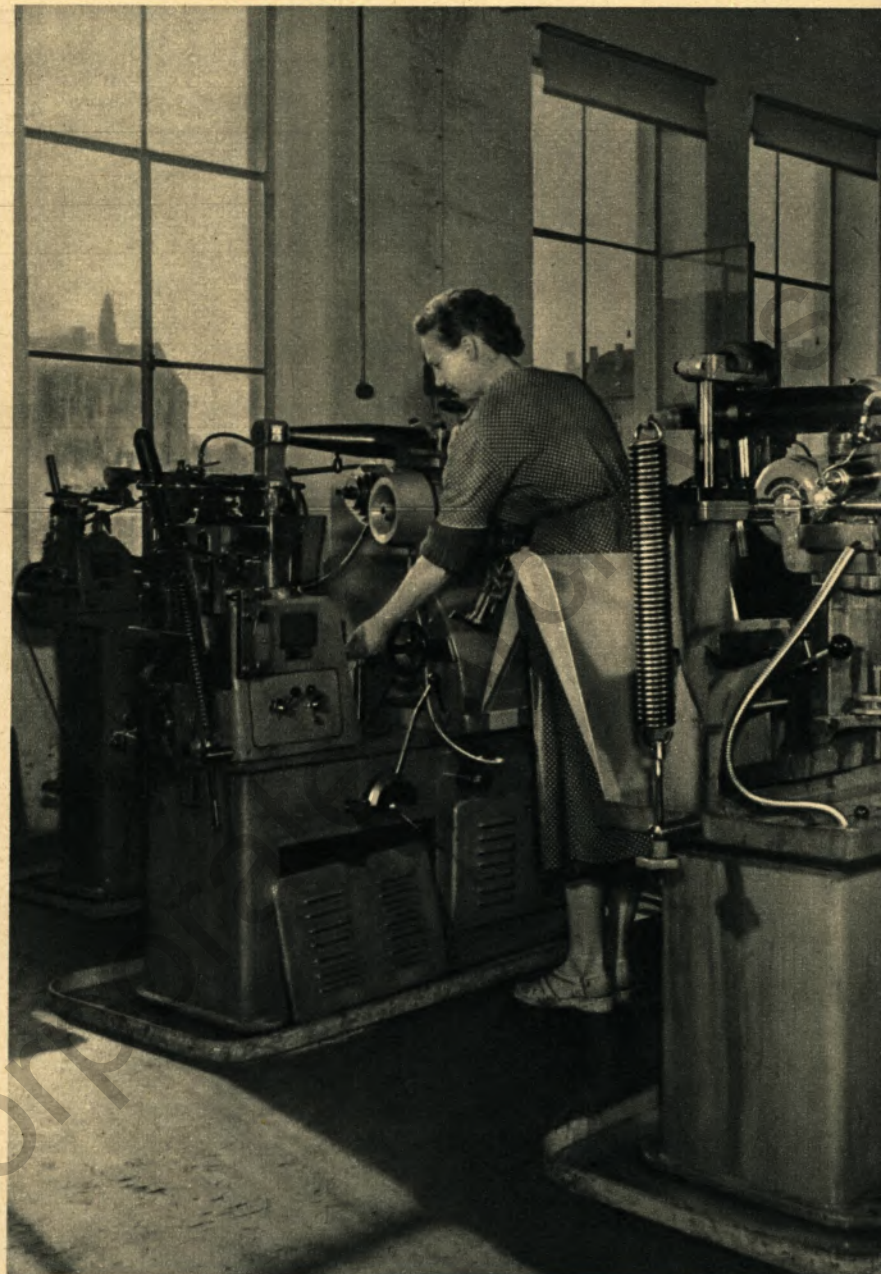
Das Anlagevermögen – unfertige Neubauten und Vorauszahlungen auf Neuanlagen eingerechnet – ist in der Bilanz mit rund 76,6 Millionen DM ausgewiesen. Es liegt damit um rund 21 Millionen DM höher als am 30. September 1952. Zu bedenken ist, daß im gleichen

Mitte dieses Jahres wird bei der Hohenlimburger Walzwerk AG die neue kontinuierliche Mittelbandstraße in Betrieb gesetzt. Unser Bild (rechts) zeigt die neue Anlage in der Montage; unten sehen wir die neue Halle, die sich an die bisherigen Werksanlagen des Neu-Oeger Werks anschließt.





Walter Hesse bedient ein modernes Kaltwalzgerüst der Hohenlimburger Walzwerke AG.



Berta Herbst an einem Automaten zur Herstellung von Fräsern bei Federstahl in Kassel

Zeitraum Abschreibungen in Höhe von 19,29 Millionen DM erfolgten, so daß die tatsächlichen Zugänge beim Anlagevermögen um 19,29 Millionen DM höher liegen. Mit diesen Mitteln wurden die Energieerzeugungs- und -verteilungsanlagen verbessert und erweitert. Im Federnwerk wurde eine neue Fertigungsstraße zur Herstellung von Schraubenfedern eingerichtet, deren maschinelle Einrichtungen zum Teil aus Amerika stammen. Im letzten Geschäftsjahr sind außerdem größere Hallenneubauten, insbesondere für die kontinuierliche Mittelbandstraße, erstellt worden. Darüber hinaus ist in diesen Beträgen auch der Zugang an Werksohnhäusern enthalten.

Die Veränderungen beim *Umlaufvermögen* entsprechen dem gestiegenen Geschäftsumfang. Insbesondere hat sich die Position „Warenforderungen“ um rund 7 Millionen DM erhöht.

Wenden wir uns der *Passivseite* der Bilanz zu. Das Grundkapital ist nach Abschluß der Neuordnung am 21. September 1953 auf 40 Millionen DM erhöht worden. Die gesetzliche Rücklage beträgt entsprechend 4 Millionen DM. Die sonstige Rücklage belief sich am 30. September 1954 auf 11,5 Millionen DM. Die *Sonderabschreibungen* nach Paragraph 36 IHG, die als Wertberichtigungen zum Anlagevermögen ausgewiesen werden, stiegen von 0,6 Millionen DM am 30. September 1952 auf 2,8 Millionen DM am 30. September 1953 und erreichten am 30. September 1954 15,2 Millionen DM.

Der Betrag an 7 c-Geldern für den Wohnungsbau stieg von 199 000 DM am 30. September 1952 auf fast 1 Million DM am 30. September 1954. Die langfristigen *Rückstellungen* für Ruhebezüge, aus denen später die Renten für Belegschaftsmitglieder gezahlt werden, betrugen am 30. September 1952 11,1 Millionen DM, am 30. September 1953 13,3 Millionen DM und am 30. September 1954 14,7 Millionen DM.

Die Darlehenschulden betrugen am 30. September 1954 10 Millionen DM. Die langfristigen Kredite stiegen von 0,5 Millionen DM am 30. September 1953 auf 10,4 Millionen DM.

Die Bilanzsummen veränderten sich vom 30. September 1953 nur geringfügig, zeigten aber im Zusammenhang mit den laufenden und abgeschlossenen Investitionen zum 30. September 1954 eine ungewöhnlich starke Zunahme.

In der Gewinn- und Verlustrechnung erreichten auf der Seite der Aufwendungen die Ausgaben für Löhne und Gehälter die höchsten Beträge. Sie nahmen wie folgt zu:

1951/52	13,5 Millionen DM,
1952/53	15,0 Millionen DM,
1953/54	16,6 Millionen DM.

Die zusätzlichen sozialen Aufwendungen einschließlich der Zuführungen zu den Rückstellungen für Ruhebezüge stiegen von 2,30 Millionen DM 1951/52 auf 2,83 Millionen DM im Geschäftsjahr 1953/54.



DÖRKEN AG

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM		DM
Anlagevermögen	3 677 576,-	Kapital u. Rücklagen	4 360 732,-
Umlaufvermögen	2 735 969,-	Wertberichtigungen .	58 955,-
		Fremdkapital	1 993 959,-
	6 413 545,-		6 413 545,-

Jedem Belegschaftsmitglied ist die Abhängigkeit der Lage der Gesellschaft von den Bundesbahnaufträgen in den drei Berichtsjahren bewußt geworden.

Die *Beschäftigung* war 1951/52 und im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 1952/53 sehr befriedigend. Im 2. und 3. Vierteljahr des Geschäftsjahres 1952/53 mußte dann die Erzeugung stark gedrosselt werden, weil die Bundesbahn aus Mangel an Eigenmitteln und Krediten neue Aufträge nur zurückhaltend erteilte. Bei dieser Lage waren Kurzarbeit und Entlassungen leider nicht ganz zu vermeiden. Gegen Ende des Geschäftsjahres 1953/54 hat sich die Beschäftigungslage der Gesellschaft wieder wesentlich gebessert.

Die *Bilanzsumme*, aber auch das *Anlage-* und *Umlaufvermögen* zeigen in den drei Geschäftsjahren nur geringe Veränderungen. Die Investitionen haben sich im Rahmen der Abschreibungen gehalten. Gleichwohl ist der Zugang an Gegenständen des Anlagevermögens bei der Gesellschaft mit insgesamt 1,33 Millionen DM im Berichtszeitraum recht beachtlich. Aus diesen Mitteln wurde die neue Werkshalle erbaut, in der Rippenplatten gefertigt werden. Ferner wurde eine neue Sägehalle errichtet und zahlreiche neue Maschinen, wie Vierfachbohrwerke, Fräsmaschinen und andere angeschafft.

Das *Grundkapital* der Gesellschaft stand am 30. September 1952 noch

mit 700 000,- DM in der Bilanz. Mit der Neubewertung im Rahmen der Neuordnung wurde es auf 3 Millionen DM erhöht. In der Bilanz zum 30. September 1954 wird dann unter Einrechnung der gesetzlichen und der sonstigen Rücklage ein *Eigenkapital* von 4 360 732,- DM ausgewiesen. Das in der Gesellschaft arbeitende *Fremdkapital* hat in seiner Gesamthöhe keine bemerkenswerte Veränderung erfahren, wohl aber in seiner Zusammensetzung. So haben sich insbesondere die Rückstellungen für Ruhebezüge von rund 816 000,- DM auf rund 1,058 Millionen DM, also um rund 242 000,- DM erhöht.

Die Löhne und Gehälter betrugen im Geschäftsjahr

1951/52	755 000,- DM,
1952/53	1 009 000,- DM,
1953/54	820 000,- DM.

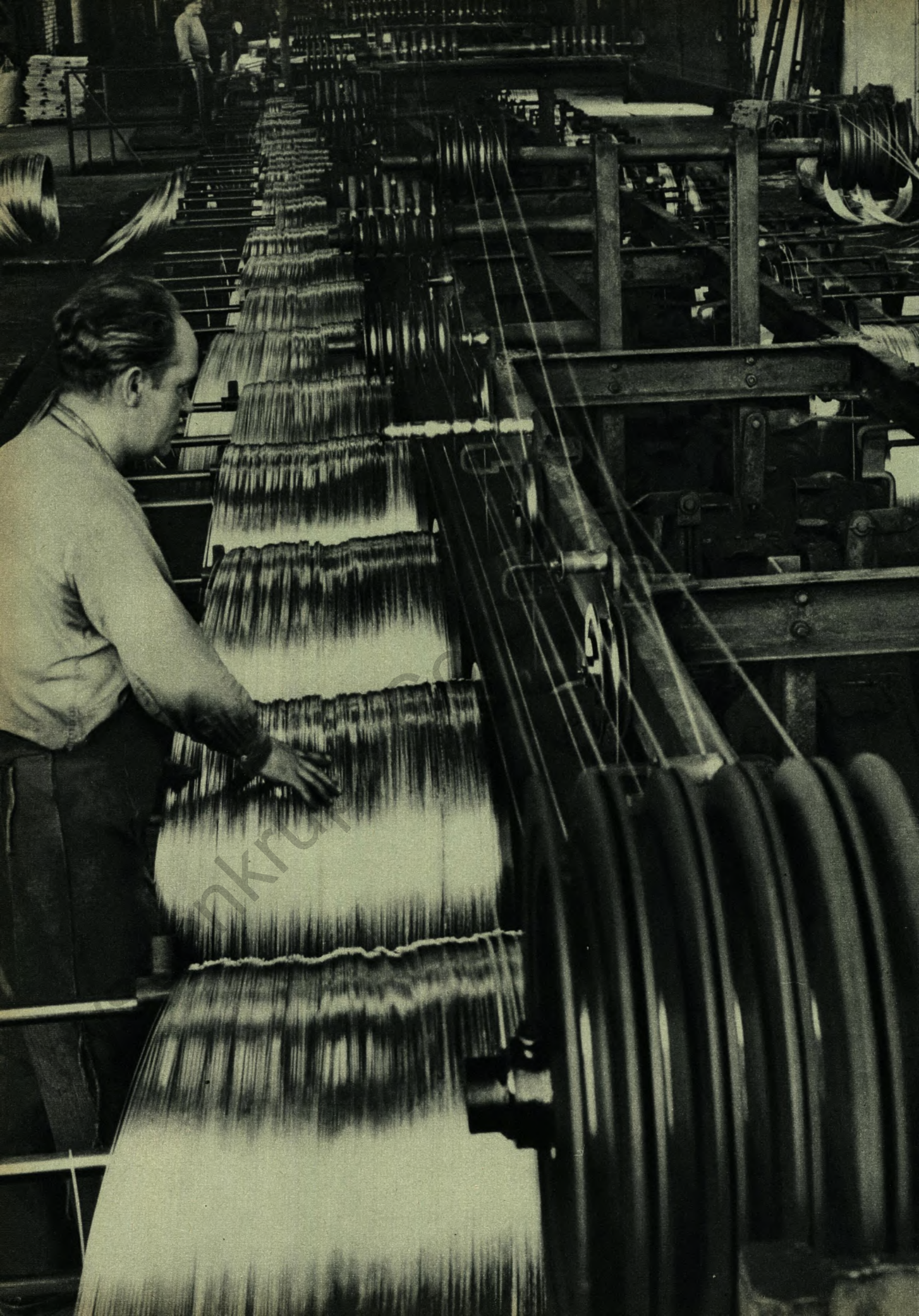
Die Aufwendungen für gesetzliche soziale Abgaben machen etwa 10 Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssumme aus.

Die freiwilligen sozialen Aufwendungen und die Zuführungen zu den Rückstellungen für Ruhebezüge belaufen sich auf:

im Geschäftsjahr 1951/52	191 000,- DM,
im Geschäftsjahr 1952/53	257 000,- DM,
im Geschäftsjahr 1953/54	140 000,- DM.

Moderner Fräsaufbau für die Bearbeitung von Rippenplatten, die zur Befestigung des Oberbaumaterials der Eisenbahn dienen und eines der Hauptzeugnisse der Dörken AG sind.







DORTMUNDER DRAHTSEILWERKE GMBH

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM		DM
Anlagevermögen	1 598 813,-	Kapital u. Rücklagen	2 020 652,-
Umlaufvermögen	1 611 484,-	Wertberichtigungen	44 248,-
		Fremdkapital	1 145 397,-
	3 210 297,-		3 210 297,-

Wie bei allen anderen Gesellschaften war auch die Geschäftslage in den drei Berichtsjahren bei den Dortmunder Drahtseilwerken unterschiedlich. Jeder Arbeiter und Angestellter hat es am Umfang der Überstunden gespürt, die bei starker Nachfrage nötig waren, um Aufträge unter allen Umständen fristgemäß auszuliefern, oder aber an den Überholungs- und Reparaturarbeiten, die Zeiten ruhiger Geschäftslage überbrücken halfen. In den Geschäftsjahren 1951/52 und 1952/53 war der Absatz befriedigend. Im letzten Geschäftsjahr verschlechterte sich die Absatzlage zeitweise erheblich. Erst gegen Ende des Geschäftsjahres trat eine Besserung ein. Der Rückgang der Nachfrage verschärfte die Konkurrenz und führte zu einem Rückgang der Preise in solchem Maße, daß man, besonders soweit es das Seilgeschäft für die Schifffahrt und die Fischerei angeht, nahezu von einem Preisverfall sprechen konnte. Auch jetzt haben sich die Preise bei besserer Geschäftslage noch keineswegs wieder im notwendigen Maße erholt.

Anlage- und Umlaufvermögen zeigen in ihrer Höhe keine wesentlichen Veränderungen. Den Abschreibungen in den drei Geschäftsjahren mit rund 670 000,- DM stehen Anlagezugänge in Höhe von 553 000,- DM gegenüber. Im Geschäftsjahr 1951/52 waren es vor allem Seilereimaschinen und Geräte aus der Drahtverfeinerung der Hütte, die übernommen worden sind. Im Jahre 1952/53 wurde die neue Halle mit der Reparaturwerkstatt, der Hanfseilerei, der Imprägnierungsanlage, mit den Belegschaftsräumen und Betriebsbüros teils fertiggestellt, teils in Angriff genommen. Im Jahre 1953/54 wurde auch ein beachtlicher Betrag für die Instandsetzung der Werkswohnungen aufgewendet.

Das *Stammkapital* der Gesellschaft wurde nach Abschluß der Neuordnung auf 1,4 Millionen DM festgesetzt und entsprechend eine Sonderrücklage in Höhe von 140 000,- DM gebildet. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind von rund 1,49 Millionen DM auf 1,14 Millionen DM zurückgegangen. Der wesentlichste Anteil hiervon entfällt auf einen Rückgang der Konzernschulden. Demgegenüber haben sich die Rückstellungen für Ruhebezüge von rund 605 000,- DM am 30. September 1952 auf rund 736 000,- DM am 30. September 1954 erhöht.

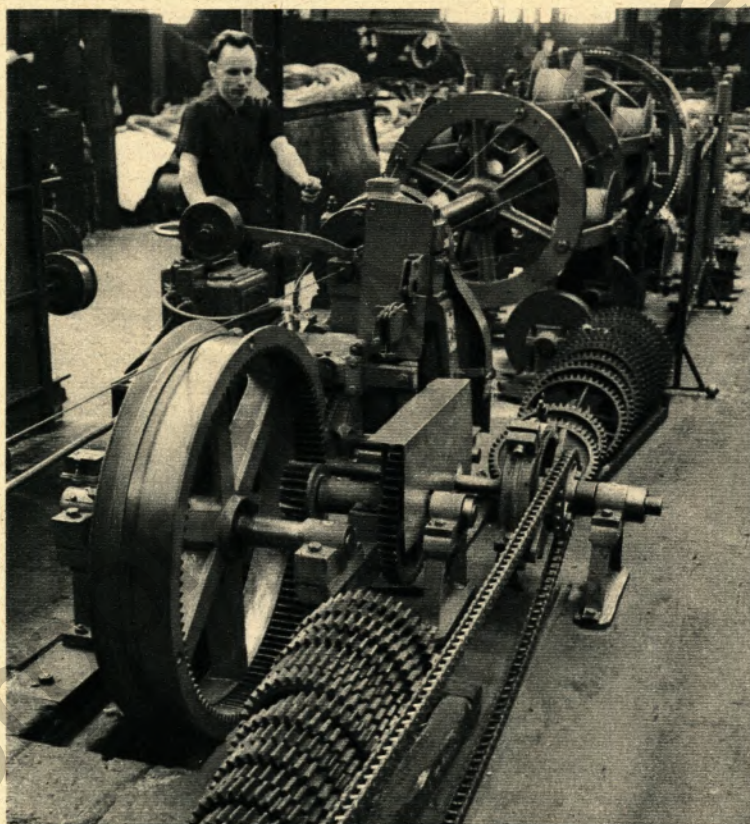
An *Löhnen und Gehältern* waren aufzuwenden:

1951/52	563 000,- DM,
1952/53	608 000,- DM,
1953/54	649 000,- DM.

Die gesetzlichen sozialen Abgaben liegen bei 10 Prozent der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme.

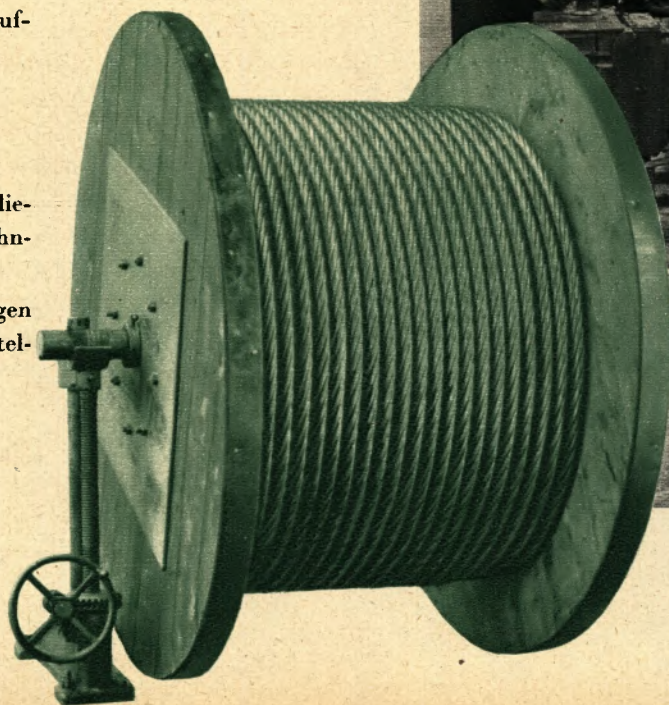
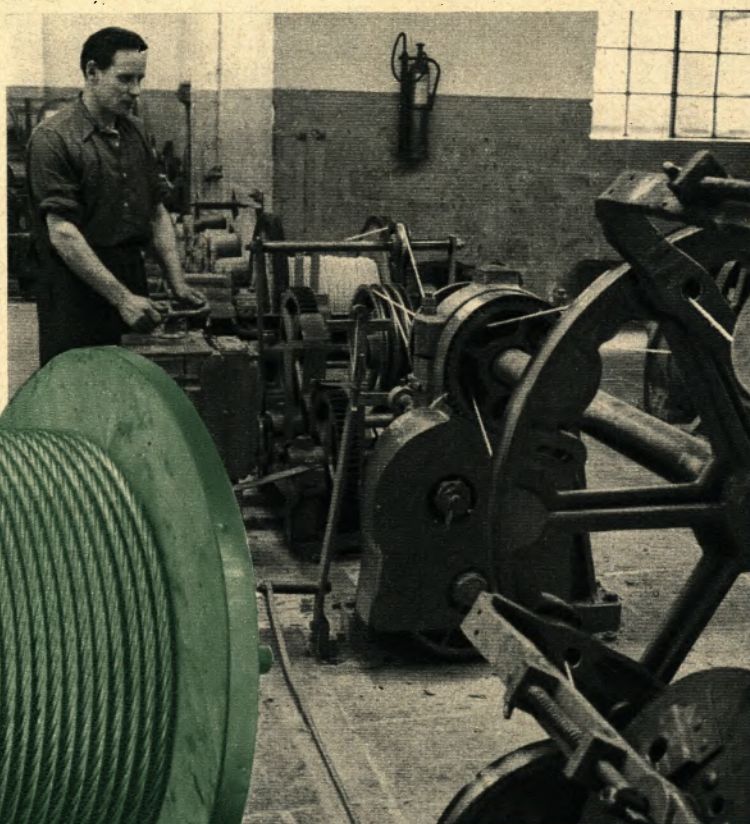
Die freiwilligen sozialen Leistungen und Zuführungen zu den Rückstellungen für Ruhebezüge betrugen

1951/52	205 000,- DM,
1952/53	152 000,- DM,
1953/54	151 000,- DM.



Bei der Herstellung eines Drahtseiles: Drahtseiler Einzel schlägt ein Drahtseil zu.

Hanfseiler Oetken beim Zuschlagen einer Seilseele aus Manilagrarn.





SCHMIEDAG AG

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM		DM
Anlagevermögen ...	24 130 099,-	Kapital u. Rücklagen	30 973 165,-
Umlaufvermögen ...	19 700 911,-	Wertberichtigungen	1 164 805,-
		Fremdkapital	11 693 040,-
	43 831 010,-		43 831 010,-



Fritz Blome schmiedet auf einem modernen Hammer bei der Schmiedag AG Fahrzeugachsen.



Fritz Rutenkolk bei der Endkontrolle von fertigbearbeiteten Einzelteilen.

Der Geschäftsverlauf und die Beschäftigungslage der Gesellschaft war in den drei Berichtsjahren sowohl bei der Schmiedag selbst wie beim Werk Ruegenberg in Olpe unterschiedlich. Bei an sich guten Absatzmöglichkeiten im Geschäftsjahr 1951/52 war der Umsatz begrenzt und beschränkt durch die bestehende Materialknappheit. Als im folgenden Geschäftsjahr die Materialversorgung ausreichend und flüssig war, änderten sich sowohl für die Automobilzubehörteile wie für den Grubenausbau die Absatzverhältnisse. Die Beschäftigung der Betriebe konnte zwar im wesentlichen gehalten werden, ausreichende Aufträge waren jedoch nur bei erheblichen Preiszugeständnissen zu erhalten. Erst in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1953/54 trat sowohl für Automobilzubehör wie für die Erzeugnisse des Grubenausbaus eine sehr lebhaft Nachfrage ein, die eine bemerkenswerte Steigerung der Umsätze zur Folge hatte.

Die Bilanzsumme ist von rund 45,4 Millionen DM am 30. September 1952 auf rund 43,8 Millionen DM am 30. September 1954 zurückgegangen, weil die Abschreibungen, die in den drei Berichtsjahren insgesamt rund 7 756 000,- DM betragen, nicht in voller Höhe für Neubauten und Neuanschaffungen in Anspruch genommen wurden. Die Anlagezugänge betragen in den drei Berichtsjahren insgesamt 4 071 000,- DM. Sie wurden hauptsächlich dazu verwandt, den Maschinenpark und die Betriebs- und Geschäftsausstattung zu erneuern sowie noch vorhandene Kriegsschäden zu beseitigen. Ein Betrag von 300 000,- DM wurde u. a. für die Instandsetzung der Schmiedehalle und für die Werkstatt in Lüttringhausen verwandt. Auch der Wohnungsbau ist in diesen drei Jahren sowohl für die Belegschaft der Schmiedag selbst wie für die Beschäftigten des Werkes Ruegenberg in Olpe nicht vergessen worden.

Das am 30. September 1954 mit insgesamt 19,7 Millionen DM ausgewiesene Umlaufvermögen weist über die drei Jahre hinweg unerhebliche Verschiebungen in den einzelnen Positionen aus.

Nach Abschluß der Neuordnung wurde das Grundkapital endgültig mit 20 Millionen DM angesetzt und die gesetzliche Rücklage entsprechend mit 2 Millionen DM ausgestattet. Zusammen mit den sonstigen Rücklagen beträgt nach dem Stand vom 30. September 1954 das Eigenkapital rund 30,9 Millionen DM.

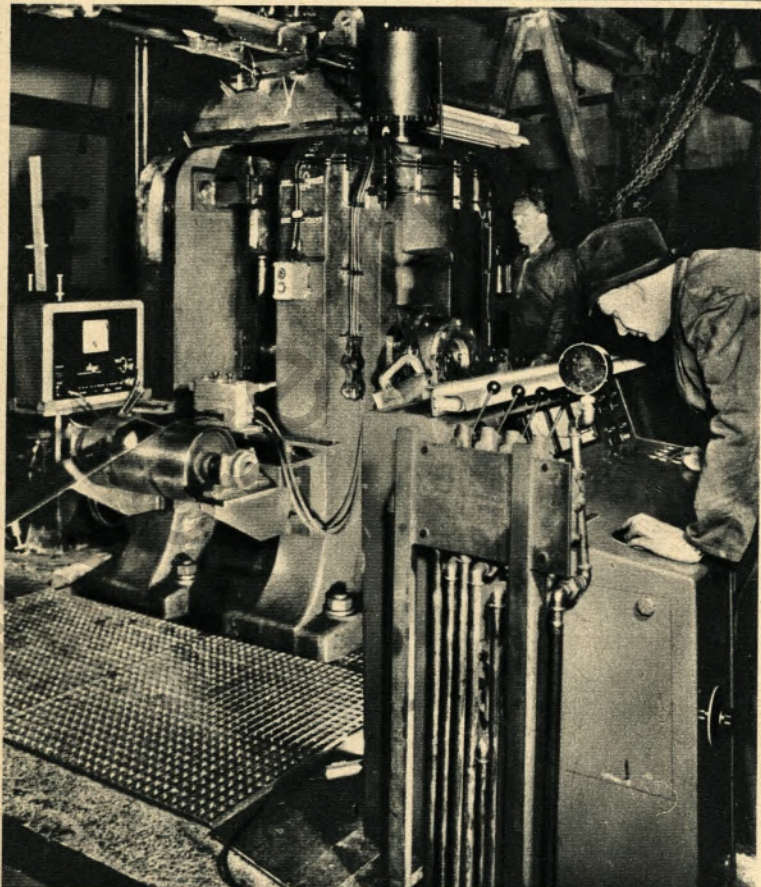
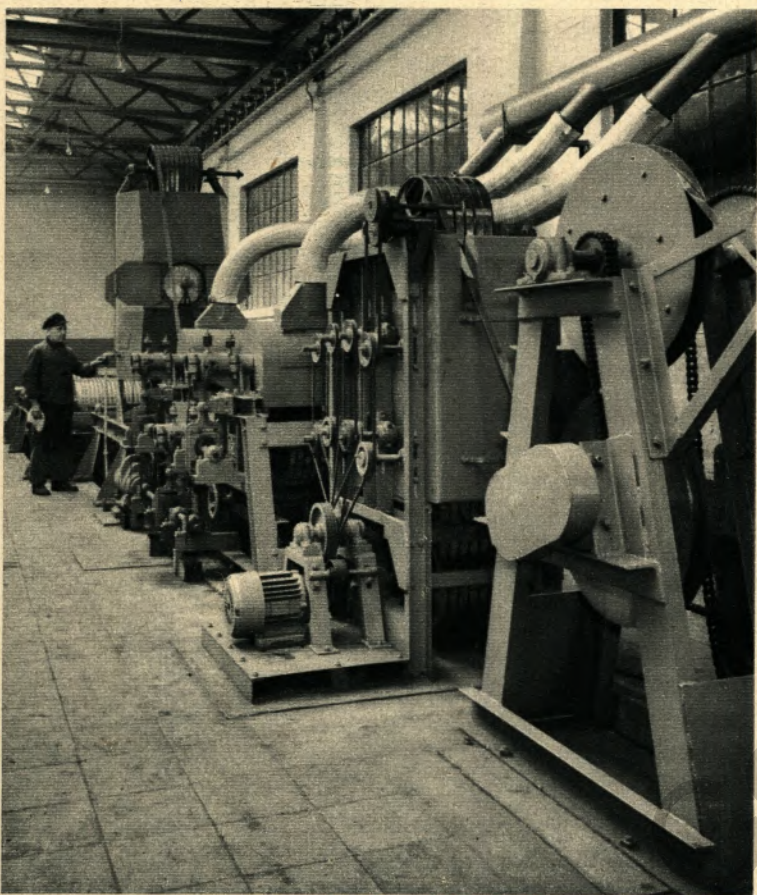
Unter den Wertberichtigungsposten in Höhe von 1,16 Millionen DM steht ein Betrag in Höhe von rund 947 000,- DM an Wertberichtigungen nach § 7c Einkommensteuergesetz, die also dem Wohnungsbau zugute gekommen sind. In dem Fremdkapital sind neben den Verbindlichkeiten als größter Posten die Rückstellungen für Ruhebezüge mit rund 7,7 Millionen DM enthalten.

In der Gewinn- und Verlustrechnung zum 30. September 1954 werden die Gehälter mit rund 8,6 Millionen DM ausgewiesen. Wenn sie sich trotz zwischenzeitlich eingetretener Tarifierhöhungen gegenüber dem Jahr 1951/52 mit rund 8,36 Millionen DM und für 1952/53 mit rund 8,5 Millionen DM nicht wesentlich geändert haben, dann deshalb, weil bei dem hohen Ausstoß und den dadurch bedingten zahlreichen Überstunden im Jahre 1951/52 die Lohnsumme besonders hoch war. Die Zuführungen zur Rückstellung für Ruhebezüge und der sonstige Aufwand für Sozialmaßnahmen betrugen im Geschäftsjahr 1953/54 1,49 Millionen DM.





TRIERER WALZWERK AG



Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM		DM
Anlagevermögen	6 446 601,-	Kapital u. Rücklagen	6 772 415,-
Umlaufvermögen	6 728 060,-	Wertberichtigungen .	502 132,-
		Fremdkapital	5 900 114,-
	13 174 661,-		13 174 661,-

Bei unzureichender Materialversorgung überstieg im Geschäftsjahr 1951/52 die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft bei weitem die Liefermöglichkeiten. Im Geschäftsjahr 1952/53 machte sich auch für das Trierer Walzwerk die rückläufige Entwicklung bemerkbar. Mit der geringeren Nachfrage erhöhten sich bei ständig sinkenden Verkaufspreisen die Anforderungen der Abnehmer an die Qualität der Erzeugnisse. Erst in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1953/54 trat wieder eine starke Belebung ein.

Das am 30. September 1954 bei einer Bilanzsumme von 13,1 Millionen DM mit rund 6,4 Millionen DM ausgewiesene Anlagevermögen zeigt über die drei Berichtsjahre hinweg in seiner Gesamthöhe keine wesentlichen Veränderungen. Die Abschreibungen in diesen drei Berichtsjahren mit rund 2,26 Millionen DM gleichen sich mit den Zugängen zum Anlagevermögen im Berichtszeitraum in Höhe von 2,23 Millionen DM fast aus. Eine Fülle von Verbesserungen der Anlagen und der Ausstattung der Betriebe wurde mit den Neuinvestitionen erreicht. Im Jahre 1951/52 wurden Hubstaplerkarren angeschafft, die kriegszerstörten Werkstätten in Trier wiederaufgebaut und im Werk Langerfeld neuzeitlich ausgerüstete Prüf- und Entwicklungsabteilungen erstellt. Für die Belegschaften entstanden Umkleieräume und Aufenthaltsräume. Im Jahre 1952/53 wurde das Glühereigebäude erweitert, ein Haubenglühofen aufgestellt und eine Tandemwalzenstraße in Angriff genommen, die 1953/54 in Betrieb kam. Im selben Jahr wurde eine selbstentwickelte elektrolytische Verzinnungsanlage in Betrieb genommen, die mit guten Ergebnissen arbeitet. Das nur als Beispiele aus der Fülle der einzelnen Investitionsobjekte.

Das Grundkapital wurde nach Abschluß der Neuordnung mit 4,5 Millionen DM angesetzt, so daß unter Einrechnung der gesetzlichen Rücklage und der sonstigen Rücklage das Eigenkapital rund 6,8 Millionen DM beträgt. Von den mit insgesamt rund 502 000,- DM ausgewiesenen Wertberichtigungen entfallen allein rund 380 000,- DM auf Wertberichtigungen nach § 7c Einkommensteuergesetz, die also dem Wohnungsbau für die Belegschaft zugute gekommen sind.

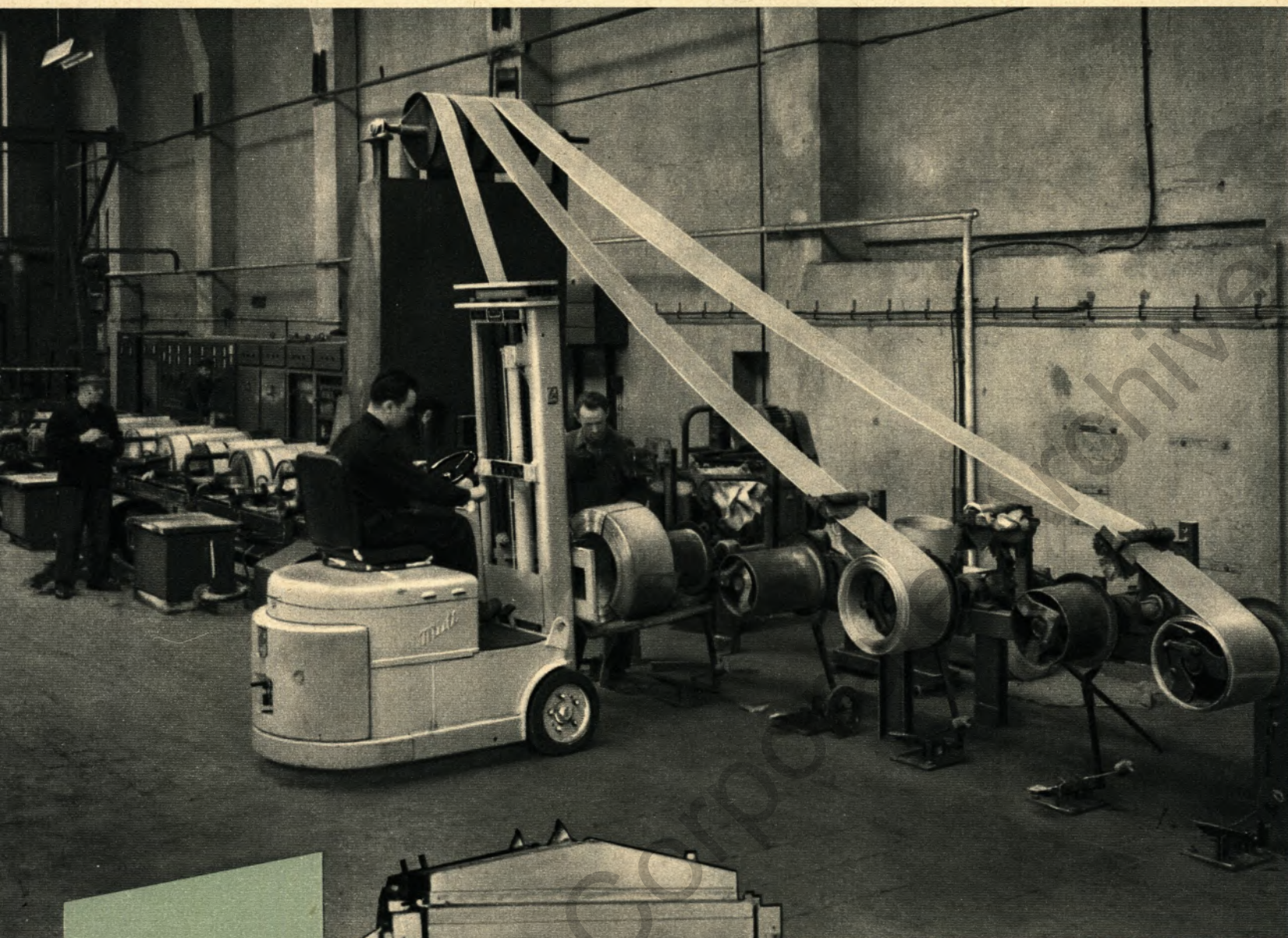
Der weitaus größte Betrag aus dem insgesamt mit 5,9 Millionen DM ausgewiesenen Fremdkapital entfällt mit rund 3,8 Millionen DM auf die Rückstellungen für Ruhebezüge, die sich seit dem 30. September 1952 um rund 800 000,- DM erhöht haben.

In der Gewinn- und Verlustrechnung zum 30. September 1954 sind die Löhne und Gehälter mit rund 2,8 Millionen DM angegeben. Sie liegen trotz der Tarifierhöhung, die inzwischen eingetreten ist, niedriger als im Geschäftsjahr 1951/52 mit rund 2,9 Millionen DM. Der Sachverhalt erklärt sich daraus, daß im Jahre 1951/52 die Beschäftigtenzahl größer war und bei der hohen Produktion viele Überstunden und Sonn- und Feiertagsschichten verfahren wurden.

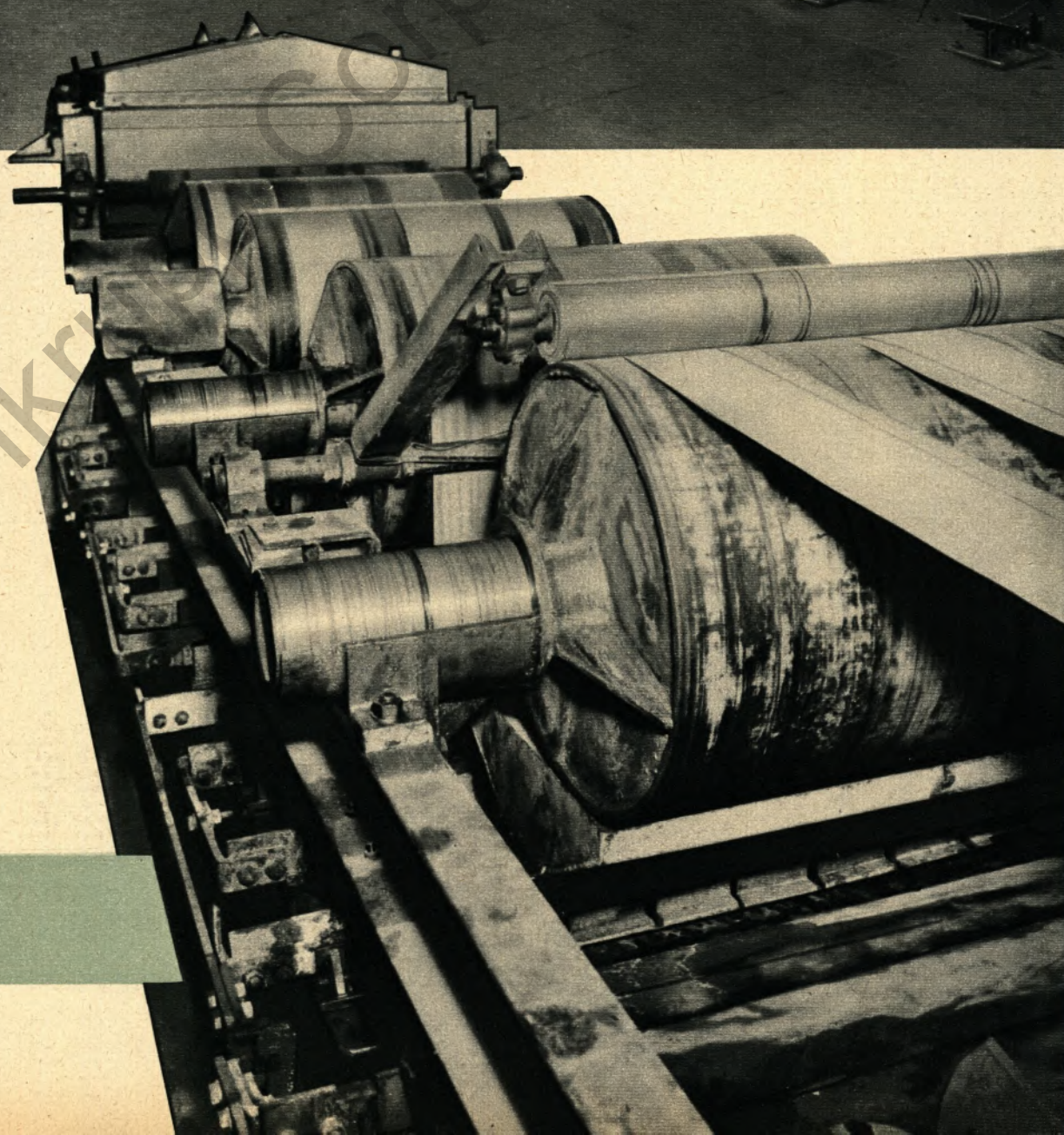
Die Zuführungen zur Rückstellung für Ruhebezüge und der Aufwand für andere betriebliche Sozialmaßnahmen betrugen 1953/54 527 000,- DM.

Oben: Eine neuartige, moderne elektrolytische Bandverzinnungsanlage arbeitet im Werk Langerfeld der Trierer Walzwerk AG.

Unten: Kurt Bohrmann und Ewald Döbeling bedienen im Werk Langerfeld ein modernes Dressiergerüst.



Oben: Eine der neuesten Anlagen zur Elektroplattierung steht im Werk Trier der Trierer Walzwerk AG. Auf dieser Anlage werden Tiefziehbänder mit Kupfer, Messing oder Zink elektroplattiert.



Rechts: Auf dieser selbstentwickelten Anlage wird in Wuppertal-Langerfeld das Kaltband elektrolytisch verzinkt



Agents
Francis KLEIN & CO
CALCUTTA



MASCHINENFABRIK DEUTSCHLAND AG

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM
Anlagevermögen ...	9 745 559,-
Umlaufvermögen ...	12 355 578,-
	22 101 137,-

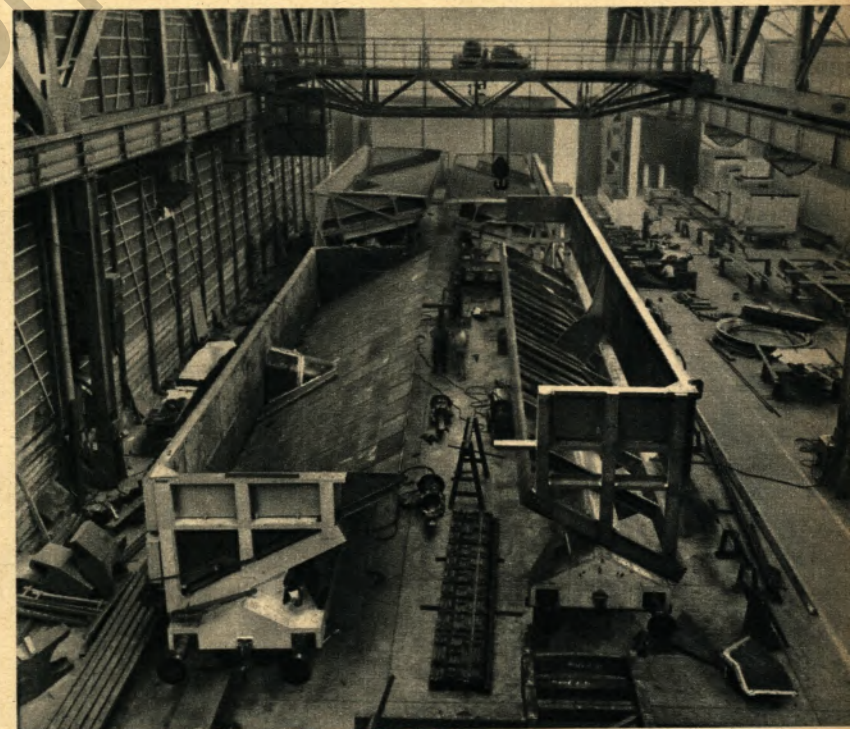
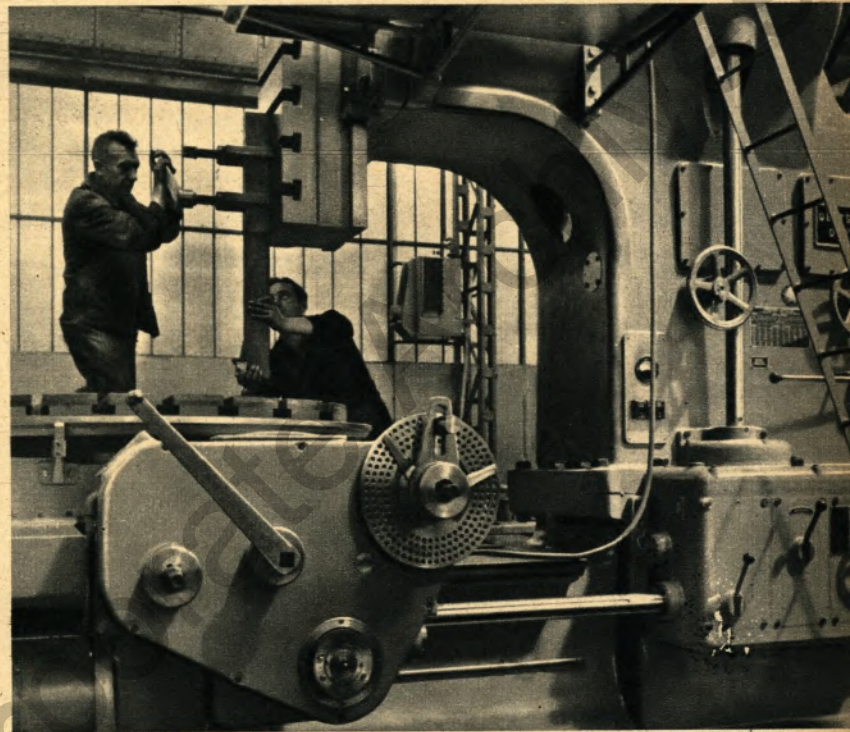
	DM
Kapital u. Rücklagen	9 133 110,-
Wertberichtigungen	173 457,-
Fremdkapital	12 794 570,-
	22 101 137,-

Von dem zeitweiligen Auftragsmangel im Weichenbau und in der Gießerei abgesehen, reichte in den drei Berichtsjahren der Auftragsbestand aus, die Belegschaft voll zu beschäftigen. Die Arbeit war während der ganzen Zeit durch umfassende Entwicklungsarbeiten zur Festigung und Ausweitung des Fabrikationsprogramms bestimmt. So wurden Koksaustrückmaschinen entwickelt, Tiefofenkräne und Zängenkranen neu in das Fabrikationsprogramm aufgenommen. Weitere Entwicklungen, von denen sich die Gesellschaft Erfolg verspricht, sind in Angriff genommen worden.

Die Aktiven verteilen sich mit rund 9,7 Millionen DM auf das *Anlagevermögen* und rund 12,3 Millionen DM auf das *Umlaufvermögen* und weisen über die drei Berichtsjahre hinweg in ihrer Gesamthöhe keine wesentlichen Änderungen auf. Die Investitionen mit insgesamt rund 2,8 Millionen DM liegen unter den Abschreibungen für den gleichen Zeitraum mit rund 3,3 Millionen DM. Im laufenden Geschäftsjahr dürfte diese Einsparung an Abschreibungen unter anderen für den Bau eines Verwaltungsgebäudes mitaufgebraucht werden. Bei den Zugängen zum Anlagevermögen handelt es sich in erster Linie um die Erneuerung des Maschinenparks, der Werkzeuge und der Betriebsausstattung. Im Jahre 1953 ist allerdings auch ein erheblicher Betrag für die Vergrößerung der Halle des allgemeinen Maschinenbaues und des Weichenbaues verwendet worden. Auch die betrieblichen Krananlagen wurden erneuert und erweitert.

Das *Eigenkapital* ist in der Bilanz mit rund 9,1 Millionen DM ausgewiesen und enthält das nach Abschluß der Neuordnung mit 6 Millionen DM festgesetzte Grundkapital. Auch bei der Maschinenfabrik Deutschland stellt sich der größte Posten im *Fremdkapital* als *Rückstellungen für Ruhebezüge* mit rund 6,9 Millionen DM dar, die sich seit dem 30. September 1952 auf Grund der Einführung der neuen Pensionsordnung um rund 1,62 Millionen DM erhöht haben.

In der *Gewinn- und Verlustrechnung* zum 30. September 1954 werden die Löhne und Gehälter mit insgesamt rund 5,6 Millionen DM ausgewiesen. Die Zuführung zur Rückstellung für Ruhebezüge und die Aufwendungen für andere Sozialmaßnahmen betrugen für 1953/54 1 134 000,- DM.



Oben rechts: Gruppenführer Landwehr und Schlosser Wilde unterziehen eine soeben fertiggestellte Stoßmaschine einer letzten Genauigkeitsprüfung. Rechts: Zwei Kokalöschwagen, wie sie MFD für Kokerei-Ausrüstungen liefert, in der Montage.





HILTRUPER RÖHRENWERK GMBH

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft war stetiger als die Entwicklung der übrigen Gesellschaften. Dies zeigt sich einmal daran, daß über alle Berichtsjahre hinweg die Belegschaftszahl unverändert geblieben ist, im Geschäftsjahr 1953/54 sogar zugenommen hat. Die Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 1953/54 war trotz der zurückgegangenen Verkaufspreise erfreulich. Die Produktionszunahme betrifft sowohl geschweißte Stahlrohre wie auch Stahlkonstruktionen. Mit dem im Bau befindlichen Rohrwerk Hagen erfährt das Herstellungsprogramm der Gesellschaft eine bemerkenswerte Erweiterung und Abrundung. Der Bau der kontinuierlichen Mittelbandstraße in Hohenlimburg wird gerade auch dem Hiltruper Röhrenwerk für ihre Erzeugung Vorteile bringen.

Die Bilanz zum 30. September 1954 zeigt eine Erhöhung der *Bilanzsumme* um rund 2,6 Millionen DM. Diese Erhöhung betrifft in erster Linie das Anlagevermögen, das in der Bilanz zum 30. September 1952 mit rund 2,88 Millionen DM ausgewiesen ist, dagegen in der Bilanz zum 30. September 1954 rund 5,2 Millionen DM beträgt. Die Erhöhung von rund 2,2 Millionen DM ist auf aktivierte Vorauszahlungen auf Neuanlagen für das Rohrwerk in Hagen zurückzuführen, das sich im Bau befindet.

Das *Umlaufvermögen* zeigt eine Erhöhung der ausgewiesenen Warenforderungen, die durch den gestiegenen Umsatz begründet ist.

Nach Abschluß der Neuordnung wurde das *Stammkapital* mit 2,5 Millionen DM festgesetzt. Das *Eigenkapital* einschließlich der gesetz-

Aktiva

Bilanz zum 30. September 1954

Passiva

	DM		DM
Anlagevermögen	5 217 926,-	Kapital u. Rücklagen	3 463 839,-
Umlaufvermögen	3 808 145,-	Wertberichtigungen	1 320 435,-
		Fremdkapital	4 241 797,-
	9 026 071,-		9 026 071,-

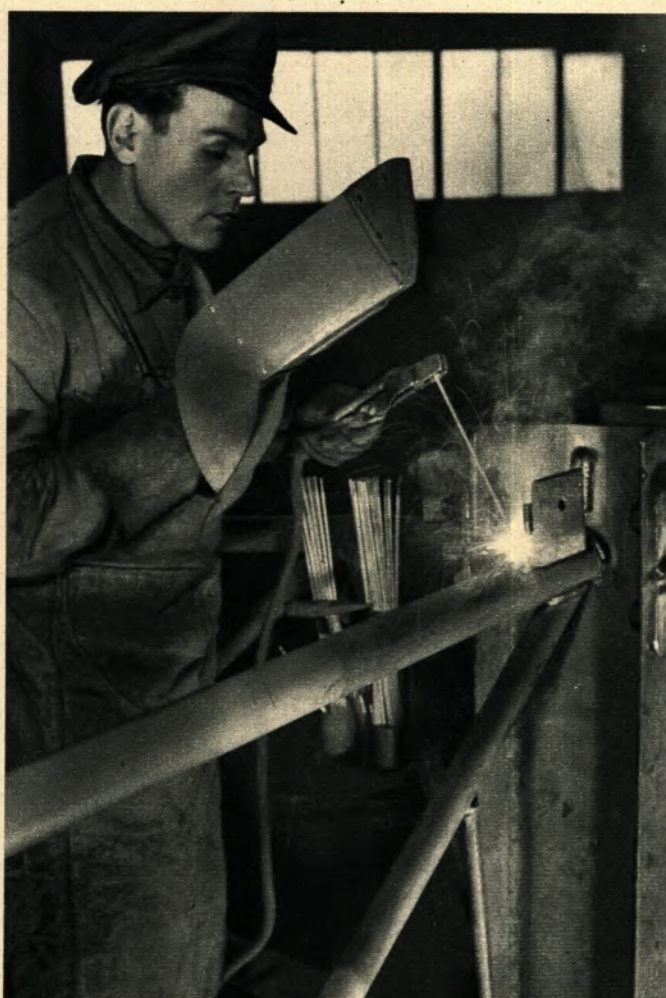
lichen Rücklage und der sonstigen Rücklagen beträgt rund 3,4 Millionen DM. Die im Vergleich zu anderen Verarbeitungsbetrieben hohen Wertberichtigungen von 1,3 Millionen DM betreffen die Errichtung der Werkabteilung in Hagen, die die für die Inanspruchnahme des § 36 IHG erforderliche Anerkennung durch die Landesregierung gefunden hat. Rund 190 000,- DM 7c-Gelder wurden für den Wohnungsbau aufgewendet.

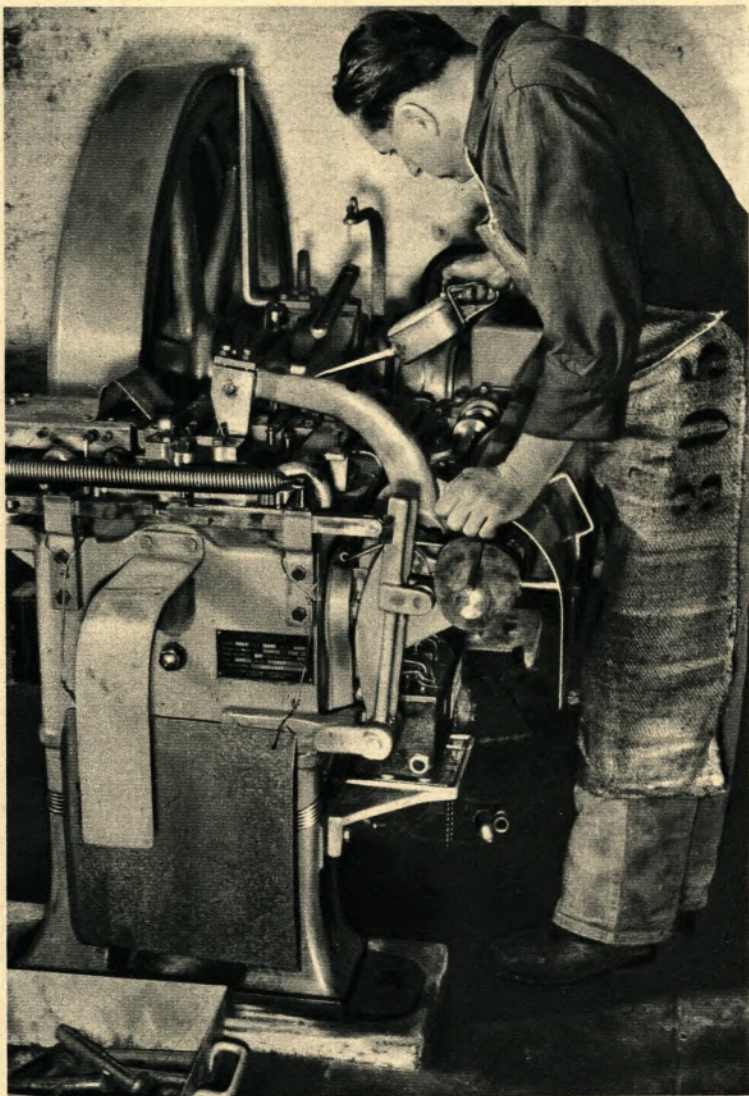
Im *Fremdkapital* sind die *Rückstellungen für Ruhebezüge* mit rund 926 000,- DM enthalten. Sie haben sich seit dem 30. September 1952 um rund 150 000,- DM erhöht. Verständlicherweise haben im Zusammenhang mit dem Neubau in Hagen die *Verbindlichkeiten* der Gesellschaft zugenommen. Insbesondere haben sich die Konzernschulden erhöht. Sie betragen am 30. September 1954 rund 1,9 Millionen DM gegenüber rund 937 000,- am 30. September 1952 und 755 000,- DM am 30. September 1953.

In den drei Geschäftsjahren haben die Aufwendungen für *Löhne und Gehälter* ständig zugenommen. Sie sind von 1,19 Millionen DM für das Geschäftsjahr 1951/52 auf 1,36 Millionen DM für 1952/53 und 1,45 Millionen DM für das Geschäftsjahr 1953/54 angestiegen. Neben den Auswirkungen der Tarifierhöhung ist diese Zunahme vor allem auch durch die Erhöhung der Beschäftigtenzahl und durch die mit der gestiegenen Produktion notwendigen Überstunden begründet. Die Zuführung zur Rückstellung für Ruhebezüge und die Aufwendungen für andere soziale Maßnahmen betragen 1953/54 197 000,- DM.

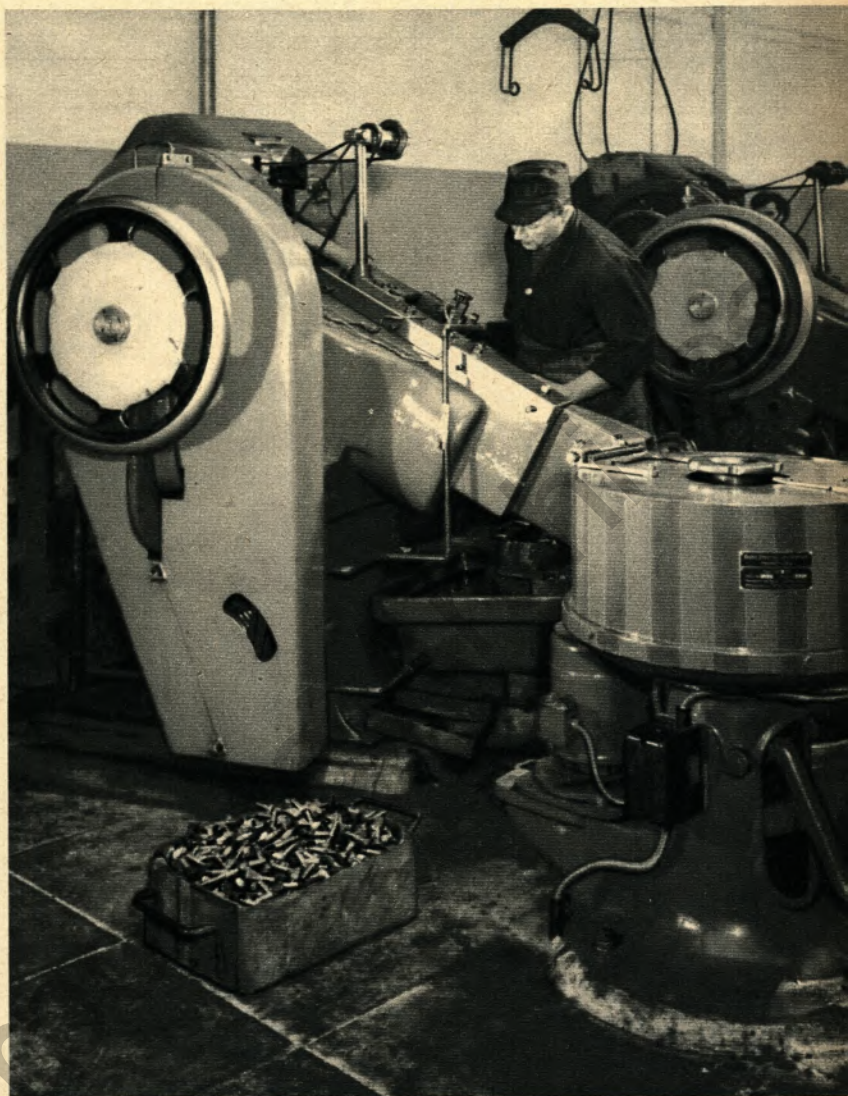
Auf einer modernen Längsschweißmaschinen-Anlage der Hiltruper Röhrenwerk GmbH wird das vorgeformte Schlitzrohr beim Durchlauf unter einer Schweißelektrode elektrisch geschweißt. An der Maschine: Josef Soszynski.

Rechts: Gerhard Sinne beim Schweißen von Rohrkonstruktionen, wie sie als Bauelement vielfältige Anwendung finden.





Wilh. Rinke an einer Maschine der Becke-Prinz GmbH, auf der Nieten geschlagen werden.



Automaten zum Walzen von Schraubengewinden.



BECKE-
PRINZ GMBH

Bilanz zum 30. September 1954			
Aktiva		Passiva	
	DM	DM	
Anlagevermögen	4 670 995,	Kapital u. Rücklagen	5 442 805,
Umlaufvermögen	3 872 014,	Wertberichtigungen	48 309,
		Fremdkapital	3 051 895,
	8 543 009,		8 543 009,

Auch bei Becke-Prinz war in den drei Berichtsjahren die wechselnde Höhe der Aufträge, die die Deutsche Bundesbahn erteilte, zu spüren, weil die Erzeugnisse für den Oberbau der Bundesbahn einen breiten Raum im Fabrikationsprogramm der Gesellschaft einnehmen. Eine ausnahmsweise erfreuliche Entwicklung zeigt der Versand von Rüping-Federnägeln. Der Absatz von Nieten und Schrauben war dagegen über den Berichtszeitraum hinweg unverändert schwierig, die Märkte stark umkämpft und die Preise, vor allem auf den Auslandsmärkten, sehr rückläufig.

Die Bilanz der Gesellschaft zeigt in den drei Berichtsjahren keine wesentlichen Veränderungen. Das Anlagevermögen hat sich von rund 5 Millionen DM auf 4 670 000,- DM ermäßigt, weil die Abschreibungen nicht in vollem Umfang für neue Investitionen verwendet wurden. Das Umlaufvermögen war lediglich in der Bilanz zum 30. September 1953 höher, weil sich damals gegenüber dem Vorjahr sowohl der Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wie auch an Fertigerzeugnissen erheblich vergrößert hatte. Die Lagerbestände sind inzwischen abgebaut, so daß in der Bilanz zum 30. September 1954 das Umlauf-

vermögen wieder die durchschnittliche Höhe von rund 3,87 Millionen DM aufweist.

Das Eigenkapital, die Sonderrücklage und die sonstige Rücklage eingeschlossen, ist mit rund 5,44 Millionen DM ausgewiesen. In den Wertberichtigungen in Höhe von 48 000,- DM sind 14 000,- DM 7c-Mittel enthalten, die dem Wohnungsbau zugute gekommen sind. Im Fremdkapital ist der weitaus größte Posten die Rückstellungen für Ruhebezüge mit rund 2,04 Millionen DM am 30. September 1954.

Die Gesellschaft hat in den drei Berichtsjahren keine größeren Investitionsvorhaben durchgeführt; sie war vielmehr darauf bedacht, den vorhandenen Maschinenpark zu erweitern und zu erneuern, vor allem aber auch die Maschinen auf Einzelbetrieb umzustellen.

Die Löhne und Gehälter betrugen für das Geschäftsjahr 1953/54 rund 1,49 Millionen DM. Sie haben sich wegen der inzwischen eingetretenen Tarifänderungen erhöht.

Um die Rückstellung für Ruhebezüge aufzufüllen und für sonstige soziale Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr 1953/54 298 000,- DM aufgewendet.





Der Neubau des Verwaltungsgebäudes
der Hoesch Eisenhandel mbH.
am Südwall in Dortmund bei Nacht.
Unten: Ein Blick in das Treppenhaus.



HOESCH HANDEL

Charakteristisch für ein Handelsunternehmen ist Größe und Struktur des Umlaufvermögens, nicht des Anlagevermögens. Durch die ständigen Veränderungen und Bewegungen im Umlaufvermögen können aber – rein zufällig – einzelne Arten des Umlaufvermögens (Warenvorräte, Forderungen) am Bilanzstichtag ungewöhnlich hoch oder niedrig sein und zu Fehlschlüssen über Geschäftslage und Geschäftsumfang führen. Wir verzichten daher darauf, an dieser Stelle auch die Bilanzen unserer Handelsgesellschaften in vereinfachter Form darzustellen.

Die *Hoesch Export GmbH* hat trotz des scharfen Wettbewerbs auf den Auslandsmärkten und dem dadurch bedingten starken Preisdruck eine außerordentlich befriedigende Entwicklung genommen. Nach einem rückläufigen Geschäftsgang im ersten Halbjahr 1953/54 trat eine bemerkenswerte Belebung ein, die in ihrem Umfang und Ausmaß nur durch die zeitweiligen Schwierigkeiten, Aufträge bei Lieferwerken unterzubringen, begrenzt war.

Im Geschäftsablauf der *Hoesch Eisenhandel mbH* spiegelt sich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Marktsituation beson-



Blick ins Lager Nürnberg der Hoesch Eisenhandel mbH. Unten: Harry Helmke bei einer Lagerkontrolle im Lager Kassel



ders deutlich wider. Allerdings wurde das Geschäft der Gesellschaft stärker als das der Erzeugungsbetriebe durch die Einfuhren von Stahl- und Walzwerkserzeugnissen beeinträchtigt. Das gilt insbesondere für die erste Hälfte des Jahres 1953/54, während der die Lieferanten aus den anderen Ländern der Montanunion mit Preisen auf dem deutschen Markt auftraten, die bis zu 60,- DM je Tonne niedriger waren als die Inlandspreise.

Für die Gesellschaft war die Eröffnung des gemeinsamen Marktes der Montanunion am 20. Mai 1953 besonders bedeutsam. Am 1. Juli 1953 nahm die aus der Hoesch Eisenhandel mbH ausgegliederte Hoesch Kohlenhandel GmbH ihre Tätigkeit auf. Sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens die gute Entwicklung, die sie schon als Abteilung der Hoesch Eisenhandel mbH hatte, fortgesetzt. Auf eine gesonderte Behandlung im Rahmen dieser Berichte können wir verzichten.

Am 15. August konnte die Gesellschaft ihr neues Verwaltungsgebäude am Südwall beziehen, das neben dem großen Vorteil für den Arbeitsablauf erst die Voraussetzung für notwendige personelle Erweiterungen schuf.

Im Berichtszeitraum ist bei der Hoesch Eisenhandel mbH ein Anlagenzugang von rund 3,2 Millionen DM festzustellen. Darin ist außer dem neuen Verwaltungsgebäude auch die Erweiterung der Materiallager, die unvermeidlich war, sowie die Erweiterung der technischen Anlagen enthalten. Bei den Niederlassungen und auf den Lagern mußten die Einrichtungen für die Waggon- und Lkw-Abfertigung ausgebaut werden. Das gilt vor allem für die Lager in Dortmund, Frankfurt a. M. und Kassel.

Die Aufwendungen an Löhnen und Gehältern sowie die Zuführung zur Rückstellung für Ruhebezüge und die Aufwendungen für die übrigen betrieblichen Sozialmaßnahmen bewegen sich im gleichen Rahmen wie bei unseren anderen Gesellschaften.





ARBEITS- UND SOZIALBERICHT

Hinter den nüchternen Zahlen der Bilanz steht die Leistung von vielen tausend Menschen, von Arbeitern und Angestellten, von Männern und Frauen. Die meisten von ihnen haben die Arbeit ihres Lebens mit dem Werk verbunden; das Werk ist damit ihr wichtigster Lebensraum. Seitdem wir erkennen lernten, daß ein modernes Unternehmen nicht nur eine kalte und seelenlose Produktionsmaschine, sondern auch ein wohlgegliederter und energievoller sozialer Organismus ist, seitdem wissen wir, daß Arbeit keine Ware ist, die wir kaufen. Ein industrielles Werk, das hohe Leistungen erzielen will, braucht über die Arbeitskraft hinaus die Mitarbeit und die Zusammenarbeit aller bis zum letzten Mann. Nur dann wird dieses Unternehmen mit Erfolg produzieren und sich behaupten können, wenn es auf seine doppelte Aufgabe vollständig Rücksicht nimmt: auf Absatz und Gewinn hin zu erzeugen und zugleich als ein lebendiges Gebilde moderner Gesellschaft sich auf Dauer und Bestand hin einzurichten. Die Geschichte dieses Werkes, insbesondere die Geschichte der zurückliegenden zehn Jahre zwingt zu solchen Einsichten. Sie sind der Antrieb, die soziale und die produktive Leistungskraft unseres Unternehmens in gleich vorbildlicher Weise zu entwickeln.

In diesen Bemühungen blicken wir auf eine Tradition zurück; denn schon im Jahre 1874 schufen noch die Gründer unseres Werkes die Hoesch-Betriebskrankenkasse, und sehr früh schon entstand die Altersversorgung für Arbeiter und Angestellte.

Die betriebliche Sozialpolitik, wie wir sie verstehen, soll die Arbeitsbedingungen und das Betriebsklima so günstig gestalten und beeinflussen, daß ein jeder, der im Werk arbeitet, sich als Glied und als Partner des Werkes geachtet und gewertet fühlt.

Weder Wohltätigkeit noch „Almosen“ werden angeboten. Die Verantwortung für sich und seine Familie wird niemandem abgenommen. Aber jeder Mitarbeiter soll fähiger werden, alle seine Verantwortung im Werk und außerhalb des Werkes bes-

ser und freier wahrnehmen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt stehen bei Hoesch gerade solche Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik im Vordergrund, die neben der Hilfe durch das Werk vor allem auch den Selbsthilfegedanken der Belegschaften anregen und ansprechen. Gemeinsam wollen wir in erster Linie innerhalb des sozialen Bereiches des Unternehmens die Selbstverwaltung der Belegschaften und damit die entsprechende Selbstverantwortung für das Ganze entwickeln. Die betrieblichen Sozialleistungen sollen zwar in erster Linie dem arbeitenden Menschen zugute kommen; sie wirken sich aber meist auch auf seine Leistungsfähigkeit und seine Leistungsbereitschaft und also zum Nutzen des Betriebes aus. Aber es kann ebenso gut anders sein: daß Maßnahmen, die in erster Linie um des Betriebes willen durchgeführt werden, auch den Mitarbeitern persönlich nützen.

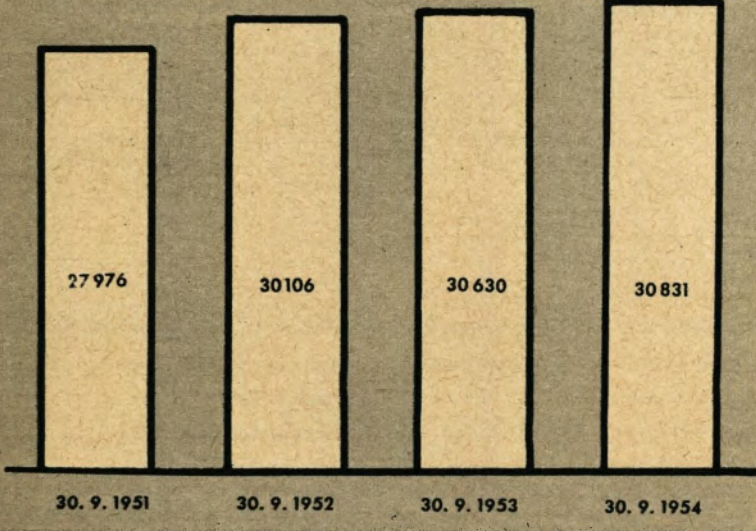
Aber immer sollte beachtet werden, daß die Zuordnung einer Maßnahme in die eine oder die andere Gruppe nicht leicht ist; denn die Wechselwirkungen zwischen dem Nutzen für den einzelnen einerseits und dem Vorteil für den Betrieb andererseits sind immer vorhanden, wenn auch verschiedenen Grades.

Und noch eine Feststellung müssen wir diesem Bericht über die sozialen Anstrengungen der Hoesch Werke AG vorausschicken. Die verschiedenartigen betrieblichen Verhältnisse bei unseren Gesellschaften, ihre unterschiedliche Größe, ihre räumliche Lage, die Art ihrer Produktion, aber auch ihre Geschichte haben nach Form und Umfang unterschiedliche Sozialmaßnahmen entstehen lassen, die keineswegs in jedem Fall vereinheitlicht worden sind oder vereinheitlicht werden sollen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß gerade die betriebliche Sozialpolitik den jeweiligen Verhältnissen der einzelnen Betriebe Rechnung tragen muß; im sozialen Bereich muß sich die Mitwirkung und Mitverantwortung der Belegschaften und ihrer Vertretungen auch in der Art bemerkbar machen, wie sie die Sozialmaßnahmen mitgestalten.

Die Belegschaften der Hoesch Werke AG

Am 30. September 1954 zählten die Werke unserer Gesellschaft 30831 Mitarbeiter. Die Zahl der bei uns Beschäftigten entspricht also der arbeitsfähigen Bevölkerung einer Stadt von etwa 100 000 Einwohnern. Allerdings zeigt sich deutlich, daß unabhängig von den konjunkturellen Bewegungen die Zahl der Angestellten und ihr Anteil an der Gesamtbelegschaft langsam, aber stetig zunimmt als Folge der zunehmenden Automatisierung der Anlagen, die die körperliche Arbeit verdrängt, dafür aber mehr Kräfte für ihre Wartung und Überwachung verlangt.

Das nachstehende Schaubild zeigt die Zunahme der Arbeiter und Angestellten seit dem 30. 9. 1951:



Name der Gesellschaft	Belegschaft der Hoesch Werke AG am			
	30. 9. 51	30. 9. 52	30. 9. 53	30. 9. 54
Hoesch				
Hauptverwaltung	122 ¹⁾	118 ¹⁾	182	217
Hoesch Bergwerks-AG .	9 849	10 439	10 897	10 522
Westfalenhütte	10 913	11 889	12 005	12 079
Hohenlimburger				
Walzwerke	2 420	2 633	2 589	2 904
Federstahl Kassel	106	81	108	111
Dörken AG.....	132	182	194	180
Dortmunder				
Drahtseilwerke	130	154	143	159
Schmiedag	1 510	1 723	1 618	1 581
Ruegenberg	202	209	180	196
Trierer Walzwerk	701	673	595	675
Maschinenfabrik				
Deutschland	1 000	1 068	1 109	1 106
Hiltruper Röhrenwerk .	276	279	284	331
Becke-Prinz	308	321	339	310
Hoesch Eisenhandel ...	260	274	302	357
Hoesch Kohlenhandel..	—	—	17	17
Hoesch Export	47	63	68	86
Hoesch Werke gesamt..	27 976	30 106	30 630	30 831

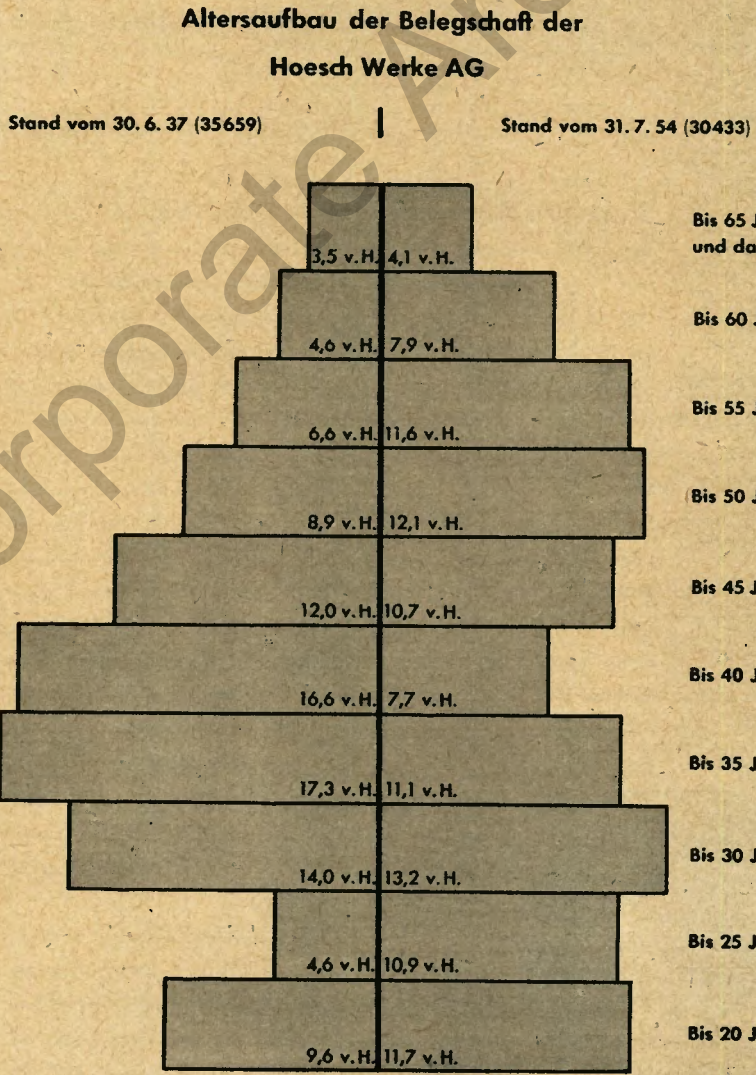
¹⁾ ohne Geschäftsstellen

Unter den 30 831 Beschäftigten waren am 30. September 1954 1696 gewerbliche Lehrlinge und 174 kaufmännische und technische Lehrlinge; das sind 6,1 Prozent der Gesamtbelegschaft. Wir beschäftigten zum selben Zeitpunkt im Bereich unserer Gesellschaften 1013 Schwerbeschädigte und 1246 Bergbauinvaliden. Die Bergbauinvaliden machen 11,9 Prozent der Belegschaft der Hoesch Bergwerks-AG aus. 2259 Angehörige der Hoesch Werke sind demnach nicht voll arbeitsfähig; sie zu beschäftigen ist eine Ehrenpflicht der Gesellschaft, da die meisten von ihnen ihre Gesundheit im Dienste

der Gesellschaft hergaben, ganz abgesehen davon, daß jeder an seinem Platze eine nötige und wertvolle Aufgabe erfüllt.

Altersaufbau unserer Belegschaft

Wie überall hat der Krieg den natürlichen Altersaufbau auch unserer Belegschaft empfindlich gestört. Die Alterspyramide zeigt nur zu deutlich, welch schlimme Ernte der Tod unter den Jahrgängen gehalten hat, die zwischen 1912 und 1922 geboren wurden. Daraus ergibt sich ein ungewöhnlich hoher Anteil von Betriebsangehörigen, die 50 Jahre und älter sind. In den letzten Jahren ist eine bemerkenswerte Verbesserung durch die starken Jahrgänge aus der Zeit nach 1933 erkennbar. Allerdings reichen auch sie noch nicht aus, um der Pyramide wieder die natürliche breite Basis zu geben, die ihr jetzt fehlt.



Dauer der Betriebszugehörigkeit

Sinnvolle betriebliche Sozialmaßnahmen und gute Arbeitsbedingungen sind bei dieser Sachlage um so wichtiger, damit die Folgen des Krieges im Altersaufbau der Belegschaft möglichst schnell überwunden werden und nicht so spürbar sind. Damit wird sich auch die Dauer der Betriebszugehörigkeit weiter verbessern. Daß wir schon jetzt über eine gute Stammbeflegschaft verfügen, zeigt die Übersicht, welche die Dauer der Betriebszugehörigkeit nach dem Stand vom 30. September 1954 darstellt. (Siehe rechte Seite)

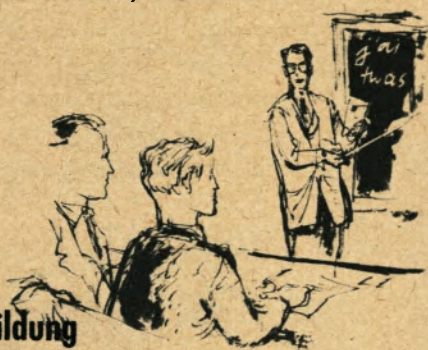
Fachliche Gliederung der Belegschaft

Die fachliche Gliederung der Belegschaften ist bei den einzelnen Gesellschaften je nach dem Erzeugungsprogramm recht unterschiedlich. Der Anteil der Facharbeiter schwankt zwischen 10 und 44 Prozent, der Anteil der Spezial- und angelernten Arbeiter zwischen 6 und 72 Prozent. Insgesamt waren von den 27100 Arbeitern am 30. September 1954:

- 3874 = 21,5 Prozent Facharbeiter,
- 8659 = 48,1 Prozent Spezial- und angelernte Arbeiter,
- 3798 = 21,0 Prozent ungelernte Arbeiter,
- 1696 = 9,4 Prozent Lehrlinge.

Am selben Tage waren von 9073 Bergarbeitern 67 Prozent unter Tage und 23 Prozent über Tag beschäftigt. Von den 3730 Angestellten waren zum selben Zeitpunkt 50,5 Prozent als kaufmännische, 31,8 Prozent als technische Angestellte, 8,5 Prozent als Meister und 4,3 Prozent sonst als Angestellte (im Gesundheitsdienst, der Werksfürsorge usw.) beschäftigt. 4,6 Prozent waren Lehrlinge.

Von den 27100 Lohnempfängern waren 795 oder 2,9 Prozent Frauen. Unter den Angestellten hingegen war das Verhältnis wesentlich anders. Unter 3730 waren 816 oder 22,5 Prozent Frauen.



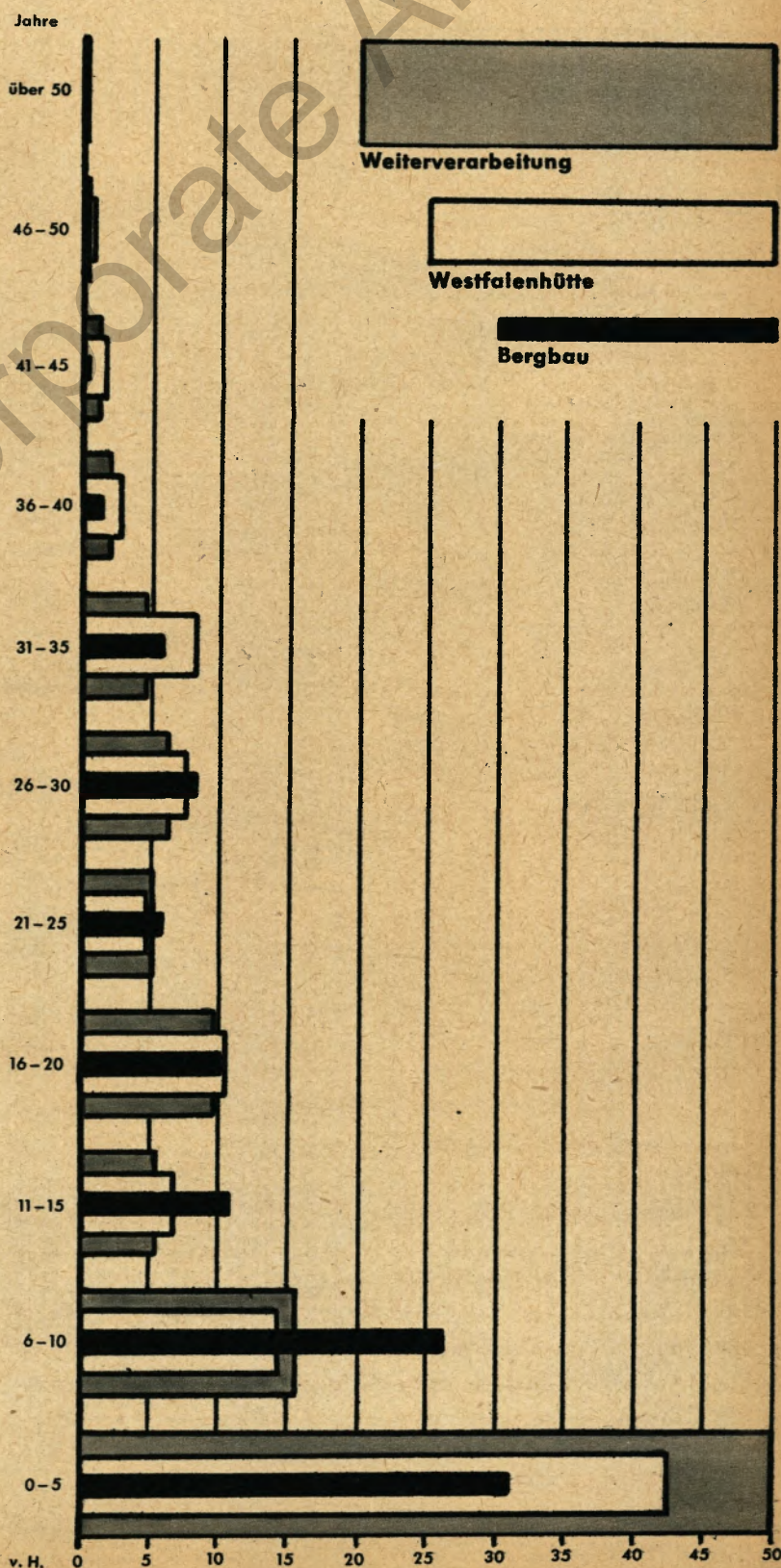
Ausbildung und Fortbildung

Die steigenden Ansprüche an die Güte unserer Erzeugnisse – vom Stahl der Westfalenhütte, bis zur Niete bei Becke-Prinz – erfordern nicht nur eine ständige Verbesserung der Betriebsanlagen, sondern verlangen zugleich auch gut ausgebildete Arbeiter und Angestellte. Einen leistungsfähigen Nachwuchs heranzubilden und Mitarbeitern, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, Möglichkeiten zur Fortbildung zu schaffen, ist daher eine vordringliche Aufgabe, der sich alle unsere Gesellschaften mit besonderer Aufmerksamkeit annehmen. Dabei geht es in der Lehrlingsausbildung nicht allein um die Vermittlung der handwerklichen Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern ebenso um die Erziehung zur Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Verantwortlichkeit. Vergessen wir nicht, daß die maschinellen Anlagen ebenso empfindlich wie kostbar sind.

Am 30. September 1954 standen 1870 Lehrlinge – und zwar 1696 gewerbliche Lehrlinge und 174 kaufmännische und technische Lehrlinge – bei den Hoesch-Gesellschaften in der Ausbildung. In der Vorsorge für ausreichende Nachwuchskräfte und wegen der zahlenmäßig schwachen Geburtenjahrgänge nach 1940 wurden von Jahr zu Jahr mehr Lehrlinge eingestellt. Im Geschäftsjahr 1951/52 waren es 344, 1952/53 schon 603 und 1953/54 schließlich sogar 696 junge Leute, die in unserer Gesellschaft ihre Lehre begannen. Die Zahl für 1954/55 wird noch etwas höher liegen. Da die Lehrlingsausbildung unserer Gesellschaften überall einen vortrefflichen Ruf genießt, hoffen wir, auch in Zukunft alle freien Lehrstellen besetzen zu können. Ernste Sorge macht, wie überall im Bergbau, nur der Nachwuchs für die Hoesch Bergwerks-AG, die aus Mangel an Bewerbern zum 1. April 1955 bei weitem nicht die vorgesehene Zahl von Lehrlingsstellen besetzen konnte. Unternehmensverband Ruhrbergbau und Industriegewerkschaft Bergbau sind sich einig darüber, daß diese Nachwuchssorgen erst behoben werden können, wenn der Bergmann wieder die erste Stelle in der Lohnskala einnimmt.

Dauer der Betriebszugehörigkeit am 30. September 1954
in vom Hundert der Belegschaft

Dauer der Betriebszugehörigkeit in Jahren	Bergbau %	Westfalenhütte %	Weiterverarbeitung %
0- 5	31,0	42,5	50,0
6-10	26,2	14,4	15,2
11-15	10,9	6,7	5,4
16-20	10,1	10,4	9,8
21-25	5,9	4,8	5,0
26-30	8,3	7,5	6,4
31-35	5,8	8,2	4,6
36-40	1,4	3,3	2,0
41-45	0,3	1,5	1,1
46-50	0,1	0,6	0,4
über 50	0,0	0,1	0,1



Die Ausbildung wird bei fast allen unseren Gesellschaften in eigenen Lehrwerkstätten unter der Leitung besonders qualifizierter Lehrkräfte und Meister durchgeführt. Nur bei einigen kleineren Gesellschaften der Hoesch Werke erhalten unsere Lehrlinge ihre Grundausbildung in Gemeinschafts-Lehrwerkstätten; im zweiten und im dritten Jahr wird allerdings auch in diesen Fällen die Spezialausbildung in den Betrieb verlegt. Der Lehre wie auch der Ausbildung von Anlernlingen liegen sorgfältig aufgestellte Ausbildungspläne zugrunde, in denen Allgemeinwissen, vor allem Staatsbürgerkunde, angemessen berücksichtigt wird. Durch Zwischenprüfungen wird der Ausbildungsstand ständig kontrolliert. Gute Leistungen werden dabei durch Prämien belohnt, die sich als ein ausgezeichnetes Mittel erweisen, den Eifer und gesunden Ehrgeiz der Lehrlinge anzufachen. Den kaufmännischen Lehrlingen werden außerhalb des allgemeinen Lehrplanes Möglichkeiten geboten, Fremdsprachen, Stenografie und

Schreibmaschine zu lernen. Daß 1951/52 rund 87 Prozent, 1952/53 über 67 Prozent und 1953/54 fast 85 Prozent unserer Lehrlinge die Abschlußprüfung mit sehr gut, gut und befriedigend bestanden haben, nehmen wir als ein gutes Zeichen für den Erfolg unserer Bemühungen um einen tüchtigen Nachwuchs unserer Werke. Von großer Bedeutung für die Leistungskraft unseres Unternehmens sind die Fortbildungskurse für Arbeiter: Grundkurse für Hochofenarbeiter, Stahlwerker und Schmelzschweißer, Lehrgänge für Hauer, Fahrhauer, Schießmeister, Lehrgänge für Industriemeister, die Teilnahme an Lehrgängen für Arbeitszeitstudien, für das betriebliche Vorschlagswesen, für kaufmännisches Rechnungswesen und vieles andere helfen sehr wesentlich, die Qualität der unteren und mittleren Führungskräfte zu verbessern und sie fähig zu machen, die vielfältigen und ständig wachsenden Ansprüche zu erfüllen, welche die moderne betriebliche Technik und Arbeitsorganisation an sie stellt.



Mehr als 1000 Mitarbeiter der Westfalenhütte tragen bei der Arbeit Schutzhelme

Arbeitsschutz und Unfallverhütung

Die Erfahrung lehrt, daß nur der geringere Teil aller Unfälle auf technische Mängel zurückzuführen ist, hauptsächlich sind menschliches Versagen und mangelnde Aufmerksamkeit die Gründe. Hier ist die Unfallbilanz unserer Gesellschaften:

	1951/52	1952/53	1953/54
Meldepflichtige Betriebsunfälle	5 955	6 307	5 524
Tödliche Betriebsunfälle .	24	21	22
Zahl der Unfälle auf 1000 Arbeitnehmer ..	17,0	17,3	15,2
im Monatsdurchschnitt ..			

Unsere Werke liegen mit ihren Unfalzziffern allgemein unter dem Durchschnitt vergleichbarer Unternehmungen. Doch ist das nur ein geringer Trost. Gemeinsame Anstrengungen von Belegschaften, Betriebsvertretungen, Sicherheitsorganen und Werksleitungen sind dringend nötig, um die Unfallgefahren zu verringern. Jeder einzelne muß sich für die Unfallsicherheit seines Arbeitsplatzes und seines Arbeitsbereiches verantwortlich fühlen. Immer haben wir uns die Sorge und das Leid vor Augen zu halten, die jeder Betriebsunfall dem Betroffenen und den Seinen bringt. Wir müssen aber auch an die betrieblichen Störungen und Verluste denken, die jeder Unfall verursacht. Allein in den Monaten Mai bis August 1954 gingen unseren Gesellschaften durch 978 Unfälle mehr als 126000 Arbeitsstunden verloren. Was geschieht nun, um einen Unfall wirksam zu bekämpfen? Vier hauptamtliche Sicherheitsingenieure, sechs Sicherheitsmeister, unterstützt von 51 Betriebsingenieuren und 240 Unfallvertrauensleuten, sind in den Werken unserer Gesellschaften tätig.

Der dritte Mann vom Stoßofen des Walzwerkes VIII, Ludwig Janowczyk mit Gesichtsschutz





Verordnung

Die Soldaten sind verpflichtet, in einem
Kontingenzplan die Anzahl der
Kontingenzplan zu führen.

Die Soldaten sind verpflichtet, in einem
Kontingenzplan die Anzahl der
Kontingenzplan zu führen.



Mit Strahlungs- und Gesichtsschutz aus Aluminiumfolie an der Walzenstraße der Hohenlimburger Walzwerke AG.

Sie alle prüfen immer wieder Maschinen und Anlagen auf Gefahrenquellen. Sicherheitsingenieure werden bereits bei der Planung neuer Anlagen hinzugezogen, damit von vornherein das höchste Maß an Betriebssicherheit erreicht wird. Ihre Aufmerksamkeit gilt aber vor allem auch dem Verhalten der Mitarbeiter, denen bei Nachlässigkeiten und Unvorsichtigkeiten immer wieder nachgewiesen werden muß, wie sie sich selbst und andere in Gefahr bringen.

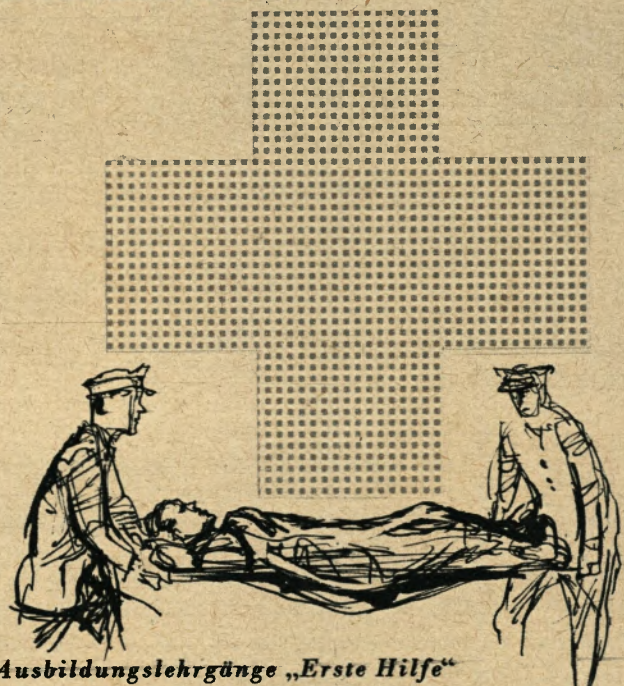
Besondere Aufmerksamkeit schenken wir der Schulung der Unfallvertrauensleute. In Abständen von einigen Monaten werden Tageslehrgänge abgehalten. In Vortrag und Diskussion kommen dabei allgemeine Fragen der Unfallverhütung und Unfallgefahren einzelner Arbeitsgebiete etwa im Transportwesen, beim Schweißen und Schneiden und so fort zur Sprache und die zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen werden ausgetauscht. Für diese Schulungsveranstaltungen stellen Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsbehörden bereitwillig ihre Sachbearbeiter zur Verfügung.

Für diese Ausbildung erwiesen sich Aufklärungsfilme als besonders eindrucksvoll. Einige Filmstreifen wurden auch in Belegschaftsversammlungen vor einigen tausend Arbeitern und Angestellten durchgeführt. Die Schulung der Unfallvertrauensleute wird in Zukunft weiterhin mit besonderer Aufmerksamkeit betrieben werden, weil ihre Mitwirkung sich für die Verhütung von Unfällen als besonders hilfreich erwiesen hat.

Im Hüttenwerk werden Unfallschutzhelme verteilt, wie sie sich seit vielen Jahren in den Hüttenbetrieben der USA bewährt haben. Mehr als 1000 Beschäftigte der Hütte, die an unfallgefährdeten Arbeitsplätzen stehen, sind mit ihnen ausgerüstet.



Kursus in „Erster Hilfe“ bei der Schmiedag: Siegmund Trappmann, Horst Loskardt und Frau Kalthoff üben für den Ernstfall.



Ausbildungslehrgänge „Erste Hilfe“

Weil immer wieder zu beobachten war, daß bei Unfällen die Arbeitskollegen nicht selten völlig ratlos sind und nicht wissen, wie sie am besten und schnellsten helfen können, wurden bei fast allen unseren Werken Lehrgänge in „Erster Hilfe“ abgehalten. Allein in der Westfalenhütte wurden im Jahre 1953/54 259 Belegschaftsmitglieder in „Erster Hilfe“ gründlich ausgebildet. In Hohenlimburg wurden im Rahmen eines längeren Kurses Sanitäter, Betriebshelfer, Pförtner und das gesamte Führungspersonal in „Erster Hilfe“ unterwiesen.



Grubenrettungsgebäude des Bergbaues

Weil der Bergarbeiter ganz besonderen Gefahren ausgesetzt ist, sind für diesen Bereich unseres Unternehmens auch ganz besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Alle Zechen müssen bekanntlich eine jederzeit einsatzbereite Grubenwehr unterhalten. Für die Grubenwehr der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur wurde im Jahre 1954 ein ganz neues und hochmodernes Grubenrettungsgebäude errichtet und in Betrieb genommen, in dem alle Hilfsmittel und Rettungsgeräte ordnungsgemäß untergebracht sind. In ihm befindet sich auch eine 162 Meter lange Übungsstrecke, bei der alle Ernstfallbedingungen geschaffen werden können, um die Leute der Grubenwehr für ihren Einsatz gründlich vorzubereiten.

Das neue Grubenrettungshaus der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur in Hervest-Dorsten

Gesundheitswesen

Wie wir gegen den Unfall kämpfen, um unsere Betriebsangehörigen vor Schaden und unsere Werke vor Arbeitsausfällen zu schützen, so kümmern wir uns auch nicht weniger darum, unsere Belegschaft leistungsfähig zu halten. Daraus ergeben sich vielfältige und wachsende Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens.

Die Betriebskrankenkassen

Bei den Gesellschaften der Hoesch Werke AG bestehen vier Betriebskrankenkassen mit rund 18900 Mitgliedern. Die älteste und größte ist die Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte AG und der Hoesch Werke AG Dortmund, zu der auch die Hohenlimburger Walzwerke gehören. Sie zählt rund 15800 Mitglieder. Die Betriebskrankenkasse

der Schmiedag AG in Hagen hat 1600, die Betriebskrankenkasse der Maschinenfabrik Deutschland AG in Dortmund 1000 und die Betriebskrankenkasse der Dörken AG in Gevelsberg 500 Mitglieder.

60 Prozent aller Arbeitnehmer unserer Werke sind damit in eigenen Betriebskrankenkassen versichert. In der Zahl der Mitglieder sind die mitversicherten Familienmitglieder nicht enthalten. Die Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte AG und der Hoesch Werke AG besteht seit nunmehr 83 Jahren. Sie wurde am 1. April 1874 als Fabrik-Krankenkasse des Eisen- und Stahlwerks Hoesch gegründet; Die Betriebskrankenkasse der Maschinenfabrik Deutschland besteht seit 1884, die der Schmiedag seit etwa 1890 und die der Dörken AG seit der Jahrhundertwende.

Wie jede Gemeinschaftseinrichtung setzen die Betriebskrankenkassen bei ihren Mitgliedern ein Gemeinschaftsbewußtsein voraus und das

Verantwortungsgefühl, wie sehr die Wirkung solcher Einrichtungen davon abhängt, sie nur bei wirklich zwingenden Gründen in Anspruch zu nehmen. Um dieses Bewußtsein zu stärken und zu entwickeln, wurde gemeinsam mit den Betriebsvertretungen in den letzten Jahren gründliche Aufklärungsarbeit geleistet.

Nachdem seit dem Sommer des Jahres 1953 den Organen der Betriebskrankenkassen auch Vertreter der Arbeitnehmer angehören und damit der Grundsatz der Selbstverwaltung verwirklicht worden ist, ist der Selbsthilfecharakter dieser Kassen auch in organisatorischer Hinsicht nach deutlicher geworden. Die gewählten Vertrauensleute der Belegschaften sind jetzt in der Lage, die Leistungen der Betriebskrankenkassen im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich festzulegen und auf den Geschäftsablauf der Kassen einzuwirken. Die Selbstverwaltung hat das Verantwortungsbewußtsein der Mitglieder gegenüber ihrer Kasse wesentlich gestärkt.

Die Inanspruchnahme der Kassen ist insbesondere im Jahre 1954 auf ein normales Maß zurückgegangen, nachdem sie im Jahre 1953 unter anderem als Folge der Grippeepidemie recht hoch war. Bei der sehr unterschiedlichen Mitgliederzahl unserer Betriebskrankenkassen ist eine Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben ohne Nutzen, weshalb wir auf eine Wiedergabe verzichten; einen Vergleichswert haben nur die Durchschnittsbeträge je Mitglied. Daraus ergibt sich bei Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben je Mitglied für die einzelnen Kassen folgendes Bild:

	Einnahmen DM		Ausgaben DM		Überschuß DM + —	
	1952	1953	1952	1953	1952	1953
Westfalahütte AG und Hoesch Werke AG	253,01	280,15	240,76	290,98	+ 12,25	- 10,83
Schmiedag AG	222,01	239,10	218,44	255,08	+ 3,57	- 16,98
Maschinenfabrik Deutschland	235,07	255,11	231,56	281,29	+ 3,49	- 26,18
Dörken AG	228,71	243,98	218,81	241,82	+ 9,90	+ 2,16
Gesamtdurchschnitt . .	248,79	274,39	237,80	286,13	+ 9,05	- 11,82

Die Gegenüberstellung zeigt, daß im Jahre 1952 Überschüsse verblieben. Im Jahre 1953 stiegen die Ausgaben dagegen wesentlich stärker als die Einnahmen, was sich hauptsächlich aus der Grippeepidemie erklärt; sie bewirkte, daß die Krankenziffern ungewöhnlich hoch waren. Hinzu kam, daß sich 1953 die Arztpauschale je Mitglied erhöhte. Das Defizit, das sich auf diese Weise ergab, führte dazu, daß vorübergehend bei einzelnen unserer Kassen bestimmte Leistungen herabgesetzt werden mußten. Inzwischen sind sie jedoch zum größten Teil wieder auf den alten Stand gebracht worden. Der durchschnittliche Krankenbestand bei den einzelnen Kassen betrug jeweils auf 100 Mitglieder gerechnet:

	1952	1953	1954
Westfalahütte AG	3,77	4,85	3,90
Schmiedag AG	4,78	4,10	3,30
Maschinenfabrik Deutschland AG	5,31	4,97	3,93
Dörken AG	4,89	4,33	3,88
Im Durchschnitt	3,96	4,78	3,85

Der Beitragssatz unserer Betriebskrankenkassen beträgt mit Ausnahme der Schmiedag AG 6 Prozent vom Bruttolohn. Die Betriebskrankenkasse der Schmiedag AG sah sich infolge der starken Aus-

gabensteigerung gezwungen, ihren Beitragssatz ab 1. März 1954 von 6 auf 6 1/2 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung ist allerdings auf zwei Jahre befristet.

Unter den verschiedenen Ausgabeposten unserer Krankenkassen stehen die gezahlten Krankengelder der Höhe nach weitaus an erster Stelle. Sie beliefen sich im Durchschnitt der vier Betriebskrankenkassen im Jahre 1952 auf 66,50 DM je Mitglied (oder 28 Prozent der Gesamtausgaben) und im Jahre 1953 sogar auf 94,47 DM je Mitglied (oder 34,1 Prozent der Gesamtausgaben).

Die Arztkosten betrugen im Durchschnitt aller vier Kassen im Jahre 1952 48,83 DM (oder 20,5 Prozent der Gesamtausgaben), im Jahre 1953 53,81 DM je Mitglied (oder 18,8 Prozent der Gesamtausgaben). Der nächsthöhere Rechnungsposten waren Ausgaben für Krankenhauspflge. Er betrug im Durchschnitt der vier Krankenkassen im Jahre 1952 17,51 DM je Mitglied (oder 7,4 Prozent der Gesamtausgaben) und im folgenden Jahre 21,68 DM je Mitglied (oder 7,6 Prozent der Gesamtausgaben der vier Krankenkassen).

Diese drei Rechnungsposten ergeben also allein schon 50 bis 60 Prozent der Gesamtausgaben. Die übrigen Ausgaben verteilen sich auf insgesamt 22 Positionen, von denen noch die Leistungen für Arzneien besonders angeführt werden sollen. Sie betrugen insgesamt 10 bis 11 Prozent aller Ausgaben. Die Leistungen für Zahnersatz betrugen 1952 1,8 Prozent und im folgenden Jahre 5,2 Prozent aller Ausgaben. Der Vergleich der einzelnen Ausgabearten unserer Betriebskrankenkassen zeigt übrigens nicht unerhebliche Unterschiede, was durchaus nicht als ein Mangel anzusehen ist. Wir sehen an einer solchen Tatsache, daß die Selbstverwaltungsorgane der einzelnen Betriebskrankenkassen von der Möglichkeit, die Leistungssätze zu gestalten, Gebrauch machen.

Gisela Hinne vom Werksärztlichen Dienst der Westfalahütte bei einer Blutuntersuchung





Ordnung dient der Gesundheit: Fritz Meise sorgt dafür



In der Klimakammer der Westfalahütte: Klimawechsel gegen Krankheiten

Die Badeanstalt der Betriebskrankenkasse der Westfalahütte

Bei neuzeitlichen Heilmethoden spielen Bäder, Bestrahlungen und Massagen eine große Rolle. Die Betriebskrankenkasse der Westfalahütte richtete daher eine Badeanstalt ein, die im Laufe der Zeit mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet wurde. Geschulte Hilfskräfte stehen zur Verfügung, um nach ärztlicher Anweisung anzuwenden, was hier an Heilmethoden sich anbietet: das Stangerbad, Kohlesäurebäder für Nervenranke, Einrichtungen für Unterwassermassagen und eine Sauna, die sich großer Beliebtheit erfreut; Inhalierzellen, Bestrahlungsapparate von der Höhen-sonne bis zu den Infrarot- und Solluxlampen und schließlich auch Kurzwellengeräte. Bemerkenswert ist auch die der werksärztlichen Dienststelle angegliederte Klimakammer. Hier können klimatische Bedingungen geschaffen werden, die denen des Hochgebirges oder der See entsprechen. Besonders bei Keuchhusten, aber auch bei Bronchitis und anderen Erkrankungen der Atemwege werden damit gute Erfolge erzielt.

Die Einrichtungen der Badeanstalt wurden im Monatsdurchschnitt des Jahres 1952 für 4474, 1953 für 3512 Behandlungen in Anspruch genommen. Die Klimakammer wurde im Jahre 1953 in 384 Krankheitsfällen für 3848 Behandlungen benutzt. Mit dem Röntgengerät wurden im selben Jahr 3058 Aufnahmen und 1475 Durchleuchtungen gemacht.

Werksärzte

Drei Werksärzte, drei medizinisch-technische Assistentinnen und 25 Sanitäter und Heilgehilfen sind bei unseren Gesellschaften tätig. Einigen Gesellschaften stehen Vertragsärzte zur Seite. Ihre vordringliche Aufgabe ist die gesundheitliche Betreuung der Belegschaften, um Berufskrankheiten rechtzeitig vorzubeugen. Außerdem nehmen sie Einstellungsuntersuchungen vor und machen Eignungsuntersuchungen in solchen Fällen, wo bestimmte Arbeitsplätze besondere körperliche Anforderungen stellen.

Diese knappe Aufzählung der wichtigsten Aufgaben innerhalb des Arbeitsfeldes unserer Werksärzte bedarf aber einer Ergänzung, um die Vielfalt der Verantwortung deutlich zu machen, die hier wahrgenommen wird. So hat zum Beispiel einer unserer Werksärzte im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres 412 Sprechstundenbehandlungen, 38 Einstellungsuntersuchungen, 29 Nachuntersuchungen und 159 Untersuchungen zur Verhütung von Berufskrankheiten durchgeführt. 34 mal waren Untersuchungen und Gutachten für Erholungskuren und 25 mal für Kinderverschickungen zu machen. Außerdem waren 375 Röntgenaufnahmen, 35 Durchleuchtungen, 682 Laboruntersuchungen und 120 Elektrokardiogramme zu bewältigen.

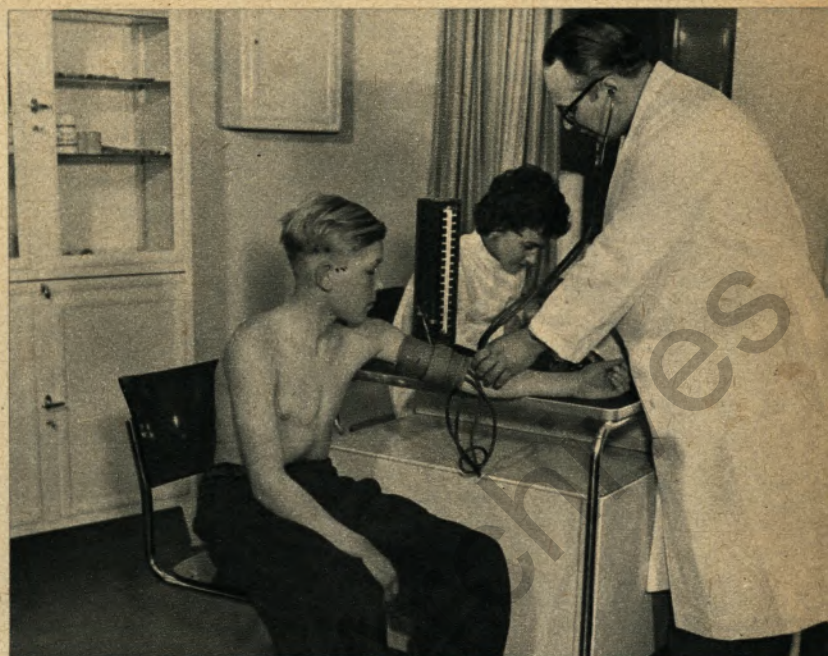
Eine intensive werksärztliche Kontrolle des gesundheitlichen Zustandes unserer Belegschaften hilft immer in doppelter Weise: den Menschen und dem Betrieb. Wenn etwa bei Einstellungsuntersuchungen von 459 Bewerbern 60 (13 Prozent) nach ihrem Gesundheitszustand für den Grubenbetrieb nicht in Frage kommen und also auch nicht angenommen werden, so nützt eine solche Entscheidung selbst dem Abgewiesenen noch, denn sie sichert ihm seine Gesundheit und die Anwendung seiner Arbeitskraft an anderer Stelle und mit besseren Aussichten auf Erfolg. Ein anderes Beispiel: Von 935 Untertagearbeitern, die im zweiten Halbjahr 1954 untersucht wurden, hatten 38 Staubveränderungen zweiten und dritten Grades. Erkannte Veränderungen wurden zum Anlaß genommen, um sie auf andere Arbeitsplätze zu setzen, um das Fortschreiten der Silikose und eine weitere Gesundheitsschädigung zu verhindern. Auf diese Weise bleiben uns tüchtige und erfahrene Arbeiter erhalten; für die Arbeiter selber aber bedeutet die Umsetzung Rettung ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitsfähigkeit.

Der Verband muß sitzen: Wenn Fritz Meise ihn macht, sitzt er auch

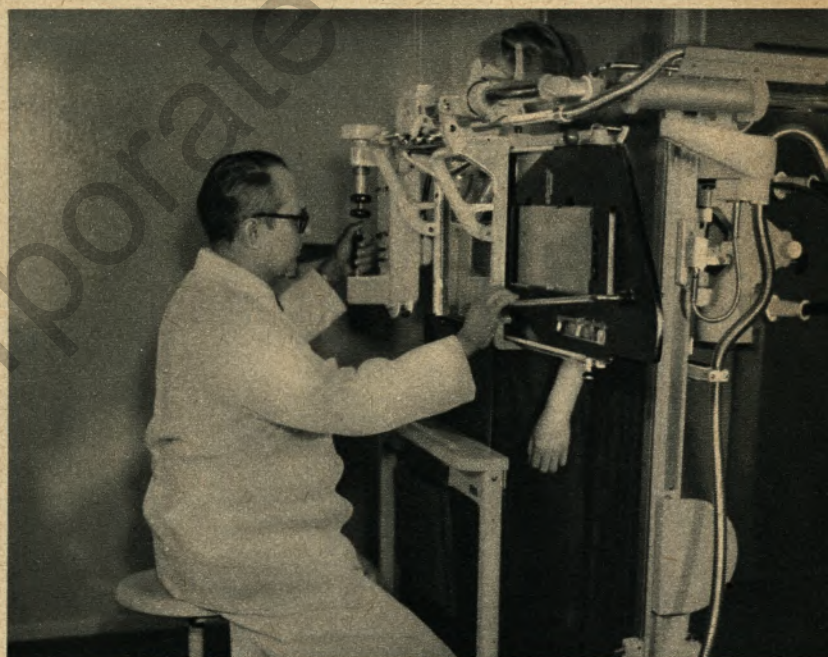




Mit Bädern gegen Krankheiten:
Stangerbad (oben) und Moorbad
(unten rechts) im Gesundheits-
haus der Hoesch Bergwerks AG



Dr. Braun bei einer Anlege-Untersuchung im Gesundheitshaus der Hoesch Bergwerks AG



Der Bergmann braucht eine gesunde Lunge: Hier wird durch Röntgen festgestellt, ob Lungenschäden vorhanden sind

Gesundheitshaus des Bergbaus

Am 1. April 1954 wurde das Gesundheitshaus des Bergbaus für die ärztliche Betreuung der Belegschaften der Zechen Kaiserstuhl Westfeld und Kaiserstuhl Ostfeld eröffnet. Das Gesundheitshaus ist nach den modernsten medizinischen Gesichtspunkten eingerichtet. Eine Röntgenanlage dient der frühzeitigen Feststellung von Silikoseerkrankungen, dem Hauptfeind des Bergmanns. Mit Hilfe der Röntgenkartei, in der alle Aufnahmen gesammelt und ausgewertet werden, wird der Gesundheitszustand der Bergleute laufend überwacht. Inhalationsräume sowie Bäder und Massagen aller Art ermöglichen vorbeugende und heilende Behandlungen.

Röntgen-Reihenuntersuchungen

Als die beste Möglichkeit einer fortlaufenden Überwachung des Gesundheitszustandes der Belegschaftsmitglieder haben sich auch bei uns die Röntgen-Reihenuntersuchungen bewährt. Im Laufe der Geschäftsjahre 1953/54 sind bei der Mehrzahl unserer Gesellschaften solche Reihenuntersuchungen durchgeführt worden. Der Prozentsatz der Mitarbeiter, die sich bei den Gesellschaften der Röntgen-Reihenuntersuchung stellten, schwankt zwischen 66 und 99,4 Prozent. Wie wichtig solche Untersuchungen sind, zeigt das Untersuchungsergebnis.

	1952/53	1953/54
Zahl der Untersuchten	16 384	15 877
Neuerkrankungen	480	598
davon inaktive Lungentuberkulose	216	210
aktive Lungentuberkulose	28	28
Herzschäden oder Staublunge	169	166
Sonstige Erkrankungen	67	198
Altfälle	199	467





Erholung und Urlaub

Wir alle kennen die Belastungen, die das industrielle Arbeitsleben mit sich bringt. Auch da, wo keine Störungen und Krankheiten festzustellen sind, tritt bei den arbeitenden Menschen häufig ein langsamer aber stetiger Abbau der Energiereserven ein. Aus dieser Erfahrung ergibt sich eine vordringliche Aufgabe der betrieblichen Sozialarbeit: zu sorgen, daß die verbrauchten Kräfte rechtzeitig erneuert werden können.

Seit langen Jahren gehen daher eine große Zahl unserer Mitarbeiter, die nach dem Urteil eines Werksarztes oder eines Vertrauensarztes dringend einer Erholung bedürfen, in einen kostenlosen oder stark verbilligten Erholungsurlaub von zehn bis vierzehn Tagen. In den Jahren 1952/53 und 1953/54 waren es jeweils rund 5000 Mitarbeiter. Während bisher die volle Übernahme der Kosten in Pensionen und Heimen überwog, mit denen Pensionsverträge abgeschlossen wurden, nimmt neuerdings die Neigung zu, den Urlaubsort selber nach persönlichem Geschmack zu wählen. Wir fördern diese Neigung, weil es uns wertvoll erscheint, daß gerade unsere jüngeren Mitarbeiter Landschaften und Menschen außerhalb der engeren Heimat kennen lernen und sich auf diese Weise ihre Erfahrungen ganz allgemein erweitern. Es wird in solchen Fällen ein fester Zuschuß zu den nachweisbaren Unterbringungskosten gewährt.

Jugend auf Fahrt und im Lager

Anders als die Erwachsenen wollen junge Menschen ihren Urlaub gestalten. Sie wollen die Welt entdecken, und das Erlebnis von großer Fahrt oder froher Gemeinschaft eines Ferienlagers sind die Ziele ihrer Urlaubswünsche. Wir bemühen uns, diese Wünsche unserer jungen Mitarbeiter nach Kräften zu erfüllen.

An Ferienlagern, die durchschnittlich zwei Wochen dauern, nahmen 1951/52 388 Jugendliche teil, 1952/53 waren es 402 und im folgenden Geschäftsjahr 310. Der Sommer 1952 fand die Lehrlinge der Westfalenhütte auf der Jugendburg Bilstein im Sauerland. Aber der Taten-

durst der Hüttenjugend richtete sich noch auf ganz andere abenteuerliche Ziele. Bis nach Korsika und Nordafrika erstreckten sich ihre Großfahrten, die mit unvergeßlichen Erlebnissen angefüllt waren.

Die Hohenlimburger Walzwerke führten in den Jahren 1951/52 und 1952/53 Ferienlager für Lehrlinge und Jugendliche in den Nordseebädern Juist und Borkum durch. 89 und im zweiten Jahr 160 Lehrlinge und Ausbilder nahmen daran teil. Die Schmiedag schickte 1953/54 23 Lehrlinge in Ferienlager nach Hörnum auf Sylt. Andere Gesellschaften gewährten Zuschüsse zur Teilnahme an Lagern der verschiedenen Jugendverbände.



Kinder- und Müttererholung

Aber nicht nur unsere Mitarbeiter selbst bedürfen der Erholung. Ihre Kinder wachsen nicht selten unter äußerst schwierigen Verhältnissen auf, die einer gesunden Entwicklung nicht förderlich sind. Darum gilt auch ihnen unsere Sorge. Bei der großen Zahl können wir allerdings nur diejenigen berücksichtigen, die uns der Arzt als besonders erholungsbedürftig nennt. Ebenso stehen Erholungsmöglichkeiten

für überbeanspruchte Mütter in beschränktem Umfang und unter Berücksichtigung besonderer Umstände zur Verfügung. Immerhin konnten wir 1951/52 rund 540 Müttern und Kindern einen Erholungsaufenthalt bieten. 1952/53 und 1953/54 waren es 696 und dann 682 Mütter und Kinder, denen die Werke helfen konnten, zu einem Erholungsaufenthalt zu kommen.





„Werk und wir“

Im Juli 1953 – ein Jahr nach der Gründung der Hoesch Werke Aktiengesellschaft – erschien das erste Heft unserer Werkzeitschrift. 1925 hatte Hoesch bereits eine Werkzeitschrift herausgegeben, die den Titel „Schacht und Hütte“ trug und bis gegen Ende des Krieges erschien. Es gab eine Menge guter Gründe, nach der Neugründung unserer Gesellschaft wieder eine Werkzeitschrift herauszugeben; aber ebenso gab es Gründe, einen neuen Titel zu wählen. Wir nannten die Werkzeitschrift der Hoesch Werke AG „Werk und wir“, weil wir es für ihre Aufgabe halten, das Verbindende zwischen dem „Werk“ und dem „Wir“ herauszustellen und die neuen Zusammenhänge in den Beziehungen von Unternehmensleitung und Belegschaft aufzuzeigen. Das scheint uns nicht zuletzt deshalb notwendig, weil Mitbestimmung und Mitverantwortung alle Mitarbeiter unseres Unternehmens zwingen, sich in ganz neuer Weise mit dem „Werk“ zu beschäftigen. Unternehmensleitung und Betriebsräte haben daher auch die Herausgabe der Zeitschrift begrüßt und an ihrer Entwicklung stets Anteil genommen.

„Werk und wir“ berichtet über das, was in unserem Betrieb geschieht über die vielfältigen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen, Anstrengungen und Entwicklungen unserer Gesellschaften. Aber auch Fragen des staatsbürgerlichen Lebens werden behandelt; es erscheinen Berichte über bedeutsame Tagungen und Kongresse; Anregungen für die persönliche Lebens- und Freizeitgestaltung unserer Mitarbeiter werden gegeben, und es kommen alle Fragen zur Sprache, wie sie etwa mit der Unfallverhütung oder dem Vorschlagswesen oder der Verbesserung der menschlichen Beziehungen zusammenhängen.

Mit besonderer Sorgfalt werden die Bilder ausgewählt und gestaltet, die das geschriebene Wort anschaulich machen. Jedes Heft erscheint

in farbigem Gewand und enthält mehrere Farbseiten im Inneren. Große Aufmerksamkeit widmen wir der graphischen Gestaltung, damit der Leser von der Aufmachung her schon darauf angesprochen wird, wie wichtig *seine* Zeitschrift für ihn ist. „Werk und wir“ hat sich inzwischen bei unseren Belegschaftsmitgliedern und Pensionären eingebürgert. Niemand will auf sie verzichten, und jedermann erwartet, daß sie pünktlich in seine Hände kommt. Durch Gespräche mit den Betriebsräten und mit Verbindungsleuten zur Redaktion geben wir uns alle Mühe, festzustellen, was gefällt, erfreut, interessiert und welche Wünsche berücksichtigt werden wollen.

„Werk und wir“ erhalten übrigens nicht nur die Belegschaften und Pensionäre unserer Gesellschaft, sondern auch etwa 6000 Geschäftsfreunde in aller Welt, Wirtschaftsverbände und Hochschulen, die Gewerkschaften, die diplomatischen Vertretungen im In- und Ausland. Auch eine stets wachsende Zahl unserer Aktionäre hat „Werk und wir“ angefordert.

So erfüllt „Werk und wir“ wichtige Aufgaben der öffentlichen Meinungspflege, indem es über unsere Arbeit berichtet, über unser Wollen aufklärt und die Stellung deutlich macht, die wir innerhalb der Montanindustrie und innerhalb unserer Volkswirtschaft einnehmen. Um diese Aufgaben wirklich zutreffend erfüllen zu können, rufen wir auch an dieser Stelle alle Mitglieder unserer Werke auf, mit Anregung, Hinweis oder Kritik zu helfen, daß „Werk und wir“ noch besser wird, noch nützlicher, noch interessanter und noch schöner. Den Aktionären aber und den Freunden des Hauses, denen diese Sonderausgabe der Werkzeitschrift gefallen hat, wollen wir gern – auf Anforderung – auch die späteren Ausgaben senden. (Siehe Bestellkarte zwischen Seite 126 und Seite 127)



Gratifikationen und Geldzuwendungen aus besonderen Anlässen



Nicht alle betrieblichen Sozialleistungen kommen jedem unserer Mitarbeiter zugute. An der Weihnachtsvergütung aber haben alle in gleicher Weise Anteil; Unterschiede ergeben sich nur, weil die Zahl der Kinder bei der Verteilung des Weihnachtsgeldes in fast allen unseren Gesellschaften berücksichtigt wird. Für die Weihnachtsvergütungen wurden in den letzten Jahren jeweils 4 Prozent der Jahreslohn- und Gehaltssumme aller Werke bereitgestellt und ausbezahlt. Auch unsere Pensionäre und die Witwen von Belegschaftsangehörigen wurden dabei angemessen bedacht.

Es sind beachtliche Aufwendungen, die da in jedem Jahr zu Weihnachten an die Mitglieder unserer Werke ausgeschüttet werden: im Geschäftsjahr 1951/52 waren es 4,9 Millionen DM, 1952/53 rund 6,9 Millionen DM und 1953/54 über 7,1 Millionen DM.

Unsere Jubilare erhalten nach einer für alle Gesellschaften gültigen Regelung Geldgeschenke, die sich nach den Dienstjahren bei den Hoesch-Gesellschaften richten. Die Aufwendungen hierfür betrugen:

im Geschäftsjahr 1951/52	731 030,- DM
im Geschäftsjahr 1952/53	897 218,- DM
im Geschäftsjahr 1953/54	471 709,- DM

Altersversorgung

Die Sorge für den arbeitenden Menschen darf nicht dann enden, wenn er nach langen Jahren treuer Werkszugehörigkeit nicht mehr arbeiten kann oder jüngeren Kräften Platz machen muß. Solange die Sicherung des Lebensabends durch die öffentliche Sozialpolitik nicht befriedigend gelöst ist, muß es Aufgabe des Betriebes sein, seinen langjährigen treuen Mitarbeitern die Sorge des Alters abzunehmen oder mindestens zu erleichtern. Das gleiche gilt für solche Mitarbeiter, die wegen dauernder Invalidität aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen.

Pensionsordnung

Einsichten solcher Art waren es, die bei Hoesch schon frühzeitig eine zusätzliche Altersversorgung entstehen ließen. Sie hat sich besonders in der schlimmen Notzeit nach der Inflation der zwanziger Jahre bewährt. Die Anfänge einer Altersversorgung reichen bis in das Jahr 1886 zurück. Am 3. Juli 1953 wurde eine neue Pensionsordnung eingeführt, die die bisherige Regelung wesentlich verbesserte. Diese Pensionsordnung beruht auf den Vorschlägen der Stahltreuhändlervereinigung; sie gewährt Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten nach einer Werkszugehörigkeit von mindestens 10 Jahren. Die Rente setzt sich aus dem Grundbetrag von 20,- DM (auf ihn besteht nach 10 anrechnungsfähigen Dienstjahren ein Anspruch) und jährlichen Steigerungsbeträgen zusammen, die je nach Einkommen 2,- DM oder 2,50 DM betragen. Zur Zeit liegt die monatliche Durchschnittsrente für unsere Arbeiter bei 44,05 DM. Bei jeder Gesellschaft wurde ein Pensionsausschuß gebildet, der die Renten festzusetzen und in allen Fragen zu entscheiden hat, die sich aus der Auslegung oder Handhabung der Pensionsordnung ergeben.

Berufungsinstanz für das gesamte Unternehmen ist eine Pensions-schlichtungsstelle, der als Vertreter der Vorstände und Geschäftsführungen Gubitz (Westfalenhütte) und Schneider (Maschinenfabrik Deutschland), für die Betriebsvertretungen Sander (Westfalenhütte) und Turck (Schmiedag) sowie als Vorsitzender der Schlichtungsstelle und zugleich für den Vorstand der Hoesch Werke AG Dr. Koch angehören. Neben der Entscheidung über Einsprüche hat die Pensions-schlichtungsstelle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu behandeln und Richtlinien zur einheitlichen Durchführung der Pensionsordnung aufzustellen.



Pensionär Borchers schmeckt die Pfeife: Verdienter Ruhestand nach jahrzehntelanger Tätigkeit bei Hoesch

Die Zahl der Pensionäre (einschließlich Witwen und Waisen) betrug bei allen unseren Gesellschaften (außer Bergbau)

	insgesamt	davon	
		Arbeiter	Angestellte
im Geschäftsjahr 1951/52	3120	2353	767
im Geschäftsjahr 1952/53	3511	2524	766
im Geschäftsjahr 1953/54	3813	3043	770

An Ruhegeldern wurden insgesamt ausbezahlt (ohne Bergbau)

im Geschäftsjahr 1951/52	3 183 137,- DM
im Geschäftsjahr 1952/53	3 511 638,- DM
im Geschäftsjahr 1953/54	3 960 449,- DM

Regelung der Invalidenfrage beim Bergbau

Um die ständig steigende Zahl von Invaliden im Bergbau zu vermindern und gerade diesen Betriebsangehörigen gegenüber, die ihre Gesundheit meist nach jahrzehntelanger Mitarbeit bei einem Betriebsunfall oder durch Silikose eingebüßt haben, die betriebliche Treuepflicht zu halten, ist es im Geschäftsjahr 1953/54 zu einer Vereinbarung zwischen dem Vorstand und der Betriebsvertretung der Bergwerksgesellschaft über das Ausscheiden aller Invaliden gekommen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und eine Rente von mindestens 160,- DM beziehen. Diesen Invaliden wird ein einmaliges Abkehrgeld von 500,- DM und ein monatlicher Werkszuschuß bis zu einem Gesamteinkommen (einschließlich Rentenbezüge) von monatlich 260,- DM gezahlt. Auf Grund dieser Vereinbarung sind bis zum 30. September 1954 insgesamt 256 Invaliden ausgeschieden.



Werksfürsorge

Beim Eintritt in das Werkstor legt der Mitarbeiter sein privates Leben und Denken nicht ab wie einen Mantel, er bleibt auch bei der Arbeit immer der ganze Mensch mit seinen Bedrängnissen und Sorgen. Darum ist es wichtig, daß der Betrieb Einrichtungen hat, bei denen persönliche Anliegen und Schwierigkeiten jederzeit vorgebracht und

Rat und Hilfe eingeholt werden können. Dieser Aufgabe widmet sich unsere Werksfürsorge mit ihren tüchtigen Fürsorgerinnen. Sie verfügen über Erfahrungen und genügend Menschenkenntnis, um zur rechten Zeit und in der rechten Weise mit Rat und Tat zu helfen, wo immer es nötig ist. Dabei sind sie sich jedoch stets der Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten bewußt, die es verbieten, sich ungebeten und ungerufen in den privaten Lebensbereich der Angehörigen unserer Belegschaften zu mischen. Die Werksfürsorge soll nur eingreifen, wenn ihre Hilfe gewünscht und gesucht wird. – Im Bereich unserer Gesellschaften sind acht Fürsorgerinnen und fünf Praktikantinnen tätig, die im Jahresdurchschnitt etwa 1600 Hausbesuche machten.

Kindergärten

Die Sorge für Kinder von Belegschaftsangehörigen, deren Mütter berufstätig sind, steht im engen Zusammenhang mit den Aufgaben der Werksfürsorge. Bei der Hütte und in Hohenlimburg wurden Kindergärten eingerichtet, in denen die Kleinen der Obhut erfahrener Kindergärtnerinnen anvertraut sind.

Die Kindererholungsanlage der Westfalahütte hat einen Kindergarten für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und einen Hort für Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahren. 60 Kinder treiben da, 100 ältere Kinder hier ihr Wesen. Rund 90 Kinder sind tägliche Gäste des Kindergartens der Hohenlimburger Walzwerke.



So gefällt es den Kindern: Basteln, Musizieren und Spielen in den Hoesch-Anlagen, und nachher schmeckt's...



Beihilfen in Notfällen

In Fällen unverschuldeter Not hält das Werk es für seine Pflicht, die Verbundenheit mit dem Wohl und Wehe seiner Belegschaftsangehörigen durch Anteilnahme und Hilfe zu beweisen. Hier haben Werksfürsorge und Betriebsvertretung eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, um Hilfe in richtiger und angemessener Weise zu leisten. Wie sehr sich das Unternehmen dabei materiell verpflichtet, zeigt sich an den Unterstützungen, die bei Krankheiten und in Notfällen verfügbar gemacht wurden:

im Geschäftsjahr 1951/52	278341,- DM
im Geschäftsjahr 1952/53	211519,- DM
im Geschäftsjahr 1953/54	895014,- DM

In diesem Betrag sind auch Notlageunterstützungen an die Witwen jener gefallenen oder vermißten Belegschaftsmitglieder enthalten, die nur kurze Zeit den Werken angehörten und daher nicht rentenberechtigt waren.

Spareinrichtungen der Belegschaft

In der Einrichtung von Spar- und Unterstützungskassen, in denen sich der Selbsthilfegedanke der Belegschaften ganz besonders auszeichnet, habe wir an der bestehenden Vielfalt niemals gerührt. So bestehen bei der Hauptverwaltung und bei der Hoesch Export GmbH Feriensparkassen, zu denen Zuschüsse geleistet werden und an denen sich 90 Prozent der Belegschaft beteiligen. Beim Bergbau fließen nicht abgehobene Löhne, nicht ausgelöhte Pfennige und Bußgelder in eine Arbeiterunterstützungskasse, aus der in Krankheits- und Notfällen Beihilfen gezahlt werden.

Bei der Westfalenhütte ist das Kartoffel-, Kohlen- und Urlaubssparen eingeführt worden. Für diese Zwecke können jährlich bis zu 400,- DM gespart werden. Am Urlaubssparen beteiligen sich 31,5 Prozent der Belegschaftsmitglieder, am Einkellerungssparen 25,7 Prozent der Arbeiter und Angestellten.

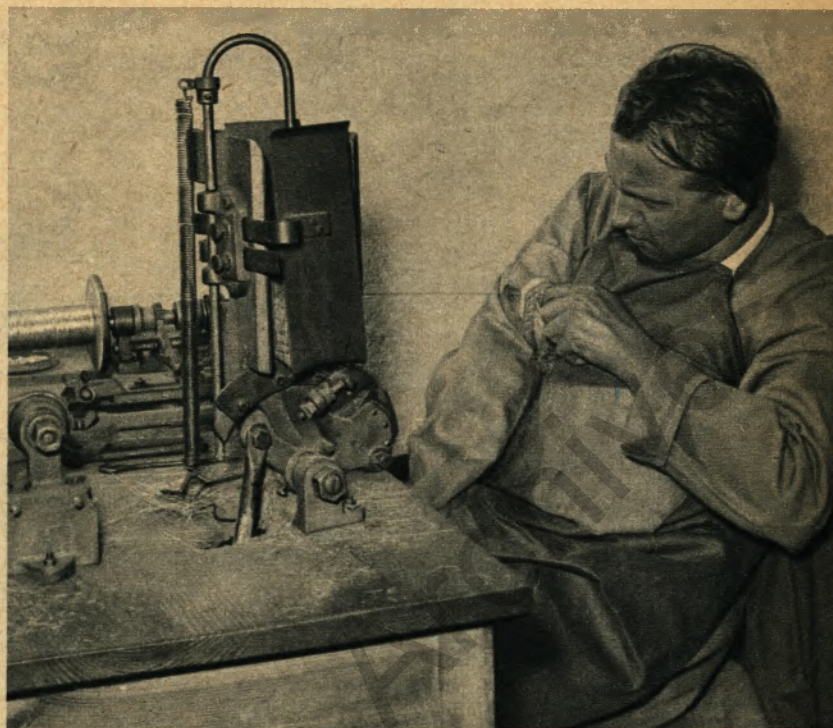
In Hohenlimburg gibt es eine Belegschaftskasse, in die 0,5 Prozent vom Lohn oder Gehalt freiwillig eingezahlt werden. Die Kasse gewährt Beihilfen für Kuraufenthalte und bei Krankheitsfällen, wobei 50 Prozent von der Firma beigesteuert werden. Außerdem wird aus diesen Mitteln jedem zehnten Mitglied der Belegschaft ein vierzehntägiger Erholungsurlaub gewährt. Daneben besteht noch eine Notgemeinschaft, die beim Tod eines Belegschaftsmitgliedes oder bei Todesfällen in seiner Familie hilft. Bei der Schmiedag besteht eine Unterstützungskasse, die Zuschüsse zum Krankengeld oder Sterbegeld für den Versicherten und seine Angehörigen zahlt. Ähnliche Einrichtungen haben auch die kleinen Gesellschaften wie die Hiltruper Röhrenwerke.

Belegschaftseinrichtungen

Sozialwerkstätten

Um unseren Schwerbeschädigten und Invaliden eine Möglichkeit produktiver Betätigung zu bieten, haben wir bei der Hütte und in Hohenlimburg Sozialwerkstätten eingerichtet. Die Westfalenhütte beschäftigt in ihnen durchschnittlich 129 Belegschaftsmitglieder, von denen 52 in der Werkstatt als Schneider, Schlosser, Bürstenmacher und Handschuhmacher und 77 in anderen Abteilungen, als Kauenwärter, Wächter, Boten und Hilfsarbeiter tätig sind.

In Hohenlimburg wurde am 1. Januar 1952 eine Sozialwerkstatt eingerichtet, die soweit wie möglich durch Vergabe von Betriebsaufträgen in den Produktionsprozeß eingeschaltet ist.



Eine speziell für den kriegsblinden und armamputierten Fritz Nickel der Sozialwerkstätte der Westfalenhütte konstruierte Maschine erleichtert ihm die Arbeit

Der kriegsblinde Johannes Kutz der Sozialwerkstätte der Westfalenhütte beim Korbflechten





Eine Lesestunde im Wohnheim der Hoesch Bergwerks AG



Der Belegschaftsraum der Trierer Walzwerk AG in Wuppertal-Langerfeld

So gefällt es den Jungen: Bücherstöbern in der Werksbücherei der Westfalenhütte



Werksküche

Unsere größeren Gesellschaften bieten denjenigen ihrer Belegschaftsmitglieder, die zum Mittagessen nicht nach Hause gehen können, eine verbilligte Mahlzeit. Diese Einrichtung wird stark in Anspruch genommen; im Gästehaus der Westfalenhütte sind im Jahre 1953/54 allein rund 336 000 Mittagessenszeiten eingenommen worden. In Hohenlimburg werden täglich bis zu 200, bei der Schmiedag 300 und beim Trierer Walzwerk 245 Mittagessen ausgegeben.

Wohnheim des Bergbaus

Die Arbeitslage im Bergbau macht es nötig, Bergleuten, die ledig sind oder vorübergehend von ihren Familien getrennt leben müssen, eine Umgebung zu schaffen, in der sie sich außerhalb der Arbeitszeit wohlfühlen können. Im Jahre 1953 wurde daher an Stelle verschiedener Behelfsheime ein Wohnheim an der Derner Straße für Bergleute eröffnet. Das Heim hat neben dem Wirtschaftsgebäude mit Speisesaal, Leseraum und Kantine ein Waschhaus und acht Wohngebäude. 410 Mann können hier zu sehr günstigen Bedingungen untergebracht werden. Die Heimordnung läßt den Bewohnern größtmögliche Freiheit und fördert die Entwicklung einer privaten Sphäre.

Jugendheim der Westfalenhütte

Um unserer Jugend einen Bereich zu geben, der ihr zur gemeinsamen Gestaltung ihrer Freizeit zur Verfügung steht, hat die Westfalenhütte im Juni 1954 ein dreiräumiges Heim für ihre jungen Mitarbeiter errichtet, das zugleich allen Jugendlichen des Hoeschviertels offensteht. Es ist der Jugend selbst überlassen, in diesem Heim ein Eigenleben zu gestalten und zu entwickeln. Es bildeten sich die verschiedenartigsten Interessengruppen, die sich in eigener Verantwortung zu sinnvollem Tun – sei es Musik, Spiel oder Diskussion – zusammenfanden.

Bücherei

Unsere Werksbüchereien, die zumeist aus technischen Handbüchereien entstanden sind, wollen ihren Lesern nicht nur Wissensstoff zu ihrer beruflichen Fortbildung bieten, sondern sie pflegen daneben auch die gute Unterhaltungsliteratur. Der Bücherbestand wird laufend ergänzt, und eine ganze Reihe von Zeitschriften liegt zur Einsichtnahme aus. Eifrige Benutzer unserer Büchereien sind auch Kinder und Jugendliche, deren Interessen und Bedürfnisse mit der allergrößten Aufmerksamkeit und Sorgfalt gepflegt und gefördert werden. Wir haben hier eine höchst wirksame Möglichkeit, junge Menschen frühzeitig mit guter Literatur in Kontakt zu bringen. Der Bestand der Bücherei der Bergwerksgesellschaft zählt fast 2260 Bände, die der Westfalenhütte rund 16000, die der Hohenlimburger Walzwerke 1700 Bände. Bei der Bücherei der Bergwerksgesellschaft sind 726 Leser, bei der der Westfalenhütte 7435 und bei der der Hohenlimburger Walzwerke 800 eingetragen, und im Monatsdurchschnitt werden bei diesen drei größten Büchereien unserer Werke zusammen rund 7500 Bände ausgeliehen (bei der Bergwerksgesellschaft 1150, bei der Westfalenhütte 5140 und bei den Hohenlimburger Walzwerken 1170 Bände).

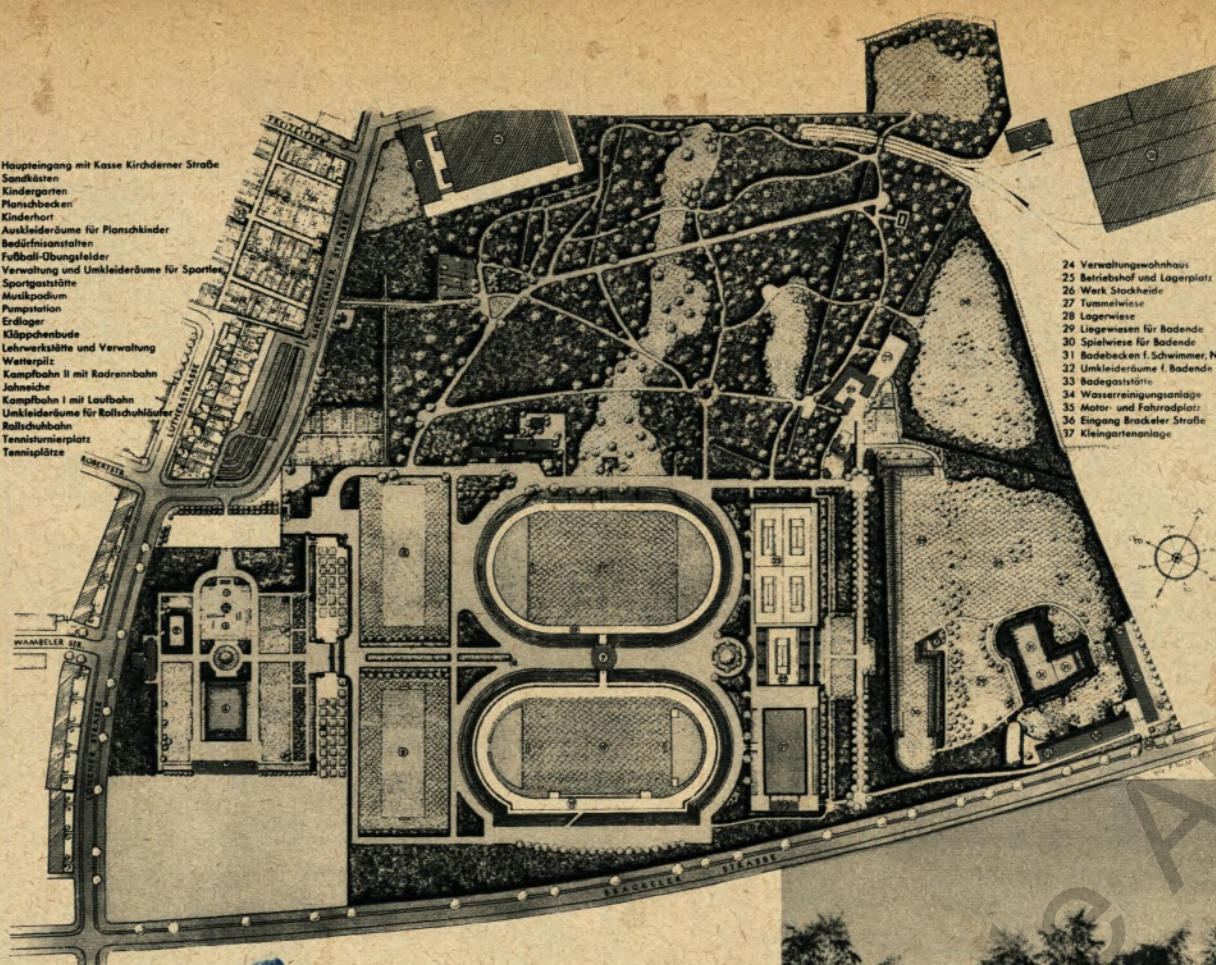






- 1 Haupteingang mit Kasse Kirchderner Straße
- 2 Sandkästen
- 3 Kindergarten
- 4 Planschbecken
- 5 Kinderhort
- 6 Umkleieräume für Planschbecken
- 7 Bedürfnisanstalten
- 8 Fußball-Übungsplatz
- 9 Verwaltung und Umkleieräume für Sportler
- 10 Sportgaststätte
- 11 Musikpodium
- 12 Pumpstation
- 13 Erdlager
- 14 Klippchenbude
- 15 Lehrwerkstätte und Verwaltung
- 16 Wetterplatz
- 17 Kampfbahn II mit Radrennbahn
- 18 Jahnschule
- 19 Kampfbahn I mit Laufbahn
- 20 Umkleieräume für Rollschuhfahrer
- 21 Rollschuhbahn
- 22 Tennisturnierplatz
- 23 Tennisplätze

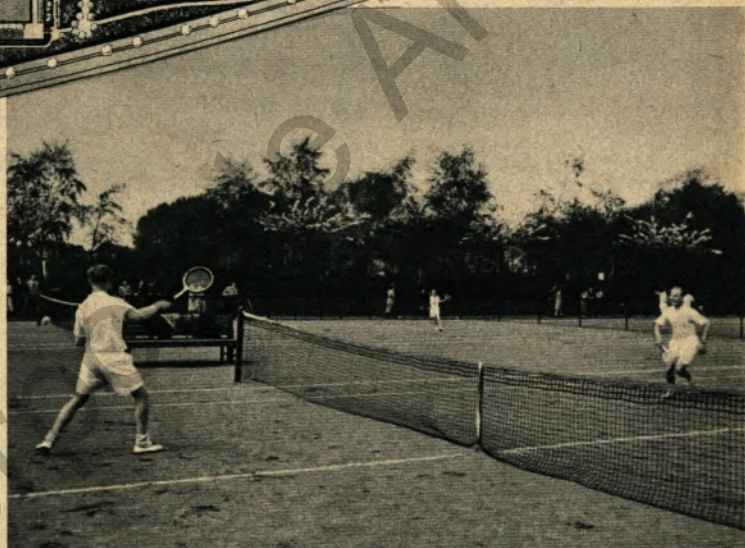
- 24 Verwaltungswohnhaus
- 25 Betriebshof und Lagerplatz
- 26 Werk Stockheide
- 27 Tummelwiese
- 28 Lagerwiese
- 29 Liegewiese für Badende
- 30 Spielwiese für Badende
- 31 Badebecken f. Schwimmer, Nichtschw. u. Kinder
- 32 Umkleieräume f. Badende
- 33 Badegaststätte
- 34 Wasserreinigungsanlage
- 35 Motor- und Fahrradplatz
- 36 Eingang Brackeler Straße
- 37 Kleingartenanlage



Hoesch-Anlage

Mitten im dichtesten Industrieviertel Dortmunds ist die Hoesch-Anlage ein Anziehungspunkt für groß und klein geworden. Besonders die Kinder tummeln sich mit Vergnügen in der eigens für sie angelegten Kindererholungsanlage. Bis zu 2000 Kinder bevölkern an schönen Tagen das Planschbecken, die Spielwiese mit den Turngeräten und die Sandkästen. Das im Jahre 1952 eröffnete Freibad mit einer modernen Wasserumwälzungsanlage zählt im Sommer täglich bis zu 6500 Besucher. Auf der großen Kampfbahn können Rad- und Motorradrennen veranstaltet werden. Vier Tennisplätze und ein Tennisturnierplatz sowie eine Rollschuhbahn laden alle Freunde dieser Sportart zum Training ein. Im freundlich ausgestatteten Sportlerheim gibt es einen kühlen Trunk nach heißem Kampf und Spiel. Die Sportanlagen stehen übrigens auch den Dortmunder Schulen zur Verfügung.

Zu sportlicher Betätigung, wie Leichtathletik, Schwimmen, Fußball oder Tischtennis gibt auch das Trierer Walzwerk mit einem eigenen Schwimmbad und einem eigenen Sportplatz Gelegenheit. In Hilstrup besteht eine Fußballabteilung. Bei den anderen Gesellschaften werden vielfach Zuschüsse an solche Sportvereine gegeben, zu deren Mitgliedern eine größere Zahl aus unserer Belegschaft gehören.





Neuerrichtete Wohnhäuser für Belegschaftsmitglieder der Maschinenfabrik Deutschland AG an der Mallinckrodtstraße in Dortmund



„Am Sonnenberg“ in Hohenlimburg hat ein Teil der Belegschaft der Hohenlimburger Walzwerke sein Heim gefunden

Siedlungshäuser in der Springorum-Siedlung Dortmund-Kirchderne



Wohnungsbau

Ein großer Teil unseres Wohnungsbestandes war den Kriegseinwirkungen zum Opfer gefallen. Am Ende des Krieges verfügten die heute zum Kreis der Hoesch Werke gehörenden Gesellschaften noch über 3768 Wohnungen, 2479 waren zerstört oder unbewohnbar geworden. Von den 3768 Wohnungen entfielen auf die Westfalenhütte 1059 Wohnungen, 1781 gehörten zur Hoesch Bergwerks-AG und 928 Wohnungen besaßen unsere Verarbeitungsgesellschaften.

Nach der Währungsreform galt dem Wohnungsbau besonderes Augenmerk. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden zunächst die beschädigten Häuser und dann auch die zerstörten Häuser wiederaufgebaut. Besonders der Bergbau war darauf angewiesen, neuen Wohnraum zu schaffen, weil neu eingestellte Bergleute nur gehalten werden können, wenn ihnen eine Wohnung beschafft wird.

Den Wohnungsbau unserer Gesellschaften führt zu einem großen Teil unsere eigene Wohnungsbaugesellschaft, die „Westfalia“, durch. In all den Jahren sind auch in angemessenem Umfang Siedlerstellen und Eigenheime geschaffen worden. In den letzten Jahren hat unter Ausschöpfung der steuerlichen Möglichkeiten auch der Anteil der werksgeförderten Wohnungen erheblich zugenommen.

Das Ergebnis aller dieser Anstrengungen ist recht erfreulich; am 30. September 1954 betrug der Wohnungsbestand unserer Gesellschaften:

werkseigene Wohnungen	4449
werksgebundene Wohnungen	5316
gesamt	9765

In die werksgebundenen Wohnungen sind 456 Eigenheime und 435 Siedlerhäuser mit eingerechnet.

An Darlehen nach § 7c EStG gewährten wir in den Geschäftsjahren 1952/53 und 1953/54 13,58 Millionen DM.

Kulturelle Veranstaltungen



Vermittlung und Pflege kultureller Werte sind sicher nicht in erster Linie Sache des Betriebes. Dennoch sind hier gerade von einem modernen Werk der Großindustrie Aufgaben und Interessen in wachsendem Umfange wahrzunehmen, die sich daraus ergeben, daß bei der allgemeinen Veränderung des Charakters der industriellen Arbeit sich neue geistige und kulturelle Ansprüche bemerkbar machen.

Darum ermöglichen wir unseren Belegschaftsmitgliedern den Besuch kultureller Veranstaltungen, und wir unterstützen alle Bestrebungen zu musischer Betätigung innerhalb der Belegschaft. Bei vielen Gesellschaften bestehen Werkchöre und Werkorchester, deren Konzerte sich allgemein großer Beliebtheit erfreuen.

Die Wirkung sozialer Maßnahmen läßt sich kaum in Zahlen ausdrücken. Man kann also dem Sozialaufwand keinen meßbaren Ertrag gegenüberstellen. Der Sinn dieses Rechenschaftsberichtes konnte es lediglich sein, einen Überblick über die Tätigkeit unseres Unternehmens auf sozialem Gebiet zu geben und damit die Bedeutung aufzuzeigen, die man bei uns allen den Fragen beimißt, die das Wohl arbeitender Menschen angehen. Der Erfolg aller geschilderten Maßnahmen ist weitgehend abhängig von der Aufnahme, die sie bei unseren Mitarbeitern finden. Wir sind der Meinung, daß alles darauf ankommt, unsere Belegschaften durch ihre gewählten Vertreter an der Planung und Durchführung aller sozialen Maßnahmen zu beteiligen. Dadurch soll das Gefühl einer karitativen Betreuung seitens des Betriebes beseitigt, dagegen aber das Bewußtsein eines natürlichen Anspruchs auf menschenwürdige Behandlung und Berücksichtigung der menschlichen Belange durch den Betrieb gestärkt werden. Darüber hinaus begrüßen und fördern wir alle Bestrebungen, die aus der Belegschaft selbst erwachsen, soziale Probleme auf dem Wege der Selbsthilfe anzupacken. Denn wir sehen darin eine Stärkung des Bereichs der Eigenverantwortung, die uns gerade heutzutage notwendig erscheint.

Über der materiellen Seite einer sozialen Betriebsführung darf jedoch die ideelle nicht vergessen werden. Wir sind uns im klaren darüber, daß auch noch so hohe Aufwendungen für die besten sozialen Zwecke nur wenig nützen, wenn unsere Mitarbeiter nicht gerade bei ihrer Arbeit als Menschen geachtet und behandelt werden. Darum versäumen wir keine Gelegenheit, auf den Wert guter menschlicher Beziehungen am Arbeitsplatz hinzuweisen. Wir sind bestrebt, den Vorgesetzten aller Stufen, die im täglichen Umgang mit ihren Mitarbeitern viel zu einer Vermenschlichung des Arbeitslebens beitragen können, die Bedeutung und Notwendigkeit grundlegender Kenntnisse auf dem Gebiet der Menschenbehandlung und Menschenführung nahezubringen. Gerade hier muß jedoch betont werden, daß das Wissen um die Bedeutung dieser Fragen allein nicht genügt. Nur wer sich persönlich verantwortlich fühlt für das Wohl seiner Mitarbeiter und ihnen mit dem Herzen zugetan ist, kann dazu beitragen, daß aus bloßen Lohnempfängern Mitarbeiter werden, die sich dem Werk in guten und bösen Tagen verbunden fühlen und ihre Arbeit als notwendigen Beitrag zum Gelingen des Ganzen betrachten.

Fortschritte in solchen Bemühungen geben uns die sichere Überzeugung, daß die Hoesch Werke AG für ihren Teil und in ihrem Bereich sich auf dem rechten Wege befindet, nicht nur mit den technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen, sondern auch mit den sozialen Fragen fertig zu werden, die diese Zeit stellt und die in ihr richtig beantwortet werden müssen.

Bild oben: Bei den Ruhrfestspielen 1953 sahen wir in der „Jungfrau von Orléans“ Antje Weisgerber und Martin Benrath.

Bild unten: „Turandot“-Aufführung; Ruhrfestspiele 1953 in Recklinghausen.



HOESCH

*Wachsen
und Werden*





Wappen der Familie Hoesch

Wer die Entwicklung eines Unternehmens wie Hoesch schildern will, kann sich nicht darauf beschränken, ein paar Daten zu nennen. Er darf nicht nur aufzählen, wann diese oder jene Werksanlage entstanden ist, wann sie verändert, vergrößert, neuentwickelt, zerstört oder

wiederaufgebaut wurde. Es genügt nicht, darzustellen, wann etwa weiterverarbeitende Betriebe hinzugekommen sind und wie sich die Erzeugungs- und Umsatzzahlen entwickelt haben. Sicherlich ergäbe solche Aufzählung eine Geschichte der Hoesch Werke; aber mehr noch als die Frage nach dem „Wie“ einer Entwicklung stellen wir immer die Frage nach dem „Warum“.

Warum ist Hoesch in knapp 90 Jahren zu einem so vielgestaltigen und doch organischen Unternehmen der Montanindustrie gewachsen und zusammengewachsen? Welche Antriebskräfte bestimmten die Entwicklung? Wer waren die Männer, die mit Fleiß, Tatkraft und Ausdauer an diesem Werk bauten? Auf alle diese Fragen gilt es eine Antwort zu finden.

Zeichnen wir mit wenigen Strichen ein Bild des Jahrhunderts, in dem Hoesch aus den kleinen Anfängen einer Eisenhütte in der Eifel in die Reihe der großen Montanunternehmen hineinwuchs. Zu kaum einer Zeit der deutschen Geschichte häuften sich gesellschaftsumbildende Ereignisse wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art so, wie in diesem neunzehnten Jahrhundert, in dem am 1. September 1871 das Eisen- und Stahlwerk Hoesch gegründet wurde. Staatspolitisch kennzeichnend ist für dieses Jahrhundert der Durchbruch des demokratischen Gedankens in Deutschland (Paulskirche 1848) und die Einigung der deutschen Stämme und Länder, die 1871 zur Gründung des Zweiten Reiches führte. Wirtschaftspolitisch war die deutsche Einigung 1833/34 durch die Gründung des „Zollvereins“ vorbereitet worden; die zunehmende Industrialisierung – ein Ergebnis naturwissenschaftlicher Forschung, der Erfindung und der Entwicklung von Großmaschinen und des Aufblühens des Verkehrswesens (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) – beeinflusst als zweite Tatsache die Wirtschaftspolitik zwischen 1800 und 1900. Diese Industrialisierung führte auch zu tiefgreifenden Umwandlungen der gesellschaftlichen und sozialen Ordnung und läßt nach Lösung der durch sie entstehenden „sozialen Frage“ suchen.

Eisenwerker seit Jahrhunderten

Auf diesem Hintergrund zeichnet sich die Gründung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch am 1. September 1871 ab, mit der „die Hoeschs“ in Dortmund eine bereits durch Jahrzehnte und Jahrhunderte bewahrte Tradition als Eisenwerker fortführen. Die Geschichte der Familie Hoesch und zwar jenes Familienzweiges, den wir zu den Vorfahren unserer Werksgründer zählen, ist, soweit wir sie zurückverfolgen können, immer eng mit der Eisenindustrie verknüpft gewesen. Bereits in der Zeit des 30jährigen Krieges (1618–1648) spielen „die Hoesch“ in der Eisenindustrie der Eifel eine führende Rolle. Das Gebiet an der Roer, an der Urft, am Vicht-, Wehe- und Callbach war schon im Mittelalter, ja sogar in der Römerzeit, als Standort der Eisenindustrie bekannt. Alles, was in früheren Zeiten für die Eisenerzeugung benötigt wurde, fand sich hier: Wasserläufe mit starkem Gefälle als Antrieb, Erzvorkommen und Walddreichtum, der die notwendige Holzkohle lieferte. Bereits in den Anfängen des 17. Jahrhunderts betrieb Jeremias Hoesch hier im Vichttal eine Eisenhütte. Eberhard Hoesch, geboren 1756, erbaute am Callbach in der Eifelgemeinde Montjoie (Monschau) einen Hochofen und einen Hammer. Er gab dem Unternehmen den Namen: Zweifallshammer.

Die ersten Schienen auf dem europäischen Kontinent

Eberhard Hoesch war im Jahre 1811 verstorben. Seine Söhne Eberhard und Wilhelm erwarben 1819 in Lendersdorf bei Düren ein kleines Hüttenwerk und bauten es zu einem Puddel- und Schweißwerk, verbunden mit einem Walzwerk, aus. Als Eberhard und Wilhelm Hoesch 1819 die Lendersdorfer Eisenhütte erwarben, gründeten sie die Firma Gebr. Hoesch. Von diesem Werk ging die eigentliche Entwicklung der Hoesch Werke aus. Als die Gebr. Hoesch den Lendersdorfer Betrieb übernahmen, konnte man ihn nach unseren heutigen Maßstäben kaum als Fabrik bezeichnen, denn mit 22 Arbeitern wurden hier im Jahr nicht mehr als 230 Tonnen Gußeisen und 175 Tonnen Stabeisen hergestellt. (Hoesch erzeugt heute etwa täglich 5000 Tonnen Rohstahl.) Eberhard Hoesch führte als erster in der Eifel, nachdem er 1823 durch eine Englandreise die technischen Vorteile des Puddelverfahrens erkundet hatte, dieses neue Verfahren ein und erreichte dadurch eine bedeutende Verbilligung der Roheisenerzeugung. Der 1827 in Lendersdorf erbaute neue Hochofen war der erste, der im Rheinland mit vorgewärmtem Gebläsewind arbeitete und mit Holzkohle und Koks beschickt werden konnte. Schon 1839 – vier Jahre nach der Eröffnung der Nürnberg-Fürther Eisenbahn – wurden in Lendersdorf Schienen für die Rheinische Eisenbahn gewalzt. Das war der erste bedeutende Schienenauftrag, der auf dem Kontinent von einer deutschen Firma ausgeführt wurde. Einige Jahre später lieferte das Lendersdorfer Werk 30000 Zentner Hohlschienen – man rechnete damals noch in Zentnern – für die Badischen Eisenbahnen. Als in der Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts durch den Bahnbau in Amerika und Rußland eine größere Nachfrage nach Eisenbahnschienen auftrat, so daß England, das bis dahin der Hauptlieferant für Schienen war, der Nachfrage nicht mehr genügen konnte und viele Aufträge nach Deutschland vergeben wurden, erbaute Eberhard Hoesch in Eschweiler bei Düren ein zweites mustergültiges Puddel- und Walzwerk. Eschweiler wurde aus besonderen Überlegungen als Standort gewählt. Schon in Lendersdorf hatte sich gezeigt, daß der Bedarf an Steinkohlen von Jahr zu Jahr wuchs. In der Umgebung von Eschweiler aber befand sich das nächstgelegene Kohlenrevier. Hoesch ging damals zum ersten Male zur Steinkohle.

Neue Verfahren zwingen zu Standortwechsel

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Tage der Eisenindustrie in der Eifel gezählt. Die drei Voraussetzungen, auf denen die Eifeler Eisenindustrie aufgebaut war, fielen nach und nach fort. Der altväterliche Hüttenbetrieb mit Holzkohle und Wasserkraft hatte sich überlebt. Durch das starke Anwachsen der Eisenerzeugung waren auch die Erzvorräte erschöpft. Inzwischen war der Puddelofen durch den Hochofen abgelöst worden, und das von dem Engländer Henry Bessemer entwickelte Verfahren der Stahlgewinnung setzte sich mehr und mehr durch. Dieses neue Verfahren bestand darin, in einem mit Kieselsäure ausgekleideten Behälter, der sog. Bessemer-Birne, Luft durch das Roheisen zu pressen, um so den Kohlenstoffgehalt herabzudrücken. Dieses Verfahren war jedoch nur für phosphorarme Roheisensorten anzuwenden, die in Deutschland selten sind. Die Hütten- und Stahlwerke waren also auf den Bezug ausländischen Erzes angewiesen, und so kam dieses neue Verfahren besonders jenen Unternehmen zugute, die verkehrsgünstig lagen, also direkte Anschlüsse an den Wasserweg und an die Eisenbahn besaßen. Das traf aber auf die Werke der Eifel nicht zu. Mit einem Wort: Die Zeit der Eifeler Eisenindustrie war vorüber. Aus all diesen Überlegungen heraus wurde zweierlei notwendig: Der Neubau von Betriebsanlagen nach dem neuesten Stand der technischen Entwicklung und die Wahl eines für die Erzeugung günstigeren Standortes.



Der Gründungsvertrag

Zwischen den Unterzeichneten Herrn Comm. Rath Leopold Hoesch, Herrn Eberhard Hoesch, Herrn Viktor Hoesch und Herrn Wilhelm Hoesch und Herrn Albert Hoesch, sämtlich aus Düren, wurde heute Folgendes vereinbart:

1.

Die ebengenannten fünf Herren vereinigen sich heute zur Anlage eines Stahl- und Eisenwerkes bei Dortmund. Ein notarieller Gesellschafts-Vertrag soll über diese Vereinigung noch spätestens bei der Inbetriebsetzung des Werkes gemacht werden.

2.

Das Gesellschaftscapital ist vorläufig auf Achthunderttausend Thaler festgesetzt. Die einzelnen Mitglieder theiligen sich hieran wie folgt: Comm. Rath Leopold Hoesch Fünfhunderttausend Thaler, Herr Eberhard Hoesch Fünzigtausend Thaler, Herr Viktor Hoesch Einhundertfünfundzwanzigtausend Thaler, Herr Wilhelm Hoesch Fünzig Tausend Thaler, Herr Albert Hoesch Fünfundsiebzig Tausend Thaler.

3.

Herr Comm. Rath Leopold Hoesch wird vorläufig bis zur Höhe seines Antheils die für den Bau des Werkes erforderlichen Geldmittel vorstrecken und erhält dasselbe, wie auch nach Erschöpfung seines Beitrags die anderen Mitglieder fünf Prozent Zinsen der vorgestreckten Capitalien in laufender Rechnung bis zur Inbetriebsetzung vergütet.

4.

Die Oberleitung der Dortmunder Anlage wird vorläufig dem Herrn Albert Hoesch übertragen, an welchen auch alle geschäftlichen Correspondenzen zu richten sind, derselbe erhält außer Erstattung seiner Privat-Ausgaben und Reiseunkosten ein jährliches Gehalt von Fünftausend Thalern u. zwar berechnet sich dieses Gehalt vom 1. September 1871 ab bis zur Inbetriebsetzung des Werkes. Vorstehender Vertrag ist in fünf Exemplaren ausgefertigt, vorgelesen und zum Zeichen des Einverständnisses von sämtlichen Theilnehmern unterschrieben worden.

Düren, 1. September 1871.

Eberhard Hoesch,
Viktor Hoesch,
Leopold Hoesch,
Wilhelm Hoesch,
Albert Hoesch.

Zum zweiten Mal zur Kohle

Bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte man erkannt, daß der rheinisch-westfälische Raum an der Ruhr die günstigsten Voraussetzungen für die Gründung von Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie gegenüber allen anderen bisher bekannten Industriegebieten bot. Hier gab es Kohle in ausreichender Menge, und dieses Gebiet war verkehrsmäßig vollständig erschlossen. In Leopold Hoesch, dem damaligen Repräsentanten des eisenindustriell tätigen Zweiges der Familie Hoesch, reifte schon bald nach dem Tod seines Onkels Eberhard (1852) der Entschluß, aus all den genannten Gründen den Schwerpunkt seiner Tätigkeit aus dem Eifelraum um Lendersdorf und Eschweiler ins Ruhrgebiet zu verlegen. Er stand vor der Frage: Soll das neue Werk rechtsrheinisch, unmittelbar am Rhein, um die günstige Verkehrslage auszunutzen, oder im Zentrum des westfälischen Kohlenreviers unmittelbar auf der Kohle errichtet werden. Nach vielen Überlegungen entschloß sich Leopold Hoesch zusammen mit seinen Söhnen Albert und Wilhelm sowie seinen Vettern Viktor und Eberhard, das neue Werk im Dortmunder Norden zu errichten. Hoesch geht zum zweiten Mal und nunmehr endgültig zur Kohle. Kurz und knapp heißt es in der Stadtchronik von Düren am 1. September 1871: „In Düren wird der Vertrag zur Gründung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch in Dortmund abgeschlossen durch den Kommerzienrat Leopold Hoesch, Eberhard Hoesch, Viktor Hoesch, Wilhelm Hoesch und Albert Hoesch. Anfangskapital 800000 Taler. Albert Hoesch übernimmt die Leitung des Dortmunder Werks.“

Die Dortmunder „zweite Gründerzeit“

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch entsteht mitten in der „Gründerzeit“. Das Ende des deutsch-französischen Krieges und die Proklamation des zweiten Kaiserreiches belebten die deutsche Wirtschaft in außergewöhnlicher Weise. Ein wahres Gründungsfieber setzte ein; eine große Zahl von Firmen entstand. Diese Gründungen waren nicht alle sorgsam abgewogen, weil die „Gründer“ die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungen und Möglichkeiten überschätzten. Für die aufstrebende Industriestadt Dortmund war dies aber nicht die erste „Gründerzeit“, die sie erlebte. Bereits 15 Jahre vorher hatte die ehemalige freie Reichs- und Hansestadt einen großen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Allein in den Jahren 1855/56 entstanden in der gerade 20000 Einwohner zählenden Stadt Dortmund 23 Aktiengesellschaften, vor allem Bergbaugesellschaften, mit einem Kapital von 53 Millionen Mark, darunter ein so bekanntes Unternehmen wie die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft.

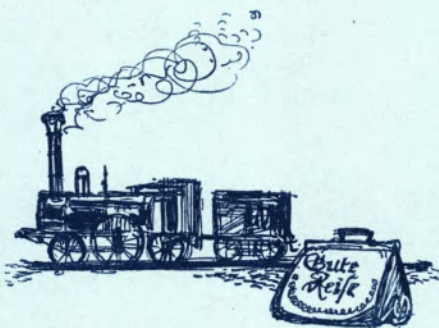


Reinoldus, Schutzpatron und Wahrzeichen Dortmunds

Optimismus auf der ganzen Linie

Im Zeitpunkt der Gründung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch war der Optimismus über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung groß. Freilich hatte dieser Optimismus eine ganze Menge von guten Gründen, die auf handfesten Tatsachen fußen. Da war vor allem nicht wegzuleugnen, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens große Aussichten für die Stahlerzeugung bot. Das Streckennetz der deutschen Eisenbahnen hatte sich von den 35 Kilometern zwischen Nürnberg und Fürth im Jahre 1835 auf rund 20000 Kilometer im Jahre 1871 vergrößert. Man rechnete sich aus, daß in dieser Zeit allein die Eisen-

bahnen bei einem Bedarf von 450 Tonnen Roheisen je Kilometer Strecke die damals ganz unvorstellbare Zahl von 900 000 Tonnen Stahl verbraucht hatten. Heute schafft die Westfalenhütte monatlich allein über 130 000 Tonnen Rohstahl. In sieben Monaten würde sie leicht den ganzen Bedarf an Stahl decken können, den die Eisenbahnen in



Deutschland zwischen 1835 und 1871 brauchten. Und man rechnete gar nicht falsch, daß die Eisenbahnen weitere sehr beträchtliche Mengen an Stahl gebrauchen würden, weil die Industrie ständig neue Verkehrsverbindungen nötig machte, die dann wieder neue Industrien entstehen ließen. Kein Wunder also, daß ein so kühler und sach-

licher Mann, wie Leopold Hoesch es ohne Frage war, im Jahre 1871 – er erzählte es später in privatem Kreise – ernsthaft die Frage diskutierte, ob überhaupt in der Welt genug Kohle und Koks vorhanden seien, um das für die weitere Verarbeitung notwendige Roheisen herzustellen. Andere Tatsachen sahen sich nicht weniger optimistisch an. Die Einwohnerzahl von Dortmund hatte sich wie die Einwohnerzahl anderer Ruhrstädte binnen eines Jahrzehnts verdoppelt. Innerhalb von vier Jahren – zwischen 1868 und 1872 – hatte sich im Bezirk der Handelskammer Dortmund die Roheisenerzeugung gleichfalls verdoppelt, und zwar von rund 1,1 Millionen auf über 2 Millionen Zentner. Noch eindrucksvoller aber spiegelte sich die Entwicklung, wenn man die Zahlen der Produktion von Gußstahl betrachtet. 100 000 Zentner waren es im Jahre 1868 gewesen, 850 000 Zentner sind es im Jahre 1873. Die Erzeugung hat sich in den wenigen Jahren mehr als verachtfacht. Was aber der deutschen Wirtschaft am 9. Mai 1873 widerfahren sollte, davon hatte bei der Unterschrift unter den Gründungsvertrag des Eisen- und Stahlwerks Hoesch weder die Familie Hoesch eine Vorstellung, noch ahnten diese Entwicklung andere Wirtschaftler voraus.

Der Bau beginnt

Noch vor der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages wurden die Vorarbeiten für den Bau des neuen Werks, das aus einem Bessemer-Stahlwerk und aus einem Schienen- und Trägerwalzwerk mit den erforderlichen Hilfsbetrieben bestehen sollte, in Angriff genommen. Anfang des Jahres 1871 hatte der Ingenieur R. M. Daelen einen Plan für das Bessemer-Stahlwerk ausgearbeitet. Etwa um die selbe Zeit begab sich Albert Hoesch, dem später die Leitung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch übertragen wurde, nach Dortmund, um dort die entsprechenden Grundstücke an der nördlichen Stadtgrenze, dem sogenannten Oesterholz, zu kaufen. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Gründungsvertrages begannen die Arbeiten auf diesem Gelände, nachdem Albert Hoesch und der Ingenieur Otto Reinhardt die Entwürfe von R. M. Daelen wesentlich umgearbeitet hatten. Otto Reinhardt war bereits Mitte des 19. Jahrhunderts im Lendersdorfer Walzwerk der Firma Eberhard Hoesch & Söhne tätig gewesen und später Leiter des technischen Büros beim Hörder Bergwerks- und Hüttenverein geworden. Nun kehrte er wieder zu Hoesch zurück, und seine wertvollen Erfahrungen gaben dem Entschluß der Firmengründer eine sichere Grundlage.

Buchstäblich ins Wasser gefallen

wäre beinah noch der ganze Plan, in Dortmund das neue Werk zu errichten. Am Rande des neuen nördlichen Stadtviertels, auf den Wiesen des „Oesterholzes“, herrschte im Herbst des Jahres 1871 reger Bau-

betrieb, der von der Bevölkerung mit größtem Interesse beobachtet wurde. Vor allem die arbeitslosen Textilarbeiter standen in großer Zahl an der Baustelle und hofften, in dem neuen Werk, für das hier die Fundamente gelegt wurden, wieder Arbeit und Verdienst zu finden. Mit dem Bau dieser Fundamente hatte es aber seine Schwierigkeiten, da der Boden infolge eines hohen Grundwasserspiegels sehr sumpfig war. Inmitten der scheinbar planlosen Geschäftigkeit der Baustelle stand ein Mann, der wie ein Fels in einem Ameisenhaufen wirkte: Otto Reinhardt. Das leidige Wasser der sumpfigen Wiesen des Oesterholzes machte ihm zu schaffen. „Wenn das so weitergeht, steht uns das Wasser bald bis zum Hals“, fluchte er vor sich hin und begann an seinem eigenen Tun zu zweifeln. Sooft aber Albert Hoesch auf der Baustelle erschien, lautete Reinhardts Auskunft: „Wir werden es schaffen.“ Und er und seine Männer schafften es; sie besiegten das Wasser.

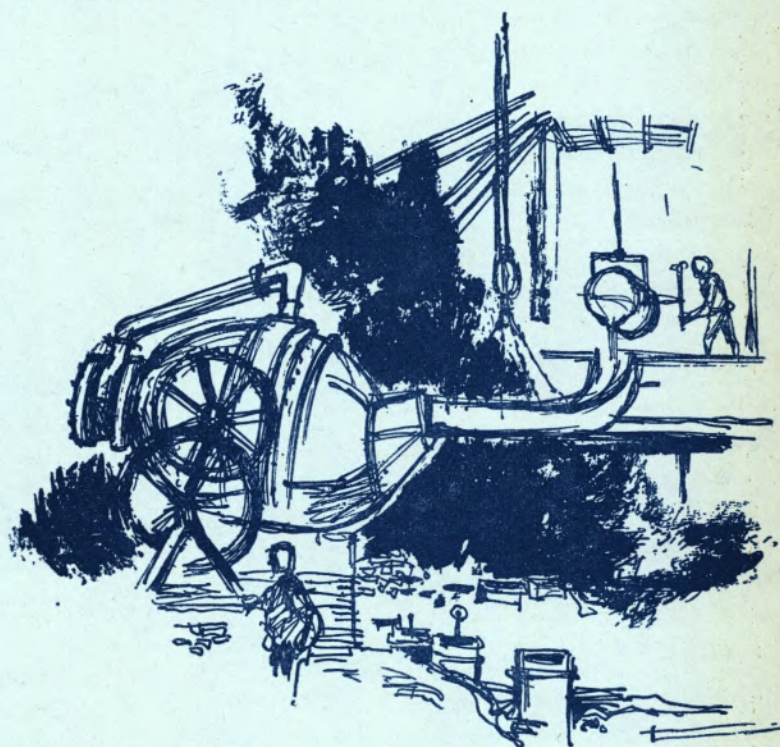
Der große Krach

Am 15. November 1873 war es soweit. Im neu errichteten Bessemer-Werk wurde die erste Charge erblasen. So erfreulich dieses Ereignis war, so wurde es doch überschattet von den Vorgängen, die sich wenige Monate zuvor abgespielt hatten. Über Nacht war der Optimismus der Gründerjahre geschwunden. Der Glaube an die „goldene Zukunft“ war erschüttert, die „ewige Konjunktur“, wie sie einige „Gründer“ optimistisch vorausgesagt hatten, vorbei. Am 29. März 1873 notierte die Berliner Börse die höchsten Kurse. Im Verlauf des April bröckelten sie stark ab. Am 9. Mai hatten sie ihren Tiefpunkt erreicht. Es kam zum „großen Börsenkrach“, der auf die gesamte Wirtschaft übergriff. Der Zustrom des Kapitals riß plötzlich ab, und schon zu der Zeit, als im neuen Bessemer-Stahlwerk von Hoesch die erste Charge erblasen wurde, war es offenkundig, daß sich die Erzeugungs- und Absatzlage völlig verändert hatte. Die Aufträge, mit denen die Eisen- und Stahlindustrie bis dahin geradezu überschwemmt worden war, blieben schlagartig aus.

Im Strudel rückläufiger Entwicklung

Das neue Hoesch Werk wurde besonders empfindlich getroffen, weil es sich voll im Aufbau und in der Entwicklung befand. Wenn auch die Werksgründer der Familie Hoesch als ernste und pflichtbewußte

Ein Blick ins erste Bessemer-Werk von Hoesch





Die erste Blockstraße

Unternehmer ihr Werk auf einer soliden finanziellen Grundlage aufbauten, so konnten sie doch nur mit Mühe verhindern, mit in den allgemeinen Strudel der rückläufigen Entwicklung gezogen zu werden. Vorsichtig, wie es der Name Hoesch sagt – im Moselfränkischen bedeutet hoesch=vorsichtig, stille –, waren sie an die Planung und an den Bau des Werkes gegangen. Aber trotz allen Abwägens traf sie der Rückschlag in voller Härte. Die Erzeugung des jungen Werkes fand schlechten Absatz. Die Preise sanken. Die Lage der gesamten Eisenindustrie wurde von Jahr zu Jahr ungünstiger. Da die Schutzzölle auf Roheisen und Stahl im Jahre 1873 völlig aufgehoben worden waren, überschwemmte billigere englische, französische und belgische Ware den deutschen Eisen- und Stahlmarkt, und es ist nicht verwunderlich, wenn Albert Hoesch, das alleinige Vorstandsmitglied des jungen Unternehmens, damals seinen Freunden gegenüber äußerte: „Wenn sich die Lage nicht bald bessert, werde ich Vertreter für englische Eisenbahnschienen, dann verdiene ich doch wenigstens etwas.“

Langsam vorwärts, aber vorwärts

Bei der Aufnahme des Betriebs beschäftigt Hoesch 320 Arbeiter. Im Bessemer-Werk, für eine Jahresleistung von 36 000 Tonnen Stahl eingerichtet, werden im ersten vollen Betriebsjahre 1874/75 rund 11 000 Tonnen Stahl erzeugt. Das Walzwerk mit einer Jahreskapazität von 30 000 Tonnen bringt es im Jahre 1874 nur auf eine Erzeugung von 9 000 Tonnen, in der Hauptsache Schienen. In den folgenden Jahren steigt die Stahlerzeugung langsam aber stetig:

1875/76	17 000 Tonnen	1878/79	40 000 Tonnen
1876/77	26 000 Tonnen	1879/80	41 000 Tonnen
1877/78	31 000 Tonnen	1880/81	48 000 Tonnen

Zehn Jahre keine Dividende

Das geschäftliche Ergebnis dieser Jahre entspricht allerdings in keiner Weise der gesteigerten Leistung der Betriebe. In den ersten zehn Jahren bis zum Geschäftsjahr 1880/81 kann keine Dividende verteilt werden. Das neue Unternehmen ist in diesem ersten Jahrzehnt des Bestehens auf eine harte Probe gestellt. Dank der Umsicht und der Tatkraft der Werksgründer sowie dank des guten Rufs, den die Erzeugnisse des jungen Werkes schon bald, vor allem bei den Eisenbahnverwaltungen, genießen, besteht Hoesch diese harte Probe.

Ohne Zoll geht es nicht

In der Zeit zwischen 1870 und 1880 fehlt es nicht an Versuchen, durch eine maßvolle Zollpolitik die deutsche Wirtschaft zu stärken. Die Aufhebung der Schutzzölle auf Roheisen und Stahl im Jahre 1873 hatte nicht zuletzt zu der schwierigen Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in den achtziger Jahren beigetragen. Schon Mitte dieses Jahrzehnts ist die Auffassung allgemein, daß nur durch schleunige Abkehr vom Freihandel eine existenzgefährdende Schwächung der deutschen Wirtschaft vermieden werden kann. Unter denjenigen, die mit Eifer für die Wiedereinführung eines gemäßigten Schutzzolles eintreten, steht Leopold Hoesch, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Eisen- und Stahlwerks Hoesch und gleichzeitig Vorsitzender des noch jungen „Vereins deutscher Eisenhüttenleute“, an erster Stelle. Ende 1878 gelingt es, den Deutschen Reichstag zur Abkehr von der bisherigen Freihandelspolitik zu veranlassen, und im Juli 1879 tritt ein neuer Zolltarif in Kraft, dessen günstige Wirkungen sich schon bald darauf bemerkbar machen.

Hoesch erwirbt das Thomas-Patent

Das Jahr 1879 ist aber nicht nur wirtschaftlich für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie bedeutsam, sondern es bringt ebenso eine wichtige eisenhüttentechnische Umwälzung. Ein Jahr zuvor hat der Engländer Sidney Gilchrist Thomas das sogenannte Thomasverfahren entwickelt und in der Praxis angewandt. Dieses Verfahren ermöglicht, auch phosphorreiches Roheisen zu Stahl zu verarbeiten, während bis dahin nur phosphorarmes Roheisen für die Stahlherstellung im Bessemer-Prozeß verwendet werden konnte. Nun erst kann die deutsche Eisen- und Stahlindustrie die phosphorhaltigen Minetteerze Lothringens verarbeiten, das nach dem Friedensvertrage von 1871 in das deutsche Reichsgebiet zurückgekehrt war. 1879 werden auf den rheinischen Stahlwerken in Duisburg-Meiderich und auf dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein die ersten Thomas-Chargen erblasen. Wenig später erwerben die Dortmunder Union, die Gutehoffnungshütte und der Phoenix gemeinsam mit Hoesch das Patent zum Preise von 1 400 000 Mark. Sogleich beginnt Hoesch mit dem Bau eines Thomaswerks mit drei Konvertern, das schon ein Jahr später (1884) fertiggestellt ist. Die Lage am Roheisenmarkt ist jedoch in diesem Augenblick noch so, daß infolge der Roheisenpreise die Herstellungskosten des Bessemerstahls wesentlich geringer sind als die Kosten, die zur Herstellung des Thomasstahls in der neuen Anlage aufgewendet werden müssen. Man zögert daher, das neue Thomaswerk gleich nach seiner Fertigstellung in Betrieb zu nehmen. Erst als 1885 der Preis für das Thomasroheisen auf 39 Mark je Tonne fällt, während das Bessemerroheisen noch 48 Mark kostet, ergibt sich damit ein beachtlicher Vorsprung für den Thomasstahl, und man nimmt umgehend die Erzeugung in der neuen Anlage auf. Die Qualität und der Absatz sind bald so zufriedenstellend, daß Hoesch sich entschließt, die Thomasstahlerzeugung zu steigern und auch Schienen aus Thomasstahl herzustellen. Gleichzeitig wird eine Schlackenmühle errichtet, um die beim Thomasprozeß anfallende Schlacke zu Thomasmehl zu verarbeiten, das ein wichtiges Düngemittel für die Landwirtschaft geworden ist. Im

Jahre 1911 wird das Thomaswerk erweitert, und als auch diese erweiterte Anlage den gestiegenen Produktionsanforderungen nicht mehr genügt, entschließt man sich, ein völlig neues, nämlich das in seinen Grundzügen heute noch bestehende Thomaswerk zu errichten.

Zum ersten Mal: Eigene Weiterverarbeitung

Das Geschäftsjahr 1880/81 schloß, zum ersten Mal seit Bestehen des Werkes, mit einem Überschuß. Diese günstige Entwicklung veranlaßte die Verwaltung, das Werk zu erweitern. Bis jetzt hatte man nur Blöcke, Knüppel, Platinen, Schienen, Schwellen, Laschen und Achsen erzeugt. Nun begann man auch Draht zu fertigen. Den unmittelbaren Anlaß hierzu gab der heftige und verlustreiche Wettbewerb, den die Eisenwerke untereinander um den Absatz ihres Halbzeugs führten. Durch die eigene Weiterverarbeitung des Halbzeugs zu Draht versuchte man sich unabhängiger zu machen. Im Jahre 1882 wurde zunächst eine Drahtstraße gebaut, die den inländischen Bedarf decken sollte. Im nächsten Jahr folgte eine zweite Straße, um Auslandsaufträge ausführen zu können. Auf diesen beiden Straßen verarbeitete das Werk in den nächsten Jahren seine gesamte Knüppelerzeugung selbst weiter. Als dann aber die Drahtpreise im Ausland erheblich sanken und die zweite Straße keinen genügenden Gewinn mehr abwarf, legte man sie still und baute an ihrer Stelle 1891 ein Walzwerk zur Herstellung leichter Walzfabrikate.

Blech, Blech...

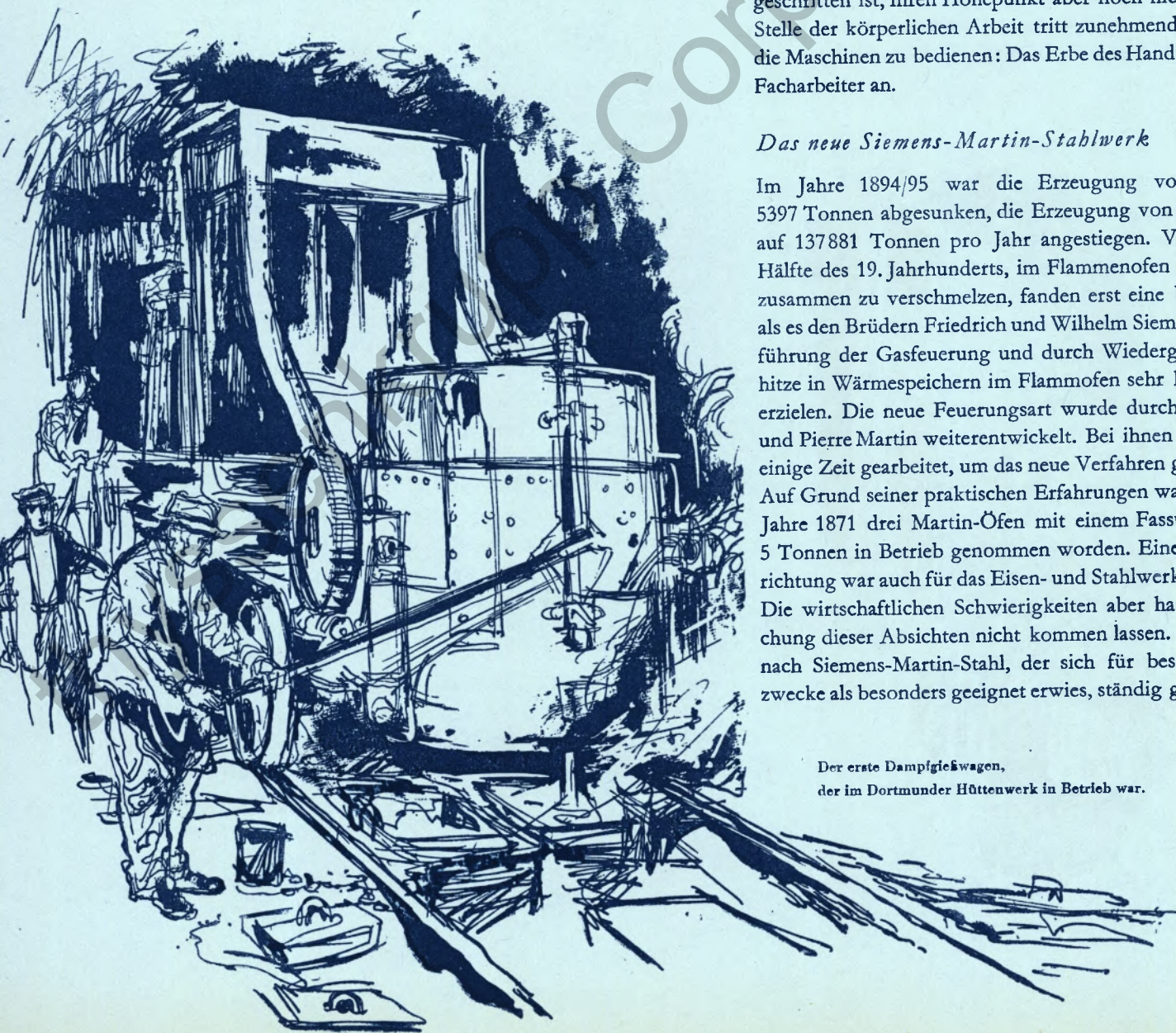
1884 und 1886 waren Jahre des wirtschaftlichen Stillstandes. Im Eisen- und Stahlwerk Hoesch war die Stahlerzeugung auf das Dreifache gestiegen, die Preise für Halbzeug auf dem Markt aber immer mehr ge-

fallen. Die Preisunterbietung der deutschen Werke untereinander war zeitweilig so groß, daß nicht einmal die Selbstkosten gedeckt werden konnten. Deshalb ging Hoesch dazu über, neben der Weiterverarbeitung von Knüppeln zu Draht auch die Erzeugung von Blechen aus den selbstgewalzten Platinen aufzunehmen. Bis zum Jahre 1886 hatte Hoesch erhebliche Mengen Halbzeug in Form von Blöcken und Platinen an fremde Blechwalzwerke geliefert. Was lag näher, als ein eigenes Blechwalzwerk einzurichten und sich damit einen ständigen und beständigen Abnehmer für Halbzeug zu schaffen?

Das neue Blechwalzwerk wurde im Jahre 1886 in Betrieb genommen. 1888 wurde der Bau eines neuen Reversierwalzwerkes vollendet. Das Thomaswerk konnte das erforderliche Vormaterial liefern, ohne daß eine Erweiterung notwendig gewesen wäre. Es konnten Blöcke bis zum Gewicht von 1000 Kilogramm gewalzt werden. Das alte, im Jahre 1884 erbaute Walzwerk konnte nach der Inbetriebnahme des neuen Walzwerkes stillgelegt werden. Im Jahre 1891 wurde ein Block- und Trägerwalzwerk errichtet. Damit lag das Schwerkgewicht der Erzeugung nicht mehr bei Schienen. Im Jahre 1900 wurde ein zweites Reversierwalzwerk, vor allem zur Herstellung von Formeisen, mit einer neuen Adjustage gebaut. Das Walzwerk bestand aus einer Blockstraße, auf welcher Blöcke im Gewicht von 2000 bis 3000 Kilogramm gewalzt werden konnten, und aus einer Fertigstraße mit vier Walzgerüsten. Die Anlage war mit den modernsten Einrichtungen versehen. Früher wurde zum Beispiel in den Walzwerken von den Arbeitern allerschwerste körperliche Arbeit geleistet. In dem neuen Walzwerk erfolgte die Bedienung der Wärmegruben, der Transport der roh- und vorgewalzten Blöcke, das Wenden, der Transport der Träger zu den Wärmelagern und der Abtransport der Abfälle maschinell. Dadurch ersparte man dem Menschen übergroße Anstrengung und erleichterte seine Arbeit. Es war der Anfang einer Entwicklung, die heute zwar schon weit fortgeschritten ist, ihren Höhepunkt aber noch nicht erreicht hat. An die Stelle der körperlichen Arbeit tritt zunehmend die Geschicklichkeit, die Maschinen zu bedienen: Das Erbe des Handwerksmeisters tritt der Facharbeiter an.

Das neue Siemens-Martin-Stahlwerk

Im Jahre 1894/95 war die Erzeugung von Bessemerstahl auf 5397 Tonnen abgesunken, die Erzeugung von Thomasstahl dagegen auf 137881 Tonnen pro Jahr angestiegen. Versuche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Flammenofen Roheisen und Schrott zusammen zu verschmelzen, fanden erst eine befriedigende Lösung, als es den Brüdern Friedrich und Wilhelm Siemens gelang, durch Einführung der Gasfeuerung und durch Wiedergewinnung der Abgas-hitze in Wärmespeichern im Flammenofen sehr hohe Temperaturen zu erzielen. Die neue Feuerungsart wurde durch die Franzosen Emile und Pierre Martin weiterentwickelt. Bei ihnen hatte Wilhelm Hoesch einige Zeit gearbeitet, um das neue Verfahren gründlich zu studieren. Auf Grund seiner praktischen Erfahrungen waren in Lendersdorf im Jahre 1871 drei Martin-Öfen mit einem Fassungsvermögen von je 5 Tonnen in Betrieb genommen worden. Eine gleiche, größere Einrichtung war auch für das Eisen- und Stahlwerk in Dortmund geplant. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber hatten es zur Verwirklichung dieser Absichten nicht kommen lassen. Als nun die Nachfrage nach Siemens-Martin-Stahl, der sich für bestimmte Verwendungszwecke als besonders geeignet erwies, ständig größer wurde, beschloß



Der erste Dampfgleiswagen, der im Dortmunder Hüttenwerk in Betrieb war.

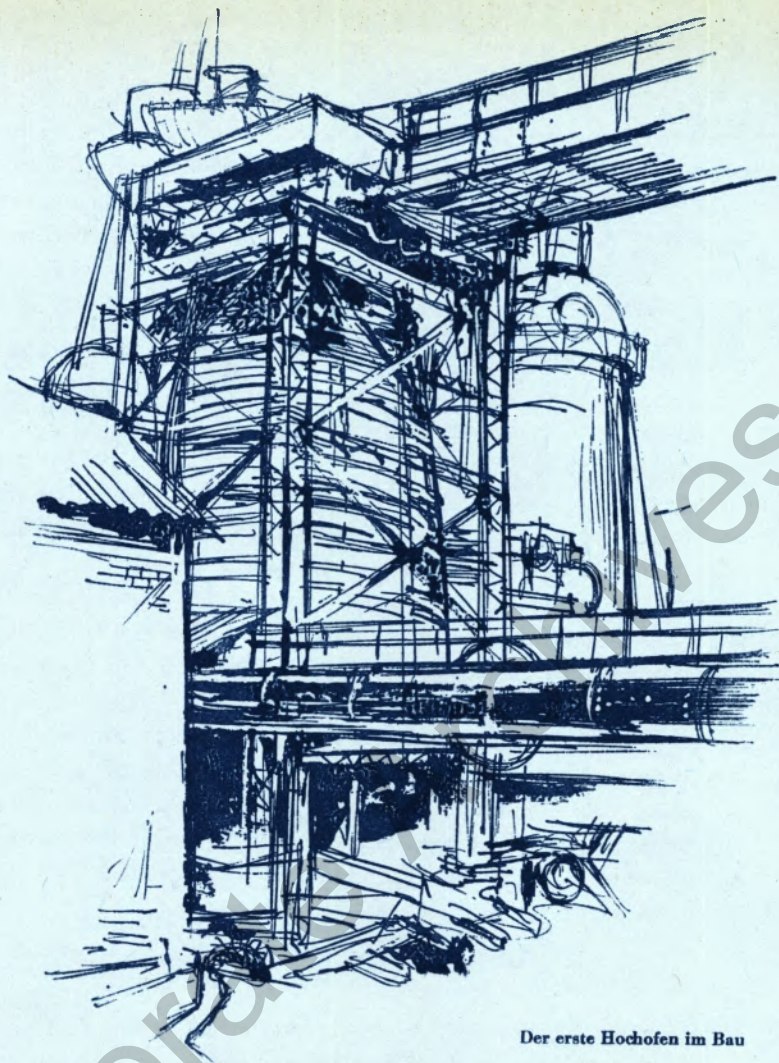
die Verwaltung im Jahre 1894 zwei Martin-Öfen mit je 15 Tonnen Fassungsvermögen zu bauen. In ihnen wurden ein Jahr später, 1895, die ersten Martin-Chargen erschmolzen. Die Anlagen des Martinwerks wurden im Laufe der Jahre immer mehr ausgebaut. Zum alten Martinwerk I, das aus fünf feststehenden Öfen mit je 30 Tonnen Fassungsvermögen bestand, kam 1917 das neue Martinwerk II mit drei feststehenden Öfen von je 100 Tonnen Fassungsvermögen und einem kippbaren Ofen, der 150 Tonnen Fassungsvermögen besitzt.

Im Laufe der Entwicklung ging man nun bei Hoesch zu einer neuen, bahnbrechenden Art der Ofenbeheizung über. Statt des Generatorgases benutzte man Koksofengas. Auch in der weiteren Entwicklung des Verfahrens, das alsbald Fachleute aus England, Amerika und Rußland nach Dortmund zog, ging Hoesch eigene Wege. An Stelle des üblichen Schrott-Roheisen-Verfahrens wurde das Roheisen-Erz-Verfahren, das sogenannte „Hoeschverfahren“, eingeführt. Da bei diesem Verfahren phosphorreiches Roheisen verbraucht wird, fällt auch hier, wie beim Thomas-Verfahren, Phosphorschlacke an, die zu Kunstdünger vermahlen wird.

Jeder der Schritte, die seit der Begründung der Hoesch Werke in Dortmund unternommen wurden, zwang geradezu unausweichlich zu einem nächsten Schritt, zu neuen Wagnissen, die aus praktischen Erfahrungen mit der Technik unternommen werden mußten. Denn die Wahrheit des Satzes, daß Stillstand Rückschritt ist, war nun nicht mehr zu übersehen.

Unter diesen mächtigen Antrieben hatte das Werk sich immer modernere Anlagen geschaffen und immer neue Methoden der Verarbeitung übernommen oder auch selber entwickelt. Unter dem Zwang der wirtschaftlichen Rechnung war es außerdem in die Breite gewachsen, indem es immer mehr dazu überging, den Stahl nicht als Halbzeug abzusetzen, sondern das Halbzeug selber in Fertigerzeugnisse umzuwandeln, um auf solche Weise zu besserer Rentabilität zu kommen und unabhängiger vom Markt zu werden. Jetzt mußte Hoesch den nächsten Schritt tun: den der Sicherung der Roheisenversorgung.

Der erste Siemens-Martin-Ofen wird abgestochen



Der erste Hochofen im Bau

Die Entwicklung zum Verbundunternehmen

„Die Achillesferse des Dortmunder Hüttenwerkes“

nannte schon Eberhard Hoesch die Roheisenversorgung. Immer stärker machte sich der Nachteil bemerkbar, daß das Werk seinen Roheisenbedarf nicht selbst erzeugen konnte, sondern auf fremde Hochofenwerke angewiesen war. Diese hatten sich im Rheinland und in Westfalen zu einem Verband zusammengeschlossen und Mindestpreise festgesetzt. Da dem Verband auch Werke angehörten, die ihr Roheisen in eigenen Stahl- und Walzwerken verarbeiteten, war es verständlich, daß der Verband bemüht war, den Roheisenpreis hochzuhalten, um einen erfolgreichen Wettbewerb der reinen Stahl- und Walzwerke, zu denen damals auch das Hoesch Werk gehörte, zu erschweren.

Die Hoesch Werke brauchten im Jahre 1893/94 die damals sehr beträchtliche Menge von etwa 200 000 Tonnen Roheisen. Die Verhandlungen, die mit dem Roheisenverband über die Lieferung dieser Mengen geführt wurden, verliefen wegen der geforderten Preise ungemein schwierig. Schon längere Zeit vorher hatte der Aufsichtsrat der Familienaktiengesellschaft Hoesch Überlegungen angestellt, wie man mit dieser Art von Schwierigkeiten fertig werden könnte. Praktisch boten sich drei Wege an: die Verschmelzung mit einem leistungsfähigen Hochofenwerk, der Abschluß eines langfristigen und günstigen Liefervertrages mit einem Roheisenerzeuger, der dem Roheisenverband nicht angeschlossen war, oder aber der Bau eigener Hochofen. Man entschloß sich schließlich zu dem letzten Weg, weil der Bau des Dortmund-Ems-Kanals und das Projekt eines Dortmunder Stadthafens die nahe Aussicht bot, auf dem billigen Wasserweg die benötigten Eisenerzmengen an das Werk heranzubringen. Zugleich beschäftigte man sich mit der Frage der Brennstoffversorgung der geplanten Hochofen. Beides, der Bau der Hochofen und der Bau einer eigenen Kokerei, wurde nun in einem Zuge bewältigt.

1899: Hütte auf der eigenen Kohle

Mit dem Bau der Hochöfen wuchs die Sorge, eine ausreichende und gleichbleibende Brennstoffversorgung sicherzustellen. Schon Anfang der neunziger Jahre hatte Hoesch erwogen, eine eigene Kohlenzeche zu erwerben, um sich von den Lieferungsbedingungen des Kohlen-syndikats und des Kokssyndikats unabhängig zu machen, doch wurde diese Absicht erst 1899 verwirklicht. In diesem Jahr ging die Gewerkschaft Vereinigte Westphalia mit ihren beiden Zechen Kaiserstuhl I und II in das Eigentum von Hoesch über. Für den Erwerb gerade dieser Bergwerkschaft gab es gute Gründe: Das Hüttenwerk lag unmittelbar über den Kohlenfeldern der Zeche Kaiserstuhl II und in der Nähe der Tagesanlage von Kaiserstuhl I und II, so daß kaum noch Transportkosten zu erwarten waren. Der Hauptgrund aber war die größere Sicherheit beim Kohlenbezug. Man würde nicht mehr, wie im Winter 1898/99, gezwungen sein, wegen Kohlenmangels die Hochöfen dämpfen zu müssen. Außerdem hatte die Vereinigte West-



Ein Blick auf die Zeche „Vereinigte Westphalia“ im Jahre 1899

phalia schon seit 1896 etwa ein Fünftel des Kohlenbedarfs an Hoesch geliefert. Um sich in der Kohlenversorgung vom Fremdbezug noch unabhängiger zu machen, erwarb Hoesch im Jahre 1919 die Gewerkschaften „Fürst Leopold“ und „Fürst Leopold-Fortsetzung“ bei Hervest-Dorsten. Diese beiden Zechen markscheiden im Westen mit der Zeche Baldur und im Süden mit den Feldern Julius und Marl des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, mit dem im Juli 1920 eine Interessengemeinschaft geschlossen wurde. Zehn Jahre später wurden die Gewerkschaften und der Bergwerksverein unter der Führung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch zusammengefaßt. Damit war auf lange Sicht eine ausreichende Kohlengrundlage geschaffen.

Sie bestimmten die Geschicke

Wer waren die Männer, die in den ersten Jahrzehnten des Bestehens die Geschicke des Eisen- und Stahlwerks Hoesch bestimmten? Wie schon erwähnt, übernahm bei der Gründung Albert Hoesch, ein Sohn Leopold Hoeschs, den alleinigen Vorstand der neuen Gesellschaft, und als am 24. September 1873 die bis dahin offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, übernahm Leopold Hoesch, der Initiator der Werksgründung, den Vorsitz des Aufsichtsrats. Albert Hoesch standen in der Planung des Werks R. Daelen und W. Reinhardt zur Seite. Als der erste Betriebsdirektor des Stahl- und Walzwerks, Kratz, am 1. Februar 1891 ausschied, berief Albert Hoesch einen Mann als dessen Nachfolger, der fast das folgende halbe Jahrhundert die Firmengeschichte wesentlich beeinflussen sollte: Friedrich Springorum.

Friedrich Springorum galt damals als einer der fähigsten Fachleute der Stahlerzeugung. Schon ehe er seine Tätigkeit bei Hoesch begann, machte ihn die Entwicklung wissenschaftlich-metallurgischer Me-

thoden bekannt, welche die Stahlqualitäten erheblich verbesserten und die Kosten für ihre Produktion senkten. Später bekam sein Name als Betriebsdirektor der Stahl- und Walzwerke der Hoesch Aktiengesellschaft einen so hervorragenden Klang, daß nach dem Tode von Albert und Leopold Hoesch die Frage der Nachfolge in der Unternehmensleitung kein schwieriges Problem war. Springorum war wegen seiner fachmännischen Qualitäten und als der beste Kenner der Gesellschaft der berufene Mann, die Geschicke des Unternehmens im Sinne ihrer Gründer, mit denen ihn ein enges Vertrauensverhältnis verbunden hatte, weiterzuführen. Denn nunmehr erlitt das Unternehmen einen schweren Verlust: am 1. März 1898 starb Albert Hoesch. 27 Jahre hatte er das Hüttenwerk mit unermüdlicher Schaffensfreude geleitet. Erst ein Jahr zuvor – 1897 – hatte er die Albert-Hoesch-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter und ihrer Familien ins Leben gerufen; dies war neben der 1874 gegründeten Betriebskrankenkasse eine der frühen Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik, die erkennen lassen, daß bei Hoesch schon immer die Werksangehörigen in einer unmittelbar menschlichen Beziehung zum Werk und seiner Leitung stehen. Ein Jahr nach Albert starb sein Vater Leopold Hoesch. Nach dem Tode von Albert und Leopold Hoesch übernahm Wilhelm Hoesch den Vorsitz im Aufsichtsrat und übertrug am 2. April 1898 Friedrich Springorum und Fritz Lob die Leitung des Unternehmens. Gleichzeitig wurde der bisherige Betriebschef des Blechwalzwerks, Heinrich Pottgießer, als Nachfolger Friedrich Springorums, zum Betriebsdirektor der Stahl- und Walzwerke ernannt. Als Fritz Lob neun Jahre später sein Arbeitsfeld nach Schlesien verlegte und Abschied von Hoesch nahm, wurde Friedrich Springorum Generaldirektor und alleiniges Vorstandsmitglied. Als stellvertretende Vorstandsmitglieder traten ihm der ausgezeichnete Hüttenfachmann Heinrich Pottgießer, Ernst Trowe als Kaufmann sowie für den Bergbau Bergassessor Niederstein zur Seite. An dieser Stelle verdienen aber noch einige Männer besondere Erwähnung, die mit der Entwicklung des „Hoeschverfahrens“ eine Pionierleistung der Eisenhüttentechnik vollbrachten: der schon erwähnte Heinrich Pottgießer, der Stahlwerkschef Friedrich Schwier, sein Assistent Adolf Klinkenberg, der später technischer Leiter des Dortmund-Hörder-Hüttenvereins wurde, und Dr.-Ing. Fritz Springorum, der Sohn Friedrich Springorums.

Der dritte Schritt: Zur Verarbeitung

Zunächst: Rohstoffe

Mit dem Bau des Stahl- und Walzwerks, der Errichtung von Hochöfen, den Erwerb eigener Zechen und Kokereianlagen war – angeregt von Albert Hoesch, jedoch erst gründlich durchgeführt von Friedrich Springorum – der erste und entscheidende Schritt zu einer Unternehmensform getan, die unter der Bezeichnung Verbundunternehmen in die Geschichte der Montanindustrie eingegangen ist. Wenn man jedoch die Krisenfestigkeit steigern wollte, so reichte der Verbund zwischen Kohleförderung und Stahlerzeugung noch nicht aus: es fehlen die Verarbeitungsbetriebe, die einen entsprechenden Anteil der Stahlerzeugung aufnehmen. Bevor man aber das Unternehmen durch Verarbeitungsbetriebe erweiterte, versuchte man noch die Rohstoffbelieferung zu sichern und zu festigen. Seit der Einführung des Thomasverfahrens verhüttet die deutsche Eisenindustrie neben schwedischen Erzen deutsche, französische und luxemburgische Minetteerze. Was lag für die Werke näher, als sich an Minettegruben zu beteiligen? Bereits 1896 – also noch bevor das erste eigene Roheisen erzeugt wurde – erwirbt Hoesch Anteile der Eisensteinkonzession „Reichsland“ bei Bollingen in Lothringen. 1906 beteiligt sich Hoesch an der Erzbergbaugesellschaft Jarny bei Longwy. Während durch diese Be-



LEOPOLD HOESCH
Vorsitzender des Aufsichtsrates 1873 bis 1890



WILHELM HOESCH
Vorsitzender des Aufsichtsrates 1890 bis 1920

teilungen der Bezug von Minette gewährleistet ist, fehlt es noch an einer Grube, die manganhaltigen Spateisenstein liefert, wie er zur Herstellung bestimmter Roheisensorten benötigt wird. Daher wird 1913 die Gewerkschaft „Eisenzecher-Zug“, eine der damals besten Erzgruben des Siegerlandes, erworben.

Der „Limburger Fabrik- und Hüttenverein“

Nachdem die Rohstoffgrundlage gesichert war, sucht Hoesch nunmehr sich auch die Weiterverarbeitung bis zum Fertigprodukt anzugliedern. Der erste Schritt auf diesem Wege führt 1902 zum Erwerb der „Limburger Fabrik- und Hüttenverein AG“, die ihren Sitz in Hohenlimburg hat. Dieses Unternehmen, die heutigen „Hohenlimburger Walzwerke AG“, suchte damals Verbindung mit einem Eisen- und Stahlwerk, das zu günstigen Bedingungen das Halbzeug liefern konnte, das Hohenlimburg nicht immer in gewünschter Menge und Güte preisgünstig aus der Nachbarschaft beziehen konnte. Hier bot Hoesch mit seinem Stahl- und Walzwerk eine eigene Rohstoffgrundlage in unmittelbarer Nähe unter denkbar glücklichen Voraussetzungen. Der Wunsch der Hoesch Werke, einen immer größeren Teil des Halbzeugs zu verarbeiten und das Programm der Walzproduktion zu vervollständigen, machte den Zusammenschluß zu einer ungemein vorteilhaften Lösung; es war nicht mehr notwendig, ein eigenes Bandisenwalzwerk zu bauen, von dem Vorteil ganz zu schweigen, daß der große Kundenkreis und die geschulte Facharbeiterschaft Hohenlimburgs den vereinigten Unternehmen zugute kamen.

Der „Limburger Fabrik- und Hüttenverein“ brachte ein Walzwerk mit fünf Walzstraßen, ein Puddelwerk, einen Reckhammer und eine Eisengießerei mit den erforderlichen Nebenbetrieben die in Hohenlimburg ihren Standort hatten. Hinzu kamen noch

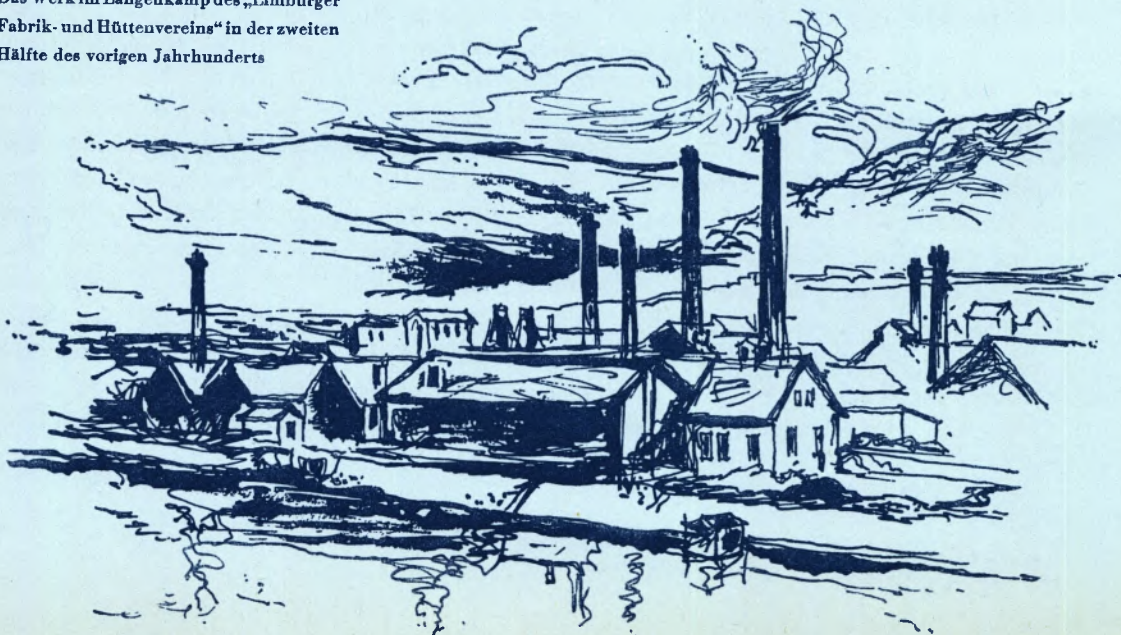
drei Walzstraßen und drei elektrische Zentralen, die in Neu-Oege lagen.

Im Jahre 1920 wurde das Kaltwalzwerk „Boecker und Röhr“ im Nahmertal hinzuerworben, dessen Federnwerk den Grundstock für das heutige Federnwerk der Hohenlimburger Walzwerke bildet. Fünf Jahre später wurde das gleichfalls im Nahmertal gelegene Kaltwalzwerk „Weber und Giese“ hinzugefügt. 1924 übernahm Hoesch die Betriebseinrichtungen der Firma „Boecker, Windfeger & Co.“, um mit ihnen eine Abteilung für Kaltprofile aufzubauen. Später wurde das „Eisen- und Stahlwerk Halden, Hesse und Schulz“ in Hagen-Kabel eingegliedert, das bereits 1927 von Hoesch erworben worden war. Das Warmwalzwerk dieser Firma wurde stillgelegt, das Kaltwalzwerk jedoch weiterbetrieben.

Die Maschinenfabrik Deutschland

1911 kam die Maschinenfabrik Deutschland zu Hoesch. Dieses fast gleichzeitig mit Hoesch und in unmittelbarer Nähe des Stahlwerks gegründete Unternehmen hatte vom Tage seiner Gründung an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als ein Jahr nach der Gründung der Maschinenfabrik Deutschland der große Börsen-Krach die deutsche Wirtschaft erschütterte, wurde auch die Maschinenfabrik

Das Werk im Langenkamp des „Limburger Fabrik- und Hüttenvereins“ in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts



Deutschland schwer getroffen. Als im Dezember 1873 die eigentliche Fabrikation mit einer Belegschaft von 84 Mann aufgenommen werden konnte, war die Zeit der lohnenden Aufträge für die Dauer eines Jahrzehntes vorbei. Wenn die Maschinenfabrik Deutschland in den nächsten Jahren ihre Tore trotzdem nicht zu schließen brauchte, wie es viele andere Unternehmen mußten, so ist das in erster Linie das Verdienst Julius Weidtmanns, des ersten Generaldirektors der MFD. Das Werk hatte von Anfang an nicht nur mit finanziellen, sondern vor allem auch mit Materialschwierigkeiten zu kämpfen. Die wichtigsten Rohstoffe, die bei der Maschinenfabrik Deutschland verarbeitet werden, waren Walzeisen und Bleche sowie Roheisen für die Gießerei; daneben wurden laufend große Mengen Kohle benötigt. Schon seit langem bezog die Maschinenfabrik Deutschland diese Materialien von Hoesch; umgekehrt lieferte die Maschinenfabrik Deutschland die in der Hütte benötigten Kokillen und mancherlei Einrichtungen und Maschinen. Was lag also näher, als den wachsenden Rohstoffbedarf der Maschinenfabrik Deutschland durch einen dauernden Anschluß an Hoesch zu sichern. Vor allem wurde der Zusammenschluß wünschenswert, weil seit langem zwischen beiden Gesellschaften ein Bergschadenprozeß schwebte, der sehr komplizierte Rechtsfragen aufgeworfen und schon erhebliche Kosten verursacht hatte. Durch die Vereinigung im Jahre 1911 wurden diese Schwierigkeiten mit einem Federstrich beseitigt.

Die Becke-Prinz GmbH

Ein weiterer Schritt, die Verarbeitung des Halbzeugs in eigenen Betrieben zu sichern, wurde 1912 mit dem Erwerb des „Hammerwerks von der Becke & Co“ gemacht. Das Werk lag in unmittelbarer Nachbarschaft der Hütte. Das Produktionsprogramm der Firma von der Becke & Co umfaßt: Schienennägel, Klemmplatten, Laschen, Hufeisen, Schaufeln und sonstiges Kleineisenzeug.

Das ergänzende Gegenstück zu dieser Firma erwarb Hoesch im Jahre 1920 mit der Firma „Gebr. Prinz in Hemer“. Diese war 1869 von den Brüdern Adolf und August Prinz gegründet worden. Sie stellte ursprünglich ausschließlich Nieten her. Das Werk zählt auch heute noch zu den größten Nietenherstellern des europäischen Kontinents. Neben der Herstellung von Kessel-, Brücken- und Schiffsnieten, nimmt vor allem die Fertigung von Blech-, Faß- und Gitternieten einen bedeutenden Raum ein. Zeitweilig belief sich die Produktionszahl auf über 8 Millionen Nieten täglich. Um die Fertigung des Werkes auf eine breitere Grundlage zu stellen, wurde später auch die Produktion von Feldbahnschrauben (Laschen- und Klemmplattenbolzen für Feldbahngleise) aufgenommen, und seit etwa zwanzig Jahren stellt das Werk Hemer auch Schrauben und Muttern in handelsüblicher Ausführung sowie Oberbauschrauben her. Aus dieser kurzen Aufzählung ist zu ersehen, wie sehr sich die Fertigungsprogramme des Dortmunder und des Hemer Werkes harmonisch ergänzen. Später wurden beide Unternehmen zu einer gemeinsamen Firma zusammengefaßt, der Becke-Prinz GmbH, und – das sei hier vorweggenommen – noch eine dritte Firma, die heute im Firmennamen nicht mehr erscheint, ist in der Becke-Prinz GmbH aufgegangen: Die Waggon-

fabrik Both und Tillmann. Diese Firma wurde im Jahre 1921 ebenfalls von Hoesch erworben. Das Werk besaß eine besondere Abteilung für Weichenbau, vor allem Straßenbahnweichen, und eine Abteilung für den Bau von Eisenbahnwagen. Durch den Erwerb dieser Firma, konnte das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Zukunft seinen Bedarf an Eisenbahnwagen aus der eigenen Produktion decken. Vor allem aber gewann das Hüttenwerk einen beachtlichen Abnehmer für Stab- und Formeisen sowie für das in anderen Betrieben der Gesellschaft hergestellte Kleineisenzeug.



So sah 1914 das neuerrichtete Verwaltungsgebäude des »Eisen und Stahlwerkes Hoesch« aus.

Der erste Weltkrieg

Kaum war im Juli 1914 das neue Verwaltungsgebäude des Eisen- und Stahlwerks Hoesch an der Eberhardstraße in Dortmund bezogen, als der Ausbruch des Krieges auch im Gefüge der Hoesch-Betriebe tiefgreifende Störungen hervorrief. Ein großer Teil der Angestellten und Arbeiter wurde eingezogen. Die wochenlange Sperrung des nicht-militärischen Güterverkehrs und der Abbruch der Beziehungen zum Ausland ließen den Absatz der Erzeugnisse und die Zufuhr neuer Rohstoffe stocken. Zum Glück besaß das Hüttenwerk so erhebliche Vorräte an Minette- und schwedischen Erzen, daß man die Hochöfen und damit die übrigen Betriebe nicht stillzulegen brauchte, doch konnten die in den letzten Friedensjahren geschaffenen Neuanlagen zum Teil nicht mehr in Betrieb genommen werden. So wurde zum Beispiel der schon 1912 fertiggestellte Hochofen VII nicht mehr angeblasen, und das neuerrichtete Martinwerk blieb stilliegen. Auch in anderen Betrieben mußten Feierschichten eingelegt werden. So erreichte im ersten Kriegsjahr 1914/15 die Leistung des Hüttenwerks nur zwei Drittel der letzten Friedensproduktion. Die Kohlenzechen und die Werke der Weiterverarbeitung boten ein ähnliches Bild. Im Weltkrieg 1914/18 wurden zum ersten Male Flugzeuge, Lastwagen und Personenwagen in großem Umfange eingesetzt. Die Folge davon war, daß die Nachfrage nach Benzin und Benzol erheblich anstieg, eine Entwicklung, der man auch bei Hoesch besondere Aufmerksamkeit widmete. Nach einigem Überlegen baute man im Anschluß an die auf Kaiserstuhl II vorhandene Benzolanlage eine neue, leistungsfähigere Benzolfabrik. Die ursprünglich auf Kaiserstuhl betriebene Benzolanlage war übrigens die älteste der Welt.

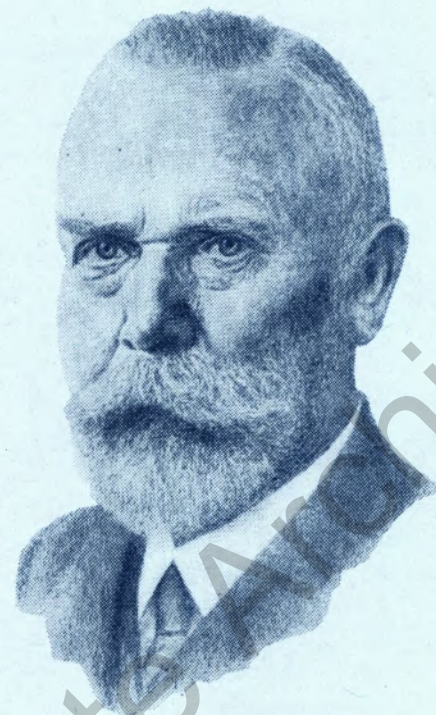
In den folgenden Kriegsjahren wurde die Betriebsführung aller Abteilungen durch den Mangel an Facharbeitern, der auch durch die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und weiblichen Arbeitskräften nicht ausreichend behoben werden konnte, durch die außergewöhnlich starke Abnutzung aller Betriebseinrichtungen, durch die Knappheit an Stahlveredelungsmitteln und wichtigen Metallen und vieles andere mehr in zunehmendem Maße erschwert. Trotzdem gelang es, die Leistungen der Betriebe im Laufe des Krieges allmählich wieder zu steigern. Im Jahre 1916 konnte endlich auch Hochofen VII und das Martinwerk II in Betrieb gesetzt werden. Auch die übrigen Anlagen des Hüttenwerkes arbeiteten wieder in vollem Umfange.

Das Kriegsende bringt neue Probleme

Der Ausgang des Krieges und die Revolution mit all ihren Folgen brachte wie für die gesamte Wirtschaft so auch für Hoesch grundlegende Änderungen. So erhöhte die Einführung des Achtstundentages die Zahl der Belegschaft und damit die Lohnausgaben beträchtlich. Gleichzeitig aber stiegen die Löhne, und es kam bei den Lohnkämpfen nicht selten zu Streiks, die die Produktion behinderten. Dies alles bewirkte eine solche Erhöhung der Selbstkosten, daß in der Übergangszeit die erzielten Erlöse in keinem gesunden Verhältnis mehr zu den Gesteungskosten standen. So schloß das Geschäftsjahr 1918/19 mit einem Verlust von fast 9 Millionen Mark. Damit aber nicht genug. Bald darauf bürdete die Besetzung des Ruhrgebiets dem Unternehmen weitere schwere Lasten auf. Auf Befehl der Franzosen wurden Teile der Betriebe stillgelegt. In der Inflationszeit wuchs die Not des ganzen Volkes und die Not der Belegschaft ins Ungemessene. Als über 300 Druckereien im Gebiet des Deutschen Reichs nicht mehr in der Lage waren, das Papiergeld so rechtzeitig herauszubringen, daß es wenigstens am Tage der Ausgabe noch einen gewissen Wert hatte, druckte Hoesch für seine Belegschaft eigenes Papiergeld. Als dann aber 500-Millionen- und Milliarden Scheine gedruckt werden mußten, gab auch die Hoesch-Verwaltung den Wettlauf mit der Inflation auf. Billionenscheine wurden nicht mehr gedruckt. Es hatte keinen Sinn; man besaß Scheine, aber kein Geld.

Personelle Veränderungen

Kurz nach dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1920, ergaben sich in der Leitung des Unternehmens wesentliche Änderungen. Bereits 1915 war Bergassessor Niederstein nach einer schweren Krankheit gestorben. An seine Stelle trat Bergassessor Dr. Westermann, und als dieser im August 1920 ausschied, übernahm Bergassessor Bomke dessen Aufgabe. Heinrich Pottgießer, seit 1898 Leiter des Hüttenwerkes und seit 1905 stellvertretendes Mitglied des Vorstandes, trat am 1. Dezember 1917 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Dr.-Ing. Fritz Springorum, der Sohn des Generaldirektors Friedrich Springorum. Mit dem Geschäftsjahr 1919/20 schied Kommerzienrat Friedrich Springorum auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus und übernahm an Stelle von Wilhelm Hoesch, der seit dem Tod seines Vaters Leopold im Jahre 1899 Vorsitz des Aufsichtsrats gewesen war, am 25. November 1920 die Aufgaben des Aufsichtsratsvorsitzers. Die bisherigen stellvertretenden Vorstandsmitglieder Robert Hoesch, Dr. Fritz Springorum und Ernst Trowe bildeten nunmehr als ordentliche Vorstandsmitglieder den Vorstand des Eisen- und Stahlwerks Hoesch.



Dr. Ing. E. h. FRIEDRICH SPRINGORUM

Vorsitzender des Aufsichtsrates 1920 bis 1931

Kapitalerhöhungen:

Von 800 000 Taler auf 95 Millionen Mark

Im Laufe der ersten fünfzig Jahre des Bestehens war Hoesch aus den verschiedensten Anlässen mehrmals gezwungen, sein Grundkapital zu erhöhen. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch war am 1. September 1871 als offene Handelsgesellschaft mit einer Kapitaleinlage von 800 000 Talern, die von den Firmengründern aufgebracht wurde, gegründet worden. Schon zwei Jahre später, am 24. September 1873, wurde die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark umgewandelt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm auch Leopold Hoesch den Vorsitz im Aufsichtsrat. Als zur Sicherung der Roheisenversorgung die ersten Hochofen errichtet und eine Kokerei gebaut wurde, wurde das Kapital durch Ausgabe von 2,4 Millionen Mark Stammaktien am 11. Oktober 1895 auf 6 Millionen Mark erhöht. Bereits 1 ½ Jahre später wurden, veranlaßt durch die Erweiterung der Hochofenanlage und den Erwerb der Beteiligungen am Erzbergbau Reichsland nochmals für 3 Millionen Mark Stammaktien ausgegeben und damit das Kapital auf 9 Millionen Mark erhöht. Und wiederum zwei Jahre später, am 1. April 1899, machte es der Erwerb der Gewerkschaft „Vereinigte Westfalia“ notwendig, das Kapital um 6 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark zu erhöhen. Die Angliederung des Limburger Fabrik- und Hüttenvereins und der Erwerb der Maschinenfabrik Deutschland brachte weitere Kapitalerhöhungen, und zwar am 6. Juni 1907 um 1,8 Millionen Mark und am 26. Oktober 1911 um weitere 3,2 Millionen Mark, so daß im Jahre 1911 das gesamte Kapital 20 Millionen Mark betrug. Als Hoesch 1914 die Gewerkschaft Eisenzecher Zug

und die Gewerkschaften Haltern I–XII übernahm, wurden weitere 8 Millionen Mark Stammaktien ausgegeben (16. April 1914). Als nach dem ersten Weltkrieg Hoesch daranging, seine Kohlenbasis zu erweitern und zu sichern, wurden beim Erwerb der Gewerkschaften Fürst Leopold und Fürst Leopold Fortsetzung weitere 7 Millionen Mark Stammaktien und 5 Millionen Mark Vorzugsaktien ausgegeben (24. November 1920), so daß sich das Aktienkapital auf insgesamt 40 Millionen Mark erhöhte. Vier Wochen später gab Hoesch weitere 10 Millionen Mark Stammaktien aus, veranlaßt durch den Abschluß des Gemeinschaftsvertrages mit dem Köln-Neuessener Bergwerksverein (20. Dezember 1920, und am 29. Juli 1921 erhöhte unser Unternehmen nochmals das Kapital um 30 Millionen Mark Stammaktien und 15 Millionen Mark Vorzugsaktien auf insgesamt 95 Millionen Mark.

Neue Aufgabe: Das Geschaffene festigen und sichern

50jähriges Jubiläum in schwerer Zeit

Im Jahre 1921 feiert das Eisen- und Stahlwerk Hoesch sein 50jähriges Bestehen in einer Zeit, die wirtschaftlich gezeichnet ist von den Folgen des verlorenen ersten Weltkrieges, die sozialpolitisch die schwersten Arbeitskämpfe um die Rechte der Arbeiter brachte und innen- wie außenpolitisch belastet war durch die Folgen des Versailler Friedensvertrags. Zu diesem Zeitpunkt kann man bei Hoesch noch nicht übersehen, daß – so schwierig die Entwicklung der Gesellschaft in den letzten 50 Jahren war – die noch größeren Belastungen erst in der Zukunft liegen. Trotz wenig günstiger wirtschaftlicher Aussichten ist das Eisen- und Stahlwerk Hoesch bemüht, das durch Kriegs- und Nachkriegswirren erschütterte Fundament zu festigen. Hoesch geht beharrlich den Weg weiter, den man mit dem Verbund von Kohle, Eisen und Eisenverarbeitung begonnen hat. War 1919 die Gewerkschaft Fürst Leopold und Fürst Leopold Fortsetzung von der Bergwerksgesellschaft Consolidation erworben worden, um die Kohle- und Energieversorgung des Hüttenwerks zu verbessern, so kommen sich ein Jahr vor dem 50jährigen Jubiläum zwei Gesellschaften näher, die Rang und Gewicht in der Montanindustrie haben: Hoesch und der Köln-Neuessener Bergwerksverein.

Zusammenschluß im gegenseitigen Interesse

Der Köln-Neuessener Bergwerksverein gehörte zu den gesündesten Bergbaugesellschaften des Ruhrgebiets. Er ging 1912 aus zwei Bergbauunternehmen hervor, deren Anfänge wiederum bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, dem Kölner Bergwerksverein und der Bergbaugesellschaft Neuessen. Der unglückliche Ausgang des ersten Weltkrieges und die nachfolgende wirtschaftlich sehr schwere Zeit, führten zu einem weiteren Zusammenschluß. Im Jahre 1919 wurde von der Regierung die Schaffung einer „Ausgleichskasse“ beschlossen, die, von den finanziell guten Zechen gespeist, als Subventionsquelle für schwächere Werke dienen sollte. Der Wirtschaftler zog daraus den naheliegenden und allein richtigen Schluß, durch die Vereinigung einer guten Zeche mit einer schlechteren einen innerbetrieblichen Ausgleich zu schaffen; war doch dadurch die Gewähr gegeben, daß die abzugebenden Gelder hinsichtlich ihrer Verwendung kontrolliert werden konnten. Diese Überlegung führte den „Köln-Neuessener-Bergwerks-Verein“ zur Angliederung der „Bergwerksgesellschaft Trier“ mit den Betriebsanlagen Rabod bei Hamm und

Baldur bei Dorsten mit Wirkung vom 1. Januar 1920. Die Verbindung mit dem „Köln-Neuessener Bergwerks-Verein“ bedeutete für Hoesch einen großen Gewinn. Andererseits brachte der Rückhalt eines Eisen- und Stahlwerks gerade in den Krisenzeiten auch dem Köln-Neuessener Bergwerks-Verein Vorteile. Es kam – auch durch die freundschaftlich-persönlichen Bindungen zwischen Friedrich Springorum und Bergrat Fritz Winkhaus, dem Generaldirektor des Köln-Neuessener Bergwerksvereins – zunächst zum Abschluß eines auf achtzig Jahre bemessenen Gemeinschaftsvertrages, der schon zehn Jahre später im Jahre 1930 zum Zusammenschluß beider Gesellschaften führt. Der Generaldirektor von Köln-Neuessen, Bergrat Dr.-Ing. E. h. Fritz Winkhaus, wurde zum Vorstandsmitglied bei Hoesch bestellt, und in seiner Hand lag die Oberleitung des gesamten Bergwerksbesitzes. Die Verbindung der beiden Gesellschaften bewährte sich auch in den kommenden Krisen Jahren, als nach der Währungsstabilisierung 1925 eine Zusammenlegung aller großen Hüttenwerke geplant wurde, um die schwer um ihre Existenz ringende eisenschaffende Industrie wieder wettbewerbsfähig zu machen. Damals konnten es sich nur Krupp, die Gutehoffnungshütte, Klöckner, Mannesmann und Hoesch wirtschaftlich leisten, außerhalb der 1926 gegründeten Vereinigten Stahlwerke zu bleiben.

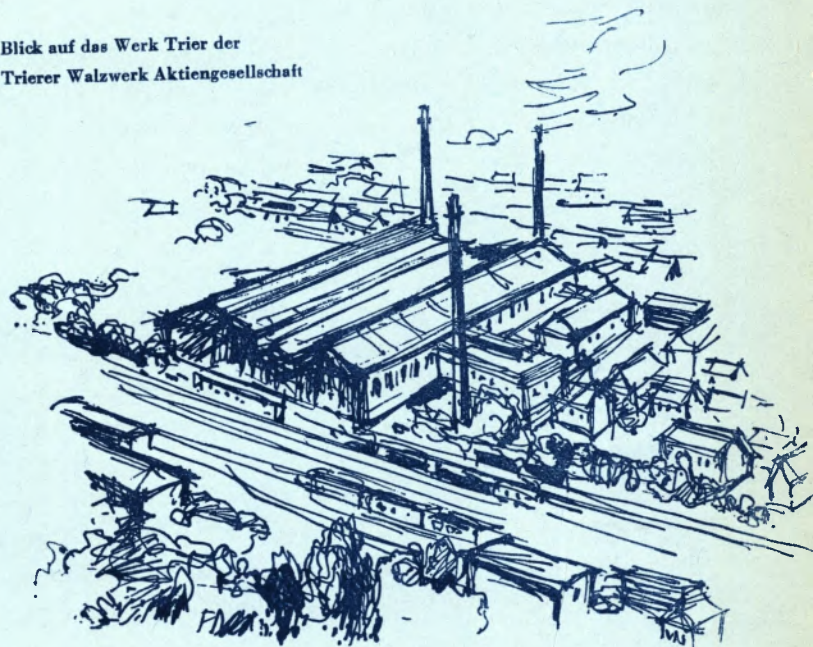
Mittelbetriebe suchen Anschluß

Die Folgen des Krieges, der Nachkriegszeit und der Inflation sowie die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise zogen zwar auch die großen Verbundunternehmen in Mitleidenschaft, erschütterten jedoch weit mehr noch die Grundlagen der mittleren Betriebe, vor allem der Eisenverarbeitung. So kam es, daß viele von ihnen Rückhalt und Anlehnung bei krisenfesteren Montanunternehmen suchten.

Die Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft

kam 1921 zu Hoesch. Diese Gesellschaft hatte 1918 das Grenzlandschicksal in seiner ganzen Schwere durchlebt. Beim Zusammenbruch 1918 lag Trier in jenem Raum, der zum deutschen Operationsgebiet erklärt wurde. Im Versailler Friedensvertrag wurde dieser einheitliche Wirtschaftsraum zerschnitten. Trier wurde äußerste westliche Grenzstadt. Hier endeten sämtliche Eisenbahnlinien und Straßen. Das Saar-

Blick auf das Werk Trier der
Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft





Im Hagener Osthaus-Museum
war nach der Gründung
der Schmiedag Aktiengesellschaft
1928 die Verwaltung
dieses Unternehmens untergebracht.

gebiet als Lieferant und Absatzgebiet wurde abgetrennt, die Zollunion mit Luxemburg aufgelöst. 38 Prozent der Abnehmer gingen verloren. Rheinlandbesetzung und neue Frachttarife der Reichsbahn taten ein übriges, die Existenzgrundlage des Werks zu schmälern. Mit dem Anschluß an Hoesch fand das Trierer Walzwerk wieder eine breitere wirtschaftliche Basis und eine sichere Rohstoffgrundlage. Die Errichtung einer neuen Produktionsstätte im unbesetzten Gebiet wurde notwendig; die Wahl fiel auf Langerfeld bei Barmen. Der Standort im Raum der bergisch-märkischen Kleiseisenindustrie war gut gewählt. Die Rohstoffwege waren kürzer, und außerdem saßen hier viele gute alte Kunden. Aus einem bestehenden Werk – ursprünglich als Spitzfabrik errichtet – das während des Krieges in ein Kaltwalzwerk umgebaut wurde, wuchs das neue Werk der Trierer Walzwerk AG. Unermüdlich war man tätig, um neue Produkte zu entwickeln und so die alte Stellung am Markt zurückzuerobern. Das Trierer Walzwerk entwickelte sich rasch zu einem führenden Unternehmen der Bandveredelung.

Schmiedag AG: Aus sieben mach eins

Besonders stark wirkten sich die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse der dreißiger Jahre auf die Kleiseisenindustrie des Sauerlandes aus, deren Mittel- und Kleinbetriebe bis zum ersten Weltkrieg gut nebeneinander und neben den Großunternehmen bestehen konnten. Mehr und mehr Betriebsstillegungen und Betriebszusammenlegungen wurden notwendig, und aus diesen Gründen entstand am 1. März 1928 durch Zusammenlegung von zunächst fünf Werken unter Führung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch die Schmiedag AG. in Hagen. Damals schlossen sich zusammen: Hagen-Grünthaler Eisenwerke Schmidt, Schläper & Cie., KG. in Hagen, die Werdohler Stanz- und

Dampfhammerwerke Adolf Schlesinger KG. in Werdohl, die Wittekindwerke Brausen, Ebeling und Natortp GmbH. in Westhofen, die Th. Blass, Gesenkschmiede und Maschinenfabrik AG. in Seifhennersdorf und die A. Schwinn AG. in Homburg a. d. Saar. Zu diesen fünf Gesellschaften kamen im Jahre 1931 noch: die Friedrich Beyersmann in Hagen und die C. Lange und Co. AG. in Hagen. Die Zusammenlegung allein löste noch nicht alle wirtschaftlichen Fragen. Das zeigte sich schon wenige Jahre nach der Gründung, als die beginnende Wirtschaftskrise im Jahre 1930 zu Absatzstockungen und Massenentlassungen führt. War zuerst die Herstellung von Eisenbahnbedarf die wirtschaftliche Grundlage für die neue Gesellschaft, so blieben bald die Aufträge aus, weil die Eisenbahn unter Geldmangel litt. Die Fertigung stockte, sie mußte stark eingeschränkt werden. Entlassungen waren unumgänglich. Wiederum mußte man überlegen, wie man die Fertigung ausdehnen und krisenfester machen könne. Die Automobilindustrie hatte inzwischen an Bedeutung gewonnen, und was lag für eine Gesenkschmiede von der Größe und der Leistungsfähigkeit der Schmiedag näher als das Bemühen, Zulieferer dieses aufstrebenden Industriezweiges zu werden. Bald schon fertigte die Schmiedag eine große Zahl von Automobilteilen. In verhältnismäßig kurzer Zeit entwickelte sich dieser Produktionszweig des Unternehmens. Seine Erzeugnisse genossen bald in der Automobilindustrie einen guten Ruf. Das sicherte die Produktion und machte weniger krisenanfällig. Damit aber noch nicht genug, ergab sich bald ein weiteres Gebiet der Fertigung. Der Bergbau stellte durch neuentwickelte Abbaumethoden und durch seine Rationalisierung des Untertagebetriebes neue Aufgaben. Der Bergbaubedarf wurde im Erzeugungsprogramm berücksichtigt und Teile für den Kohletransport, die Schachtförderung und den Grubenausbau werden seither ununterbrochen hergestellt. Die

Zechen des nahen Ruhrreviers sind Abnehmer dieser Erzeugnisse, die sowohl der Verbesserung des Abbaus und der Förderung als auch dem Schutz von Leib und Leben des Bergmanns dienen. Jüngst kam noch ein besonderer Fertigungszweig zum bisherigen Programm der Schmiedag: der Bau von Hansa-Einachs-Schleppern für den kleinen Landwirt und für die größeren Gartenbaubetriebe, die eine bessere und billigere Bewirtschaftung des Bodens ermöglichen. Die Entwicklung dieses Unternehmens charakterisieren auch zwei Zahlen: Im Gründungsjahr 1928 betrug die Belegschaftszahl 1045 Arbeiter und Angestellte, der Umsatz fünf Millionen Mark. Im Geschäftsjahr 1951/52 war die Zahl der Arbeiter und Angestellten auf 1668 und der Umsatz auf fast 42 Millionen DM gestiegen.

Die Hiltruper Röhrenwerk GmbH

Im Jahre 1919 hatte der Ingenieur Artur Fischer in Hiltrup in der Nähe der westfälischen Provinzialhauptstadt Münster die Firma Hiltruper Röhrenwerke Fischer und Co. gegründet, um geschweißte Rohre herzustellen. Aus kleinen Anfängen entwickelte sich das Unternehmen zu beachtlicher Größe. Zu den ursprünglichen Erzeugnissen gehörten vor allem Stahlrohre zur Verlegung elektrischer Leitungen und Bettstellenrohre, die im In- und Ausland guten Absatz fanden. Die günstige Entwicklung hielt fast zehn Jahre an. Dann brachte die Weltwirtschaftskrise auch dieses Unternehmen zum Erliegen. Schwere Sorgen um den Fortbestand lasteten auf der Unternehmensleitung und der Belegschaft. Die Hiltruper Röhrenwerk GmbH. wurden 1931 zunächst Tochter der Bilstein Bandeisen Walzwerke AG. in Altenvoerde und später der Hoesch Aktiengesellschaft.

Die Dörken AG

Auf ähnliche Weise kam die Dörken AG. in Gevelsberg zu Hoesch. Dieses alte Ennepesträßer Unternehmen, das bereits neun Jahrzehnte

bestand, hatte sich bis zur Jahrhundertwende, man darf wohl sagen, in aller Welt einen Namen als Hersteller von Baubeschlägen gemacht und sein Produktionsprogramm dann auf Schraubstöcke und vor allem Lokomotiv- und Wagenbeschlagteile aller Art spezialisiert, die in aller Welt guten Absatz fanden. Kurz vor der Weltwirtschaftskrise wurden in diesem Unternehmen über 1000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Als in den Krisenzeiten der zwanziger Jahre immer wiederkehrende Bestellungen vor allem der Reichsbahn und Waggonfabriken ausblieben, Bankkredite aufgenommen werden mußten, die Hypothekenschulden wuchsen, sich die Belegschaft zusehends verringerte und die Umsätze einen Tiefstand erreichten, suchte Dörken Rückhalt bei Hoesch. Zunächst erwarb Hoesch 1929 die Mehrheit des 1,5 Millionen betragenden Aktienkapitals und 1931/32 die restlichen Aktien.

An vielen Unternehmen beteiligt

1923 wurde die Federstahl Aktiengesellschaft in Kassel angegliedert. 1925 übernahm Hoesch die Firma Eicken & Co. und im Jahre 1927 kamen die Dortmunder Drahtseilwerke als Hersteller von Drahtseilen aller Art zum Hoesch-Kreis. Das schon erwähnte Bilstein Bandeisen Walzwerk und das Baroper Walzwerk, heute eine Abteilung der Westfalenhütte, kam 1928 zu Hoesch, und 1931 ging die Firma Peter Harkort & Sohn in unseren Besitz über, die später zusammen mit der Firma Eicken & Co. zum Stahlwerk Harkort-Eicken wurde.

Außer den bisher genannten Gesellschaften, die sich hundertprozentig im Besitz von Hoesch befanden, waren im Laufe der Jahre Beteiligungen an einer großen Zahl bekannter deutscher Firmen, so beispielsweise an der Döhner AG. in Letmathe, an der Westfälischen Transport AG. in Dortmund, an der Georg Reitz GmbH. in Essen (über Köln-Neuessen), an der Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG. in Berlin, an der Eisen- und Metall AG. in Essen, an der



Blick auf das Hüttenwerk der „Eisen- und Stahlwerk Hoesch Aktiengesellschaft“, die heutige Westfalenhütte, im Jahre 1927.

F. Küppersbusch & Söhne AG. in Gelsenkirchen und anderen mehr erworben worden.

Die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen

Nach seinem 50jährigen Jubiläum im Jahre 1921 war Hoesch bemüht, das in den ersten fünf Jahrzehnten des Bestehens gelegte Fundament zu festigen und das „Verbundunternehmen“ weiter auszubauen. Der Interessen-Gemeinschaft-Vertrag mit der Bergwerksgesellschaft Köln-Neuessen erweiterte die Kohlenbasis (1920) und der Anschluß einer großen Zahl von Verarbeitungsbetrieben sicherte weitgehend den Absatz der Erzeugnisse des Hüttenwerks. Diese fortschreitende Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Gesamtunternehmens unterbrach die Weltwirtschaftskrise, die sich bereits 1929 abzeichnete und die sich in den nachfolgenden Jahren 1930 bis 1932 in vollem Umfang auswirkte.

Um eine Vorstellung vom Ausmaß der damaligen Wirtschaftskrise zu gewinnen, sei daran erinnert, daß von 1929 bis 1931 die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf über 7 Millionen anstieg, daß die Kohleförderung im selben Zeitraum von 125 Millionen Tonnen auf 85 Millionen Tonnen sank und daß die Rohstahlerzeugung von 13,2 Millionen Tonnen auf fast genau die Hälfte, nämlich 6,7 Millionen Tonnen, fiel. In welchem Maße auch andere Länder von der Weltwirtschaftskrise ergriffen wurden, möge ein Beispiel zeigen: Am 21. September 1931 war die englische Regierung gezwungen, die seit Jahrhunderten bestehende Goldwährung aufzuheben; damit sank der Kurswert des Pfundes im Zeitraum von Tagen um 25 Prozent.

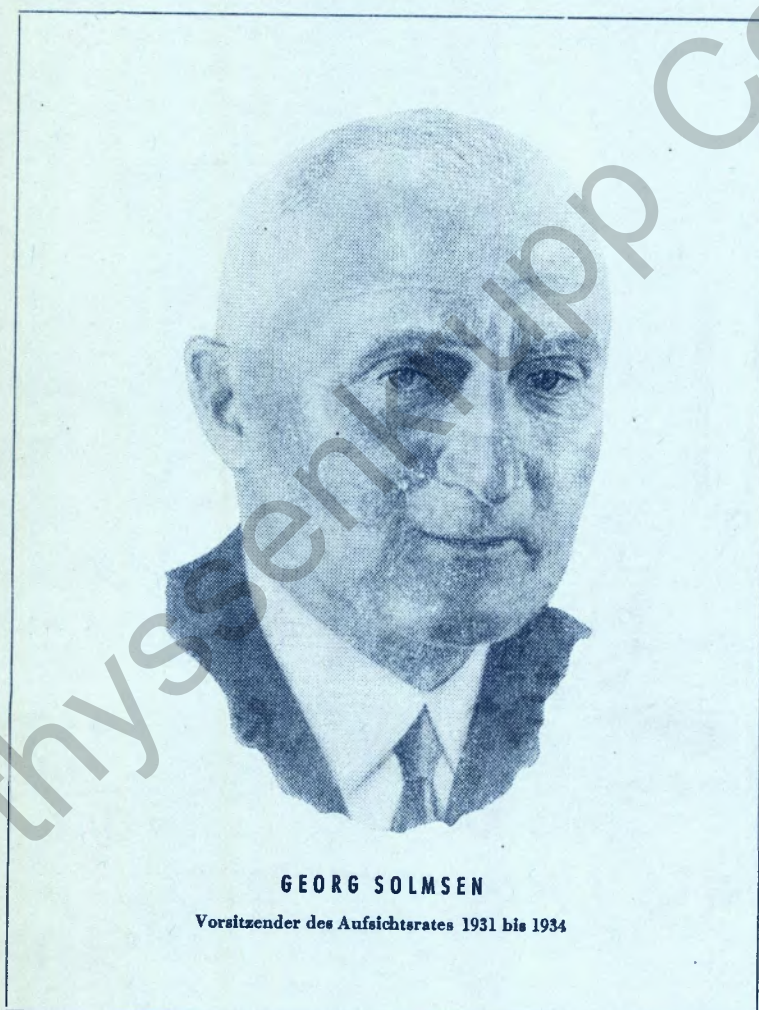
Hatte Hoesch im Jahre 1929 noch 31 405 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, so sank die Zahl der Belegschaftsmitglieder im Jahre 1932



auf 18 960. Die durchschnittliche Zahl der Wochenarbeitsstunden fiel von 53,5 im Jahre 1929 auf 39,3 im Jahre 1932. Außer der ständig zunehmenden Zahl von Entlassungen waren also zusätzliche Feierschichten die Folge der schlechten Absatzlage. Nur, wer diese Jahre bewußt miterlebt hat, vermag sich heute noch vorzustellen, welche persönliche Not und welche Verelendung diese wirtschaftlichen Verhältnisse bei jedem einzelnen wie innerhalb der gesamten Volksgemeinschaft hervorriefen. So nimmt es nicht Wunder, wenn in dieser ausweglosen Lage politische Versprechungen und die daran geknüpften Folgerungen verhängnisvolle Hoffnungen weckten.

Es geht wieder aufwärts

Nach der „Machtübernahme“ im Januar 1933 setzte durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch die Belebung der Weltmärkte und bald auch durch die Aufrüstung ein Aufschwung der deutschen Wirtschaft ein, der auch die Hoesch Werke ergriff. Die Belegschaft stieg bis Mitte 1934 wieder auf 23 254 Arbeiter und Angestellte. Die Feierschichten entfielen, und die Erzeugungs- und Absatzziffern nahmen zu. In den folgenden Jahren konnte man daran denken, jene Modernisierungen und Erweiterungen der Betriebsanlagen durchzuführen, die in den Krisenjahren unterbleiben mußten. So wurden bis zum Kriegsausbruch 1939 die Schachtanlagen Heinrich und Fritz zusammengelegt, die Dampf- und Stromerzeugung auf Fürst Leopold zusammengefaßt, eine Koksofenanlage auf Kaiserstuhl errichtet und auf der Zeche Radbod für den Winkhausschacht ein neues Fördergerüst gebaut. Im Hüttenwerk wird das Kaltwalzwerk erweitert, eine neue Sinteranlage gebaut, das Elektrostahlwerk errichtet und zwei neue Konverter eingebaut. Im März 1939 wird das von der Hoesch





Dr. KARL KIMMICH

Vorsitzender des Aufsichtsrates 1938 bis 1945

Benzin GmbH. neu errichtete Treibstoffwerk in Betrieb genommen. Im ersten Kriegsjahr nimmt der neue Hochofen der Hütte die Erzeugung auf, die neue Steckelstraße wird zwar noch fertiggestellt, aber erst lange nach dem Kriegsende in Betrieb genommen. Alle diese Maßnahmen, die hier keineswegs vollständig aufgeführt sind, zeigen, daß Hoesch bemüht bleibt, nicht nur den Anschluß an die technische Entwicklung zu halten, sondern auch die innere Festigung folgerichtig weiterzuführen. Daß gerade in diesen Jahren des Auf- und Ausbaues die Leitung des Unternehmens immer wieder erschwert wurde durch das Einwirken politischer Forderungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und Gestaltung, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Sie leiteten das Unternehmen in schwerer Zeit

Mitten in der großen Krise der dreißiger Jahre verliert Hoesch seinen Generaldirektor Bergrat Dr.-Ing. E. h. Fritz Winkhaus, jenen Mann, der so aktiv bei der Zusammenlegung von Köln-Neuessen und Hoesch mitwirkte. In den Jahren, in denen er den Vorstandsvorsitz unserer Gesellschaft innehatte, versuchte er, Hoesch trotz der wirtschaftlichen Wirren der Zeit leistungsstark zu erhalten. Ihm folgte als Vorsitz des Vorstandes Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Fritz Springorum, der Sohn des Mannes, der Hoesch zum Verbundunternehmen zusammenschmiedete: Friedrich Springorum. Aus gesundheitlichen Rücksichten gab Fritz Springorum 1937 den Vorsitz des Vorstandes von Hoesch auf und Erich Tgahrt übernahm seine Aufgaben. Fritz Springorum übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrats, den sein Vater lange Zeit innegehabt hatte und dessen Ehrenvorsitzender dieser bis zu seinem Tod am 16. Mai 1938 blieb. Fritz Springorum starb während des

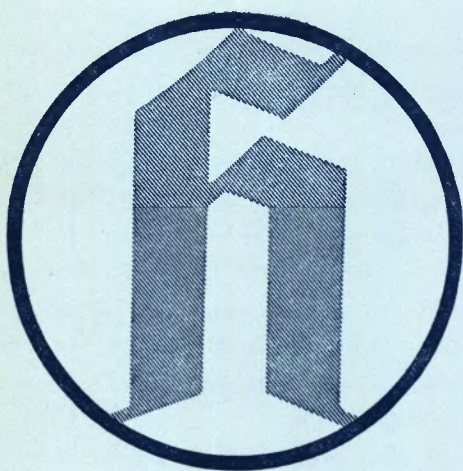
Krieges am 16. April 1942. Als Erich Tgahrt als Generaldirektor im Jahre 1937 die Leitung der „Hoesch-Köln-Neuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“ – ein Jahr später umbenannt in: „Hoesch Aktiengesellschaft“ – übernahm, war er bereits bei der Metallgesellschaft, bei Krupp und zuletzt als Generaldirektor bei der Neunkirchener Eisenwerk GmbH. gewesen. Ihm waren kaum zwei Jahre geordneter Tätigkeit vergönnt, als der zweite Weltkrieg ausbrach und von ihm und dem von ihm geleiteten Unternehmen Außergewöhnliches verlangte. Dieser Einsatz zehrte an den Kräften des bedeutenden Mannes. Zwei Monate vor Kriegsende, am 26. Februar 1945, starb er. Er war es, der 1938 seinen ehemaligen Mitarbeiter in Neunkirchen, Friedrich Wilhelm Engel, zu Hoesch nach Dortmund verpflichtete, und Friedrich Wilhelm Engel wiederum, der am 11. März 1955 allzu früh Verstorbene, war es, der das Werk der Hoesch, Springorum, Winkhaus und Tgahrt über das Chaos der Nachkriegsjahre hinwegrettete.

Was Generationen bauten...

Im Kriege 1939 bis 1945 wurden den Werken des Hoesch-Kreises höchste Leistungen abverlangt, die in keinem gesunden Verhältnis zu den betriebstechnischen wie wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Entwicklung und Entfaltung des Unternehmens standen. Es kamen für alle Werke des Hoesch-Kreises, besonders aber für die Hütten- und Bergwerksbetriebe im Dortmunder Raum jene Tage und Nächte, in denen das in Schutt und Asche sank, was Generationen fleißiger Hände mühsam aufgebaut hatten und was aus Überlegungen wirtschaftlicher Vernunft gewachsen und zusammengewachsen war. Die Dortmunder Werke von Hoesch dürfen für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, die am stärksten von Kriegszerstörungen betroffenen Betriebe des Ruhrgebiets zu sein.

Mehr als 20 schwere Luftangriffe gingen während der letzten drei Kriegsjahre allein über das Dortmunder Hüttenwerk und die Kaiserstuhlanlagen hinweg. Die Anlagen der Hoesch Benzin wurden restlos zerstört und die benachbarte Maschinenfabrik Deutschland stark in Mitleidenschaft gezogen. 18 Minen, fast 2000 Sprengbomben und über 30000 Brandbomben fielen auf das Gelände der Hütte. Das Ausmaß der Zerstörungen wurde unüberschaubar und in den letzten Monaten des Krieges kam die Produktion mehr und mehr zum Erliegen. Selbst wenn Betriebsanlagen noch soweit verschont waren, daß man mit ihnen hätte weiterarbeiten können, so fehlte es durch die umfangreichen Zerstörungen im Rohr- und Kabelnetz der Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Preßluftversorgung doch an den notwendigen Energien. Zum Glück war bereits Anfang des Krieges der Werksluftschutz so gut organisiert worden, daß die Zahl der Betriebsangehörigen, die im Werksgelände tödlich getroffen wurden, im Verhältnis zur Schwere der Angriffe niedrig war. Unser Unternehmen beklagt jedoch über 3000 Opfer des Krieges, die an der Front oder in der Heimat fielen, die in Gefangenschaft starben oder vermißt sind.

Von diesen unheilvollen Tagen, deren Lehren niemals vergessen werden sollten, trennen uns zehn Jahre. Sie haben dem deutschen Volke – auch dank der Unterstützung der westlichen Demokratien – Gelegenheit gegeben, wie schon so oft in seiner Geschichte seinen Arbeitswillen und seinen ungebrochenen Mut trotz aller furchtbaren Erfahrungen und Geschehnisse zu beweisen. Das Bild der Hoesch Werke 1945 und das Bild der Hoesch Werke 1955 geben uns das Recht, uns dankbar des Erreichten zu freuen und vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken.



WERK und WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter und Freunde der Hoesch Werke Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Werke Aktiengesellschaft, Dortmund. Verantwortlich: Dr. jur. Harald Koch. Schriftleitung: Johannes Hoischen und Klaus Ullrich. Anschrift der Schriftleitung: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon: 30141. Fernschreiber: 032123, 03294. Druck: M. DuMont Schauberg, Pressehaus, Köln. Wörtlicher Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen zwei Belegexemplare gestattet. „WERK und WIR“ erscheint vierwöchentlich. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Köln, und Karl-Georg Schmidt, Dortmund. Bildnachweis: Titelbild, Rückseite und sämtliche Farbfotos dieses Heftes: Erich Kreuzner, Dortmund; Schwarzweiß-Aufnahmen: Ullstein-Bildarchiv, Berlin: 1; Hermann Harz, Düsseldorf/Frankfurt: 3; Erich Angeneidt, Dortmund: 2; alle übrigen Aufnahmen: Werkfotos und Archiv. Zeichnungen: Umschlaginnenseiten: Buck, Essen; Seiten 183 bis 221: Bruno Kröll, Mannheim; Porträts Seiten 142 bis 144 und 206 bis 221: Müller-Graefe, Delmenhorst b. Bremen.

Hoesch Limited

Imperial House, Dominion Street, London E. C. 3

Hoesch Italiana S. p. A.

Milano, Corso Italia 17

UNSERE GESCHÄFTSSTELLEN

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Berlin

Berlin W 15, Meinekestraße 12

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Bielefeld

Bielefeld, Marktstraße 4

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Braunschweig

Braunschweig, Friedrich-Wilhelm-Straße 26

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Bremen

Bremen, Parkallee 115

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Düsseldorf

Düsseldorf, Königsallee 19

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Frankfurt

Frankfurt a.M., Neckarstraße 10

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Hagen

Hagen i. W., Elberfelder Straße 86

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Hamburg

Hamburg 1, Rathausmarkt 5

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Hannover

Hannover-M., Arnewaldtstraße 10

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Kassel

Kassel, Ochshäuserstraße 9

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Köln

Köln, Hohenzollernring 12

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Magdeburg

Magdeburg, Gröperstraße 2

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Nürnberg

Nürnberg, Königstraße 25-27

Hoesch Werke AG. Geschäftsstelle Stuttgart

Stuttgart-N, Kronenstraße 26

